

**Oldenburger Beiträge zur
historisch-politischen Bildung**

Band 13

Die Entwicklung Europas im 20. Jahrhundert lässt sich als Demokratie- und als Diktaturgeschichte beschreiben. Für die deutsche Demokratie ist der antitotalitäre Konsens zentral. Sein normativer Kern besteht in der Äquidistanz zu den historisch begegnenden Diktaturen. Für die politische Kultur kommt der kritischen Aufarbeitung der Demokratie- und Diktaturerfahrungen daher eine Schlüsselrolle zu.

Die deutsche Vereinigung und die europäische Integration stellen wichtige Herausforderungen für Politik, Gesellschaft und Kultur der Gegenwart dar. Für die Wissenschaft und die Politische Bildung stellt sich die Frage, wie die beiden Problembereiche in die Forschungs- und Vermittlungsarbeit einbezogen werden können. Diesen Diskurs wollen die „Beiträge zur historisch-politischen Bildung“ begleiten und voran bringen. Die Schriftenreihe bietet ein Forum für die historisch-politische Auseinandersetzung über Deutschland und Europa und steht Wissenschaftlern, Publizisten, Zeitzeugen, Studierenden und allen Interessierten offen.

Damit wird die Schriftenreihe das Anliegen der „Oldenburger Beiträge zur DDR- und DEFA-Forschung“ fortsetzen und zugleich erweitern. Um die thematische Öffnung der Schriftenreihe auch nach Außen zu dokumentieren, haben sich die Herausgeber zur Umbenennung entschlossen. Unter dem neuen Reihentitel werden in loser Folge Studien zu deutschland- und europapolitischen Fragen erscheinen.

Die Herausgeber

Oldenburger Beiträge zur historisch-politischen Bildung

(vormals: Oldenburger Beiträge zur
DDR- und DEFA-Forschung)

Herausgegeben von
Klaus Finke, Helmut Freiwald,
Dirk Lange, Gebhard Moldenhauer

Klaus Finke (Hrsg.)

**Die Deutsche Frage und die
Barsinghausener Gespräche
1958–1967**



BIS-Verlag der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Oldenburg, 2016

Verlag / Druck / Vertrieb

BIS-Verlag

der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Postfach 2541

26015 Oldenburg

E-Mail: bisverlag@uni-oldenburg.de

Internet: www.bis-verlag.de

ISBN 978-3-8142-2342-1

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	9
<i>Klaus Finke</i> Zur historischen Semantik der Leitbegriffe Kalter Krieg und Ost-West-Konflikt	11
<i>Klaus Finke</i> Die Deutsche Frage – Thema mit Variationen	31
<i>Sören Nordhoff</i> Deutschlandpolitik in den Barsinghauser Gesprächen vor und nach dem Mauerbau 1961	161
<i>Armin Mruck</i> Das Deutschlandbild des Amerikaners (1961)	235
<i>Armin Mruck</i> Für deutsch-polnische Aussöhnung (1963)	243
<i>Armin Mruck</i> In Search of Oneself, in the lost German Provinces (1972)	247
<i>Armin Mruck</i> Frühboten der Brandtschen Neuen Ostpolitik (2011)	251
Interview mit Prof. Dr. Armin Mruck Von Prof. Dr. Helmut Freiwald, AOR Gebhard Moldenhauer, Dr. Klaus Finke, Arbeitsgruppe Deutschlandpolitik	257

Vorwort

Der vorliegende Band geht zurück auf eine Anregung von Prof. Dr. Armin Mruck von der Towson University (Maryland). Prof. Mruck ist der Carl von Ossietzky Universität und der von Prof. Dr. Helmut Freiwald, AOR Gebhard Moldenhauer und Dr. Klaus Finke gebildeten Arbeitsgruppe Deutschlandpolitik am Institut für Sozialwissenschaften seit vielen Jahren eng verbunden. Er hat bei Veranstaltungen unserer Arbeitsgruppe immer wieder auch zum Thema „Barsinghausener Gespräche“ referiert; dies mit besonderer Emphase, weil er als Teilnehmer an diesen Gesprächen, u.a. nach dem Bau der Berliner Mauer 1961, diesen Diskussionsort kennen und die Ernsthaftigkeit, mit der dort über Möglichkeiten zur Lösung der „Deutschen Frage“ im Kontext des Kalten Kriegs gestritten wurde, schätzen gelernt hat.

In diesem Zusammenhang entstand die hier veröffentlichte Diplomarbeit von Sören Nordhoff über die „Barsinghausener Gespräche“ und deren Position zur „Deutschlandpolitik“; sie ist, soweit zu sehen, die erste systematisch angelegte Darstellung zu diesem Gegenstand. Dass sie eher narrativ bleibt, folgt aus Ansatz und Erkenntnisinteresse der Arbeit. In den Beiträgen von Klaus Finke erfolgt eine Rahmung des Gegenstandes, mit deren Verweischarakter auf den damaligen Diskurshorizont eine begriffliche Metaebene eingezogen wird. Den dritten Schwerpunkt des Bandes bilden Beiträge von Prof. Mruck sowie ein ausführliches Gespräch über „Barsinghausen“, das die Mitglieder der Arbeitsgruppe Deutschlandpolitik mit dem Zeitzeugen Mruck geführt haben.

Dieser Band soll einen ersten Zugang zur Erschließung des Gegenstandes eröffnen; seine umfassende Aufarbeitung bleibt ein Desiderat der Forschung.

Der Herausgeber

Klaus Finke

Zur historischen Semantik der Leitbegriffe Kalter Krieg und Ost-West-Konflikt

Inhalt

1	Kalter Krieg	12
1.1	Begriff	12
1.2	Datierung: Beginn und Ende	13
1.2.1	Beginn des Kalten Kriegs	13
1.2.2	Ende des Kalten Kriegs	19
1.3	Differenzierung	21
1.4	Erbschaft der Epoche	23
1.5	Die Seltsamkeit des neuen Friedens	25
2	Ost-West-Konflikt	26
2.1	Normative Klarstellung	27
2.2	Ende des Konflikts	28
	Literaturverzeichnis	29

Vorbemerkung

Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts war bestimmt durch den Konflikt der „Supermächte“ USA und UdSSR; dieser Konflikt wurde unter dem Namen „Kalter Krieg“ ausgetragen und sorgte während seines Verlaufs trotz des antagonistischen Verhältnisses gleichwohl für eine Form von Ordnung und Stabilität in der internationalen Politik, die nach seinem Ende weitgehend verlorengegangen ist. Im Folgenden werden zunächst Erläuterungen zu Begriff, Beginn und Ende des Kalten Kriegs, zu Schlüsseldokumenten, die Beginn und Ende markieren, sowie zu einigen Aspekten der Erbschaft dieser

Epoche gegeben. Im zweiten Abschnitt wird die Einbettung dieses Konflikts in den übergreifenden Ost-West-Konflikt skizziert.

1 Kalter Krieg

1.1 Begriff

Der Ausdruck „Kalter Krieg“ ist nach dem Ende des 2. Weltkrieges und dem Ende der antagonistischen Kooperation in der Anti-Hitler-Koalition zum Synonym geworden für den Konflikt zwischen den USA und der UdSSR im Zeichen eines potenziell den Bestand der Menschheit gefährdenden Krieges mit Nuklearwaffen. „Was seit Bernard Baruchs Wortprägung in der Diskussion um die Truman-Doktrin 1947 der ‚kalte Krieg‘ genannt wird, ist eine Verhaltensweise der Supermächte geworden, in der zunehmend Worte für Realitäten ausgegeben werden – und man wird kaum sagen wollen, wir hätten stattdessen lieber die Realitäten selbst gesehen. Als Verhalten in einer Welt, in der das Risiko des Handelns alle möglichen Erfolge des Handelns zu disqualifizieren vermag, beginnen die ‚großen Worte‘ tröstlich wohl zu klingen.“¹

Der Philosoph Blumenberg führt diese „Wortprägung“ ein im Kontext einer Erörterung der res/verba-Antithese und ihrer politischen Implikationen. Der Politikwissenschaftler Stöver nimmt eine detailgenaue historische Terminierung der Genese des Ausdrucks Kalter Krieg und seiner Autorschaft vor: Während der Verhandlungen in der „Kommission zum Studium internationaler Kontrolle der Atomenergie“ der UNO im Jahr 1946, deren Ziel es war, Möglichkeiten einer Überwachung aller Vorhaben zu prüfen, „die auf der neuen Kerntechnik fußen“², prägte Herbert B. Swope, ein Journalist und langjähriger Mitarbeiter Baruchs, diese Formel. Sie stammt also auch nicht von Walter Lippmann, „den die meisten wegen seiner 1947 veröffentlichten Broschüre „The Cold War“ für den Erfinder hielten.“³

1 Blumenberg, Hans: Wirklichkeitsbegriff und Staatstheorie, in: Schweizer Monatshefte, Jg. 48/1968, H. 2, S. 121–146, hier: S. 129.

2 Stöver, Bernd: Der Kalte Krieg 1947–1991, Geschichte eines radikalen Zeitalters, München 2007, S. 11.

3 Ebd.

1.2 Datierung: Beginn und Ende

Der Begriff bezeichnet die 1947 beginnende Phase der Konfrontation der Supermächte USA und UdSSR im Kontext der bipolaren Weltordnung, deren Ende auf den Epochenbruch 1989/90 datiert werden kann. Die Datierungen sind allerdings nicht einheitlich; Beginn und Ende werden einmal mit der gesamten Nachkriegszeit von 1945 bis zum Ende der Sowjetunion 1991 identifiziert, zum anderen galt vor 1989 vielfach nur der Zeitraum von 1947 bis 1972 als Periode des Kalten Krieges. Mit der Formel, der „Gegner verschwindet“⁴, setzt Stöver das Ende der Sowjetunion mit dem Ende des Kalten Krieges und des Ost-West-Konflikts in eins; damit wird allerdings auf der faktischen Ebene die Charta von Paris vom November 1990 ignoriert und auf der normativen Ebene die Gegnerschaft zum Projekt „Westen“ unzulässig auf einen distinkten historischen Akteur beschränkt.

1.2.1 *Beginn des Kalten Kriegs*

Den Beginn des Kalten Kriegs markieren zwei Schlüsseldokumente: es sind die Reden von Truman und Shdanow aus dem Jahr 1947. In beiden Dokumenten werden klar die normativen Grundlagen und die Systemziele beider Seiten genannt. Die Gegensätzlichkeit der Grundlagen und Ziele ist der Grund für die Entstehung eines „Krieges“ zwischen diesen beiden Systemen, zwischen Demokratie und Diktatur. Diese Gegensätzlichkeit nimmt die Form eines „kalten“ Krieges an: Der Kalte Krieg ist nicht der Grund für die politische Nachkriegsentwicklung, es ist umgekehrt: der Kalte Krieg ist die Folge des Systemgegensatzes.

1.2.1.1 Rede des amerikanischen Präsidenten Harry S. Truman vor dem Kongreß, 12.3.1947

Das, was in den Folgejahrzehnten i.d.R. als „Truman-Doktrin“ bezeichnet worden ist, stellt sich bei nüchterner Betrachtung als kurze, unpräzise und schlichte, keinesfalls doktrinäre Rede heraus, in der die fundamentalen Leitprinzipien der Demokratie zur Geltung gelangen; sie wird im Wortlaut wiedergegeben:

„Eins der ersten Ziele der Außenpolitik der Vereinigten Staaten ist es, Bedingungen zu schaffen, unter denen wir und andere Nationen uns ein Leben auf-

4 Stöver, Bernd: Der Kalte Krieg 1947–1991, a.a.O., S. 459.

bauen können, das frei von Zwang ist. Das war ein grundlegender Faktor im Krieg gegen Deutschland und Japan. Wir überwandern mit unserem Sieg Länder, die anderen Ländern ihren Willen und ihre Lebensweise aufzwingen wollten. In einer Anzahl von Ländern sind den Völkern kürzlich gegen ihren Willen totalitäre Regimes aufgezwungen worden. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat mehrfach gegen Zwang und Einschüchterung bei der Verletzung des Jalta-Abkommens in Polen, Rumänien und Bulgarien protestiert. Und weiter muß ich feststellen, daß in einer Anzahl anderer Staaten ähnliche Entwicklungen stattgefunden haben. Im gegenwärtigen Abschnitt der Weltgeschichte muß fast jede Nation ihre Wahl in bezug auf ihre Lebensweise treffen. Nur allzu oft ist es keine freie Wahl.

Die eine Lebensweise gründet sich auf den Willen der Mehrheit und zeichnet sich durch freie Einrichtungen, freie Wahlen, Garantie der individuellen Freiheit, Rede- und Religionsfreiheit und Freiheit vor politischer Unterdrückung aus.

Die zweite Lebensweise gründet sich auf den Willen einer Minderheit, der der Mehrheit aufgezwungen wird. Terror und Unterdrückung, kontrollierte Presse und Rundfunk, fingierte Wahlen und Unterdrückung der persönlichen Freiheiten sind ihre Kennzeichen.

Ich bin der Ansicht, daß es die Politik der Vereinigten Staaten sein muß, die freien Völker zu unterstützen, die sich der Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch Druck von außen widersetzen. Ich glaube, daß wir den freien Völkern helfen müssen, sich ihr eigenes Geschick nach ihrer eigenen Art zu gestalten.

Ich bin der Ansicht, daß unsere Hilfe in erster Linie in Form wirtschaftlicher und finanzieller Unterstützung gegeben werden sollte, die für eine wirtschaftliche Stabilität und geordnete politische Vorgänge wesentlich ist. Die Saat der totalitären Regimes gedeiht in Elend und Mangel. Sie verbreitet sich und wächst in dem schlechten Boden von Armut und Kampf. Sie wächst sich vollends aus, wenn in einem Volk die Hoffnung auf ein besseres Leben ganz erstirbt. Wir müssen diese Hoffnung am Leben erhalten. Die freien Völker der Erde blicken auf uns und erwarten, daß wir sie in der Erhaltung der Freiheit unterstützen.“⁵

5 Zit. n.: Europa-Archiv, 1947, S. 819f.

1.2.1.2 Shdanow und die Zwei-Lager-Theorie

Die programmatische Rede, die Andrej Shdanow, der Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU (Bolschewiki) bei der Gründung des Kommunistischen Informationsbüros, kurz: Kominform,⁶ dem Organisationsforum zur Koordination der Politik der kommunistischen Weltbewegung und zur Beratung der „Bruderparteien“ durch die Moskauer Zentrale vom 22.–27. September 1947 in Warschau hielt, hat unter dem Titel „Zwei-Lager-Theorie“ im Kalten Krieg die Rolle des Gegenpols zur „Truman-Doktrin“ eingenommen.

Eine weit verbreitete Interpretation dieser Rede hat sie lediglich als Antwort auf Trumans Rede verstanden und in ein Schema eingeordnet, das die sowjetische Politik und ihre Begründungen als defensive Reaktion auf offensive US-amerikanische Vorstöße wertete. Für eine Darstellung der „Zwei-Lager-Theorie“, die diesen Fehldeutungen nicht aufsitzen will, ist ein Blick auf die vielfältige Voraussetzungshaftigkeit dieses Textes deshalb besonders aufschlussreich, weil damit gezeigt werden kann, wie sehr es ein Irrtum wäre, die Fassung dieser „Theorie“ aus dem Jahr 1947 als ein Elaborat zu verstehen, das den Bedingungen des Kalten Krieges entsprungen sei.⁷ Deutlich

6 Das Kominform setzte die Tradition der Komintern fort, der „Kommunistischen Internationale“, die im März 1919 in Moskau als III. Internationale, (d. h. in Opposition zur II., der sozialdemokratischen, Internationale) gegründet und im Mai 1943 von Stalin aufgelöst worden war.

7 Die Entstehung des Kalten Krieges und die Problematik der Deutschlandpolitik der Sowjetunion hat in der Geschichtswissenschaft zur Herausbildung zweier Schulen geführt, einer „traditionellen“, die die These vom systembedingten Expansionismus der Sowjetunion vertritt, und einer „revisionistischen“ Schule, die vorrangig einen ökonomischen Imperialismus der USA am Werk sieht gegen eine prinzipiell friedliebende sowjetische Politik. Vgl. für diese Position exemplarisch Loth, W., Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955, 7. überarb. Neuauflage München 1989, S. 13 ff. Zu widersprechen ist auch einer prominent gewordenen These von Hartmann/Eggeling, die behaupten, nur im Kontext des Kalten Krieges sei „die in der SBZ und frühen DDR schrittweise vollzogene Angleichung an das sowjetische Modell verständlich.“ Anne Hartmann/Wolfram Eggeling, Sowjetische Präsenz im kulturellen Leben der SBZ und frühen DDR 1945–1953, Berlin 1998, S. 9. Hier liegt die *gleiche Verwechslung des post hoc mit dem propter hoc zugrunde*, wie sie für die „revisionistische“ Schule in der Deutschlandforschung insgesamt bestimmend ist. Insbesondere über die Frage, ob für die sowjetische Deutschlandpolitik eine nicht-kommunistisch dominierte Entwicklung für die SBZ oder gar ein neutrales Deutschland jemals zur Debatte stand, hat sich in der deutschen Zeitgeschichtsforschung eine Kontroverse entwickelt. Als Vertreter einer Position, die behauptet, Stalin habe nicht einen Separatstaat, sondern einen einheitlichen und sogar einen nach westlichen Maßstäben ‚demokratisch‘ verfassten deutschen Staat angestrebt, hat sich vornehmlich wiederum Wilfried Loth exponiert. Die Sowjetunion erscheint bei Loth als unsichere und defensive Macht, die sich vor allem durch immer wiederkehrende „Entspannungsbemühungen“ aus-

wird dabei, dass die Version dieser „Theorie“ aus dem Jahr 1947 den Kern der sowjetmarxistischen Geschichtsauffassung reproduziert; eine Geschichtstheorie, die in ihrer Substanz immer gültig geblieben ist für die kommunistisch Politik und nur aus taktischen Gründen den jeweils gegebenen politischen Bedingungen angepasst wurde.

Die Vorläufer der Zwei-Lager-Theorie

Die Theorie der „Zwei-Lager“, in die die Welt aufgeteilt sei, wurde erstmals als politisches Handlungsprogramm expliziert auf dem VI. Weltkongress der Komintern im August/September 1928.⁸ Das Urbild dieser Theorie liegt allerdings vor im „Kommunistischen Manifest“ (1848); dort hatten Marx/Engels die folgende Bestimmung der damaligen historischen Etappe gegeben: „Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, daß sie die Klassengegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat.“⁹

Die politische Operationalisierung dieser Grundbestimmung auf die Gegenwart wird vorgenommen im „Programm der Kommunistischen Internationale“ aus dem Jahr 1928; dort wird im 2. Artikel u. a. folgendes ausgeführt: „Das Ergebnis der ersten Folge imperialistischer Kriege (Weltkrieg von 1914 bis 1918) und des Oktobersieges der Arbeiterklasse im einstigen Zarenreich war die Spaltung der Welt in zwei einander grundsätzlich feindliche Lager: *das Lager der imperialistischen Staaten und jenes der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion.* (...) Um die Sowjetunion scharen sich indes alle Kräfte des revolutionären Proletariats und der unterdrückten Massen der Kolonien... der unbeständigen, innerlich morschen, doch bis an die Zähne bewaffneten Weltkoalition des *Kapitals* steht eine einheitliche und geschlossene Weltkoalition der *Arbeit* gegenüber. So erwuchs aus der ersten Folge imperialistischer Kriege ein neuer Grundwiderspruch, weltgeschichtlich nach

gezeichnet habe. Vgl. Loth, W., Helsinki, 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung, München 1999, S. 115.

8 Dieser Kongress ist von Bedeutung auch deshalb, weil auf ihm eine weitere Entwicklungsstufe der berühmten „Sozialfaschismustheorie“ markiert wurde.

9 Marx, Karl/ Engels, Friedrich, Manifest der Kommunisten Partei, in: MEW, Bd. 4, Berlin 1974, S. 461.

Ausmaß und Bedeutung – *der Widerspruch zwischen der Sowjetunion und der kapitalistischen Welt.*“¹⁰

Die Übernahme der wesentlichen Inhalte dieser programmatischen Erklärung aus dem Jahr 1928 durch Shdanow im Jahr 1947 geht sogar bis in die Feinheiten der Formulierungen hinein; Shdanow wendet dies 1848 und 1928 entwickelte Lager-Schema allerdings „schöpferisch“ auf die neuen Verhältnisse nach 1945 an. Shdanows „Zwei-Lager-Theorie“ ist also keineswegs zu betrachten als reaktive Antwort auf Truman, sie ist keine sozusagen erzwungene Reaktion auf eine politische Offensive der USA. Sie bildet vielmehr die Grundannahmen der sowjetkommunistischen Theorie nach; sie formuliert die Grundzüge ihrer Politik und skizziert offensiv und optimistisch ihre nächsten Ziele.

*Shdanows Rede anlässlich der Gründung des Kominform*¹¹

Shdanows Rede ist ein Musterfall weltgeschichtlicher Betrachtungen aus der Perspektive des Sowjetkommunismus; er stellt zu Beginn klar: „Die Beendigung des zweiten Weltkrieges führte zu wesentlichen Veränderungen der ganzen internationalen Lage. Die militärische Zertrümmerung des Blocks der faschistischen Staaten, der antifaschistische Befreiungscharakter des Krieges, die entscheidende Rolle der Sowjetunion im Sieg über die faschistischen Aggressoren, haben das Kräfteverhältnis zwischen den beiden Systemen – dem sozialistischen und dem kapitalistischen – stark zugunsten des Sozialismus verändert.“ (1210) Die Folgen der beiden Weltkriege werden so resümiert: Ergebnis des 1. Weltkriegs war der „Abfall Rußlands vom Weltsystem des Kapitalismus“ und das Ende des Kapitalismus als „einheitliches, allumfassendes Weltwirtschaftssystem“; das Ergebnis des 2. Weltkriegs war der „Abfall einer Reihe von Ländern Mittel- und Südosteuropas vom imperialistischen System“. Dabei war die Sowjetunion „die Kraft und die Seele der militärischen Zertrümmerung Deutschlands und Japans“, die natürliche Folge davon: um sie „vereinigten sich die demokratischen progressiven Kräfte der ganzen Welt.“

10 „Programm der Kommunistischen Internationale, (Angenommen in der 46. Sitzung, am 1. September 1928, Abschnitt II), in: Faschismusanalyse und antifaschistischer Kampf der Kommunistischen Internationale und der KPD 1923–1945, hrsg. von Joscha Schmierer, Heidelberg 2 1974, S. 99–106, hier: S. 104. – Herv. i. O.-F.

11 Zit.n.: Keesting's Archiv der Gegenwart, 1. Oktober 1947. Alle folgenden Zitatnachweise in Klammern im Text.

Fazit dieser Betrachtung: „Die grundlegenden Veränderungen in der internationalen Lage und in der Lage der einzelnen Staaten nach dem Kriege haben das ganze politische Weltbild verändert. Es ist zu einer Neuaufteilung der politischen Kräfte gekommen. Je größer der Zeitraum wird, der uns von der Beendigung des Krieges trennt, desto schärfer heben sich zwei Grundtendenzen in der internationalen Nachkriegspolitik hervor, die der Teilung der politischen Kräfte in zwei Lager entsprechen: In das imperialistische und antidemokratische Lager einerseits und das antiimperialistische und demokratische Lager andererseits. Die führende Hauptkraft des imperialistischen Lagers sind die USA. Mit Amerika verbündet sind England und Frankreich. (...) Das Hauptziel des imperialistischen Lagers ist die Festigung des Imperialismus, die Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges, der Kampf gegen den Sozialismus und die Demokratie und allerorts die Unterstützung der reaktionären und antidemokratischen, profaschistischen Regimes und Bewegungen. Die antiimperialistischen und antifaschistischen Kräfte bilden das andere Lager. Die Grundlage dieses Lagers sind die UdSSR und die Länder der neuen Demokratie. Zu ihm gehören auch Länder, die mit dem Imperialismus gebrochen haben und festen Fuß auf dem demokratischen Entwicklungsweg gefaßt haben, wie Rumänien, Ungarn und Finnland.“ (1210) Das „imperialistische Lager“ verfolgt einen offensiven „ideologischen Plan“, der von den „eingefleischten Apologeten des Kapitalismus“ wie Leon Blum und Kurt Schumacher unterstützt wird; den bündigsten Ausdruck haben „die Bestrebungen in den USA gegenwärtig in der Truman-Doktrin und im Marshall-Plan gefunden. (...); beide Dokumente erheben „die gleiche Forderung nach Unterwerfung“. (1212)

Den Kommunisten fällt „die besondere historische Rolle zu, sich an die Spitze des Widerstandes gegen den amerikanischen Versklavungsplan Europas zu stellen und jeder inneren Tätigkeit der Handlanger des amerikanischen Imperialismus mutig entgegenzutreten.“ Die Kommunisten „müssen bei der Heranziehung aller antifaschistischen, freiheitsliebenden Elemente zum Kampf gegen die neuen amerikanischen Expansionspläne zur Unterdrückung Europas die führende Kraft sein. (...) Wenn die kommunistischen Parteien fest auf ihren Positionen stehen werden, wenn sie sich nicht einschüchtern lassen, wenn sie mutig auf der Wacht für einen festen Frieden und eine Volkssouveränität stehen werden, auf der Wacht der nationalen Souveränität, Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Länder, wenn sie imstande sind, sich im Kampfe gegen die Versuche der wirtschaftlichen und politischen Versklavung ihrer Länder an die Spitze zu stellen, bereit sind, mit allen Kräften für die Ehre und

nationale Unabhängigkeit einzustehen, dann können keinerlei Versklavungspläne Europas verwirklicht werden.“ (1213)

Shdanows Rede fasst in dankenswerter Klarheit die sich aus den Grundannahmen der sowjetmarxistischen Geschichts- und Gesellschaftstheorie ergebenden Schlussfolgerungen zusammen und gibt einen klaren Einblick in die darauf gegründete Arbeit der Umdeutung historisch-politischer Vorgänge.

1.2.2 Ende des Kalten Kriegs

Der Kalte Krieg wurde förmlich am 21. November 1990 mit der Verabschiedung der „Charta von Paris“ durch die 34 Mitgliedsstaaten der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) beendet. Eine der wichtigsten vorhergehenden Vereinbarungen zwischen Ost und West war die Verabschiedung der Schlussakte von Helsinki am 1. August 1975. In den Vereinbarungen, die in dieser Schlussakte schließlich kodifiziert wurden, waren wesentliche Elemente der Entspannungspolitik der vorangegangenen Jahre enthalten, die zu diesem Ergebnis geführt hatten und die zugleich wesentlichen Einfluss auf die entspannungspolitischen Entwicklungen bis zum Jahr 1989 hatten.

Die Schlussakte von Helsinki kann als Musterfall einer „Umkehrung der Diplomatie“¹² gelten: ursprünglich von der Sowjetunion initiiert mit dem Ziel der Verdrängung der USA aus Europa, dem Ziel der endgültigen Akzeptanz ihrer Hegemonie in Osteuropa und der Erlangung von Mitspracherechten in der politischen Entwicklung Westeuropas, stellt das Ergebnis das Scheitern dieser Intentionen dar. Dass die nicht-intentionalen Handlungsfolgen im Helsinki-Abkommen dominieren, zeigen u. a. die Einbeziehung der USA in die Konferenz, die Stärkung ihrer Verantwortung in und für Europa vermittelt über die NATO, die Bestreitung der sowjetischen Hegemonialstellung in Osteuropa und die Hervorhebung der menschenrechtlich-humanitären Dimension der internationalen Politik.

Die vor allem im „Korb 3“ der Schlussakte enthaltenen Prinzipien entfalteten unvorhersehbare Wirkungen und Veränderungen in Ost/Mitteuropa; dies gilt besonders für die Forderung nach Berücksichtigung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, für die Forderung nach Reisefreiheit und für die

12 Vgl. dazu: Peter, Matthias: Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess 1975–1983. Die Umkehrung der Diplomatie, München 2015.

Grundsätze für geistigen Austausch, insbesondere im Pressebereich, und kulturelle Zusammenarbeit, die von den Bürgerrechtsbewegungen in der DDR, in der Tschechoslowakei und Polen äußerst aktiv und geschickt in politische Handlungen umgesetzt werden konnten. Die vom Westen in Helsinki erreichten Vereinbarungen wurden in den Nachfolgekonferenzen von Belgrad (1977/78), Madrid (1980–1983) und Wien (1986–89) mit großer diplomatischer Intensität weitergeführt und vertieft. Die Fortführung des KSZE-Prozesses ist von entscheidender entspannungspolitischer Bedeutung auch deshalb, weil er gegen viele Bedenken, die sich im historischen Kontext an den politischen Krisen der Intervention der Sowjetunion in Afghanistan, dem NATO-Doppelbeschluss und der Erklärung des Kriegsrechts in Polen entzündeten, festhielt und damit half, ein Klima der Liberalisierung, der Öffnung für Fragen der Selbstbestimmung der Völker und der Kritik der sowjetischen Hegemonie zu fördern. Im Rahmen der KSZE konnte auch die deutsche Einheit 1989/90 politisch erfolgreich geregelt werden.

Der KSZE-Prozess hat daher für das Ende der Blockkonfrontation in der Form des Kalten Kriegs und für sein förmlich besiegeltes Ende mit der Charta von Paris eine nicht hoch genug einzuschätzende Bedeutung gehabt. „Der Pariser Gipfel der KSZE eröffnete im November 1990 eine neue Periode der Zusammenarbeit mit ‚neuen Strukturen ... zu größerer Sicherheit, ... dauerhaftem Frieden und Stabilität in Europa‘.“¹³

1.2.2.1 Die Charta von Paris

Mit der „Charta von Paris für ein neues Europa“ vom 21.11.1990 sollte ein „neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Freiheit“ beginnen, wie es in der Präambel heißt: „Wir, die Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, sind in einer Zeit tiefgreifenden Wandels und historischer Erwartungen in Paris zusammengetreten. Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas ist zu Ende gegangen. Wir erklären, daß sich unsere Beziehungen künftig auf Achtung und Zusammenarbeit gründen werden. Europa befreit sich vom Erbe der Vergangenheit. Durch den Mut von Männern und Frauen, die Willensstärke der Völker und die Kraft der Ideen der Schlußakte von Helsinki bricht in Europa ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und

13 Zellentin, Gerda: Lemma KSZE, in: Nohlen, Dieter: Lexikon der Politik, Bd. 6, München 1994, S. 256.

der Einheit an.“¹⁴ In der Charta von Paris werden „Demokratie, Grundrechte und Marktwirtschaft als gemeinsam zu realisierende Zielvorstellungen der KSZE-Staaten festgeschrieben“.¹⁵ Mit Unterzeichnung der Charta verpflichten sich die Staaten, sich jeder gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit eines anderen Staates gerichteten Androhung oder Anwendung von Gewalt oder jeder sonstigen mit den Grundsätzen oder Zielen der UN-Charta bzw. der KSZE Schlussakte unvereinbaren Handlung zu enthalten.

1.3 Differenzierung

Bestimmend für den Kalten Krieg waren seine „globale Dimension, die Totalität der Auseinandersetzung und die atemberaubende Dynamik“, in der dieser Konflikt „wellenartig durch Eskalations- und Entspannungsphasen“ verlief. Der Kalte Krieg „war eine weltweite politisch-ideologische, ökonomische, technologisch-wissenschaftliche und kulturell-soziale Auseinandersetzung, die ihre Auswirkungen bis in den Alltag zeigte“¹⁶, ein Konflikt, der allerdings auf der Ebene eines konventionellen militärischen Konflikts, nur in der „Dritten Welt“, in der Form des „Stellvertreterkriegs“ geführt wurde.

Der Kalte Krieg war ein Krieg im Plural. Die „lange Zeit populäre Charakterisierung“ des Kalten Krieges als „Long Peace“¹⁷ hat sich verbraucht. Störend ist nicht allein ihre Fixierung auf die nördliche Halbkugel, sondern auch die Verbeugung vor dem Historismus – die Unterstellung, dass Geschichte allein im Handeln der Hegemonialen zu sich selbst findet. Gewiss gehört die Verhinderung eines Atomkrieges zu den prominenten Kapiteln des Kalten Krieges, aber der regionale Frieden war nur um den Preis eines globalisierten heißen Krieges zu haben. Mehr als 150 größere bewaffnete Konflikte wurden zwischen 1947 und 1991 ausgetragen, vielfach mit einer Strategie vorsätzlichen Terrors gegen Zivilisten, mit Vertreibungen und verbrannter Erde, be-

14 Zit. nach: www. Konrad-Adenauer-Stiftung. 14. Juni 2007.

15 Efinger, Manfred, List, Martin: Lemma Ost-West-Beziehungen, in: Nohlen, Dieter: Lexikon der Politik, Bd. 6, München 1994, S. 381.

16 Stöver, Bernd: Forschungen und Quellen zum Kalten Krieg. Das „Cold War International History Project“, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary-History-2 (2005), S. 309–313, hier: S. 310.

17 Dieser Begriff wurde von John Lewis Gaddis popularisiert; vgl. ders.: The Long Peace. Inquiries into the History of Cold War, New York 1987. Ähnlich abwegig erscheint die Charakterisierung des Kalten Krieges als 3. Weltkrieg wie sie Hobsbawm vornimmt: Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme, München 1995, S. 286.

zählt mit – wie bisweilen geschätzt wird – bis zu 20 Millionen Opfern.“¹⁸ Die herrschende „Logik der Großmachtpolitik“ versuchte, aus dem Besitz von Atomwaffen politisch Gewinn zu schlagen; d. h. die „Präsenz von Massenvernichtungswaffen wurde nicht allein als Einschränkung der Macht, sondern in gleichem Maße als zur Ausweitung und Projektion von Macht begriffen.“¹⁹ Daraus folgte, dass „die Angst vor der Bombe nicht als Verängstigung in Erscheinung“ treten durfte, dass „man den Gegner herausforderte und über die eigenen Absichten im Unklaren ließ“ – wie zum ersten Mal im Koreakrieg als einem „Exempel für künftige Konflikte in der ‚Dritten Welt‘“ demonstriert, und aus dieser Logik folgte vor allem, dass die „sogenannte Peripherie“ nahezu „zwangsläufig zum Schauplatz des Streits zwischen den Zentren“ wurde.²⁰

Der Kalte Krieg wird auch beschrieben unter dem Aspekt der „totalen Politik“²¹, d. h. außer in den Dimensionen von Politik- und Ereignisgeschichte kann er auch in der Dimension der Gesellschaftsgeschichte verstanden werden²², denn im Kalten Krieg galten „die Grenzen zwischen innen- und Außenpolitik“ nicht mehr, war „der äußere Feind gleichsam als steinerner Gast auch im Inneren stets präsent“, waren „die Übergänge zwischen Zivilem und Militärischem ins Rutschen“ geraten, war „mitten im Frieden der Krieg, ob in der privaten Imagination oder im öffentlichen Diskurs, allgegenwärtig“.²³ Unter dem Primat einer „Politik der ‚Permanent Preparedness‘“ lässt sich von einer „totalen Mobilisierung“ der Gesellschaft für Kriegszwecke sprechen; es ist der Versuch, „möglichst viele wirtschaftliche, wissenschaftliche und technologische Ressourcen in den Dienst des Militärs zu stellen“.²⁴

1.4 Erbschaft der Epoche

Ein die Gegenwart entscheidend prägender ‚Erfolg‘ dieser „totalen Mobilisierung“ gesellschaftlicher Ressourcen für Kriegszwecke im Kalten Krieg wird

18 Greiner, Bernd: Kalter Krieg und „Cold War Studies“, Version 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11.2.2010, URL:http://docupedia.de/zg/Cold_War_Studies, S. 2.

19 Ebd.

20 Greiner, a.a.O., S. 3.

21 Greiner, a.a.O., S. 2.

22 Vgl. etwa Stöver, a.a.O., S. 188–336.

23 Greiner, a.a.O., S. 7.

24 Ebd.

erst nach seinem Ende als Faktor politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen in seiner ganzen Tragweite in Hinsicht auf seine innovativen wie destruktiven Potenziale erkennbar: Der Kalte Krieg ist Vater der Digitalen Revolution. Der Kalte Krieg „war über seine gesamte Dauer ein Hightech-Konflikt“²⁵; viele dieser bahnbrechenden Erfindungen „sind kaum noch als militärische Entwicklungen“²⁶ bekannt, dabei bestimmen sie das Gesicht der Gegenwart.

So der Computer. Er hatte für die Entstehung der Nuklearwaffen und ihrer Trägersysteme entscheidende Bedeutung; den „Startschuss zur Massenproduktion“²⁷ löste der Korea-Krieg aus; die im Auftrag und mit unbegrenzten Mitteln des US-Militärs forschenden US-Firmen gewannen rasch die dominierende Stellung in diesem Sektor. Auch der Übergang zur Chip-Technologie im Jahr 1958 erfolgt im militärischen Kontext der Herstellung der „Minuteman-Rakete“²⁸ und dem Ausbau der strategischen Bomberflotte der USA.

So das Internet: Es hatte ebenfalls „seine Anfänge in der Vorbereitung auf den Nuklearkrieg“²⁹; es sollte ein Kommunikationssystem garantieren, „über das ein Vergeltungsschlag“ auch nach einem sowjetischen nuklearen Erstschlag noch möglich sein würde. Aus diesem Gedanken heraus entstanden die Versuche einer „Vernetzung von Computern“, ein Ziel, das über einige Zwischenschritte schließlich 1973 erfolgreich als militärisches ‚Netz‘ etabliert und dann seit den 1980er Jahren „zu jenem umfassenden globalen Netz, das das Internet bis heute ausmacht“³⁰ wurde. Diese Entstehung erklärt einige Spezifika, so etwa die Platzierung der Router „ausschließlich auf dem Gebiet der Vereinigten Staaten.“³¹ Dass in der „Endphase des Kalten Krieges“ das militärische Netz in den Hintergrund geriet und 1990 „der erste kommerzielle zivile Anbieter“³² auf den Markt trat und ihn eroberte, war kein Zufall.

Digitale Revolution, Computer und Internet, die Rolle der heutigen US-amerikanischen IT-Unternehmen, ihre Stellung als Oligopol, wären nicht entstan-

25 Stöver, Kalter Krieg, a.a.O., S. 178.

26 Ebd.

27 Stöver, a.a.O., S. 180.

28 Stöver, a.a.O., S. 181.

29 Stöver, a.a.O., S. 182.

30 Ebd.

31 Ebd.

32 Ebd.

den ohne die unermesslichen Förder- und Auftragselder, die aus dem Militärbudget der USA in die entsprechende Forschung und die start-up-Unternehmen der IT-Technologie geflossen sind. Diese Technologie hat die Male ihrer militärischen Genese noch nicht abgelegt; es vermehren sich eher im Gegenteil Befürchtungen über die Gefahren: Die im Jahr 2013 entstandenen Debatten über die Totalüberwachung der globalen Kommunikation durch den US-amerikanischen militärischen Geheimdienst NSA³³ machen klar, dass dieser technologische Entwicklung die Bedeutung einer „epochalen Umwälzung“ zukommt: noch hätten es die Gesellschaften es ‚nur‘ zu tun mit einer alles durchdringenden Technologie, aber „noch nicht mit einem totalitären politischen Willen“, so der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz. Aber „die Verbindung von ‚big data‘, also der gewaltigen Sammelleidenschaft für Daten durch Private und den Staat, und ‚big government‘, also der hysterischen Überhöhung von Sicherheit, könnte in die antiliberalen, antisozialen und antidemokratischen Gesellschaft münden.“³⁴

Als eine der bleibenden Erbschaften des Kalten Krieges kann insofern die Digitale Revolution mit ihren die soziale Realität verändernden Folgen gelten, ihre die Freiheit in ihrer Substanz bedrohenden Potenziale sind in das Licht der Öffentlichkeit getreten und zum Gegenstand der Auseinandersetzung in Gesellschaft und Politik geworden.

1.5 Die Seltsamkeit des neuen Frieden

Diese Erbschaft erscheint aus gegenwärtiger Perspektive weitaus wichtiger als der nominelle Sieg der Freiheit über den Gegenspieler in der Systemkonkurrenz, über die totalitäre Herrschaft, dem Reich der Unfreiheit. Gerade das posthistoire des Kalten Krieges zeugt vom „Seltsamen“ der Verhältnisse nach dem Ende der bipolaren Konstellation: dass weder Friede noch Stabilität auf Dauer gestellt, dass in Permanenz neue Konflikte aufbrechen, dass immer

33 Die National Security Agency (NSA) gehört zu jener im Kalten Krieg entstehenden Armee der Geheimdienste, die „die USA im verdeckten Krieg mit den Sowjets aufboten“. (Stöver, a.a.O., S. 166) Die NSA, 1952 gegründet, war besonders „geheimnisumwittert“; sie war die „zentrale Behörde für das Abhören des Gegners und die Entschlüsselung von Informationen“; sie war „global tätig“ und „am Ende des Kalten Krieges auf die doppelte Größe angewachsen“ (ebd.); ihr hypertrophes Wachstum war damit aber noch keineswegs abgeschlossen, es hält vielmehr an.

34 Schulz, Martin: Warum wir jetzt kämpfen müssen, in FAZ Nr. 31 vom 6. Februar 2014, S. 25.

neue Akteure die Bühne der internationalen Konflikte betreten, all dies durchaus Seltsame erscheint schon fast „in ein Gewöhnliches verwischt.“³⁵ Auch dies, das Problematischerwerden des Friedens, gehört in den Bereich der Erbschaft des Kalten Krieges: es ist sein entgrenzter Charakter. Dass die Grenzen zwischen Zivilem und Militärischem, zwischen Innen und Außen immer verschwommener wurden, dass die Mobilisierung aller gesellschaftlichen Ressourcen, die dem Sieg über den Gegner dienlich sein konnten, die Paradigmen des Politischen im Kern berührten, kurz: dass im Kalten Krieg *alles* zum Mittel wurde im Hinblick einer Konfrontation der Mächte, verändert auch die Qualität dessen, wofür der Begriff Friede steht.

In dem Sinn einer Totalisierung des Krieges steht der Kalte Krieg in der Kontinuität der beiden vorherigen Weltkriege. Diese haben „ihren Namen zunächst aus dem Vorgang, daß die Welt im Sinne des bewohnten Erdkreises von ihnen ... überzogen wird.“³⁶ Weitaus bedeutsamer ist aber der Vorgang, dass die Welt selbst „kriegerisch“ wird: „Der Krieg erkämpft nicht mehr einen Frieden, sondern setzt das Wesen des Friedens neu fest. Der Friede ist jetzt die übermächtige Beherrschung aller Kriegsmöglichkeiten und die Sicherung der Mittel ihres Vollzugs.“³⁷ Dies hat eine entscheidende Folge: „Der ‚totale‘ Krieg schließt den Frieden ein und solcher ‚Friede‘ schließt den ‚Krieg‘ aus. Die Unterscheidung von Krieg und Frieden wird hinfällig, weil beide mit wachsender Aufdringlichkeit sich als gleich-gültige Erscheinungen einer ‚Totalität‘ verraten.“ Die Bezeichnung „politisch“ für diese Phänomene trifft nicht, denn „dann muß man dem ‚Politischen‘ jene nichts mehr sagende ‚Totalität‘ zusprechen, die das ‚Wirtschaftliche‘, ‚Kulturelle‘ und ‚Technische‘ in gleicher Weise beanspruchen.“³⁸

Es ist in Heideggers Verständnis gerade das „Vordrängen der Macht in die maßgebende Rolle des Weltspiels“, das die Ununterscheidbarkeit von Krieg und Frieden nach sich zieht; in der „Verschärfung des Kampfes um den Weltmachtbesitz“ zeigt sich die Macht „als Jenes, was nicht nur keine Ziele hat, sondern gegen jede Zielsetzung in der reinen Ermächtigung ihrer selbst sich behauptet.“³⁹ Die unterschiedlich verfügbaren Zielsetzungen sind „in

35 Heidegger, Martin: Koinon. Aus der Geschichte des Seyns (1939/40), in: ders.: Die Geschichte des Seyns, Gesamtausgabe Bd. 69, Frankfurt/M. 1998, S. 179.

36 Heidegger, a.a.O., S. 180.

37 Heidegger, a.a.O., S. 180 f.

38 Heidegger, a.a.O., S. 182.

39 Ebd.

den Weltmachtkämpfen unentbehrlich“ als Aufgabe der „Verteidigung der ‚geistigen‘ Güter der Menschheit“; sie „halten sich dennoch stets im Nachträglichen, das wider Wissen und wider Willen in den Dienst der Machtermächtigung eingespannt bleibt.“⁴⁰

Die Selbstzweckhaftigkeit der Macht zeigt sich auch „darin, daß die Rechtfertigung der je in den Weltmachtkämpfen vorgebrachten Ansprüche bei ihren Verteidigern nicht minder als bei den Gegnern gleich unglaubwürdig wird. Dabei erscheint die Unglaubwürdigkeit gar nicht mehr ernstlich und nachhaltend als ein sittlicher Mangel, sondern – was jetzt viel gewichtiger geworden – als eine Ungeschicklichkeit der ‚Propaganda‘.“⁴¹

2 Ost-West-Konflikt

Der als Kalter Krieg bezeichnete Konflikt zwischen den beiden Supermächten USA und Sowjetunion ist selbst wiederum Teil des übergreifenden „Ost-West-Konflikts“. Diese Differenzierung ist von entscheidender Bedeutung; wer beide Konflikte „analysieren und erklären will, muß zunächst die immer wieder und besonders auch in der politischen Alltagssprache anzutreffende irreführende Gleichsetzung von Ost-West-Konflikt und Kaltem Krieg aufgeben. Der Kalte Krieg war nichts anderes als eine spezifische Variante des Ost-West-Konflikts, welcher als ordnungspolitischer und ideologischer Gegensatz bereits 1917 entstanden war.“⁴²

Der Ost-West-Konflikt beginnt als politischer Systemkonflikt mit der Machtgreifung der Bolschewiki in der Oktoberrevolution 1917 in Russland und der darauf folgenden antibolschewistischen Intervention von Mächten des Westens in den russischen Bürgerkrieg. Am Anfang dieses Konflikts steht eine Niederlage des Westens, der Gründung und Aufstieg der Sowjetunion 1922 nicht verhindern kann.

40 Heidegger, a.a.O., S. 83.

41 Heidegger, a.a.O., S. 184.

42 Conze, Eckart: Konfrontation und Détente. Überlegungen zur historischen Analyse des Ost-West-Konflikts, in: VfZ 46(1998), S. 269–282, hier: S. 274.

2.1 Normative Klarstellung

Der bestimmende Gegensatz im Ost-West-Konflikt ist *nicht* jener von Kommunismus und Kapitalismus. Dem Kommunismus als geschichtsphilosophisch deduzierter Endgestalt der Vernunft in der politisch verfassten Form einer klassenlosen Weltgesellschaft kann nicht eine historisch distinkte *Form des Wirtschaftens*, der Kapitalismus, gegenübergestellt werden, das wäre ein Kategorienfehler; sondern sein Gegenüber ist der „demokratische Republikanismus“ (V. Gerhardt).⁴³

In der Begriffsoption dieses Konflikts beinhaltet der Begriff „Westen“, gefasst als eine auf die Aufklärung gegründete Wertegemeinschaft, das normative Projekt der Umsetzung der Ideen von den unveräußerlichen Menschenrechten. Gleichursprünglich damit die Durchsetzung des politischen Prinzips der Gewaltenteilung, die Demokratie und individuelle Freiheit ermöglicht; die Etablierung des Rechtsstaats, der die Herrschaft des Rechts und damit die Gleichheit vor dem Gesetz garantiert, des Gewaltmonopols des Staats, der den Bürgerkrieg verhindert und der Marktfreiheit.⁴⁴

Der Gegenbegriff „Osten“ kann daher zuerst als Anti-Westlichkeit bestimmt werden; dabei ist jene des Sowjetkommunismus im Gleichheitsgedanken noch mit einem Aspekt der europäischen Aufklärung verbunden – im Gegensatz zum Nationalsozialismus, der auf radikalere Weise das Erbe der Aufklärung in toto verwarf. Der Begriff „Osten“ beinhaltet aber auch die Kritik an der Normativität dieser „westlichen“ Vorstellungen im Namen einer „höheren“ Vernunft, die sich auf Erkenntnis der Gesetze der Geschichte meint berufen zu können und diese nun ihrem Telos zuführt und dabei die als bloß „formale“ denunzierte bürgerliche Demokratie des „Westens“ überwindet und auf die neue Stufe der „wahren“ Demokratie hebt.

43 „Der Kommunismus ist daran gescheitert, dass er sich der Logik der Menschenrechte nicht entziehen konnte. Aber das wird politisch nur so lange wirksam bleiben, wie der ihm entgegenstehende (ich sage nicht: „Kapitalismus“, das wäre ein Kategorienfehler, sondern) der demokratische Republikanismus seine eigenen Prämissen nicht verrät.“ Gerhardt, Volker: Die Menschheit in der Person eines jeden Menschen. Zur Theorie der Humanität. Abschiedsvorlesung in der Humboldt-Universität Berlin am 10. Juli 2014, zit. nach: Information Philosophie 04.02.2015.

44 Vgl. dazu: Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen, 2 Bde., München 2000.

2.2 Ende des Konflikts

Der Ost-West-Konflikt endet mit dem Untergang der Sowjetunion am 31. Dezember 1991; er endet insofern siegreich, als der bisher bekannte „Gegner verschwindet.“⁴⁵ Als ein weiteres Datum für das Ende des Ost-West-Konflikts gilt die Charta von Paris; vom November 1990; nach dieser Zäsur beginnt ein neues Kapitel in den Ost-West-Beziehungen.⁴⁶

Fazit: „Die Welt befindet sich im Umbruch. Der Ost-West-Konflikt, der über vier Jahrzehnte die internationale Ordnung, das internationale System und die internationalen Beziehungen dominierte, der aber auch tief in die Staaten und ihre Gesellschaften hineinwirkte, ist zu Ende.“ Aber da eine „neue Weltordnung“, von US-Präsident George Bush 1990/91 vielfach beschworen“ sich nicht entwickelt hat, ist die „Euphorie“ darüber „längst verflogen“; sie hat „einem ernüchterten, zum Teil pessimistischen Realismus Platz gemacht.“⁴⁷

An sein Ende gekommen ist der Ost-West-Konflikt insofern, als die unter dem Namen Sowjetunion auftretende Gegnerschaft zum normativen Projekt „Westen“ ihren wichtigsten politischen Akteur verloren hat. Dass diese Gegnerschaft von politischen Akteuren mit neuen Namen und auch neuen – geschichtsphilosophisch-theologischen – Begründungen fortgeführt wird, ist angesichts der Entwicklung seit dem Ende der Sowjetunion deutlich geworden: diese Entwicklung markiert keineswegs den Eintritt in das posthistoire eines vermeintlichen „Endes der Geschichte“ (F. Fukuyama), sie hat vielmehr einen neuen politischen Raum komplexer Konfliktualität eröffnet, der gleichwohl vom Konflikt der Normativitäten bestimmt bleibt.

Literaturverzeichnis

Blumenberg, Hans: Wirklichkeitsbegriff und Staatstheorie, in: Schweizer Monatshefte Jg. 48/1968, H. 2.

Conze, Eckart: Konfrontation und Détente. Überlegungen zur historischen Analyse des Ost-West-Konflikts, in: VfZ 46(1998)

45 Stöver, Bernd: Der Kalte Krieg 1947–1991, a.a.O., S. 459. Stöver lässt mit diesem Datum auch den Kalten Krieg enden.

46 Vgl. oben u. Efinger, Manfred, List, Martin: Lemma Ost-West-Beziehungen, in: Nohlen, Dieter: Lexikon der Politik, Bd. 6, München 1994, S. 381.

47 Conze, Eckart: Konfrontation und Détente, a.a.O., S. 269.

- Faschismusanalyse und antifaschistischer Kampf der Kommunistischen Internationale und der KPD 1923–1945, hrsg. von Joscha Schmierer, Heidelberg 2. Aufl. 1974,
- Gaddis, John Lewis: The Long Peace. Inquiries into the History of Cold War, New York 1987
- Gerhardt, Volker: Die Menschheit in der Person eines jeden Menschen. Zur Theorie der Humanität. Abschiedsvorlesung in der Humboldt-Universität Berlin am 10. Juli 2014, in: Information Philosophie 04.02.2015
- Greiner, Bernd: Kalter Krieg und „Cold War Studies“, Version 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11.2.2010, URL:http://docupedia.de/zg/Cold_War_Studies
- Hartmann, Anne/Wolfram Eggeling: Sowjetische Präsenz im kulturellen Leben der SBZ und frühen DDR 1945–1953, Berlin 1998,
- Heidegger, Martin: Koinon. Aus der Geschichte des Seyns (1939/40), in: ders.: Die Geschichte des Seyns, Gesamtausgabe Bd. 69, Frankfurt/M. 1998
- Hobsbawm, Eric: Das Zeitalter der Extreme, München 1995
- Efinger, Manfred; List, Martin: Lemma Ost-West-Beziehungen, in: Nohlen, Dieter: Lexikon der Politik, Bd. 6, München 1994
- Europa-Archiv, Jg. 1947, o.O.
- Keesting's Archiv der Gegenwart, 1. Oktober 1947
- Loth, Wilfried: Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955, 7. überarb. Neuauflage München 1989
- Loth, Wilfried: Helsinki: 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung, München 1999
- Peter, Matthias: Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess 1975–1983. Die Umkehrung der Diplomatie, München 2015
- Marx, Karl/ Engels, Friedrich: Manifest der Kommunisten Partei, in: MEW, Bd. 4, Berlin 1974
- Stöver, Bernd: Der Kalte Krieg 1947–1991, Geschichte eines radikalen Zeitalters, München 2007

- Stöver, Bernd: Forschungen und Quellen zum Kalten Krieg. Das „Cold War International History Project“, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 2 (2005)
- Schulz, Martin: Warum wir jetzt kämpfen müssen, in FAZ Nr. 31 vom 6. Februar 2014
- Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen, 2 Bde., München 2000
- Zellentin, Gerda: Lemma KSZE, in: Nohlen, Dieter: Lexikon der Politik, Bd. 6, München 1994

Klaus Finke

Die Deutsche Frage – Thema mit Variationen

Inhalt

Einleitung	33
1 Rückblick: Die Deutsche Frage und einige Paradoxien ihrer Lösung	35
1.1 Konfrontation oder Entspannung: Vom agonalen zum kooperativen Paradigma	35
1.2 Politische Paradoxien des Paradigmenwechsels	36
2 Die Deutsche Frage nach 1945	40
2.1 Die „deutsche Frage“ in der Version von Wilhelm Röpke und ihre Rezeption in der deutschen Geschichtswissenschaft bei Götz Aly und Heinrich August Winkler	40
2.2 Die „deutsche Frage“ oder: Wie konnte das geschehen!	42
2.2.1 Röpkes Fassung der „deutschen Frage“ und seine Totalitarismusanalyse	44
2.2.2 Röpkes Analyse des Totalitarismus	45
2.3 Aly liest Röpke	49
2.3.1 Biographisch-politische Skizze	49
2.3.2 Aly liest Röpke als Zeitdiagnostiker	50
2.3.3 Nach dem Ende: Die Deutsche Frage	52
2.3.4 Ehrenrettung Röpkes	53
2.3.5 Alys Darstellung und ihre Defizite	54
2.4 Winkler liest Röpke	57
2.4.1 Analyse der NS-Diktatur: Winkler versus Röpke	59
2.4.2 Röpkes Kritik an der Politik des Westens	61
2.5 Röpkes Text und seine kritischen Kritiker	63
2.5.1 Die Analyse Röpkes als Ärgernis	63

2.5. 2	Fazit zum Apologie-Vorwurf	66
2.5. 3	Röpkes Fundamentalapologie	66
2.5.4	Röpkes Beitrag zur Lösung der deutschen Frage	70
2.5. 5	Die weltgeschichtliche Bedeutung der Deutschen Frage und ihrer Lösung	75
3	Deutsche Frage und Entspannungspolitik	77
3.1	Die Deutsche Frage und die bipolare Nachkriegsordnung	78
3.2	Zur Entstehung des Spannungsbegriffs im politischen Diskurs der Bonner Politik	78
3.2.1	Kontroversen und Positionen in der Entspannungspolitik	82
3.3	Die Deutsche Frage und die Wiedervereinigung: Paradigmen für eine neue Politik	85
3.3.1	Arnold Bergstraesser: Deutsche Einheit	85
3.3.2	Hans Rothfels: Geschichtliche Betrachtungen zum Problem der Wiedervereinigung	89
3.3.3	Die „Ostdenkschrift“ der EKD	93
4	Deutsche Frage und Neue Ostpolitik	106
4.1	Zur Genese der Neuen Ostpolitik	107
4.2	Wandel durch Annäherung: Egon Bahrs Rede am 15. Juli 1963 in der Evangelischen Akademie Tutzing	108
4.3	Exkurs: Georg Frost Kennan	113
4.4	Willy Brandt und die Entwicklung der „Neuen Ostpolitik“	116
4.4.1	Die Wurzeln der Neuen Ostpolitik	118
4.4.2	Brandts Positionen nach dem Mauerbau	119
4.4.3	Brandts Positionen vor dem Mauerbau	123
4.4.4	Fazit: Die Kontinuität der Konzeption von Brandt	137
4.5	Zur Metaphysik der Deutschen Frage: Die Barsinghausener Gespräche	138
4.5.1	Das Land Niedersachsen und die Vertriebenen	139
4.5.2	Die Barsinghausener Gespräche und ihre Initiatoren	142
4.5.3	Anmerkungen zu Werner Petersmann	146
4.5.4	Anmerkungen zu Hans Beske	150
5	Die Deutsche Frage oder: Vom Reich zur Republik	154
	Literatur	156

Einleitung

„Die deutsche Frage ist das dunkelste, verwickelteste und umfassendste Problem der ganzen neueren Geschichte.“ (Constantin Franz, 1866)¹

„Es gibt keine deutsche Frage mehr“ (H. A. Winkler)²

Die Rede von der „deutschen Frage“ ist im Arsenal der politischen Sprache der Bundesrepublik eine der bekanntesten Formeln; ihr Gebrauch ist dabei zum Synonym der Frage nach Einheit oder Teilung und nach den Grenzen Deutschlands geworden, zu einer Frage, die in den wechselnden Phasen des Ost-West-Konflikts und des Kalten Kriegs mit unterschiedlicher Relevanz, Intensität und Irritation behandelt wurde.

Worin besteht eigentlich der Sinn der Frage nach einer „deutschen Frage“? Erschöpft sich diese Frage darin, als Problem der Überwindung der Teilung zu gelten oder bezieht sie sich auf die Stellung Deutschlands in der bipolaren Nachkriegsordnung? Oder ist sie in einem anderen Sinn zu verstehen? Erstreckt sich die Frage auf einen weiten historischen Horizont, etwa auf den „Sonderweg“, den eine „verspätete Nation“ vermeintlich beschritten habe. Oder gilt sie auch für die Ab/Gründe, in die diese Nation die Welt hat blicken lassen durch den von ihr bewirkten „Zivilisationsbruch“, dessen Wurzeln eventuell gar bis zum „jungen Mann Luther“ heruntergreifen? Bezieht sie sich etwa auf das rätselhafte „Wesen“ dieser Nation in dem Wechsel von Demut und „Dämonie“; ist sie Indikator einer Krankheit sui generis oder ist sie gar Symptom einer „Weltkrankheit“?

Für die deutsche Frage kann mutatis mutandis das gelten, was Hans Blumenberg zur Bestimmung des Mythos formuliert hat: „Mythen sind Geschichten von hochgradiger Beständigkeit ihres narrativen Kerns und ebenso ausgeprägter marginaler Variationsfähigkeit. Diese beiden Eigenschaften machen Mythen traditionsfähig; ihre Beständigkeit ergibt den Reiz, sie auch in bildnerischer oder ritueller Darstellung wiederzuerkennen, ihre Veränderbarkeit den Reiz der Erprobung neuer und eigener Mittel der Darbietung. Es ist das Verhältnis, das aus der Musik unter dem Titel ‚Thema mit Variationen‘ in

1 Zit n. Röpke, Wilhelm: Die deutsche Frage, Dritte veränderte u. erweiterte Ausgabe, Erlenbach-Zürich 3. A. 1948, S. 11.

2 Ullrich, Volker: Ein Gespräch mit dem Historiker Heinrich August Winkler zu seinem 70. Geburtstag, in: DIE ZEIT, 17.12.2008 Nr. 52.

seiner Attraktivität für Komponisten wie Hörer bekannt ist.“³ Auch für die vorhandenen vielfältigen historisch-politischen Variationen der „deutschen Frage“ gilt das, was für Mythen gilt: sie „sind daher nicht so etwas wie ‚heilige Texte‘, an denen jedes Jota unberührbar ist.“⁴

Einige Variationen der Fassung der „deutschen Frage“ werden im Folgenden vorgestellt und kritisch kommentiert. Bei den vorgestellten Texten handelt es sich um solche von einem hohen Bekanntheitsgrad, deren Kenntnis allerdings in der Regel auf einige Schlagworte beschränkt bleibt; sie werden daher hier ausführlich selbst ‚zu Wort‘ kommen. Ebenso ausführlich wird die Analyse der Texte erfolgen; der methodische Ansatz ähnelt dem in der Literaturwissenschaft entwickelten Vorgehen einer dichten Lektüre („close reading“), um so die Interpretation nicht auf deutlich explizierte Aussagen beschränken zu müssen, vielmehr die in den sprachlichen Ausdrucksformen mitgehaltenen Bedeutungsdimensionen erschließen zu können.

Bei der Frage: Wer hat eigentlich die Formel „deutsche Frage“ so prominent gemacht, erscheint im Nachkriegsdeutschland sofort der Name Wilhelm Röpke und seine gleichnamige Schrift vom Mai 1945. Die Vorstellung dieser Schrift wird daher den Auftakt der Darstellung bilden; dabei wird ihre Rezeption durch die Historiker Aly und Winkler Teil der Analyse sein. (Kap. 2) Unter dem Aspekt einer Sichtung von Paradigmen für eine neue Politik in der deutschen Frage werden Texte aus den 1950er und 1960er Jahren eingeführt: von Arnold Bergstraesser und Hans Rothfels sowie die EKD-Ostdenkschrift. (Kap. 3) Die deutsche Frage unter dem Aspekt der Vorbereitung der neuen Ostpolitik wird anhand von Texten Egon Bahrs, Georg Frost Kennans sowie Willy Brandts behandelt. Den Abschluss bildet eine kurze Einführung in Zusammensetzung und Zielsetzung der Barsinghausener Gespräche sowie die Vorstellung einiger wichtiger Akteure. (Kap. 4) Mit der Zusammenfassung (Kap. 5) endet die Darstellung einiger Variationen zur deutschen Frage. Der Anfang ist einem Rückblick (Kap.1) vorbehalten, der aus der Perspektive der vollzogenen Einheit auf einige „Paradoxien“ bei der Lösung der deutschen Frage eingeht.

Diese kritische Sichtung von Varianten zur Lösung der deutschen Frage verfolgt das Ziel, den Diskurshorizont auszuleuchten, in dem die „Barsinghausener Gespräche“ stattgefunden haben, deren ansatzweise Analyse die im zweiten Hauptteil des Bandes präsentierte Arbeit unternimmt.

3 Blumenberg, Hans: Arbeit am Mythos, Frankfurt/M 1990, S. 40.

4 Ebd.

1 Rückblick: Die Deutsche Frage und einige Paradoxien ihrer Lösung

Es genügt nicht, daß der Gedanke zur Verwirklichung, drängt, die Wirklichkeit muß sich selbst zum Gedanken drängen. (Marx)⁵

1.1 Konfrontation oder Entspannung: Vom agonalen zum kooperativen Paradigma

Die territoriale Teilung Deutschlands gehörte zu den Kosten der Niederlage im 2. Weltkrieg; der Versuch, sie zu ignorieren und ihn nachträglich doch gewonnen zu haben, artikuliert sich exemplarisch als Losung „Dreigeteilt – Niemals!“ Die Forderung nach einer „Einheit“ Deutschlands, die als nachkriegspolitische Selbstverständlichkeit galt – notabene: Die erste DDR-Verfassung postulierte „Deutschland ist eine ungeteilte Republik“ – kann machtpolitisch gesehen als „revisionistische“ Forderung schlechthin verstanden werden.⁶

Die Gründung der Bundesrepublik folgte verfassungspolitisch der geschichtsphilosophischen Denkfigur einer „transitorischen Notwendigkeit“ (Marx), der zufolge eine bestimmte historische Phase als „Vorstufe“ zu einer gesetzmäßig folgenden „höheren“ Stufe fungiert: das explizit als „Provisorium“ bezeichnete Staatsgebilde sollte qua Verfassungsauftrag den *faktischen* – nicht völkerrechtlichen geregelten – Status der Teilung Deutschlands überwinden und die „Wiedervereinigung“ vorbereiten, ermöglichen und vollenden.

„Zwischen der Gründung des westdeutschen Teilstaates, der sich als ‚Transistorium‘ (Theodor Heuss) auf dem Weg zum geeinten Deutschland verstand, und der Anerkennung der Nachkriegsrealität zweier deutscher Staaten, lag ein langer Weg.“⁷ Wendepunkt auf diesem Weg war eine Einsicht, die Willy Brandts politische Klugheit deutlich werden ließ, nämlich die Einsicht,

5 Marx, Karl: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung, in: MEW Bd. 1, Berlin 1974, S. 386.

6 „Dreigeteilt – Niemals!“ – so lautete in der Frühphase der BRD der Kampfprud des Kuratoriums Unteilbares Deutschland; die ubiquitäre Präsenz dieser Losung wurde durch Plakate und Schilder garantiert, die bis in die 1960er Jahren hinein in den Straßen der bundesdeutschen Städte hingen.

7 Siebenmorgen, Peter: Gezeitenwechsel. Aufbruch zur Spannungspolitik, Bonn 1990, S. 373.

„dass die Stunde nie (...) kommen“ wird, „in der wir nachträglich den zweiten Weltkrieg gewinnen“; es war diese Einsicht, die die Grundlage bildete für „jenen ‚Gezeitenwechsel‘, der den Weg der Westdeutschen aus den Denkmustern des Kalten Krieges hin zum Entspannungsdenken und endlich für Entspannungspolitik signalisierte“⁸ Die „Deutsche Frage“ konnte daher als Problem der „Wiedervereinigung“ innerpolitisch bis in die späten 1960er Jahre hinein als Kardinalfrage deutscher Politik erscheinen. Die praktische Politik stand allen rhetorischen Kraftanstrengungen zum Trotz aber stets unter der Prioritätentriade: „Freiheit, Friede, Einheit.“⁹

1.2 Politische Paradoxien des Paradigmenwechsels

Zu den denkwürdigen Paradoxien, die von der ‚List der Vernunft‘ in der deutschen Nachkriegsgeschichte hervorgebracht worden sind, gehört der Tatbestand, dass die Deutsche Einheit in dem historischen Moment hergestellt worden ist, als sie als Thema und „nationalpolitische Aufgabe“ (Wehner) aus der politische Arena und der Bühne der öffentlichen Aufmerksamkeit nahezu vollständig verschwunden war.

Die der Fiktion der „Wiedervereinigung“ folgende Politik der beiden ersten Dekaden der Geschichte der Bundesrepublik bildete mit dem dominanten Narrativ der ‚nationalen Einheit‘, neben und über den Narrativen des ‚Wohlstands‘ und der ‚Sicherheit‘, die identitätsstiftende Klammer und die hegemoniale ideologische Leitvorstellung: Sie sollte als geistig-moralische Garantie der Einheit dienen; zugleich aber wuchs – durch ‚Bolschewisierung‘ im Osten und ‚Amerikanisierung‘ im Westen – die faktische ‚Entfremdung‘ der getrennten Teile.

Die unter dem Titel der Normalisierung der Beziehungen laufende neue Entspannungspolitik in den folgenden beiden Dekaden zielte auf Sicherung und Bewahrung von Elementen deutsch-deutscher Gemeinsamkeit durch Ermöglichung und Erleichterung von direkten Kontakten der Menschen. Dabei bildete sich allerdings im Westteil die neue hegemoniale Leitvorstellung einer post-nationalen Identität heraus, die dann sogar den Fall der Mauer und den schließlichen Vollzug der Einheit ohne nennenswerten nationalen Furor registrierte und die Emphase der Sentenz des Zusammenwachsens des Zu-

8 Ebd.

9 Eine Formulierung von Eugen Gerstenmeier, zit. n. Siebenmorgen: a.a.O., S. 33.

sammengehörigen (Willy Brandt) so sehr relativierte, dass sich sogar eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages mit den Problemen des Prozesses der Herstellung der Einheit befassen musste.

Der Erfolg der Entspannungspolitik, die sich beschreiben lässt als Ersetzung des agonalen durch das kooperative Paradigma, ist evident, selbst wenn er bei Teilen der Akteure nicht-intentionaler Natur gewesen sein sollte. Zu den interessanten Paradoxien zählt vor allem der Tatbestand, dass die Partei, die mit Willy Brandt, einer ihrer bedeutendsten Vorsitzenden der Nachkriegszeit, den Vordenker und Vollender der „Neuen Ostpolitik“ hervorgebracht hat, deren Ziel in der Aufrechterhaltung der Bedingungen der Möglichkeit einer „Wiedervereinigung“ bestanden hatte, dass diese Partei in dem Moment, als sie auf der politischen Agenda stand, von ihr wenig wissen wollte.

Diese Abneigung wird exemplarisch repräsentiert von Oskar Lafontaine, dem damaligen SPD-Vorsitzenden und „Kanzlerkandidaten“ im Bundestagswahlkampf 1990, der aus seinen Vorbehalten gegen die Einheit keinen Hehl machte.¹⁰ Allerdings gilt dies auch und noch weitaus mehr für Egon Bahr, für jenen SPD-Politiker, der als Wegbegleiter Brandts und Wegbereiter der Neuen Ostpolitik mit der Formel „Wandel durch Annäherung“ berühmt geworden ist. Am 27. November 1988 führte dieser als „Architekt der Ostpolitik“ bezeichnete SPD-Politiker in der Vortragsreihe „Reden über das eigene Land“ in den Münchener Kammerspielen in seiner Rede u. a. aus: „In der Teilung gibt es deutsche Chancen. Es gibt keine Chance, die deutschen Staaten zusammenzuführen.“ Und „unerträglich“ wäre „die Fortsetzung öffentlicher Sonntagsrederei, wonach die Wiedervereinigung vordringlichste Aufgabe deutscher Politik bleibt. Das ist objektiv und subjektiv Lüge, Heuchelei, die uns und andere vergiftet, politische Umweltverschmutzung.“ Begründung: „Die alte deutsche Frage liegt hinter uns wie die alte Geschichte der unabhängigen Nationalstaaten. Rückkehr ist nicht mehr offen ...“¹¹.

Was von diesen beiden führenden Repräsentanten der SPD vertreten wird, ist allerdings nicht ohne Vorgeschichte. In dieser Sache hat besondere Berühmtheit das „SPD/SED-Papier“ vom August 1987 mit dem Titel „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ erlangt. Es erschien den Zeitgenossen sofort als „historisches“ Dokument, denn „der 27. August 1987“ war

10 Vgl. dazu mit einer Fülle von Belegen das Werk zum Wahlkampf: Lafontaine, Oskar: Deutsche Wahrheiten. Die nationale und die soziale Frage, Hamburg 1990.

11 Zit. nach: Schmalz, Peter: Reden über das eigene Land, in: Die Welt vom 28. 11. 1995.

der Tag, „an dem die jahrzehntelange, zeitweise sprachlose Konfrontation der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei in Deutschland ihr Ende gefunden hat: Erstmals seit der Spaltung der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung im Ersten Weltkrieg war es möglich, ein gemeinsames Dokument zu formulieren – wenn auch noch nicht auf der Ebene der Vorstände, sondern auf einem sorgsam gewählten Niveau darunter: hier die SPD-Grundwertekommission, dort die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED.“¹² Getragen vom Pathos einer Beschwörung der ungeheuerlichen Gefahren des „Nuklearzeitalters“, in dem der Krieg „kein Mittel der Politik mehr sein“ dürfe, wird „unsere weltgeschichtlich neue Situation“ darin gesehen, „daß die Menschheit nur noch gemeinsam überleben oder gemeinsam untergehen kann.“¹³ Aus dieser Analyse wird dann die „Friedenssicherung“ ebenso zwanglos abgeleitet wie der friedliche „Wettbewerb der Systeme“ und die „Notwendigkeit einer Kultur des politischen Streits und des Dialogs“.

Das Positionspapier lässt daher in der Frage der Zweistaatlichkeit keinen Zweifel offen; sie gilt nicht nur als Beschreibung des status quo, sondern auch als des *status quo futuros*: „Beide Seiten müssen sich auf einen langen Zeitraum einrichten, während dessen sie nebeneinander bestehen und miteinander auskommen müssen. Keine Seite darf der anderen die Existenzberechtigung absprechen. Unsere Hoffnung kann sich nicht darauf richten, daß ein System das andere abschafft. Sie richtet sich darauf, daß beide Systeme reformfähig sind und der Wettbewerb der Systeme den Willen zur Reform auf beiden Seiten stärkt. Koexistenz und gemeinsame Sicherheit gelten also ohne zeitliche Begrenzung.“¹⁴

Die im öffentlichen Diskurs der 1980er Jahre dominante Ablehnung bzw. die doch zumindest starken Zweifel an der politischen Opportunität der Wiederherstellung der Deutschen Einheit stützten sich dabei häufig auf „postnationale“ Argumente und auf Überlegungen, in denen die Bedeutung und Vorrangigkeit der europäischen Einheit hervorgehoben wurden. Wichtiger war

12 Brinkel, Wolfgang u. Jo Rodejohann: Einleitung, in: Das SPD:SED-Papier. Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, hrsg. von Wolfgang Brinkel u. Jo Rodejohann, Freiburg i. Br. 1988, S. 7.

13 Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, in: Das SPD:SED-Papier, a.a.O., S. 11–21, hier: S. 11.

14 Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, in: Das SPD:SED-Papier, a.a.O., S. 11–21, hier: S. 17.

aber eine diffuse, geschichtsphilosophisch aufgeladene *Moral*, die sich als hegemoniale politische Kultur etablieren konnte: „Über Generationen ist Deutschland von der Überlagerung der politischen Sphäre durch ein kollektives schlechtes Gewissen, das Politik durch Gesinnung und Opportunismus ersetzt, geprägt worden. Inzwischen hat sich das schlechte Gewissen mehr und mehr von seiner Ursache gelöst, es kreist um sich selbst. [...] Wir stellen eine Lust an der Schuld zur Schau.“¹⁵ Exemplarisch für diese Haltung steht ein vormaliger enger Weggefährte Brandts, der prominente Schriftsteller Günter Grass, der im Februar 1990 (sic!) mit Hinweis auf das Stigma „Auschwitz“ die deutsche Einheit als politische Unmöglichkeit dekretierte: „Der Ort des Schreckens als Beispiel genannt für das bleibende Trauma, schließt einen künftigen deutschen Einheitsstaat aus.“¹⁶

Es lässt sich nun noch eine weitere Paradoxie des Wechsels vom agonalen zum kooperativen Paradigma feststellen; sie betrifft die SED-Politik. Das Entspannungsparadigma nimmt die alte SED-Forderung nach „Anerkennung der Realitäten“ auf; und in der Phase ihrer Akzeptanz wird sie zur „Katastrophe“ der SED-Herrschaft: diese Forderung erweist sich als das, was sie ist: als Forderung der Anerkennung einer doppelten Fiktion: der Fiktion einer sozialistischen Nation in den Grenzen der DDR und der Stabilität der SED-Herrschaft. Der Besuch des Partei- und Staatsratsvorsitzenden der DDR in der Bundesrepublik im September 1987 stellte den Höhepunkt im jahrzehntelangen Ringen um Anerkennung dar; dieser Besuch galt „vielen als die Ratifikation der deutschen Teilung, als Besiegelung deutscher Doppelstaatlichkeit.“¹⁷ Selten zuvor in der Geschichte ist auf den Triumph so schnell der Fall gefolgt. Schon kurz nach Vollzug dieser Anerkennung wurde der SED diese vermeintliche politische Wirklichkeit widerlegt – von der eigenen Bevölkerung in der friedlichen Revolution des Jahres 1989. Jedermann wusste wo das ‚Paradies der Werktätigen‘ allein liegen konnte: dort wo es politische Freiheit und „richtiges“, d. h. Valuta-Geld und daher Autos und Jeans gab. Die Sichtbarkeit dieser Prädikate des guten Lebens machte die Überlegenheit des anderen Systems so deutlich wie es keine ihrer ideologischen Sonntagsreden je vermocht hätte: die Dialektik des realen Materialismus war offen-

15 Grunenberg, Antonia: Die Lust an der Schuld. Von der Macht der Vergangenheit über die Gegenwart, Berlin 2001, S. 207.

16 Zit. n. Wolfrum, Edgar: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 2007, S. 446.

17 Rexin, Manfred: Der Besuch. September 1987: Honecker in der Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 40–41/97, S. 3–11, hier S. 3.

sichtlich; dieser Evidenz konnte nichts widerstehen; die Erfüllungen der Ökonomie der Planwirtschaft wirkten bloss im Verhältnis zu den Verheißungen der Wunschökonomie der Warenwelt.

Die skizzierten Paradoxien lassen sich zu dem Fazit zusammenziehen: Die Annahme einer ungefährdeten Stabilität der Herrschaft der SED in der DDR, die prophezeit und mindestens hundert Jahre währende Weiterexistenz eines mauerumgrenzten „Arbeiter und Bauernstaates“ prägte bis zuletzt das Selbstbild der herrschenden Partei in der DDR. Die Annahme eines unabsehbaren Weiterbestandes zweier deutscher Staaten bildete beinahe die vitalste deutsch-deutsche Gemeinsamkeit: der „diskrete Charme des Status quo“¹⁸ war nahezu unwiderstehlich; ein breiter Konsens in Politik und Wissenschaft der Bundesrepublik bestand darin, der SED-Herrschaft die gleiche Stabilität und lange Dauer zuzubilligen wie dem eigenen demokratischen Staat. Auch dies war ein Selbstbild, das sich als Selbsttäuschung erwies.

2 Die Deutsche Frage nach 1945

2.1 Die „Deutsche Frage“ in der Version von Wilhelm Röpke und ihre Rezeption in der neueren deutschen Geschichtswissenschaft bei Götz Aly und Heinrich August Winkler

Wer die Frage nach der „deutschen Frage“ stellt, stößt auf den Wirtschaftswissenschaftler Wilhelm Röpke und seine gleichnamige Schrift aus dem Mai 1945.¹⁹ Röpkes Werk ist in mehrfacher Hinsicht wirkmächtig geworden: Hans-Peter Schwarz, *der* Historiker der jungen Bonner Republik meinte sogar, kein Autor könne „mit größerem Recht die geistige Vaterschaft der Bundesrepublik in Anspruch nehmen“ als Wilhelm Röpke.²⁰

Röpkes Vorschläge zur Wirtschafts- und Währungspolitik haben Eingang gefunden in die politischen Konzepte der westlichen Alliierten und des späteren von Ehrhard geführten Wirtschaftsministeriums, als dessen Berater Röpke fungierte. Auch haben Röpkes Vorschläge für eine neue staatliche Struktur

18 Schröder, Klaus und Staadt, Jochen: Der diskrete Charme des Status quo: Die DDR-Forschung in der Ära der Entspannungspolitik, in: *Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft*, 21. Jg. 1993, Heft 1, S. 24–63, hier: S. 24.

19 Röpke, Wilhelm: *Die deutsche Frage*, Dritte veränderte u. erweiterte Ausgabe, Erlenbach-Zürich 3. A. 1948.

20 Schwarz, Hans-Peter, *Vom Reich zur Bundesrepublik*, Neuwied 1966, S. 393.

Deutschlands in Form einer streng föderalen Ordnung als Lösung der deutschen Frage einen nicht unerheblichen Einfluss gewonnen. Zudem ist sein Werk für die Diskussion um Einheit oder Teilung Deutschlands auch deshalb von Bedeutung, weil es damals einen Standpunkt vertrat, den der Berliner Historiker Götz Aly im Jahr 2011 mit dem erstaunlichen Satz wiedergab: „Das geschichtliche Glück der deutschen Teilung.“²¹

Röpkes Werk mit dieser unorthodoxen Position ist es wert, in seinen Hauptzügen an dieser Stelle rekapituliert zu werden; dies auch in Hinblick auf die Entwicklung von grundlegenden Argumentationsfiguren in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, die in den folgenden zeitgenössischen Debatten nicht ohne Einfluss geblieben sind. Zugleich erscheint es sinnvoll, parallel zur Erinnerung an dieses Werk, es auf seine Bedeutung im jüngeren deutschlandpolitischen Diskurs hin näher zu betrachten. Dafür kann die Rezeption Röpkes durch zwei prominente Autoren der bundesdeutschen Geschichtsschreibung herangezogen werden: dies ist einmal Götz Aly, ein Repräsentant der nicht-universitären Forschung, der mit wegweisenden Arbeiten zur Analyse des NS-Regimes und den „Vordenkern der Vernichtung“ bekannt geworden ist, ein Autor der erst jüngst den Ökonomen Röpke für die Diskussion der „deutschen Frage“ entdeckt hat; und dies ist zum zweiten Heinrich August Winkler, ein Schüler von Hans Rothfels, der zu einem der einflussreichsten und zugleich produktivsten deutschen Historiker geworden ist. Winklers schon seit längerer Zeit vorliegende Beschäftigung mit Röpke kann dabei als exemplarische Deutung für den mainstream der Geschichtsschreibung gelten. Winkler hat dem Werk Röpkes eine für die damalige bürgerliche Literatur typische unkritisch-apologetische Tendenz attestiert.

Um die Rezeption nachvollziehbar zu machen, wird die Darstellung in folgenden Schritten erfolgen: Zunächst wird eine Skizzierung der Grundintuition der Röpkeschen Version der „deutschen Frage“ und seiner Analyse des Nationalsozialismus vorgenommen (2). Im Anschluss daran folgt eine Skizze der Re-Leküre Röpkes durch Aly (3). Zentral wird dabei die Frage nach einer un/kritischen und selektiven Rezeption sein. Die Würdigung, die Winkler dem Werk angedeihen lässt, wird im darauf folgenden Abschnitt vorgestellt (4). Die Frage ist dabei: hat die von Winkler vorgenommene Deutung dieser Schrift Röpkes als Musterfall einer apologetischen Geschichtsdeutung ein

21 Aly, Götz: Das geschichtliche Glück der deutschen Teilung, in: Berliner Zeitung vom 07. Mai 2011.

fundamentum in re oder ist sie eine polemische Interpretation? Falls dies Letztere zutrifft, wäre auch nach dem Grund der polemischen Verzerrung zu fragen, d. h. von Interesse wird die Frage danach sein, worin das erkennbare Ärgernis der Auffassungen Röpkes für die Historiographie aus der Winklerschen Perspektive besteht. Im abschließenden Abschnitt (5) werden zunächst Röpkes Kritik an der Politik des Westens und das Ärgernis seiner damaligen Einlassungen für den heutigen Erinnerungsdiskurs im Mittelpunkt stehen; danach werden die Prämissen seines Ansatzes in die theoretischen Kontexte gestellt, denen sie entstammen, daraus lässt sich dann ein kritisches Fazit zu Winklers Apologie-Vorwurf ziehen sowie die tatsächlich in Röpkes Werk enthaltene Fundamentalapologie begründen. Abschließend werden Röpkes Vorschläge zur Neuordnung Deutschlands unter besonderer Berücksichtigung der Haltung zur SBZ vorgestellt.

2.2 Die „deutsche Frage“ oder: Wie konnte das geschehen!

Als Motto hat Röpke dem Werk ein Wort von Constantin Franz, „einem unbeugsamen und weit vorausschauenden Widersacher Bismarcks“²² aus dem Jahr 1866 vorangestellt: „Die deutsche Frage ist das dunkelste, verwickelteste und umfassendste Problem der ganzen neueren Geschichte.“ Beim Blick auf „die tausendjährige Geschichte der Deutschen von Otto I. bis hinab zu Adolf Hitler“, wird daher das „Gefühl“ stark, „einer Tragödie zu folgen, wie die Weltgeschichte nicht ihresgleichen hat, einer echten Tragödie, in der sich Schuld und Schicksal miteinander verketten.“²³ Röpke hält, nachdem „unser erster Zorn verraucht ist“ über „die Saat des Hasses, die die Deutschen unter ihrer nationalsozialistischen Führung gesät haben“, die Zeit für gekommen, die Fragen zu stellen, „wie es denn geschehen konnte, daß in einem großen Kulturvolke alle Kräfte des Bösen losbrachen“ und welches nun „die gerechte und vernünftige Behandlung der Deutschen ist.“²⁴ Die Frage greift aber über die NS-Diktatur hinaus, denn es ist „die deutsche Frage, die bereits Generationen beschäftigt hat“ und durch den Nationalsozialismus „in ihrer letzten und schärfsten Form aufgeworfen worden ist. Es ist das Rätsel, zu

22 Röpke: Die deutsche Frage, a.a.O., S. 11.

23 Ebd.

24 Röpke: Vorwort zur 1. Auflage Ende Mai 1945, in: Röpke, a.a.O., S. 7.

dem die große Nation inmitten Europas mehr und mehr seit Bismarck geworden ist.“²⁵

Die „deutsche Frage“ und die „Weltkrankheit“

Die Zeit, die seit dem „Sturz des Nationalsozialismus“ vergangen ist, zeigt, „daß wir es in Wahrheit mit einer Weltkrankheit zu tun haben“, die „in anderer Form, unter anderen Namen und unter anderen Krankheitserscheinungen“²⁶ weiterwütet. Dieses Thema, schreibt Röpke, habe er in seinen „übrigen Büchern seit Jahren behandelt“, die „Wahrheit“ darüber werde „fast überall“ als sehr „unbequem“ empfunden: „Und wie wenige erst sind sich in der Welt der ungeheuren Gefahr bewußt, die sie bedroht, und wollen von der Verrohung, Barbarisierung, Verwilderung und inneren Auflösung nichts wissen!“²⁷

Aber zugleich spricht Röpke eine an „die Deutschen“ adressierte Warnung aus: sie sollten „nur mit Zurückhaltung von dieser Weltkrankheit reden“. Warum? Der Grund ist einfach: weil „es ihnen nicht gut ansteht und weil sie daraus eine neue Theorie der Schuldverdrängung schmieden könnten.“ (10) „Wir“, so Röpke, sollten sie nicht „in dieser Neigung bestärken“ oder sie mit dem Hinweis auf die „Weltkrankheit“, so richtig er ist, „trösten“, denn „daß sie in Deutschland nicht nur zuerst unter den hochentwickelten Ländern des Westens, sondern mit einem solchen Furor ausbrechen konnte, ist ja leider die Besonderheit dieses Landes, eben das, was die ‚Deutsche Frage‘ ausmacht.“ (10) Die verhängnisvolle Folge davon, dass „die Deutschen den Ausbruch der Krankheit in ihrer schlimmsten Form erlaubt haben“, ist, dass „überall die Tür des Bösen“ erst „ganz weit aufgestoßen worden ist.“ Daher wäre es „ein Weltunglück“, wenn die Völker, die „Opfer des braunen Eroberungsrausches wurden“, sich „nicht umso rücksichtsloser von einer Wahrheit Rechenschaft geben würden, die die Deutschen nur mit Zurückhaltung aus-

25 Ebd.

26 Röpke: Die deutsche Frage, a.a.O., S. 9. – Eine Untersuchung der von Röpke verwendeten um Krankheit und Organismus kreisende Metaphorik wäre im Anschluss an Hans Blumenbergs Metaphorologie außerordentlich lohnend; sie kann an dieser Stelle nicht erfolgen. Der Oldenburger Politikwissenschaftler A. Meyer hat in seiner Dissertation die Organismus-Metaphorik zur Beschreibung gesellschaftlicher Prozesse grundlegend analysiert: Meyer, Ahlrich: Mechanische und organische Metaphorik politischer Philosophie, in: Archiv für Begriffsgeschichte 13 (1969), S. 128–199.

27 Röpke, Die deutsche Frage, a.a.O., S. 10. Im Folgenden werden die Zitatnachweise im Text erfolgen.

sprechen dürfen, wenn sie sich nicht selbst schaden oder mißverstanden werden wollen.“ (10)

Das *Wesen* der „deutschen Frage“ besteht, Röpke zufolge, also darin, dass „die Deutschen“ einer „Weltkrankheit“ zuerst und mit singulärem Furor den Ausbruch erlaubt und damit überall dem Bösen die Tür geöffnet haben. Die historisch-politische Diagnose einer „Weltkrankheit“, als dessen Teil die „deutsche Frage“ erscheint, kann allerdings keineswegs als Begründung für eine „Schuldverdrängung“ der Deutschen dienen. Röpke spricht also an dieser Stelle mit aller wünschenswerten Deutlichkeit aus, worum es ihm *nicht* geht: einer „Theorie der Schuldverdrängung“ der Deutschen Vorschub zu leisten. Nun ist selbstverständlich die Absicht eines Autors noch keineswegs identisch mit dem, was sein Text enthält und von einer kritischen Hermeneutik erschlossen werden kann. Ob in diesem Fall tatsächlich eine Diskrepanz zwischen proklamierter Absicht und realisiertem Text besteht, wird zu prüfen sein.

2.2.1 Röpkes Fassung der „deutschen Frage“ und seine Totalitarismusanalyse

Das als „deutsche Frage“ bezeichnete Problem formuliert Röpke in *historischer* Perspektive als Konsequenz der Vereinigung „zweier deutscher Geschichtsströme“, des deutschen und des preußischen, folgendermaßen: „Wie kommt es, daß das Kernland Europas zu seinem Verhängnis und zum Verhängnis Europas im geistigen und politischen Konzert dieses Kontinents immer wieder eine Solopartei spielt ...“ (161) Aus *aktueller* Perspektive erfährt sie folgende Fassung: „Die deutsche Frage besteht ja gerade darin: Wie können wir dieses Land, das einst Hitlers Werbetrommel folgte, so umformen und kurieren, daß es nicht länger von einer Mentalität besessen ist, die ein zentralisiertes, großpreußisches Reich idealisiert und die nichtpreußischen Traditionen und Werte als unprätios oder reaktionär verschreit?“ (331)

Obgleich Röpke die Analyse der NS-Diktatur im erweiterten Rahmen einer „deutschen Frage“ vornimmt, soll es sich nicht um den Versuch handeln, „das Welturteil über die unsäglichen Figuren und Ideologien“, die dem ganzen Kontinent „entsetzliches Elend gebracht haben“, auch „nur im allergeringsten korrigieren zu wollen.“ (14) Röpke formuliert als die ihm dringlichsten Fragen a) „wie hat dieses Volk so enden können?“ und b) wie kann „es den Weg zu sich selbst und zur abendländischen Gemeinschaft zurückfinden?“ (14), denn dies seien die Fragen, von deren Beantwortung die

„Zukunft Europas“ (15) abhängen. Diese Zukunft kann nur eröffnet werden, wenn „es endlich nach diesem Kriege gelingt, das zu erreichen, was drei Generationen bisher verfehlt haben, nämlich Deutschland wieder in Europa einzugliedern und so auf diesem organischen Wege der friedlichen Integration Europa gegen Deutschland wie Deutschland gegen sich selbst zu schützen.“ (15)²⁸ So wie Europa „mit einem kranken Deutschland in seiner Mitte dem Ruin ausgeliefert ist“, so gibt es noch „eine andere und kaum geringere Bedeutung“ des Deutschlandproblems: erst „wenn man die so verhängnisvolle Entwicklung Deutschlands seit 1866 begriffen hat“, ist ein Verständnis „vieler allgemeiner Verfallserscheinungen im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und geistigen Leben des Abendlandes“ (15) möglich, kurz: das „Deutschlandproblem erforschen heißt: die Gesellschafts- und Kulturkrise der Gegenwart an dem Einzelfall eines Volkes studieren.“ (15)

2.2.2 Röpkes Analyse des Totalitarismus

Röpkes Analyse und Vorgehen folgt dieser theoretischen Vorentscheidung, das NS-Regime im Kontext der „deutschen Frage“ als Zeichen einer allgemeinen Krise des „Abendlandes“ zu verstehen.²⁹

Zunächst richtet Röpke den Blick auf den Nationalsozialismus, es ist ein Blick nach *unten*: es handelt sich um ein „Regime, das dem tiefsten Schlamme der Menschenseele entstiegen war und mit seiner Mischung von äußerster Brutalität, Sentimentalität, Lüge und kalter Berechnung eine der widerlichsten Tyrannen aller Zeiten aufgerichtet hatte.“ (19) Die Nationalsozialisten „haben Millionen wie Vieh geschlachtet und andere Millionen um ihr Liebste und Teuerste gebracht.“ (19) Ihre „Dummheit wurde nur noch von ihrer Bosheit übertroffen, ihr Geschwätz nur von ihrer Unwissenheit und ihr offener Übermut nur von ihrer geheimen Angst“; noch immer „ist das Ende des Unheils nicht abzusehen, das sie angerichtet haben, nachdem sie das Tor des Bösen in der Welt weit aufgestoßen haben und den zerstörenden Kräften des Nihilismus und des Totalitarismus freie Bahn gegeben haben.“ (20) Der Natio-

28 Röpkes Argumentation zur erforderlichen Integration Deutschlands in einen europäischen Rahmen hat bis zu den Debatten der westlichen Alliierten um die deutsche Einheit 1989/90 ihre Kraft nicht verloren – ganz i. G. sie erwies sich dort als ein entscheidendes Problem.

29 Terminologisch, aber ohne den sonst üblichen antisemitischen Affekt proto-faschistischer intellektueller Kreise, schließt Röpke an die im ersten Drittel des zwanzigsten Jahrhunderts gängige Kulturtheorie des Abendlandes an, die am bündigsten Oswald Spengler in seiner Geschichtsspekulation über den „Untergang des Abendlandes“ entworfen hat.

nalsozialismus „war ein Gemisch von dampfenden Gefühlen und ungezügelm Tatendurst ..., von Zynismus, Opportunismus, Brutalität, Verlogenheit, von Haß, Neid, Ehrgeiz, Treulosigkeit und Intrige, von geiler Sexualität. Es war eine Barbarei, die nicht Unreife, sondern Fäulnis war...“ (20)³⁰

Nach dem Blick in den Abgrund folgt eine Darstellung von politischen Elementen des NS-Regimes. Sie besticht durch eine gute Analyse der Struktur totalitärer Herrschaft, die Elemente der Totalitarismus-Typologie von Friedrich/Brzezinski vorwegnimmt: die dort formulierten Merkmale totalitärer Diktaturen werden bereits von Röpke angeführt, so etwa die Herrschaft einer Partei, eine mit absolutem Wahrheitsanspruch versehene Ideologie, die Errichtung eines Meinungsmonopols, die Einrichtung einer Geheimpolizei, die Dauermobilisierung der Massen. (36ff)³¹ Diese „moderne Tyrannis“, deren „widerlichste und extremste Form“ hier vorliegt, zeichnet sich aber vor allem aus durch „die vollkommene Auflösung der Werte und Normen, ohne die unsere oder irgendeine andere Gesellschaft auf die Dauer nicht bestehen kann“ (39) und eine „nihilistische Prinzipienlosigkeit“, die man als „Satanismus und Nihilismus bezeichnen kann. Alles verfällt der Aufweichung, und schließlich bleibt nur noch ein einziges festes Ziel der Tyrannis übrig, dem alle moralischen Grundsätze, alle Versprechungen, Verträge, Garantien und Ideologien rücksichtslos geopfert werden: die nackte Herrschsucht, die Wahrung der immer aufs neue bedrohten Macht (...) Das Unmoralische eines solchen Regimes versteht sich sozusagen immer von selbst. (40)

Röpke wendet sich in seiner Analyse strikt gegen die marxistische Auffassung vom NS-Regime als einer Herrschaftsform des Kapitals. Die Vorstellung, dass „die Leiter eines Staates Marionetten sind, die an den von ‚Kapitalisten‘ gezogenen Drähten tanzen“, sei „Hintertreppenromantik“ und auch jene „Kapitalisten“ vom Schlage eines Fritz Thyssen“ mussten sich „in schmerzlicher Weise“ davon überzeugen, „daß der Nationalsozialismus ein durchaus echter Kollektivismus und entschlossen war, aus eigener Machtvollkommenheit zu regieren.“ (27)

30 Diese und ähnliche durchaus zutreffende Charakterisierungen des Nationalsozialismus und seines Personals gleichen den Darstellungen von Ernst Niekisch – vgl. Niekisch, Ernst: Das Reich der niederen Dämonen. Eine Analyse des Nationalsozialismus, Hamburg 1953.

31 Vgl. dazu Friedrich, Carl Joachim/Brzezinski, Zbigniew: Die allgemeinen Merkmale der totalitären Diktatur, in: Seidel, Bruno/Jenkner, Siegfried (Hrsg.): Wege der Totalitarismus-Forschung, Darmstadt 1968, S. 600–617.

Ähnlich wie die marxistische Auffassung betont Röpke, dass ein solche Regime „früher oder später in *Krieg* und *Eroberung* (Herv.i.O. –F.) endet“. (41) Hauptgrund dafür sei „die sozialistisch-autarkische Wirtschaftsstruktur, die vom Wesen dieser totalitären Tyrannis nicht zu trennen ist“ (42), denn sie ist „im wesentlichen eine Aufwands-, Substanzverzehr- und Beutewirtschaft.“ (42) Röpke verweist nachdrücklich auf die Relevanz der Massenbasis: Die „Legende von den bösen Kapitalisten, die mit Hilfe des Nationalsozialismus die unschuldigen deutschen Massen vergewaltigt haben sollen“ (28), muss zerstört werden, denn in Wahrheit hätte der Nationalsozialismus „weder zur Macht kommen noch sich an der Macht halten können“ ohne die „Unterstützung durch breite Massen des deutschen Volkes“. (28) Dieser „Massencharakter“ des Nationalsozialismus sowie die von ihm verwendeten Herrschaftsmittel machen deutlich, dass dieses Regime „mit der Masse und innerhalb der Masse vorzugsweise mit der Crapule und gegen die kulturtragenden Eliten regiert und dabei immer ängstlich bei jedem Wort und bei jeder Handlung auf die Reaktion der Masse Bedacht genommen“ (38) hat.

Aufstand der Masse

Resümierend stellt Röpke die NS-Diktatur in einen seinerzeit prominenten kulturphilosophischen Kontext: „So ist sie die Herrschaftsform, die jenem Aufstände der Massen gegen die Elite Ausdruck verleiht, von dem der spanische Philosoph Ortega y Gasset in seinem gleichnamigen Buch gesprochen hat.“ (38) Zur Stützung dieser Auffassung subsumiert Röpke den Nationalsozialismus unter den Begriff Totalitarismus, als zwar „besonders scheußliches Exemplar“, das sich aber „doch mit allen wesentlichen Merkmalen ohne Schwierigkeit in die Gattung“ (46) einordnen lässt. Und hier ist „nicht zu vergessen, daß an der geistigen Zeugung dieses Monstrums gerade die außerdeutsche Welt mitgewirkt hat.“ Dem deutschen Totalitarismus gingen „der russische und der italienische“ (46) voraus.³²

32 Diese These weist verblüffende Ähnlichkeiten auf mit der These von Nolte: „War nicht der ‚Klassenmord‘ der Bolschewiki das logische und faktische Prius des ‚Rassenmords‘ der Nationalsozialisten?“ – Nolte, Ernst: *Vergangenheit, die nicht vergehen will*, in: *Historikerstreit. Eine Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung*, München 1987, S. 39–47, hier: S. 45. Für eine aufschlussreiche Analyse der zweifelhaften Methoden, mit denen der „Historikerstreit“ von den Beteiligten geführt wurde, vgl. Brodtkorb, Mathias (Hrsg.): *Singuläres Auschwitz? Ernst Nolte, Jürgen Habermas und 25 Jahre ‚Historikerstreit‘*, Banzkow 2011.

Selbst „der Rassenwahn, der eine ausschließliche Domäne des deutschen Totalitarismus zu sein scheint“, ist aber „den Deutschen von Ausländern ... zugetragen worden.“ (47) Röpke will mit den Hinweisen auf Vorläufer wie Gobineau keine Gleichsetzung mit „dem entsetzlichen Wahncharakter jener Lehre“ (48), die er bei den Nationalsozialisten angenommen hatte, vornehmen, aber dort ist der „Irrweg jenes Biologismus“, zu dem „Darwin und seinen gleichem den Grund gelegt haben“ (48), angelegt worden. Die „nationalsozialistische Rassenlehre ist das letzte faulige Zerfallsprodukt eines geistigen Prozesses“, durch den im Verlauf des 19. Jahrhunderts „der Mensch zu Gegenstand der Zoologie und der Zuchtwahl erniedrigt wird“ und „an diesem Prozeß sind alle führenden Länder des Abendlandes beteiligt.“ (48)

NS-Rassismus: Genese und Fazit

Die Darstellung der Genese der Rassenlehre des Nationalsozialismus mündet in die Schlussfolgerung: „Die Todeskammern von Auschwitz und Maidanek sind die letzte schauerliche Konsequenz, die sich ergeben hat, nachdem bestimmte wissenschaftliche Ideen im Laufe eines Jahrhunderts schließlich ihren Weg zu den moralisch und geistig tiefsten Schichten gefunden hatten, die dann durch eine unfäßliche Gesellschaftskatastrophe zu Herrschern eines großen Volkes wurden.“ (48) Insoweit, so Röpke, muss der Nationalsozialismus „eher als Ausdruck eines internationalen Zeitgeistes als derjenige eines nationalen Volksgeistes“ verstanden werden, denn überall – Röpke zitiert eine Formel von F. A. Hayek – „gibt es die ‚Totalitären mitten unter uns‘.“ (48) Die These vom Aufstand der Massen fasst Röpke zusammen zu den zwei „Hauptvoraussetzungen der modernen totalitären Tyrannis“, nämlich einmal „die moderne Massengesellschaft“ und dann „die moralische Auflösung.“ (49) Es muss sich aber daran „die Frage nach den letzten Ursachen dieses soziologisch-moralischen Verfalls der abendländischen Gesellschaft anschließen.“ (49) Röpke verweist hier auf seine „Trilogie“ von Untersuchungen zum Thema; deren Ergebnis lässt sich dahingehend zusammenfassen, „daß, während alle Länder der zivilisierten Welt von diesem Krankheitsprozeß erfaßt worden sind, der Grad der Erkrankung jeweils von den Reserven an gesunden Widerstandskräften abhängt“; sind diese zu gering, erfolgt der „Zusammenbruch der Gesellschaft“; dies bedeutet Sieg des „Totalitarismus“; und „er ist das Ende der Massengesellschaft.“ (49) Sie zerfällt wie in einem „Dust-Bowl“ in „einen formlosen Haufen von Sandkörnern“, die unter „den Stürmen der Massenleidenschaften hochwirbeln und alles unter sich begraben können. ... So ist es Deutschland ergangen.“ (49)

2.3 Aly liest Röpke

In seiner jüngsten Publikation versammelt der Berliner Historiker Götz Aly ein Dutzend um die Analyse des NS-Regimes kreisende Aufsätze und Vorträge aus den Jahren 1998 bis 2013; drei Essays sind neu, darunter jener, in dem Wilhelm Röpke als Gegenbild vorgeführt wird zu dem die deutsche Nachkriegsgeschichte dominierenden Typus des „Mitläufers“, der als Synthese aus Affirmation und Niedertracht erscheint. Röpkes Würdigung erfolgt unter dem Titel einer Gegnerschaft zu „Volk und Führer“, sie wird charakterisiert als „liberale Kritik am nationalen Sozialismus“.³³

2.3.1 *Biographisch-politische Skizze*

Aly stellt ausführlich biographische Stationen und herausragende politisch-publizistische Aktivitäten aus Röpkes Leben vor. Röpke artikuliert schon früh öffentlich seine Gegnerschaft zur NS-Bewegung. Das NS-Regime belegte ihn bereits im April 1933 mit einem Berufsverbot; der in Marburg lehrende „damals 33-jährige Ordinarius für Wirtschaftliche Staatswissenschaften“ galt dem neuen Regime als „unversöhnlicher Staatsfeind“, „weil er ohne jeden Kompromiss für Liberalismus, Marktwirtschaft und individuelle Freiheit focht.“ (109) Die „Herren im Reichssicherheitshauptamt“ kamen aber erst zehn Jahre später, im Sommer 1943, darauf, „auch die Ausbürgerung ‚des deutschblütigen Wilhelm Röpke‘ zu betreiben“ (109), mit der Begründung, er habe in der Schrift „Gesellschaftskrisis der Gegenwart“, erschienen 1942, „jegliche Form des Nationalismus“ abgelehnt und zudem „die Gestalten der deutschen Geschichte wie Bismarck, Friedrich List und Treitschke“ (110) beschimpft. Im „Herbst 1933 wechselte der Verjagte an die Universität Istanbul, im Oktober 1937 an das Institut des hautes études internationales der Universität Genf“. Dort starb er 1966, Röpke war stets „ein deutscher Patriot“ (112) geblieben.

2.3.1.1 Was in Alys Skizze fehlt

Was der Historiker Aly wissen sollte, aber hier unterschlägt, ist die Tatsache, dass Röpke keineswegs als einfacher Emigrant sich durchs Leben im Exil schlagen musste, sondern als führender Repräsentant des Neoliberalismus

33 Wilhelm Röpke gegen Volk und Führer. Liberale Kritik am nationalen Sozialismus, in: Aly, Götz: „Volk ohne Mitte“. Die Deutschen zwischen Freiheitsangst und Kollektivismus, Frankf./M. 2015, S. 109–137, hier: S. 109. Im Folgenden alle Zitatnachweise im Text.

von dessen Netzwerken profitierten konnte. Die Bemühungen zur Erneuerung des Liberalismus wurden auf vielschichtige institutionell-publizistische Weise vorangetrieben; zu dem neoliberalen Netzwerk, das über engste Beziehungen zu „den einflussreichen Kräften der US-Universitäten, -Diplomatie, -Politik, -Stiftungen wie -Wirtschaft verfügt“³⁴ gehörte auch das Institut Universitaire de Hautes Études Internationales (IUHEI) in Genf. „Das IUHEI wurde über etwa zwei Jahrzehnte von der Rockefeller Foundation finanziell getragen. Es bot in den 30er- und 40er-Jahren einer Vielzahl der späteren Neoliberalen Dozentenstellen, Forschungsaufträge oder Vorlesungsmöglichkeiten. Von jenen, die davon profitierten seien nur Luigi Einaudi, F. A. von Hajek, Michel A. Heilperin, Hans Kelsen, Fritz Machlup, Ludwig van Mises und Wilhelm Röpke erwähnt.“³⁵

2.3.2 *Aly liest Röpke als Zeitdiagnostiker*

Aly interessieren an Röpke vor allem zwei Aspekte: „der klare zeitgenössische Blick auf den Nationalsozialismus und sein Urteil über die in Hitlers Volksstaat betriebene Wirtschaftspolitik“, auch die drängende Frage, wie „hat dieses Volk so enden können“ (113) teilt er mit Röpke.

2.3.2.1 Röpkes Krisendiagnose

Zu dem zeitdiagnostischen Komplex referiert Aly zustimmend mehrere Schriften Röpkes. Er beginnt mit einem Flugblatt, das Röpke „drei Tage vor den Reichstagswahlen vom 14. September 1930“ in seinem Heimatdorf verteilt: „betitelt ‚Nationalsozialisten als Feinde der Bauern‘, geschrieben ‚von einem Sohn Niedersachsens‘, gerichtet ‚an das Landvolk‘.“ (110) Röpke warne hier vor der „Diktatur einer Partei“, die „wenig Federlesens machen“ werde, „wenn sie erst einmal zur Macht gelangt“ sei. Wer für deren Kandidaten stimme, solle später nicht behaupten, „er habe nicht gewusst, was daraus entstehen könnte“. Vielmehr müsse er wissen, „dass er für Krieg nach innen und außen, für sinnlose Zerstörung stimmt.“ (111) Außerdem betone Röpke einen Punkt ausdrücklich, nämlich trotz „allen vaterländischen Brim-

34 Plehwe, Dieter, Walpen, Bernhard: Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus. Beiträge der Mont Pèlerin Society und marktradikaler Think Tanks zur Hegemoniegewinnung und -erhaltung, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 115, 29. Jg., 1999, Nr. 2, S. 20. Zum Begriff Neoliberalismus siehe unten.

35 Ebd.

boriums würden sich ‚Nationalsozialisten in ihrem Ziel und ihren Methoden kaum noch von den Kommunisten unterscheiden‘.“ (111) In der „knapp gehaltenen Brandschrift ‚Der Weg des Unheils‘“ (114) aus dem Jahr 1931, rechnete Röpke zu „den wesentlichen Ursachen, die die Krise verstärkt hatten“, den „Wahlsieg der totalitären Parteien“, die „die Handlungsspielräume republikanischer Politiker eingeengt und das Misstrauen ausländischer Kapitalgeber vergrößert“ (114) hätten.

Alys Fazit zu dieser Periode lautet: „Wer die Voraussetzungen der Weltwirtschaftskrise und des Endes der Weimarer Republik wissenschaftlich durchdringen möchte, sollte auf die zeitgenössischen Arbeiten des Marburger Ökonomen nicht verzichten“. (115)

2.3.2.2 Aufstand der Masse

Für unverzichtbar hält Aly einen weiteren Aspekt der zeitdiagnostischen Schriften Röpkes: den Hinweis auf den „Massencharakter des Nationalsozialismus“ (117). Schon in einer Rede am 8. Februar 1933 unter dem Titel „Epochenwende?“ vor dem „Bund für wirtschaftliche und politische Bildung“ in Frankfurt/Main habe Röpke klargestellt, eine Wende werde es nicht geben, „sofern man ‚unüberwindliche Stärke‘ zur Abwehr der eben errichteten Herrschaft entfalte.“ (117) Objektiv, so Röpke, gebe es kein Anzeichen für „einen Untergang des bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystems“, wohl aber von „der subjektiven Seite, den zum Totalitarismus hinstrebenden Massen“ her betrachtet, denn eine „Katastrophe muss eintreten, wenn die Menschen immer dümmer und roher werden“; und wenn „dieser Prozess der seelisch-politischen Auflösung fortschreitet, so ist in der Tat keine Hoffnung mehr, weder für unser Sozialsystem als Ganzes noch für das Wirtschaftssystem, und das Schicksal einer weltgeschichtlichen Epoche besiegelt“. (117)

Röpke, so resümiert Aly, „sprach nicht von der NS-Diktatur, sondern vom ‚Massenaufstand gegen Vernunft, Freiheit und Humanität‘, gegen jene geschriebenen und ungeschriebenen Normen, ‚die in Jahrtausenden entstanden sind, um eine hochdifferenzierte menschliche Gemeinschaft zu ermöglichen, ohne die Menschen zu Staatssklaven zu erniedrigen‘. In diesem Sinn predigten die Nationalsozialisten ‚Massenverdummung‘“. (117) Und die „Masse stand im Begriff, ‚den Garten der europäischen Kultur zu zertrampeln, skrupellos, verständnislos‘. In Gestalt nicht einer Diktatur, sondern einer ‚illiberalen Demokratie‘ errichtete sie ‚ihre Tyrannei‘, die Röpke ‚als die ärgste von

allen‘ kennzeichnete.“ (119) Aly gibt mit dem Aufsatz „Die säkulare Bedeutung der Weltkrisis“ vom Januar 1933 ein weiteres Belegstück für die Hell-sichtigkeit von Röpkes damaligen Analysen. Er habe auf der ökonomischen Seite das „Abklingen der Krise“ gesehen, um dann aber von der drohenden „politischen Gefahr zu sprechen: ‚Durch nichts wird unser Sozialsystem stärker bedroht als durch den ‚Aufstand der Massen‘, die sich von der Führung durch die geistige Elite emanzipieren (...) und diejenigen zu Führern der Massen erheben, die diese Massengefühle am besten zu interpretieren wissen.““ (120)

Um Röpkes Analysen in ihrer prognostischen Kraft zu verdeutlichen, führt Aly noch eine ganze Reihe weiterer Belege an. So etwa bemerkt Röpke 1935 in einem Brief über die soeben verkündeten Nürnberger Gesetze, über „die Katastrophe, die jetzt erst in ihrem vollen Umfange über die Juden hereinbricht und allmählich armenische Dimensionen annimmt, ist natürlich kaum etwas zu sagen, was auch nur entfernt ihre Furchtbarkeit ausmisst‘. ‚Armenische Dimensionen‘ – wie wenige politische Beobachter verfügten 1935 über diesen Weitblick!“ (121) – resümiert Aly. Um allen Legendenbildungen entgegenzutreten, „konstatierte Röpke sechs Wochen nach der bedingungslosen Kapitulation in der Neuen Zürcher Zeitung die alleinige Kriegsschuld Deutschlands und das Herabsinken der Deutschen zur Schande des Menschengeschlechts.“ (123) Er verband dieses Urteil mit der Frage, wie es dazu hat kommen können und was nun mit den Deutschen geschehen solle. Die „Kriegs- und Menschheitsverbrechen“, von denen er wusste, erwähnte Röpke – Aly zufolge – deshalb selten, „weil er, trotz aller Schuld, an die Möglichkeit der Rehumanisierung seiner Landsleute glaubte und daran mitarbeiten wollte.“ (124)

2.3.3 *Nach dem Ende: Die neue deutsche Frage*

Aly schreibt Röpke nach dem Ende des III. Reichs in deutschlandpolitischer Hinsicht eine besondere Klarsichtigkeit zu: „Mitten im Rauch des Endkampfes, allgemeiner Ratlosigkeit und Verzweiflung“ habe Röpke in seiner 1945 erschienen Schrift „Die deutsche Frage“ ganz „nüchtern bis ins 19. Jahrhundert zurück und in die Zukunft des kommenden halben Jahrhunderts“ (124) geblickt. Das Ergebnis: „Er schlug vor, Deutschland zu föderalisieren und es ‚bis zur Lösung des russischen Problems‘ konsequent zu teilen. Derart herbe Klarheit unterschied ihn von fast allen Pläneschmiedern, Pragmatikern und Politikern der Stunde null.“ (124)

Aly bewertet Röpkes „Plädoyer für die Spaltung Deutschlands und für einen kalten Krieg von unbestimmter Dauer“ (124) positiv und schließt sich auch der Schlussfolgerung an, ein Bestehen auf der Einheit Deutschlands würde nur „der russischen Infiltrationspolitik“ dienen; eine die Drohung eines „Dritten Weltkriegs“ entschärfende Politik bestehe im Gegensatz dazu darin, eine „reinliche Scheidung der beiden Welten“ (126) zu praktizieren.

Für Aly ist Röpkes in dieser Schrift vorgelegte Analyse der Massenbasis der NS-Bewegung von großer Bedeutung. Röpke habe die „mittlerweile weitverbreitete Lesart so vieler Deutscher“ zu Recht „energisch“ zurückgewiesen, „der Kapitalismus und namentlich das Großbürgertum hätten dem Nationalsozialismus zum Sieg verholfen.“ (134) Dagegen habe Röpke betont: „Ohne die Unterstützung durch breite Massen des deutschen Volkes hätte der Nationalsozialismus weder zur Macht kommen können noch sich an der Macht halten können.“ (134) Aly kommentiert: „Die neuere Forschung zur Mitgliedschaft und zu den Wählern der NSDAP gibt den zeitgenössischen Wahrnehmungen Wilhelm Röpkes in jeder Weise recht.“ (134) Als Belege nennt er die einschlägigen Arbeiten von Paul Madden, Detlef Mühlberger und Jürgen W. Falter. (Vgl. 134 f) Diesen Befund verbindet Aly mit einer fachinternen Polemik: „Anders als viele Historiker im Deutschland der Nachkriegsjahrzehnte erkannte der Zeitgenosse Röpke den klassenübergreifenden Massencharakter der NS-Bewegung und deren starken Kern akademisch gebildeter Mitglieder und Sympathisanten bereits vor 1933.“ (135)

2.3.4 Ehrenrettung Röpkes

Im Kontext der gegenwärtigen Debatten über die „neoliberale Revolution“ in einer „globalisierten“ Welt, in der die Polarität der Ansätze von Keynes und Hajek – und damit implizit auch Röpke – bestimmend ist, sieht sich Aly genötigt, Röpke vor abschätzigen Urteilen zu bewahren. Denn der Ökonom Röpke, so Aly, „verstand sich als Ordoliberaler, der dafür eintrat, staatliche Interventionen auf ein notwendiges Minimum zu begrenzen und Tendenzen zum Raub- und Monopolkapitalismus ordnend entgegenzuwirken“, er „focht für die rechtlich regulierte, faire Konkurrenzwirtschaft, einen starken Mittelstand, für einen föderal verfassten Staat und für ein Maximum an individueller Freiheit.“ (116) Klar sei damit zwar „die Gegnerschaft zu John Maynard Keynes und dessen Theorie staatlicher Verschuldungs- und Interventionspolitik. Er bezeichnete sie als Form des Fiskalsozialismus und den Nationalsozialismus als teuflische Mixtur aus Sozialismus und Keynesianismus.“

(116) Aber dennoch, so resümiert Aly, „kann er nicht als blinder, marktgläubiger Wirtschaftsliberaler abgetan werden.“ (115)

2.3.5 *Alys Darstellung und ihre Defizite*

Der Ökonom Wilhelm Röpke kann zweifellos als einer der führenden Köpfe jener Lehrmeinung gelten, die in den vergangenen Jahrzehnten unter dem Titel Neoliberalismus zum herrschenden polit-ökonomischen Paradigma geworden ist. Ein Autor aus dem Umkreis der Hajek-Gesellschaft, Roland Baader, verfasste „Zum Gedenken an den 100. Geburtstag am 10. Oktober 1999 von Wilhelm Röpke, den Denker der Civitas humana“ in der Zeitschrift „Schweizerzeit“ (Nr. 20 vom 8. Oktober 1999) eine aufschlussreich-hagiographische Würdigung, die mit einer pessimistischen Sicht beginnt: „Gerade das Wertvolle und dauerhaft Gültige ist dem flüchtigen Zeitgeist oft lästiger Ballast, den er bereitwillig abwirft. Das gilt im ausklingenden 20. Jahrhundert, das ein Säkulum des Sozialismus und des Sozialdemokratismus war, besonders für das geistige Erbe jener Figuren, die es gewagt haben, inmitten der vom Fürsorgestaat proletarisierten Massen so etwas wie Grandseigneurs zu bleiben; Grandseigneurs des Geistes, der Bildung, des Herzens, des Charakters, der Haltung und der Sprache.“ In diese Ahnenreihe gehören „beispielhaft Köpfe wie Ludwig von Mises, Elias Canetti, Salvador de Madariaga, Ortega y Gasset, Alexander Rüstow, Romano Guardini, Friedrich A. von Hayek – und eben last but not least Wilhelm Röpke.“

Baaders Würdigung der politisch-publizistischen Aktivitäten und Engagements Röpkes als Mitbegründer sowie auch Vorsitzender der einflussreichsten polit-ökonomischen Schule des „Neoliberalismus“ gipfelt in der folgenden Eloge: „So war denn Röpke 1947 auch Mitbegründer der Mont Pèlerin Society – zusammen mit Friedrich A. von Hayek, Karl R. Popper, Milton Friedman, George Stigler, Ludwig von Mises, Walter Eucken, Ludwig Erhard, Luigi Einaudi u. a. –, damals eine Art Not- und Trutzgemeinschaft freiheitlicher Ökonomen wider den kollektivistischen Zeitgeist, auch in der akademischen Lehre – und heute die weltweit höchstrenommierte Vereinigung liberaler Gesellschaftswissenschaftler aller Erdteile.“

Die direkte politische Wirkung beschreibt Baader, nicht ohne eine tragische Koinzidenz auszulassen, so: „Der Einfluss Röpkes auf Ludwig Erhard und die geistige Rückenstärkung, die er dem ‚Bruder im Geiste‘ an der politischen Alltagsfront (und damit auch der jungen Marktwirtschaft im verwüsteten Nachkriegsdeutschland) angedeihen ließ, können nicht hoch genug geschätzt

werden. Es entbehrt deshalb auch nicht einer gewissen tragischen Symbolik, dass im Todesjahr Röpkes (1966) Ludwig Erhard als Kanzler gestürzt wurde. Der große Denker der Marktwirtschaft (Röpke) und der große Macher der Marktwirtschaft (Erhard) sind gleichzeitig von der politischen Bühne der Welt abgetreten.³⁶

Für eine kritische Darstellung der fundamentalen Differenz zwischen den ökonomischen Theorien von Keynes, der maßgeblich die Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit beeinflusst hat, und Hajeks Programm einer „neoliberalen Revolution“ (Streeck), das seit den 1970er Jahren weitgehend die Wirtschafts- und Sozialpolitik der westlichen Staaten geprägt hat, ist hier nicht der Platz.³⁷ Angemerkt sei hier lediglich ein Hinweis auf die Entstehungsgeschichte des Konzepts des Neoliberalismus: Die Schöpfung des Begriffs Neoliberalismus lässt sich örtlich und zeitlich exakt bestimmen. In der Zwischenkriegszeit war der klassische Liberalismus in eine umfassende Bedeutungskrise geraten. Von dem einflussreichen US-amerikanischen Publizisten Walter Lippmann, der den New Deal Roosevelts in eine Reihe „mit Faschismus und Kommunismus“ stellte und der „mit dem Wirtschaftsimperium J. P. Morgans eng verbunden war“³⁸ gingen intensive Bemühungen um eine Revitalisierung des Liberalismus aus. Von großer Bedeutung war dabei sein 1937 veröffentlichtes Werk „The Good Society“. „Aufgrund dieses Buches berief der französische Philosoph Louis Rougier 1938 eine Konferenz in Paris ein: Es handelte sich um das ‚Kolloquium Walter Lippmann‘, das an der ‚rue Montpensier 2, im Institut International de Coopèration Intellectuelle vom 26.–29. August abgehalten wurde.‘“ Zu den Teilnehmern gehörten neben Lippmann u. a. R. Aron, Hayek, M. Polanyi, W. Röpke, A. Rüstow. Von den

36 In der von der Hajek-Gesellschaft beworbenen Reihe „Meisterdenker der Freiheitsphilosophie“ wird vom Autor dieser Würdigung folgende Studie vorgestellt: „Roland Baader: Logik der Freiheit. Ein Ludwig-von Mises – Brevier. – Ludwig von Mises vertritt die Auffassung, dass es Freiheit ohne Marktwirtschaft oder Kapitalismus nicht geben kann. Sozialismus – auch der «weiche» Sozialismus des Interventions- und Wohlfahrtsstaates – ist in einer Gesellschaft freier Menschen unvereinbar und muss früher oder später scheitern. Dass und warum die Freiheit der Menschen und Märkte die unendlich viel bessere Idee ist als jede Form des Kollektivismus, Etatismus, Sozialismus und Interventionsimus, versucht Mises in unzähligen Publikationen zu zeigen. Das Mises-Brevier soll die faszinierende Welt seiner Ideen einem breiteren Publikum erschliessen. 2. Auflage 2008. Das Buch ist im NZZ-Libro-Verlag erschienen.“

37 Vgl. dazu: Streeck, Wolfgang: Gekaufte Zeit, Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin 2012, S. 141 ff u. 157 ff.

38 Plehwe, Dieter, Walpen, Bernhard: Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus, a.a.O., S. 19.

insgesamt 26 Teilnehmern an diesem Kolloquium „wird man später 15 als MPS-Mitglieder wiederfinden. Bei diesem Treffen wurde der Neoliberalismus als Begriff und als Konzept diskutiert und eingeführt.“³⁹

Als Ökonom war Röpke einer der Vordenker dieser Schule; als Zeitdiagnostiker, als den Aly ihn rezipiert, gehörte Röpke ohne Zweifel mit seinem Rekurs auf Ortega y Gasset zu den radikal-konservativen Gesellschaftstheoretikern. Eine Auseinandersetzung mit diesem Konzept ist bei Aly nicht zu finden; mit dieser unkritischen Rezeption fällt Aly sogar noch hinter den Stand der Diskussion in der Hajek-Gesellschaft selbst zurück.⁴⁰ Alys Zurückhaltung in dieser Frage wird begünstigt durch eine auffällig selektive Lektüre der Schriften Röpkes unter den von ihm genannten Aspekten. Dies wird besonders deutlich bei Alys Wiedergabe der Röpkeschen Analyse vom „Massencharakter“ des Nationalsozialismus. Dass Röpke sich gegen die von der Weimarer KPD vertretene These vom „Faschismus als Agent des Finanzkapitals“ mit dem Hinweis auf die tatsächlich vorhandene „Massenbasis“ dieser politischen Bewegung wendet, und dass Aly mit Hinweis auf neuere

39 Plehwe, Dieter, Walpen, Bernhard: Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus, a.a.O., S. 5.

40 Der 1998 gegründeten Hajek-Gesellschaft gehören etwa „350 Professoren, Publizisten, Politiker, Unternehmer sowie Journalisten an.“ Es wird dort seit geraumer Zeit ein Richtungsstreit ausgetragen zwischen einer „linksliberalen“ und einer „wertkonservativen“ Ausrichtung. Er endete am 14. 07. 2015 mit dem Austritt der Vorsitzenden Karen Horn und ihren Verbündeten, wie etwa Ex-BDI-Präsident Olaf Henkel. Horn hatte vor einer Unterwanderung durch „Reaktionäre“ gewarnt und auch Wilhelm Röpke als „Reaktionär“ bezeichnet. Dies stieß auf den Widerstand des Sekretärs der Gesellschaft, Gerd Habermann, der zudem Vorsitzender der Hajek-Stiftung und damit der maßgebliche Finanzier der Gesellschaft ist. Vgl. Plickert, Phillip: Austritte erschüttern Hajek-Gesellschaft, in: FAZ v. 15.07.2015. In der o.g. Reihe „Meisterdenker der Freiheitsphilosophie“ wird zunächst dieses Werk präsentiert: „Gerd Habermann: Das Maß des Menschlichen. Ein Wilhelm-Röpke-Brevier. Schon der gewählte Titel – ‚Das Maß des Menschlichen‘ – zeigt, daß Wilhelm Röpke mehr als nur ein glänzender Ökonom war: ihm ging es im letzten um die entscheidenden Fragen ‚Jenseits von Angebot und Nachfrage‘, wie eines seiner bekanntesten Bücher lautet. In diesem Sinne ist er temperamentvoller Verfechter einer dezentralisierten, sozial gegliederten und naturnahen Gesellschaft, ein Freund der ‚kleinen Kreise‘ gegen die Tendenz zur ‚Vermassung‘ und ‚komfortablen Stallfütterung‘ des Wohlfahrtsstaates. (Herv.- F.) 2. Auflage 2005. Das Buch ist im NZZ-Libro-Verlag erschienen.“ Dann folgt diese Vorstellung: „Zum Herausgeber: Prof. Dr. Gerd Habermann leitet hauptberuflich das Unternehmerinstitut der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer e. V. in Berlin und ist Professor an der Universität Potsdam. Nebenamtlich ist er Sekretär der 1998 gegründeten Friedrich August von Hayek-Gesellschaft und – seit 2002 außerdem Vorsitzender der ebenfalls neu entstandenen Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft. Ferner ist er auch Mitglied der Mont Pélerin Society.“

empirische Studien zur Stützung dieser These seine Zustimmung zum Ausdruck bringt, ist nicht zu kritisieren.

Hingegen ist zu kritisieren, wenn ein Kernstück des in den 1930er Jahren prominenten ultrakonservativen Geschichts- und Gesellschaftsverständnisses, die von Röpke vertretene These vom „Massencharakter“ des Nationalsozialismus, d. h. den vermeintlichen „Aufstand der Massen“, in dem diese sich von der „Führung durch die geistige Elite emanzipieren“, nicht nur nicht in ihren ideenpolitischen Kontext gestellt wird, sondern völlig unkommentiert bleibt: Eine Interpretation dieser historisch-politischen Prozesse als Emanzipation der „Masse“ von der „geistigen Führung der Elite“ ist eine Position, die in der wissenschaftlichen Diskussion keinen Bestand mehr hat. Dies trifft ebenfalls zu für die weiteren Einlassungen Röpkes zur Analyse des NS-Regimes, wie sie vor allem in der Schrift „Die deutsche Frage“ konzentriert zusammengestellt sind; sie halten einer kritischen Prüfung nicht stand. Aly beschweigt in seinem Bemühen, die luzide Darstellung Röpkes zur „Massenbasis“ hervorzuheben, die unhaltbaren Thesen Röpkes zum „Massencharakter“ des Nationalsozialismus sowie die Implikationen zur Genese der NS-Vernichtungspolitik.⁴¹

2.4 Winkler liest Röpke

Einer der bedeutendsten Historiker der Bundesrepublik Deutschland, Heinrich August Winkler, zitiert in einem Beitrag zu der im Jahr 2014 in Deutschland kontrovers geführten Debatte um die von Christopher Clarks Buch „Die Schlafwandler“ ausgelöste Frage nach der Kriegsschuld am 1. Weltkrieg für die seiner Ansicht nach ähnlich „nationalapologetischen“ Haltungen zum 2. Weltkrieg einen Satz von Wilhelm Röpke aus dessen im Mai 1945 erschienenen Buch „Die deutsche Frage“ als Beleg. Das von Winkler dafür herangezogene Zitat lautet: „Heute sollte sich jeder klar darüber sein, dass die Deutschen die ersten Opfer der Barbareninvasion gewesen sind, die sich von unten herauf über sie ergoss...“⁴²

Röpke ist in Winklers Zettelkasten *das* prominente Belegstück für eine nach seinem Urteil *nicht-kritische* Aufarbeitung der NS-Vergangenheit. Schon im

41 Eine ausführliche Darstellung dieser kritikwürdigen, von Aly allerdings unterschlagenen Thesen Röpkes erfolgt unten.

42 Winkler, H. A.: Die Kontinuität der Kriegspartei, in: FAZ v. 25. 08. 2014, S. 15.

Jahr 1999 hatte er für eine Artikelserie des Magazins „Der Spiegel“ zum Thema „Hitler und die Deutschen“ unter dem aparten Titel „Teufelspakt mit langem Schatten“ einen Beitrag beige-steuert, der so begann: „Hitler war erst wenige Wochen tot, da widerfuhr den Deutschen ein Wunder. Ein Mann des Exils, der liberale, seit 1937 in Genf lehrende Wirtschaftswissenschaftler Wilhelm Röpke, machte aus dem Volk der Täter ein Volk der Opfer.“⁴³ Dann folgte – allerdings etwas ausführlicher – das für den FAZ-Artikel verwendete o. g. Zitat von Röpke: „Heute sollte sich jeder klar darüber sein, daß die Deutschen die ersten Opfer der Barbareninvasion gewesen sind, die sich von unten herauf über sie ergoss, daß sie die ersten waren, die mit Terror und Massenhypnose überwältigt wurden und daß alles, was dann später die besetzten Länder zu erdulden hatten, zuerst den deutschen selbst zugefügt worden ist, eingeschlossen das allerschlimmste Schicksal: zu Werkzeugen weiterer Eroberung und Unterdrückung gepreßt oder verführt zu werden.“⁴⁴

Festzuhalten ist an dieser Stelle: Das ist immer noch nicht korrekt zitiert!⁴⁵ Nicht nur in diesen publizistischen Texten fungiert Röpke für Winkler als Beleg für Nationalapologie; wie nicht anders zu erwarten, steht auch in Winklers monumentalem, im Jahr 2000 erschienen Werk „Der lange Weg nach Westen“, Röpke als Exponent einer unkritischen Geschichtsaufarbeitung bereit; die Darstellung ist allerdings durchaus differenzierter als in den o. g. Beiträgen, sie erfolgt am Ende des 1. Kapitels unter der Überschrift „Die deutsche Katastrophe 1933–1945: Erklärungsversuche“.

Zunächst resümiert Winkler hier seine eigene Darstellung über den seiner Ansicht nach entscheidenden Faktor für Erfolg und Stabilität der NS-Diktatur: „Der Glaube an das Charisma des ‚Führers‘ hatte es Hitler mehr als alles andere ermöglicht, sich zwölf Jahre lang an der Macht zu behaupten. Die späte Einsicht, dass seine Herrschaft zur Katastrophe für Deutschland geworden war, brach den Bann, in den er die Mehrheit der Deutschen geschlagen hatte. Nach der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches am

43 Winkler, H. A.: Teufelspakt mit langem Schatten. Der Weg in die Katastrophe, in: Der Spiegel Nr. 35/1999, S. 118–127, hier: S. 118.

44 Ebd.

45 Und die weitere wichtige Frage: In welchem Kontext steht Röpkes Zitat – beachtet ihn Winkler und zitiert angemessen? Vgl. unten die nähere Untersuchung.

8. Mai 1945 gab es unter den Deutschen zwar viele ehemalige, aber nur noch wenige überzeugte Nationalsozialisten.“⁴⁶

Nach dieser Darlegung der Quintessenz seiner Analyse der NS-Herrschaft aus dem Jahr 2000 stellt Winkler eine kleine Auswahl zeitgenössischer Deutungsversuche prominenter Autoren vor: er lässt auftreten: Röpke („Die deutsche Frage“), Niemöller („Schuldbekennnis“), Jaspers („Die Schuldfrage“), Meinecke („Die deutsche Katastrophe“), Thomas Mann („Deutschland und die Deutschen“) und Ernst Cassirer („Der Mythos des Staates“). Nach Winklers Ansicht gab es bei Hitlers willigen Unterstützern und bei den Sympathisanten „der konservativen Verbündeten“ Hitlers das verbreitete „Gefühl, Opfer Hitlers zu sein“. Und genau in dieser „Selbsteinschätzung“ wurden „die Deutschen“ auch von Röpke, der als „liberaler Emigrant“ schon „1933 in die Türkei gegangen war und seit 1937 in Genf lehrte“, bestärkt: „In seinem 1945 erschienen vielgelesenen Buch ‚Die deutsche Frage‘ sprach der gebürtige Hannoveraner zwar auch von deutschen Vorbelastungen, die er mit Luther, Friedrich dem Großen und Bismarck, kurz mit Preußen als dem ‚bösen Geist Deutschlands‘, in Verbindung brachte. Röpkes eigentliche Botschaft aber klang tröstlich: ...“⁴⁷

In Winklers Text folgt an dieser Stelle das o.g. Zitat – es wird wiederum unvollständig wiedergeben. Im Original beginnt der Text von Röpke so: „Heute sollte sich aber jeder darüber klar sein, daß der Nationalsozialismus seinen Eroberungszug in Deutschland selbst begonnen hat, daß die Deutschen die ersten Opfer der Barbareninvasion gewesen sind ...“⁴⁸ Mit der Auslassung des Satzteils: „daß der Nationalsozialismus seinen Eroberungszug in Deutschland selbst begonnen hat“ unterschlägt Winkler einen ganz wesentlichen Aspekt der Gedanken, die Röpke bei seiner Analyse leiten.

2.4.1 *Analyse der NS-Diktatur: Winkler versus Röpke*

Im Vergleich der beiden genannten Erfolgsfaktoren – „Eroberungszug“ versus „Charisma“ – kann die Deutung des Wirtschaftswissenschaftler Röpke aus dem Jahr 1945 keinesfalls als unplausibler gelten als die des Historikers

46 Winkler, H. A.: Der lange Weg nach Westen, Bd. II, Deutsche Geschichte 1933–1990, Bonn 2005, S. 109. – Hier ist der Historiker etwas unkorrekt: nicht das „Deutsche Reich“ hat kapituliert, sondern das Oberkommando der deutschen Wehrmacht. Zudem verblüfft, dass er den Terminus „Katastrophe“ vom konservativen Kollegen Meinecke übernimmt.

47 Ebd.

48 Röpke, Wilhelm: Die deutsche Frage, a.a.O., S. 34.

Winkler aus dem Jahr 2000: dem im Wort Röpkes vom „Eroberungszug“ mitgenannten *terroristischen* Aspekt der „Machtergreifung“ Hitlers kommt bei der Etablierung der totalitären Diktatur⁴⁹ ohne Zweifel eine weitaus größere Bedeutung zu als ein diffuser „Glaube an das Charisma“ Hitlers; und im Licht der seitherigen wissenschaftlichen Aufarbeitung kann die Behauptung, dieses Charisma hätte es Hitler „*mehr als alles andere ermöglicht*“ die Herrschaft auf Dauer zu stellen, bestenfalls als Spekulation bezeichnet werden.

Winkler hält Röpkes Analyse insgesamt für abwegig; dies erhellt besonders eine von Winkler im triumphierenden Gestus formulierte Frage: „Opfer‘ hätten das Ende der Gewaltherrschaft eigentlich als ‚Befreiung‘ erleben müssen“⁵⁰ – und das war doch wohl nicht der Fall. Aber der Zeitgenosse Röpke schreibt eben genau von „Befreiung“. Seine 1947 angefügte Beschreibung der „Bilanz der alliierten Deutschlandpolitik“ hält zunächst die zunehmende Konfrontation in den Beziehungen der Siegermächte fest, deren Folge eine Stimmung der „Hoffnungslosigkeit“, die „Wege zu einer wirklichen Lösung des Deutschlandproblems“⁵¹ anzugehen, sei. Um zu verhindern, „daß wir uns resigniert von einem Verhängnis treiben lassen, das uns alle bedroht“, müssen „wir schonungslos von Fehlern sprechen, nicht um die Alliierten zu bezichtigen oder die Deutschen zu entschuldigen, sondern um zu erkennen, was jetzt endlich besser gemacht werden sollte.“⁵² Ein „Maximum an Vorbelastungen“ hatte die „Sieger ... vor eine überaus schwere und undankbare Aufgabe“ gestellt. Abgesehen von „der russischen Zone“, in der „ein totalitäres Terrorregime errichtet worden ist, das das frühere nationalsozialistische eher noch übertrifft“, läßt sich sagen, „daß in den westlichen Zonen vortreffliche Arbeit, die im einzelnen geleistet worden ist, oft durch die Fehler der Gesamtpolitik um ihre Früchte gebracht wurde.“⁵³

Und der Hauptfehler der Gesamtpolitik habe darin bestanden, dass die „westlichen Alliierten mit einer falschen Theorie nach Deutschland gekom-

49 Vgl. dazu: „Wie überall überwältigte er Volk und Regierung durch einen teuflisch inszenierten Staatsstreich, für den alle Mittel der List und Gewalt recht waren...“ oder noch deutlicher: „... so bedurfte es doch zu seiner wirklichen Überwältigung der ‚Blut-und-Eisen-Politik‘ Hitlers, des Staatsstreichs, des Reichstagsbrandes, des Terrors und einer infernalischen Propaganda.“ Röpke, *Die deutsche Frage*, a.a.O., S. 56 bzw. 217.

50 Winkler, H. A.: *Der lange Weg nach Westen*, a.a.O., S. 110.

51 Röpke: *Die deutsche Frage*, a.a.O., S. 281.

52 Ebd.

53 Röpke: *Die deutsche Frage*, a.a.O., S. 283.

men waren.“⁵⁴ Da sie „von den Maßstäben eines normalen Landes ausgingen, in dem man sich in einem natürlichen Patriotismus mit der kriegsführenden Regierung identifiziert“, waren sie außerstande zu verstehen, „daß ein großer Teil der Deutschen sich in der Lage von Galeerensklaven befand, die ihre Befreiung nur noch von dem Untergang des Schiffes erwarten“⁵⁵ konnten. Die westlichen Alliierten „rechneten nicht damit, daß Millionen von Deutschen die Engländer, Amerikaner und Franzosen in *ehrlicher Begeisterung als Befreier* (Herv.-F) begrüßen würden und durch ihre jahrelange Opposition gegen ihre Regierung zu einer solchen Begrüßung das Recht erworben hatten. Die Alliierten waren nur allzu geneigt, diese Deutschen alleamt für widerwärtige Opportunisten oder Heuchler zu halten...“⁵⁶

Noch deutlicher formuliert Röpke den Befund unter Verwendung des Worts Befreiung bei der Darlegung seines deutschlandpolitischen Programms, wenn er anmahnt, die Alliierten müssten den Deutschen „ein Ziel und eine Hoffnung geben. Das wäre umso leichter, als die Deutschen die westlichen Alliierten mit Freude über ihre Befreiung vom Nazijoch und mit großen Erwartungen empfangen haben“.⁵⁷

2.4.2 Röpkes Kritik an der Politik des Westens

Seinem Ansatz folgend, richtet Röpke – notabene 1945 f – einen das ganze Werk durchziehenden *kritischen* Blick auf „den Westen“. Er beklagt ausdrücklich die „Illusionen“, die sich die „freie Welt so lange“ gemacht hat über den Nationalsozialismus, die Illusion darüber dass „die Nationalsozialisten fremde Länder besser behandeln könnten als ihre eigenen Landsleute, aber daß sie es tat, ist unentschuldbar.“⁵⁸

54 Röpke: Die deutsche Frage, a.a.O., S. 284.

55 Ebd.

56 Ebd.

57 Röpke: Die deutsche Frage, a.a.O., S. 270. Röpke rekurriert hier auf den im Attentat vom 20. Juli 1944 seinen Höhepunkt erreichenden bürgerlich-militärischen Widerstand gegen Hitler; vgl. dazu die auf S. 123 genannten Akteure. Vgl. dazu und zum von Peter Steinbach entwickelten Konzepts des „integrativen Widerstands“: Finke, Klaus/ Lange, Dirk: Widerstand gegen Diktaturen in Deutschland, Oldenburg 2004. Dass nicht die „Mehrheit“ der Deutschen im Widerstand aktiv war, wie Winkler maliziös gegen Röpke vorbringt, ist kein Einwand. Röpke verweist zu Recht auf den Widerstand und die damit verbundene Sicht auf die westlichen Alliierten als „Befreier“; eine Sicht, die erst seit der Rede des Bundespräsidenten Richard v. Weizsäcker im Deutschen Bundestag am 8. Mai 1985 allgemeiner Konsens wurde.

58 Röpke: Die deutsche Frage, a.a.O., S. 34.

Unmittelbar nach dieser Kritik folgt die von Winkler inkriminierte und – wie gezeigt – verkürzt wiedergegebene Passage: „Heute sollte sich aber jeder darüber klar sein, daß der Nationalsozialismus seinen Eroberungszug in Deutschland selbst begonnen hat, daß die Deutschen die ersten Opfer der Barbareninvasion gewesen sind, die sich von unten herauf über sie ergoß, daß sie die ersten waren, die mit Terror und Massenhypnose überwältigt wurden und daß alles, was dann später die besetzten Länder zu erdulden hatten, zuerst den Deutschen selbst zugefügt worden ist, eingeschlossen das aller schlimmste Schicksal: zu Werkzeugen weiterer Eroberung und Unterdrückung gepreßt oder verführt zu werden.“⁵⁹ Als weitere „unentschuld bare Illusionen“ führt Röpke die verschiedenen Stufen der Bagatellisierung des NS-Regimes an bzw. sogar seiner Aufwertung wie im Fall der Olympischen Spiele 1936 in Berlin, die „den Nationalsozialisten eine einzigartige Gelegenheit gaben, ihr Prestige bei den Deutschen und in der Welt zu heben, während rings im Lande der Terror wütete und insgeheim die Waffen gegen dieselbe Jugend aller Länder geschmiedet wurden, die damals nach Berlin strömte.“⁶⁰ Die „geistig-moralische Kapitulation der Welt vor dem Dritten Reich“ – Röpke nennt als Fälle dieser „Kapitulation“ das Britisch-Deutsche Flottenabkommen, die Rheinlandbesetzung, die Annexion Österreichs und den Ribbentrop-Molotow-Pakt – war deshalb so „verhängnisvoll“, weil sie die Chance, „sich mit den antinationalsozialistischen Deutschen gegen die ungeheure Gefahr des Nationalsozialismus zu verbünden“ und „ihm beizeiten den Garaus zu machen“⁶¹, verspielte.

Besondere Bedeutung hat in diesem Prozess der Appeasement-Politik „die Münchener Kapitulation vom Herbst 1938“, einer „der verhängnisvollsten Wendepunkte“ jener Zeit, der die „Opposition in Deutschland – diesmal einschließlich der Heeresleitung“, die „im Begriff stand, das in seinem eigenen Bluff gefangene Regime zu stürzen“ entscheidend schwächte. Die Opposition während dieser Zeit, „in der ungezählte Deutsche ihre letzten verzweifelten Hoffnungen auf eine feste Haltung der Großmächte“ gesetzt hatten, musste erneut den „Triumph ihrer verhaßten Tyrannen über eine gelähmte Welt erleben.“ Die Chiffre „München 38“ als Kulminationspunkt der Appeasement-Politik lässt, so Röpke „auch die Frage der deutschen Schuld in einem völlig

59 Ebd.

60 Röpke: Die deutsche Frage, a.a.O., S. 30.

61 Röpke: Die deutsche Frage, a.a.O., S. 31.

neuem Licht“⁶² erscheinen. Röpke stellt eine bemerkenswerte Bilanz der Appeasement-Politik auf, die mit dem Hinweis auf den „Preis“ dieser verfehlten Politik beginnt: es kann nicht in Zweifel stehen, „daß die heutige Weltkatastrophe der gigantische Preis ist, den die Welt dafür zahlen muß, daß sie sich taub gestellt hat gegenüber allen Alarmsignalen, die von 1930 bis 1939 in immer schrilleren Tönen die Hölle ankündigten, die die satanischen Kräfte des Nationalsozialismus loslassen sollten, zuerst gegen Deutschland selbst und dann gegen die übrige Welt.“ Dieser Argumentation folgend, kann Röpke auch folgendes Gleichgewicht des Schreckens feststellen: „Die Schrecken dieses Krieges entsprechen genau den anderen, die die Welt in Deutschland hingehen ließ, während sie sogar normale Beziehungen mit den Nationalsozialisten aufrechterhielt und mit ihnen internationale Feste und Kongresse organisierte.“⁶³

2.5 Röpkes Text und seine kritischen Kritiker

2.5.1 *Die Analyse Röpkes als Ärgernis*

Die erste Auffälligkeit in der Winklerschen Version des Röpke-Zitats ist die immer vorhandene Auslassung jenes Satzteils, der den „Eroberungszug“, d. h. die terroristische Dimension der NS-Machtergreifung und Machtkonsolidierung thematisiert. Für die *heutige* Rezeption der Rede von „den Deutschen“ als den „ersten Opfern“ des NS-Regimes ist dies ohne Zweifel äußerst anstößig; sie kann ohne Mühe zum Bestandteil eines allgemeinen in den Nachkriegsjahrzehnten dominierenden Apologie-Narrativs verstanden werden. Erst durch dessen Ersetzung durch das Narrativ der deutschen „Schuld“ soll eine historisch korrekte kritische Form der „Vergangenheitsbewältigung“ erreicht worden sein. Das Ärgernis der von Röpke vertretenen Position für den main stream der gegenwärtigen deutschen Geschichtsschreibung ist evident; nicht nur bestreitet er vehement die These einer deutschen „Kollektivschuld“⁶⁴, er behauptet zudem, durch seine massive Kritik an der westlichen Appeasement-Politik, die Frage der deutschen Schuld in einem „neuen Licht“ sehen zu können.

62 Röpke: Die deutsche Frage, a.a.O., S. 32.

63 Röpke: Die deutsche Frage, a.a.O., S. 33.

64 Vgl. Röpke: Die deutsche Frage, a.a.O., S. 114 ff.

Röpkes Einlassungen zu diesem Problem stehen dem gegenwärtigen Gedenk- und Erinnerungsdiskurs mit dem dominant gewordenen Schuld-Narrativ deutlich entgegen. Dem institutionalisierten Erinnerungspolitik mit dem Schuld-narrativ im Zentrum widerfährt allerdings auch entschiedene Kritik: „Was einmal wie eine ‚gerechte‘ Lösung des Antagonismus zwischen Opfern und Tätern aussah, dass nämlich die Nation, aus der das Verbrechen hervorging, die Folgen des Verbrechens auf unabsehbare Zeit zu tragen hat, hat inzwischen zum Verschwinden des Politischen in Europa geführt. Über Generationen ist Deutschland von der Überlagerung der politischen Sphäre durch ein kollektives schlechtes Gewissen, das Politik durch Gesinnung und Opportunismus ersetzt, geprägt worden. Inzwischen hat sich das schlechte Gewissen mehr und mehr von seiner Ursache gelöst, es kreist um sich selbst. Wir sind fasziniert von der Schuld, denn wir sind darin die Einzigen, die ‚Besten‘. Selbst noch in der Sühne für das Verbrechen sind wir die Besten. Wir stellen eine Lust an der Schuld zur Schau.“⁶⁵

Die schärfste Antithese zum dominierenden Erinnerungsdiskurs hat wohl Hans Blumenberg formuliert; er sah seit „Mitte der 1980er Jahre“ die Deutschen „mit ihrem ‚Schuldmythos‘ befasst – ein Mythos deswegen, weil es um Realität gar nicht mehr ging, eher um einen Wettbewerbsvorsprung. Denn zu ebendiesem Zeitpunkt begann die historische Aufarbeitung der Vergangenheit sich unversehens in einen Beitrag zur nationalen Identitätsstiftung zu verwandeln.“⁶⁶ Die von Blumenberg formulierte Folge, dass nämlich durch die obsessive Befassung mit dem Schuldmythos die Frage der Schuld aus dem Blick gerät, fasst er zu folgender apodiktischen These zusammen: „Der Mythos hat den Vorteil, einen Vorsprung zu gewähren. Es geht nicht um Schuld, sondern um Schuldfähigkeit. Wir bringen es fertig, die Vergangenheit nicht durch Vergessen zu erledigen, sondern durch Erweckung. Dadurch sind wir ausgezeichnet als die, die nicht verdrängen, die ihre ‚Trauerarbeit‘ leisten – oder wenigstens leisten lassen durch solche, die dann wieder von dieser Arbeit leben (...) In Wirklichkeit ist da nichts zu bewältigen. Es gibt keine Bewältigung von Vergangenheit, nicht irgendeiner.“⁶⁷

65 Grunenberg, Antonia: Die Lust an der Schuld. Von der Macht der Vergangenheit über die Gegenwart, Berlin 2001, S. 207.

66 Meyer, Ahlrich: Hans Blumenberg oder: Die Kunst, sich herauszuhalten, in: Jung, Thomas/Müller-Doohtefan (Hrsg.): „Fliegende Fische“. Eine Soziologie des Intellektuellen in 20 Porträts, Frankfurt/M. 2008, S. 337–362, hier: S. 357.

67 Blumenberg, H.: Ein mögliches Selbstverständnis, Stuttgart 1997, S. 75.

In Winklers Version der Röpkeschen Rede vom „Opferstatus der Deutschen“ ist das retrograde Ärgernis der vom heutigen Erinnerungsdiskurs abweichenden Einlassungen deutlich zu sehen – in erster Linie durch die *präformierende* Zurichtung der betreffenden Passage. Noch deutlicher allerdings wird die präformierende Absicht, die Winkler mit der Verwendung dieses Zitats verfolgt, wenn *der Kontext* dieser Passage beachtet wird: sie steht im Kapitel über die Analyse totalitärer Herrschaft.

Kurz vor dem Zitat, das Winkler als wiederkehrendes Belegstück verwendet, behandelt Röpke das Problem der Politik des Westens im Verhältnis zu „Russland“, in dem „die Welt heute (d. h. 1947 - F.) im Begriff steht“, wie im Verhältnis zur NS-Diktatur eine Wiederholung „der Fehler der Beurteilung zu begehen.“⁶⁸ Bei dieser Fehlerbestimmung im Verhältnis zu Russland nimmt Röpke folgende Differenzierung vor: „Auch hier handelt es sich nicht um ein Volk als Ganzes, sondern um den Totalitarismus, dessen *erstes Opfer* (Herv.-F.) das russische Volk geworden ist. Diese Trennung sind wir vor allem dem russischen Volke selber schuldig, damit ihm nicht dereinst in einem neuen Prozesse der ‚Kollektivschuld‘ all das angerechnet wird, was dem Bolschewismus zur Last zu legen ist.“⁶⁹ Und tatsächlich hellstichtig fügt er 1947 an: „Schon jetzt müssen wir uns innerlich auf die Möglichkeit rüsten, daß uns die Entsetzlichkeiten der russischen Gefängniszellen und Konzentrationslager in der Film-Wochenschau vorgeführt werden. Wir rüsten uns dadurch, daß wir schon jetzt Rußland und Bolschewismus scharf voneinander trennen und uns nicht in einen Haß des großen und liebenswerten russischen Volkes hineintreiben lassen.“⁷⁰

Als ein weiteres Ärgernis erscheint Röpkes Totalitarismus-Theorie, die eine scharfe Frontstellung zum Sowjet-Regime, das als gegenbildliche totalitäre Diktatur zum NS-Regime gilt, impliziert. Röpke formuliert dies mit der Konsequenz einer Absage an jedwedes politisches Entgegenkommen an das kommunistische Regime; und dies auch unter Inkaufnahme bzw. der Bevorzugung einer andauernden Teilung Deutschlands. Röpke erscheint als entschiedener „Kalter Krieger“, als Gegner der Detente, kurz: statt „Entspannung“ propagiert er „Konfrontation“.

68 Röpke: Die deutsche Frage, a.a.O., S. 33.

69 Röpke: Die deutsche Frage, a.a.O., S. 34.

70 Ebd.

2.5.2 *Fazit zum Apologie-Vorwurf*

Bereits eine sorgfältige Re-Lektüre Röpkes ergibt ein ernüchterndes Fazit: Die von Winkler als Beleg für dessen apologetische Geschichtsdeutung – die zudem typisch sein soll für einen Grundzug bürgerlicher Aufarbeitung der NS-Diktatur – immer wieder angeführte Passage kann zu einem solchen Beleg nur mit Gewalt zugerichtet werden. Die erste Auffälligkeit der Zurichtung des Röpke-Zitats ist seine unvollständige Wiedergabe; die zweite ist die Ausblendung des Kontextes. Denn unmittelbar im Anschluss an die o. g. in Hinblick auf die Sowjetunion vorgenommene Differenzierung zwischen totalitärer Herrschaft des Kommunismus und dem russischen Volk als dem *ersten Opfer* dieser Herrschaft, folgt die – von Winkler verwendete – Passage über die totalitäre NS-Diktatur mit der gleichlautenden Differenzierung zwischen Herrschaft der nationalsozialistischen Partei und dem deutschen Volk „als Ganzem“.

Die für Winkler anstößig-apologetische Formulierung Röpkes lässt im Kontext seiner Totalitarismus-Theorie, in der die Diktatur der Nationalsozialisten die eine, die Diktatur der Bolschewisten die andere Seite bilden, keineswegs dieses Verdikt zu; Röpkes Formulierung ergibt sich vielmehr folgerichtig aus seinem Ansatz, eine apologetische Absicht lässt sich an dieser Stelle *nicht* belegen.

2.5.3 *Röpkes Fundamentalapologie*

Für eine Diskussion über apologetische Tendenzen in Röpkes Werk kann diese Passage also nicht dienen; von Bedeutung für das Apologie-Problem ist vielmehr der theoretische Ansatz selbst mit der Hauptthese vom „Aufstand der Masse“. Zu berücksichtigen ist allerdings der allgemeine zeitgeschichtliche und geschichtsphilosophische Kontext der Analyse Röpkes, die zur Entstehungszeit 1945 keineswegs als „Sonderweg“ der Forschung gelten kann, sondern in einen breiten Strom von Arbeiten in diesem Sinn eingebettet war.⁷¹

Zu fragen bleibt, warum Winkler ein aus kritisch-hermeneutischer Sicht untaugliches Beispiel aus dem Werk Röpkes zur Beglaubigung des Apologie-

71 Vgl. dazu etwa als ein prominentes Beispiel die kulturkritischen Schriften „Verratene Welt“ und „Im Schatten von morgen“ von Johan Huizinga, die zwischen 1935 und 1943 entstanden sind und unter Rückgriff auf die gleichen Topoi der zeitkritischen Analyse zu ähnlichen Ergebnissen gelangen: Huizinga, Johan: Kultur- und zeitkritische Schriften, Paderborn 2014.

Verdikts wählt – und dabei die in dieser Hinsicht wichtigere Grundlage des Werks unbeachtet lässt. Mit Röpke will Winkler pars pro toto die ganze Richtung der konservativ-bürgerlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus treffen. Das polemisch verkürzte Zitat ist dafür besonders geeignet: es erzeugt eine aus heutiger Sicht hohe Plausibilität für das Generalverdikt einer unkritisch-apologetischen „Aufarbeitung“ der Vergangenheit. In dieser verzerrenden Form macht Winkler es sich allerdings zu leicht; der von Röpke vertretene hoch problematische Ansatz müsste differenzierter betrachtet werden und in die theoretischen Kontexte gestellt werden, denen er entstammt. Dies soll im Folgenden skizziert werden.

Wie unschwer zu sehen ist, ließe sich zunächst ironisch sagen, handelt sich bei Röpkes Darstellung nicht um eine Analyse aus der Perspektive einer historischen Sozialwissenschaft oder einer strukturgeschichtlichen Historiographie. Es handelt sich vielmehr um eine zeitgenössisch prominente elitär-konservative Analyse des Nationalsozialismus bzw. des Totalitarismus, die diesen nicht im engen Sinn als politisches Phänomen untersucht, sondern die geleitet wird von einer Kulturtheorie des „Abendlandes“, aus deren Perspektive den Gesellschaften unter dem Namen „Weltkrankheit“ ein „Verfall“ zugeschrieben wird als dessen deutlichstes „Symptom“ wiederum der Totalitarismus gilt. Diesen „Verfall“ der Gesellschaften des Abendlandes beschreibt Röpke als endemische „moralische Auflösung“ und als ihre Transformation zu „Massengesellschaften“. Die massive Kritik an der „Massengesellschaft“ muss im Kontext der konservativen Beschreibungen von „Vermassung“ immer verstanden werden als Kritik an der „Massendemokratie“ deren ‚Hauptfehler‘ in den systembedrohenden Potentialen des allgemeinen Wahlrechts liegt, das aus ihrer Perspektive umgedeutet wird zu einem „Verfallssymptom“, zu einem „Aufstand der Masse“ gegen die etablierte „Elite“, die als der „natürliche“ Träger der politisch-sozialen Fundamente des „Abendlandes“ gilt. Der Topos des Abendlandes wird dabei in der zeitgenössischen Diskussion keineswegs als anstößig betrachtet – ganz im Gegenteil. Nach 1945 brachte diese Vokabel die Vorstellung vom „Abendland“ als Grundlage eines konservativ-bürgerlichen Wertekanons zum Ausdruck, der sich in einer zweifachen Frontstellung als Verfechter eines Antimodernismus und Antitotalitarismus verstand.

Die Selbstverständlichkeit des Gebrauchs der Vokabel Abendland lässt sich an zwei besonders prominenten politischen Akteuren zeigen: So erklärte der erste Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuss, im

Jahr 1950 Schülern die heute noch geltenden abendländischen Fundamente so: „Es gibt drei Hügel, von denen das Abendland seinen Ausgang genommen hat: Golgatha, die Akropolis in Athen, das Capitol in Rom. Aus allen ist das Abendland geistig gewirkt, und man darf alle drei, man muß sie als Einheit sehen.“⁷² Und der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik erklärte zum Jahreswechsel 1951/52 in einem AP-Gespräch folgendes: „Inzwischen (d. h. bis zur Entspannung – F.) wird die Bundesregierung nach Kräften bemüht sein, die europäische Integration zu fördern, um damit die Voraussetzungen für eine fruchtbare Entfaltung der abendländischen Kultur in einer Zeit langen Friedens zu schaffen.“⁷³ Insoweit, also in Bezug auf die allgemeinen Prämissen seiner Theorie und seines Weltbildes oder genauer: seines vorgängigen „Weltverstehens“, das „sich nicht aus Tatsachen der Erfahrung“ summiert, das vielmehr „ein Inbegriff von Präsumtionen“ ist, „die ihrerseits den Horizont möglicher Erfahrungen bestimmen und die Vorgegebenheit dessen enthalten, was es für den Menschen mit der Wirklichkeit auf sich hat“⁷⁴, handelt es sich bei dem Werk Röpkes um die übliche Übung der Ausformulierung eines seinerzeit durchaus verbreiteten wissenschaftlichen Paradigmas; ein Ansatz, der allerdings einer kritischen Analyse unterzogen werden muss.⁷⁵ Neben der skizzierten Kritik an den im Kern antidemokratischen Grundlagen dieserart Theorien gibt es allerdings in Röpkes Analyse des Nationalsozialismus eine Reihe von „Thesen“, die auch immanent betrachtet den wissenschaftlichen Rahmen verlassen und die Ebene ideologischer Aussagen betreten. Dies gilt für zwei „Thesen“ in besonderer Weise, für seine Thesen über die Appeasement-Politik des Westens und den „Rassenwahn“ der Nationalsozialisten.

Röpkes Kritik an der Appeasement-Politik des Westens ist in Einzelaspekten nicht nur berechtigt, sondern auch von der neueren Forschung belegt worden. Allerdings stellt seine Zusammenfassung der Appeasement-Politik, der zu-

72 Theodor-Heuss-Gymnasium: Reden an die Jugend, hrsg. v. R. Wunderlich, Tübingen 1956, S. 32.

73 Zit. n. Siebenmörger, Peter: Gezeitenwechsel, a.a.O., S. 14.

74 Blumenberg, Hans: Ordnungsschwund und Selbstbehauptung. Über Weltverstehen und Weltverhalten im Werden der technischen Epoche, in: Das Problem der Ordnung. 6. Dt. Kongreß für Philosophie München 1960, hrsg. v. H. Kuhn u. F. Wiedemann, Meisenheim a. G. 1962, S. 38.

75 Vgl. dazu ausführlich u. a.: Faber, Richard: Abendland: Ein politischer Kampfbegriff, Hildesheim 1979 und Solchany, Jean: Vom Antimodernismus zum Antitotalitarismus. Konservative Interpretationen des Nationalsozialismus in Deutschland 1945–1949, in: VfZ, Jg. 44 (1996), H. 3, S. 373–394.

folge die „heutige Weltkatastrophe“ deren „gigantischer Preis“⁷⁶ sei, eine durch nichts zu rechtfertigende Verharmlosung der auf die Appeasement-Politik – *zeitlich, nicht kausal* – folgenden historischen Ereignisse dar. Auf dieser Grundlage – der geschickten Verwechslung von *post hoc* und *propter hoc* Aussagen – lässt sich Röpke sogar zu der Gleichsetzung hinreißen, dass die „Schrecken dieses Krieges“ nämlich „genau“ den „anderen, die die Welt in Deutschland hingehen ließ“⁷⁷ entsprächen. Eine ungeheuerliche Gleichung: die „Schrecken“ der gewaltsamen Etablierung und Konsolidierung der NS-Diktatur in Deutschland sollen „genau“ den Schrecken des von diesem Regime entfesselten Krieges „entsprechen“!

Bei seiner Darstellung der Entstehung des Totalitarismus macht Röpke den gleichen Fehler, wenn er mahnt, nicht zu vergessen, „daß an der geistigen Zeugung dieses Monstrums gerade die außerdeutsche Welt mitgewirkt hat“, denn dem deutschen Totalitarismus gingen „der russische und der italienische“⁷⁸ voraus.

Röpke erweitert seine Auffassung von „der geistigen Zeugung“ des Totalitarismus mit einer Genealogie des nationalsozialistischen „Rassenwahns“. Auch hier erfolgt ein Hinweis auf die bekannten Vorläufer wie etwa Gobineau; auch dies solle aber keine „Gleichsetzung“ bedeuten, sondern vielmehr einen „geistigen Prozess“ kenntlich machen, an dem „alle führenden Länder des Abendlandes beteiligt“⁷⁹ waren. Bemerkenswert ist hier, dass Röpke ausdrücklich die „Todeskammern von Auschwitz und Maidanek“ erwähnt und sie als „die letzte schauerliche Konsequenz, die sich ergeben hat, nachdem bestimmte wissenschaftliche Ideen im Laufe eines Jahrhunderts schließlich ihren Weg zu den moralisch und geistig tiefsten Schichten gefunden hatten“⁸⁰ bezeichnet.

Dieser Behauptung liegt ein *Kategorienfehler* zugrunde, nämlich „geistige Prozesse“, die zudem noch aufgewertet werden zu „wissenschaftlichen Ideen“, umstandslos mit der politischen Praxis der „Vernichtung der europäischen Juden“ (Hilberg) in Verbindung zu setzen. Die Darstellung der Genese der Rassenlehre des Nationalsozialismus solle, so Röpke, keine „Gleichset-

76 Röpke: Die deutsche Frage, a.a.O., S. 33.

77 Ebd.

78 Röpke: Die deutsche Frage, a.a.O., S. 46.

79 Röpke: Die deutsche Frage, a.a.O., S. 48.

80 Ebd.

zung“ mit den „Vorläufern“ sein. Indem Röpke aber in seiner Genealogie das „Abendland“ selbst zum „Vordenker der Vernichtung“ (Aly/Heim) erklärt, führt er vielmehr die Relativierung der rassistischen Ideologie und der Praxis des von den Nationalsozialisten verübten Völkermords ein. Und indem er die Vernichtungspolitik den „moralisch und geistig tiefsten Schichten“ zurechnet, kann er „Auschwitz“ als Werk des „Satanismus“ verstehen, an dem andere Schichten unbeteiligt waren – eine exzellente Exkulpation des Bürgertums, deren kontrafaktischer Charakter den Erfahrungen auch der Zeitgenossen nicht unbekannt war, die aber vom zugrundeliegenden „Weltverstehen“ ausgeblendet werden.

Röpke unternimmt also den Prämissen seiner „Theorie der Masse“ folgend an zentraler Stelle seiner Analyse eine *Fundamentalapologie*: erstens setzt er den von Deutschland in die Welt getragenen Schrecken des Krieges mit den Schrecken der Diktatur in Deutschland gleich, und zweitens – noch wichtiger – betreibt er durch seinen Verweis auf die Genese die Relativierung des „Rassenwahns“ des Nationalsozialismus und seiner Vernichtungspolitik.⁸¹

An diesen für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus entscheidenden Punkten lässt sich eine nationalapologetische und exkulpatorische Haltung Röpkes ohne Zweifel feststellen. Die Grenzen seines Weltverstehens sind die Grenzen seiner Kritik am Nationalsozialismus.

2.5.4 Röpkes Beitrag zur Lösung der deutschen Frage

Röpke vertritt in seinem Werk in einer fundamentalen deutschlandpolitischen Frage eine unorthodoxe Position; sie ergibt sich aus seiner geschichtstheoretischen Prämisse: das „deutsche Problem“ liegt begründet in einer von Bismarck oktroyierten Zerstörung der föderalen Struktur des Deutschen Bundes und der von Preußen dominierten Entwicklung zu einem zentralisierten Einheitsstaat. Nach Maßgabe dieser Prämisse, der Kritik am zentralisierten Einheitsstaat unter der verhängnisvollen Hegemonie Preußens, formuliert

81 Besonders deutlich: „Die Grausamkeiten der Nationalsozialisten sind fürchterlich, aber es ist nicht das erste Mal in der Geschichte, daß Terror und Massenmord über ein zivilisiertes Volk hereinbrechen.“ Als „Vorläufer“ führt er Heinrich VIII. an, die „Millionen kaltblütig liquidierten russischen Bauern“, das „Millionenmassaker der Armenier“. Und: „Selbst die Mechanisierung der Massentötung – man denke an die Französische Revolution mit der Erfindung des Monsieur Guillotin, die in Geist und Wirkung durchaus mit den Gaskammern Himmels zu vergleichen ist (Herv. – F.), und mit den stumpfsinnig-kaltblütigen Massenertränkungen in der Loire – ist nichts Neues.“ Röpke, Die deutsche Frage, a.a.O., S. 61.

Röpke ein politisches Konzept, das die Lösung der „deutschen Frage“ in einer Wiedererrichtung der traditionellen deutschen Kleinstaaten, wie sie vor 1866 bestanden hatten, glaubte gefunden zu haben.

Unter dieser Prämisse betrachtet er die nach 1945 zentrale Frage nach Wiederherstellung der staatlichen Einheit oder Teilung Deutschlands und kommt folgerichtig zum Vorschlag einer konsequenten Dezentralisierung, deren Zusammenhalt in Form einer „Westdeutschen Konföderation“ zu realisieren und deren Integration in die „Atlantische Gemeinschaft“⁸² anzustreben wäre. Diese Konföderation wäre also zu bilden unter völliger Ausklammerung des von der Sowjetunion okkupierten Gebiets– solange die kommunistische Herrschaft und das von ihr implementierte politisch-soziale System dort andauern würden. In Kurzform ließe sich Röpkes Programm wie folgt zusammenfassen: Konföderation statt Reich und Einheit; Freiheit und Westbindung statt Sowjetisierung.⁸³

Röpke sieht die Lösung der „deutschen Frage“ in einer „dreifachen Revolution“: „der moralischen, politischen und wirtschaftlich-sozialen.“ Von der „moralischen Revolution“ hänge „alles weitere ab“, weil die „deutsche Frage von jeher im wesentlichen eine geistig-moralische gewesen ist.“ Die Deutschen müssten sich daher „Rechenschaft geben“ von den „Ursachen ihrer Katastrophe“, von den „ruchlosen Verbrechen“ und von „ihrer erdrückenden Verantwortung“.⁸⁴ Die Voraussetzungen für diese „Revolution“ seien günstig, denn anders als 1918 müssen die Fragen nach „Kriegsschuld“ und Grund der militärischen Niederlage auch vom „Böswilligsten oder Dummsten“ nun „ganz eindeutig beantwortet werden“. Damit sei die Einsicht möglich geworden: „Die Valuta der großpreußischen Kollektivmoral ist so völlig entwertet wie die Mark im November 1923: es bleibt keine andere Möglichkeit als die Schaffung einer neuen geistigen Valuta.“⁸⁵

Parallel zur geistigen muss die politische Revolution erfolgen; sie besteht „in der Wiederauflösung des Bismarckreiches, in der Zurückdrängung Preußens auf die Elbeline und in der Schaffung einer deutschen Konföderation von

82 Röpke: Die deutsche Frage, a.a.O., S. 278.

83 Angesichts dieser Programmatik erscheint das o. g. Urteil von Schwarz über die Bedeutung Röpkes für die strategische Ausrichtung der westdeutschen Nachkriegspolitik nicht überraschend.

84 Röpke: Die deutsche Frage, a.a.O., S. 252.

85 Röpke: Die deutsche Frage, a.a.O., S. 254.

autonomen Ländern“⁸⁶, d. h. es handele sich um „eine Revolution, die dem Prinzip folgt, daß der Neuaufbau Deutschlands nicht von oben, sondern von unten zu erfolgen hat“.⁸⁷ Röpkes Kritik am Bismarckschen Kapitalismus kulminiert in der „dritten Revolution“: Ziel der „moralischen Revolution“ solle sein, „den Geist des Bismarckreiches abzuschütteln“, der politischen Revolution, „seine staatliche Struktur zu beseitigen“, der wirtschaftlich-sozialen Revolution, „seine Gestalt von Grund auf zu ändern: Es gilt, Deutschland von den Entartungen des Monopol- und Proletariatskapitalismus, der Vermasung, des Agrar- und Industriefeudalismus, der Proletarisierung, der Konzentration und Überorganisation, der Machtzusammenballung und der Entpersönlichung der Arbeit, kurzum von all jenen wirtschaftlichen und sozialen Ursachen der Gesellschaftskrisis unserer Zeit zu befreien.“⁸⁸

Röpkes kapitalismuskritisches „Programm antikollektivistischer Art“⁸⁹ lässt sich in das bekannte Schema der Konzepte eines „dritten Wegs“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus einordnen und ist in diesem Kontext von geringerem Interesse. Im Gegensatz dazu ist sein Eintreten für eine „Westdeutsche Konföderation“ nicht ohne Reiz – als Antithese zur zeitgenössischen Diskussion. Sein Konzept der politischen Neuordnung weist mehrere Begründungsschritte auf, sie werden in den folgenden Passagen kurz dargestellt.

Ein wesentlicher Grund für sein Konzept liegt vor in Röpkes strikt antikomunistischer Haltung, die sich aus seinen Totalitarismusanalyse ableiten lässt. Als Zielbestimmung der sowjetischen Politik gibt Röpke an: „Es ist nicht mehr allzu schwer, zu sagen, worin das Spiel der Russen besteht. Sie betrachten den von ihnen besetzten Teil Deutschlands als ihr ausschließliches Reservat, aber, wie schon die fieberhafte Tätigkeit ihres deutschen Komitees erkennen lässt, reichen ihre letzten Ziele viel weiter. Während sie jeden Einfluss der westlichen Alliierten östlich der Elbe auszuschalten suchen ... verfolgen sie sichtlich eine Politik der Infiltration im westlichen Deutschland, um auch dieses schließlich durch ihre Agenten, ihre Radiobotschaften und ihre kommunistischen Zellen ihrem Einfluß zu unterwerfen, und zwar im doppelten Namen der sozialen Revolution und der Erhaltung der deutschen Reichseinheit und ihrer preußischen Traditionen. Dabei werden sie es sich

86 Röpke: Die deutsche Frage, a.a.O., S. 255.

87 Röpke: Die deutsche Frage, a.a.O., S. 256.

88 Röpke: Die deutsche Frage, a.a.O., S. 262.

89 Ebd.

gestatten, getreu der Politik der Kommunisten in vielen anderen Ländern, die soziale Revolution in denjenigen Etappen und mit derjenigen opportunistischen Taktik durchzuführen, die ihnen zweckmäßig erscheinen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden sie alles tun, um die Sympathie der deutschen Massen zu gewinnen.“⁹⁰

Dafür dient zum einen ein instrumenteller Gebrauch der Informationspolitik: „Niemand weiß heute (Frühling 1945) schon zuverlässig, was sich hinter dem Eisernen Vorhang abspielt, mit dem die Russen ihr Gebiet an der Elbe absperren. Sie lassen die Welt nur das wissen, was sie nach ihrer Absicht erfahren soll, die Welt und vor allem die westlichen Deutschen.“⁹¹ Dafür dient zum anderen der instrumentelle Gebrauch des Begriffs „Antifaschismus“: „Wenn sie (sc. die Russen) das Prinzip der unterschiedlichen Behandlung anwenden, so werden sie mehr und mehr dahin neigen, weniger zwischen Nationalsozialisten und Nichtnationalsozialisten als zwischen „Faschisten“ und „Antifaschisten“ zu unterscheiden. Wir, die wir den *totalen Antifaschismus* gegen den *hinkenden Antifaschismus* (Herv. i.O. -F.) (der im Grunde nur eine neue Art des ‚Faschismus‘ an die Stelle des alten setzt) verteidigen, wissen, woran wir sind, selbst wenn die Kommunisten es im Augenblick für geraten halten, eine vorsichtige Politik des Opportunismus zu treiben.“ Zudem verfügt die kommunistische Seite nicht nur über ein politisches Ziel, sondern auch über organisatorische Hebel: „Wie dem auch sei: Die Tatsache bleibt bestehen, dass die Russen seit langem eine Deutschlandpolitik besitzen, und daß sie sich durch das Komitee ‚Freies Deutschland‘ das Instrument geschaffen haben, das ihrer Politik dient.“⁹²

Röpke erweitert seine Darlegungen über die Ziele der sowjetischen Politik zu einer grundsätzlichen Kritik an der Übereinkunft von Jalta, die wiederum aus seiner Totalitarismusanalyse abzuleiten ist: „Doch nun schulden wir noch eine letzte Präzisierung. Sie bezieht sich auf die brutale Tatsache, dass jetzt mitten durch Deutschland eine Linie verläuft, die zwei Welten voneinander scheidet: die Linie, die das von den Russen besetzte Ostdeutschland von dem durch die westlichen Alliierten besetzten Westdeutschland trennt. Sie ist zu

90 Röpke: Die deutsche Frage, a.a.O., S. 268 f. Diese Beschreibung der „Taktik“ der Machteroberung entspricht jener von Bracher über die Neuordnung Europas im Zeichen kommunistischer Machtergreifung: Bracher, Karl Dietrich, Die Krise Europas, in: Geschichte Europas Bd. 6, Frankfurt:M., Berlin, Wien 1976, S. 236 ff.

91 Röpke: Die deutsche Frage, a.a.O., S. 269.

92 Röpke: Die deutsche Frage, a.a.O., S. 270.

einem Limes des Abendlandes geworden, der die vollkommene Scheidung der moralischen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Grundsätze bedeutet. Auf der Konferenz von Jalta (im Februar 1945) hat man eine Kompromisslösung ins Auge gefasst, nach der zwischen der rein militärischen Besetzung durch die Einzelmächte und der Zentralverwaltung durch eine interalliierte Kommission unterschieden wird. Man muss ohne Umschweife sagen, daß dieser komplizierte Plan kaum durchführbar erscheint. Die grundlegenden Auffassungen der beiden Gruppen von Alliierten – der westlichen und der östlichen – sind viel zu sehr verschieden, um ein solches Kondominium zu ermöglichen, das immer äußerst schwierig ist und in der Geschichte nur abschreckende Vorbilder hat. Dazu kommt, daß die interalliierte Kommission ihren Sitz im russischen Gebiet haben und daß eine ihrer wichtigsten Behörden – die Reparationskommission – sich sogar in Moskau befinden soll. Dieser Plan erscheint nur in dem unwahrscheinlichen Falle ausführbar, daß sich die westliche Gruppe vollkommen unter die Führung der Russen begibt oder umgekehrt.⁹³

Die Konsequenz aus dieser Einschätzung lautet folgerichtig so: „Haben wir nun vorhin allgemein von einer Föderation aller autonomen deutschen Staaten gesprochen, so müssen wir nunmehr einstweilen der harten Realität des Limes Rechnung tragen. Wir kommen dann zu dem Schluß, daß man unter den obwaltenden Umständen die föderative Neuordnung Deutschlands vorderhand auf das deutsche Hauptland westlich der Elbe beschränken muß, indem man eine westdeutsche Konföderation schafft, an deren Spitze die westlichen Alliierten stehen. Dieser Plan würde sich in den Vorschlag der ‚Atlantic Community‘ einfügen, den der Amerikaner Walter Lippmann⁹⁴ vor kurzem in seinem Buche ‚U. S. War Aims‘ gemacht hat. Es ist in der Tat zu hoffen, dass dieses föderative Westdeutschland, das nunmehr bis zur Klärung des russischen Problems von Preußen getrennt wäre und den wichtigsten und größten Teil Deutschlands ausmacht, bald in die ‚Atlantische Gemeinschaft‘ aufgenommen würde, falls sich dieser auf der Gemeinsamkeit der Überlieferung, der geographischen Lage und der politisch-wirtschaftlichen Interessen beruhende Staatenverband verwirklichen ließe. Wir glauben, daß sich die Westdeutsche Konföderation als würdiges und wertvolles Mitglied erweisen würde, nachdem sie den Weg wiedergefunden hat, den sie 1866 aufzugeben gezwungen wurde. Sie würde zur Zeit den östlichsten Teil der ‚Atlantic

93 Röpke: Die deutsche Frage, a.a.O., S. 276f.

94 Zu Lippmann vgl. oben 2.3.5

Community‘ bilden. All das sind Vorschläge, die den Eindruck eines *harten Realismus* geben. Aber es ist ein Realismus, der im *Dienste der höchsten Ideale der abendländischen Kultur* (Herv. i.O.–F.) steht und, wie wir fürchten, vielleicht den einzigen Weg bezeichnet, auf dem sie noch bewahrt werden können.“⁹⁵

2.5.4.1 Röpkes Resümee: Konföderation statt Reich und Einheit; Freiheit und Westbindung statt Sowjetisierung

„Versteift man sich aber darauf, zwischen dem russischen Ostdeutschland und dem abendländischen Westdeutschland politische, geistige und wirtschaftliche Bindungen aufrechtzuerhalten, solange wir es noch mit einem totalitären Russland zu tun haben, und denkt man noch immer vom „Reiche“ als einer Einheit, für die man Verfassungspläne schmieden kann, so beweist man damit entweder, dass man die Realität nicht verstanden hat, oder, dass man bewusst die Politik der Russen fördern will, ihren Einfluss Schritt für Schritt auf ganz Deutschland auszudehnen. Je mehr man auf der ‚Einheit‘ Deutschlands besteht, umso freigebiger liefert man der russischen Infiltrationspolitik Ansatzpunkte und umso mehr schafft man Reibungsflächen zwischen den beiden Welten, deren Verschränkung auf deutschem Boden eine der größten Gefahren für den Frieden bedeuten würde. Weit entfernt, jenen ‚Dritten Weltkrieg‘ zu begünstigen, mit dem man die westliche Welt heute einschüchtert, würde eine solche reinliche Scheidung der beiden Welten diese Gefahr entscheidend vermindern.“⁹⁶

2.5.5 *Die weltgeschichtliche Bedeutung der Deutschen Frage und ihrer Lösung*

Röpkes Eintreten für eine „Westlösung“⁹⁷ stelle aber keineswegs ein Plädoyer für „die Spaltung Deutschlands“⁹⁸ dar; die „Frage ist nur, ob Deutschland unter dem Kommunismus oder unter der Herrschaft des Rechtsstaates wiedervereinigt werden soll. Wenn die Kommunisten nicht bereit sind, die Wiedervereinigung unter den Bedingungen des westlichen Rechtsstaates und unter Preisgabe ihres eigenen Einflusses zuzulassen, so sind sie es, die die Spaltung Deutschlands aufrechterhalten. Wenn man uns aber auffordert, ein

95 Röpke: Die deutsche Frage, a.a.O., S. 278.

96 Röpke: Die deutsche Frage, a.a.O., S. 279.

97 Röpke: Die deutsche Frage, a.a.O., S. 337.

98 Röpke: Die deutsche Frage, a.a.O., S. 308.

Kompromiß zu schließen, so ist das eine absurde Zumutung zum Selbstmord: zwischen dem Akt des Sichaufhängens und demjenigen des Nicht-Sichaufhängens gibt es kein Kompromiß.“⁹⁹

Dieses Konzept solle nicht bedeuten, „Ostdeutschland ‚abzuschreiben‘ und es den Russen zu überlassen“; es handle sich nicht um einen „Rückzugsplan“, sondern um einen „Plan der Sammlung und Werbung“.¹⁰⁰ Die wirtschaftliche Überlegenheit des Westens werde sich zeigen; der „russische Großraum dank seinem Wirtschaftssystem“ wird hingegen dazu verurteilt sein, „ein Hunger- und Elendsgebiet zu bleiben.“¹⁰¹ Die Politik des Westens solle daher den Deutschen überlassen, „zwischen Ost und West zu vergleichen und ihre Wahl zu treffen. Dank Hitler und seinen Spießgesellen ist Deutschland die historische Rolle des großen Industrielandes zugefallen, in dem nebeneinander die feindlichen Grundsätze des Totalitarismus und des Abendlandes vor den Augen der Welt auf die Probe gestellt werden. Das ist heute die weltgeschichtliche Bedeutung der Deutschen Frage und ihrer Lösung.“¹⁰²

2.5.5.1 Fazit: Die Bedeutung der Deutschen Frage

Das, was Röpke hier in seiner Terminologie und mit gehörigem Pathos als „weltgeschichtliche Bedeutung“ der deutschen Frage formuliert, lässt sich politikwissenschaftlich so reformulieren: die deutsche Frage bildet einen wesentlichen Teil des Konflikts, der unter dem Titel „Kalter Krieg“ in der bipolaren Nachkriegsordnung die Systemkonfrontation zwischen der westlichen Demokratie und der sowjetischen Diktatur ausmachte. Röpkes Verdienst besteht darin, den Antagonismus der beiden „Welten“ klar erkannt zu haben, und, da er über die Ziele der sowjetischen Politik nüchtern urteilte, kompromisslose politische Schlussfolgerungen gezogen zu haben.

Die im Kern antidemokratischen Prämissen seines Gesellschaftsverständnisses bringen ihn dazu, den Konflikt der politischen Systeme nicht primär als den Konflikt zwischen Demokratie und Diktatur, sondern in erster Linie als Konflikt zwischen „Plan“ und „Markt“ zu verstehen, in dem sich – seinen neoliberalen ökonomischen Grundannahmen zufolge – die Überlegenheit des „Markts“ notwendig würde durchsetzen. Streng materialistisch, so ließe sich

99 Ebd.

100 Röpke: Die deutsche Frage, a.a.O., S. 337.

101 Ebd.

102 Röpke: Die deutsche Frage, a.a.O., S. 338.

ironisch sagen, folgt aus der ökonomischen Basis ein entsprechender Überbau, der ein politisches System samt Staat beinhaltet, das insoweit toleriert wird, wie es die Wirtschaft nicht stört. Röpkes Darlegungen sind geleitet von seinen seit 1938, seit der Grundlegung der Konzeption des Neoliberalismus in Paris, bestehenden Grundüberzeugungen über Ökonomie, Politik und Geschichte; sie sind insofern bedeutende Zeugnisse, als sie Einblick gewähren in die Vorstellungswelt der neoliberalen Elite und ihren Willen, sie in politisch-soziale Wirklichkeit umzusetzen.

3 Die Deutsche Frage und die Entspannungspolitik

Der Begriff „Entspannungspolitik“ wird zum Kennzeichen von gänzlich heterogenen politischen Konzeptionen zur Beilegung von Konflikten in der Phase des Kalten Krieges. Die Begriffe „Entspannung“ bzw. „Entspannungspolitik“ finden einmal Anwendung auf globale Konflikte, sie werden in einem engeren Sinn auf die Konfliktlage in Europa, insbesondere in Deutschland bezogen.¹⁰³ Der Begriff erhält seine Bedeutung aus dem Konflikt der beiden nach 1945 sich herausbildenden politischen Blöcke und ihrer jeweiligen Hegemonialmächte: Mit dem Ende des 2. Weltkriegs und mit dem damit verbundenen Wegfall ihrer Entstehungsbedingungen trat der „Wesensunterschied“¹⁰⁴ zwischen den Alliierten der Anti-Hitler-Koalition immer klarer hervor; evident wurde die Einsicht, „daß es zwei Welten waren, die den Krieg siegreich überstanden hatten: eine demokratische und eine revolutionär-diktatorische“¹⁰⁵, evident wurde vor allem die Unvereinbarkeit der „russischen und westlichen Vorstellungen über Demokratie und ihre Wiederherstellung in Europa“¹⁰⁶: in diesen wesentlichen *Differenzen im Demokratieverständnis* liegt der Grund für eine *Gegnerschaft der Systeme*, deren Austragungsform ein jahrzehntelanger Konflikt unter dem Titel Kalter Krieg die folgende Epoche bestimmte, wobei Phasen der Verschärfung mit Phasen der Entspannung dieser Konfliktualität wechselten.

103 Vgl. dazu den Überblick bei Heydemann, Günther: Deutschlandpolitische Neuansätze der 60er Jahre, in: Historisch Politische Mitteilungen. Archiv für christlich-demokratische Politik 1 (1994), S. 15–32.

104 Bracher, K.D.: Die Krise Europas, in: Geschichte Europas Bd. 6, Frankf./M. 1976, S. 241.

105 Ebd.

106 Bracher: Die Krise Europas, a.a.O., S. 242.

3.1 Die Deutsche Frage und die bipolare Nachkriegsordnung

Im „Rahmen der Vorentscheidungen“, die die Alliierten auf einer Serie von Konferenzen gefällt hatten, vor allem durch die Aufteilung in „Haupteinflussphären“, war die dualistische Grundstruktur der „Nachkriegsordnung“ schon programmiert: „Wiederaufbau der Demokratie im Westen, Revolutionierung und Sowjetdiktatur, verkleidet als Volksdemokratie, im Osten.“¹⁰⁷ Diese bipolare Ordnung bildet den Rahmen für den Verlaufsprozess der „deutschen Frage“, der mit der Gründung von zwei Separatstaaten eine erste entscheidende Stufe erreicht, und dann im Übergang von einer Politik der Konfrontation zu einer der Kooperation eine zweite, die schließlich mit der Herstellung der Einheit im Jahr 1990 seine letzte Stufe erreicht.

3.2 Entstehung des Entspannungsbegriffs im politischen Diskurs der Bonner Politik

Zu den Gemeinsamkeiten der Bonner Politik in den Anfangsdekaden zählten die Grundannahmen, dass deutsche Politik nur friedliche Absichten verfolgte und dass die deutsche Frage in den Kontext des Ost-West-Konflikts ein- und unterzuordnen sei. Aus der Kontextualisierung folgte die Erwartung, eine für

107 Ebd. Insbesondere über die Frage, ob für die sowjetische Deutschlandpolitik eine nicht-kommunistisch dominierte Entwicklung für die SBZ oder gar ein neutrales Deutschland jemals zur Debatte stand, hat sich in der deutschen Zeitgeschichtsforschung eine Kontroverse entwickelt. Als Vertreter einer Position, die behauptet, Stalin habe nicht einen Separatstaat, sondern einen einheitlichen und sogar einen nach westlichen Maßstäben »demokratisch« verfassten deutschen Staat angestrebt, hat sich vornehmlich Wilfried Loth exponiert. Die Sowjetunion erscheint bei Loth als unsichere und defensive Macht, die sich vor allem durch immer wiederkehrende „Entspannungsbemühungen“ ausgezeichnet habe. Vgl. Loth, Wilfrid: Helsinki, 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung, München 1999, S. 115. Loth vertritt die Auffassung, in der sowjetischen Politik habe es eine ernsthafte Bereitschaft zu Verhandlungen mit dem Westen und zur Preisgabe der DDR gegeben. Loth stellt dabei folgende eindeutige Behauptung auf: „Stalin wollte keine DDR. Er wollte weder einen Separatstaat auf dem Boden der sowjetischen Besatzungszone noch überhaupt einen sozialistischen Staat in Deutschland. Stattdessen strebte er eine parlamentarische Demokratie für ganz Deutschland an, die dem Faschismus die gesellschaftlichen Grundlagen entzog und der Sowjetunion den Zugang zu den Ressourcen des Ruhrgebiets eröffnete. Erreicht werden sollte sie in gemeinsamer Verantwortung der Siegermächte.“ Loth, Wilfried: Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, Berlin 1994, S. 10. Vgl. dazu die Entgegnungen u.a. bei Zarusky, J. (Hg.); Die Stalinnote vom 10. März 1952, München 2002; Wettig, Gerhard, Die Deutschland-Note vom 10. März 1952 auf der Basis diplomatischer Akten des russischen Außenministeriums, in: Deutschland – Archiv 26 (1993), S. 7876 ff.

die Wiedervereinigung günstige Entwicklung könne es „erst dann, wenn sich die globale Konfrontation und Spannung entschärft haben würde“ geben; diese Annahme bildete „das Grundmuster aller in Bonn vertretenen Wiedervereinigungskalkulationen, -pläne und Bestrebungen. Beide Erkenntnisse zusammen bildeten den konsensgesicherten Ausgangspunkt für jene Politik, die sich zunächst verbal der Entspannung verpflichtet fühlte.“¹⁰⁸

Unter der durchaus problematischen Prämisse¹⁰⁹ einer selbstverständlichen Unterstützung der Westalliierten für die Wiedervereinigung, wurde die Frage, wie die Sowjetunion zu gewinnen wäre, zur Quelle der Kontroversen zwischen CDU und SPD: „Die Kernfrage in der Wiedervereinigungspolitik war es demnach, mit welchen Mitteln die Sowjetunion am ehesten zu bewegen sei, in erfolgsträchtige Verhandlungen einzutreten, die den Deutschen ihre nationale Einheit in Frieden und Freiheit gewährte. Und folglich kreisten die bundesdeutschen Strategieerwägungen allesamt um die zentrale Hoffnung, die einzig dies in Aussicht stellte – namentlich um die Entspannung.“¹¹⁰

Eine Orientierung am Paradigma der Entspannung kann daher als durchaus konstitutiv für die Bonner Politik gelten, obgleich zu betonen ist, dass es ein begrifflich und politisch unscharf bleibender Entspannungsgedanke war. Der Begriff selbst taucht seit 1951/52 „bei der Bundesregierung und Opposition nahezu gleichzeitig auf. Die erste (n) Verwendungen der Entspannungsvokabel lassen sich jedoch Adenauer zuschreiben.“¹¹¹ Während im Frühjahr 1951 (5. März - 22. Juni 1951) in Paris Vertreter der Siegermächte – vergeblich – versuchten, eine Außenministerkonferenz zur Deutschen Frage vorzubereiten, antizipierte Adenauer schon die Gründe des Misslingens: „Es fehle, so der Bundeskanzler, noch an einem ausgeglichenen Kräfteverhältnis, welches erst die Russen zu Gesprächsbereitschaft veranlasse: „Erst dann wird der Zeitpunkt gekommen sein, wo eine konzentrierte diplomatische Aktion eine Entspannung des Ost-West-Konflikts herbeiführen kann.“¹¹²

Adenauer gab zum Jahreswechsel 1951/52 in einem AP-Gespräch eine „erste grundsätzliche Bestimmung und Einordnung der ‚Entspannungsvokabel‘: ‚Mein erstes Anliegen ist die Sicherung des Friedens. Ich glaube, daß der von

108 Siebenmorgen, Peter: Gezeitenwechsel. Aufbruch zur Entspannungspolitik, Bonn 1990, S. 12.

109 Die Dezentrierung der „Deutschen Frage“ für die Politik des Westens brachte das Bonmot von der „Deutschen Plage“ hervor – vgl. u.a. Siebenmorgen, a.a.O., S. 2 u. S. 27.

110 Siebenmorgen, Gezeitenwechsel, a.a.O., S. 13.

111 Ebd.

112 Siebenmorgen, Gezeitenwechsel, a.a.O., S. 14.

der Bundesregierung beschrittene Weg des europäischen Zusammenschlusses zu diesem Ziel führen wird. Wenn die Völker Europas, gestützt auf das Vertrauen und die Hilfe, die ihnen die übrigen freien Länder, insbesondere die Vereinigten Staaten, gewähren, wieder zum Bewußtsein ihrer Stärke kommen, wird die Furcht vor einer möglichen Aggression weichen. Dann wird der Zeitpunkt für eine Entspannung im Ost -West-Konflikt gekommen sein. Inzwischen wird die Bundesregierung nach Kräften bemüht sein, die europäische Integration zu fördern, um damit die Voraussetzungen für eine fruchtbare Entfaltung der abendländischen Kultur in einer Zeit langen Friedens zu schaffen.“¹¹³

In dieser Passage wird die Konditionalität von Adenauers politischer Konzeption deutlich: die europäische Integration ist Friedenspolitik, aus ihr entsteht zugleich die Stärke Europas; diese defensiv angelegte Stärke, die auch durch die West-Integration der Bundesrepublik mitbedingt wird, bildet die Grundlage des Friedens. Daraus folgt die Einsicht, eine Position der politischen Stärke West-Europas fördert die Entspannungsbemühungen mit der Sowjetunion. Mit dieser zirkulären Begründung werden hier „wesentliche Teile des entspannungspolitischen Credo, an welchem Adenauer bis in seine letzten Tage festhielt“¹¹⁴, formuliert. Dieser Ansatz unterstellt, dass es eine Lösung der deutschen Frage nur geben könne, „wenn es zu einer globalen Entspannung zwischen Ost und West käme, was wiederum die Stärke des Westens voraussetze.“¹¹⁵ Selbst als nach der Truman-Rede vom 12. März 1947 die Zeichen des beginnenden Kalten Kriegs nicht mehr zu übersehen waren, hielt er an diesem Grundgedanken fest und formulierte dies am 13. April 1947 in einer Rede in der Kölner Universität: „Wir können nur ... das eine hoffen und wünschen, daß die großen internationalen Spannungen möglichst bald ausgeglichen werden, damit die Behandlung der deutschen Frage in einer Atmosphäre der Beruhigung erfolgen kann, entsprechend den deutschen und europäischen Interessen (...).“¹¹⁶

In dem die politischen Kontroversen der frühen Bonner Politik prägenden Prioritätenkonflikt – Westintegration oder Wiederherstellung der Einheit – war Adenauers Position eindeutig: er vertrat den „unbedingten Primat der

113 Ebd.

114 Siebenmorgen, Gezeitenwechsel, a.a.O., S. 15.

115 Ebd.

116 Ebd.

Westpolitik¹¹⁷, d. h. es gab für ihn keinen Widerspruch zwischen Westintegration und Wiedervereinigung. In diesen Kontroversen erwies sich die „Berufung auf eine ‚Theorie der globalen Entspannung‘“ als geschickter „Kunstgriff“, der Westpolitik, globale Entspannung und deutsche Frage verknüpfte; so war „zumindest rhetorische Konkordanz hergestellt, welche durchaus logisch die widerstrebenden Zielsetzungen in der Bonner Außenpolitik harmonisierte.“¹¹⁸

Im Unterschied zur CDU-Position, die als ‚Wiedervereinigung durch Entspannung‘ bezeichnet werden kann, nimmt die SPD lange eine eher deutschlandzentrierte Position ein, die unter den Titel ‚Entspannung durch Wiedervereinigung‘ gestellt werden kann. Die SPD fand „anfänglich wenig Gefallen am Entspannungsbegriff“¹¹⁹; er gewann „erst im Laufe des Frühjahrs 1952“, d. h. im Kontext der Debatten über die Stalin-Noten, „eine engere Bedeutung“. Kurz zusammengefasst lautete „die entspannungspolitische Wiedervereinigungsthese der SPD, daß die Wiedervereinigung die beste deutsche und europäische Sicherheitspolitik sei.“¹²⁰ Obwohl die SPD am Wiedervereinigungsprimat festhält, lässt sich schon 1953 „eine allmähliche Akzentverschiebung im deutschlandpolitischen Konzept“¹²¹ feststellen. Das neue Verhältnis von Wiedervereinigung und Entspannung wird in der Rede Ollenhauers zum 1. Mai 1953 thematisch: „Für das deutsche Volk ist eine Entspannung und Befriedung zwischen West und Ost die kardinale Lebensfrage (...) Es gibt (...) eine vordringliche nationale Aufgabe, nämlich eine aktive Politik der Bundesregierung zur Förderung jeder Möglichkeit der internationalen Entspannung und Befriedung, die zugleich eine Förderung der Einheit Deutschlands sein wird.“¹²² Dieser Bedeutungswandel des Entspannungsbegriffs bedeutete aber nicht „die Aufgabe der Einheitsforderung“; es waren nur die Zeiten des vorherigen „Wiedervereinigungsrigorismus“¹²³ verstrichen, der sich auch aus dem „Optimismus einer bald nahenden Wiedervereinigung“ nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 noch einmal regen konnte, aber schon kurz darauf kehrte die SPD zu einer nüchternen Einschät-

117 Siebenmorgen, Gezeitenwechsel, a.a.O., S. 20.

118 Siebenmorgen, Gezeitenwechsel, a.a.O., S. 33.

119 Siebenmorgen, Gezeitenwechsel, a.a.O., S. 44.

120 Siebenmorgen, Gezeitenwechsel, a.a.O., S. 45.

121 Siebenmorgen, Gezeitenwechsel, a.a.O., S. 50.

122 Siebenmorgen, Gezeitenwechsel, a.a.O., S. 51.

123 Siebenmorgen, Gezeitenwechsel, a.a.O., S. 52.

zung der Lage und damit „zu der Formel ‚Wiedervereinigung durch Entspannung‘ zurück.“¹²⁴

In der SPD-Politik fand zwischen den Stalin-Noten und dem Tod des Diktators „eine programmatische Realitätsanpassung“ statt, die das Nahziel der Wiedervereinigung als obsolet und eine Annäherung an die ‚Theorie der globalen Entspannung‘ als opportun erscheinen ließ. Diese Annäherung an Adenauers Positionen war „aufgrund der politischen Rahmenbedingungen“ ebenso naheliegend wie „die Adaption des Entspannungsbegriffs“, der sich in der „innerpolitischen Auseinandersetzung füglich nutzen ließ.“¹²⁵

3.2.1 *Kontroversen und Positionen in der Entspannungspolitik*

Erst auf der „Folie des Ost-West-Konfliktes und dem damit verbundenen Zwang zu klaren außenpolitischen Entscheidungen, die keine Flucht oder Möglichkeit der Neutralität implizierten, kann die Ost- und Deutschlandpolitik der Bundeskanzler in den vergangenen Jahrzehnten analysiert werden.“¹²⁶ Mit dieser Rahmung werden auch die Kontroversen um die deutschlandpolitischen Konzepte und ihrer jeweiligen Repräsentanten in der CDU bzw. SPD deutlich.

So etwa festzumachen an Jakob Kaiser: er war Vorsitzender der CDU in der SBZ bis zu seiner Absetzung durch die SMAD im Jahr 1947; er verlor damit seine Machtbasis und „damit auch das Rennen um die Führung der Unionsparteien. Seine Vision vom Deutschland als Brücke zwischen Ost und West ... zerbrach an der bipolaren Rivalität der Supermächte.“¹²⁷ So etwa festzumachen am SPD Vorsitzenden Kurt Schumacher: er „scheiterte am Konflikt zwischen Reichseinheit und sozialdemokratischer Prinzipientreue, als die SPD in der SBZ kaltgestellt wurde und die Reste seiner Partei mit der KP gezwungenermaßen in die neue SED eingeschmolzen wurden.“¹²⁸

Festzumachen schließlich an dem deutlich anders positionierten Konrad Adenauer: der CDU-Vorsitzende „zeigte sich als Revolutionär der deutschen

124 Siebenmorgen, *Gezeitenwechsel*, a.a.O., S. 53.

125 Siebenmorgen, *Gezeitenwechsel*, a.a.O., S. 54.

126 Hacke, Christian: *Von Adenauer zu Kohl: Zur Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik 1949–1985*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 51-52/85 (21. 12. 1985), S. 2–22, hier: S. 2.

127 Hacke: *Von Adenauer zu Kohl*, a.a.O., S. 4.

128 Ebd.

Politik, weil er früher, konsequenter und umsichtiger als andere auf eine west- und gemeinschaftsorientierte Außenpolitik¹²⁹ setzte. Die Politik der Westorientierung mündete über die Pariser Verträge (1954) und die Römischen Verträge (1957) in die Westbindung der Bundesrepublik ein; sie war „insofern revolutionär“, als damit „zum ersten Mal in der deutschen Geschichte eine Parallelität von zwei Faktoren wirksam wurde: Die Bundesrepublik verbündete sich mit den klassischen westlichen Demokratien England, Frankreich und den USA und wurde zugleich selbst eine parlamentarische Demokratie liberaler Prägung.“¹³⁰ Beide Faktoren zusammengenommen führten „zu einer außenpolitischen Leistung, die Konrad Adenauer zum konservativen Revolutionär der deutschen Politik nach dem Zweiten Weltkrieg werden ließ.“¹³¹ Beide Faktoren bildeten „die Grundlage der Staatsräson der Bundesrepublik und darüber hinaus den Ausgangspunkt für eine Politik gemeinsamer westlicher Stärke.“¹³²

Die Divergenz der Positionen und die Schärfe der Kontroversen über die strategischen Entscheidungen in der Deutschlandpolitik lassen sich an der Diskussion über die Pariser Verträge verdeutlichen. Der eine Pol wird durch die berühmt gewordene Sentenz des SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher markiert: „Wer diesem Generalvertrag zustimmt, hört auf ein Deutscher zu sein.“¹³³ Der zweite Pol wird durch die Position von CDU/CSU gebildet; diese Position lässt sich an der Rede von Franz Josef Strauß im Deutschen Bundestag am 24.02.1955 in der Debatte über die Pariser Verträge in aller Deutlichkeit exemplifizieren.

Strauß skizziert die Grundlagen der sowjetischen Politik, deren Hauptziel die Weltrevolution sei und die eine Wiedervereinigung Deutschlands nur als Bolschewisierung plane. Die deutsche Politik müsse auf Unterstützung der Westmächte und Unterstützung der europäischen Integration zielen. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Entscheidung bezeichnet Strauß die Bundestagsdebatte über die Pariser Verträge als eine „der bedeutungsvollsten außenpolitischen Debatte(n) unseres Parlaments seit seinem Bestehen über-

129 Hacke: Von Adenauer zu Kohl, a.a.O., S. 2.

130 Hacke: Von Adenauer zu Kohl, a.a.O., S. 4.

131 Ebd.

132 Ebd.

133 Schumacher, Kurt: Reden – Schriften – Korrespondenzen 1945–1952, hg. v. Willy Albrecht, Berlin/Bonn 1985, S. 902 (Interview mit AP vom 15. 05. 1952).

haupt.“¹³⁴ Er nennt zwei Kriterien, denen „jede außenpolitische Entscheidung“ der deutschen Politik genügen müsse: „1. Nützt diese Entscheidung der Wiedervereinigung unseres Volkes in Frieden und Freiheit? 2. Ist diese Entscheidung ein Beitrag zum Zusammenschluß Europas und zur Sicherheit der freien Völker der Welt? ... Wir müssen uns darüber im klaren sein, das Ziel der sowjetischen Politik – auch wenn Sie darüber lachen mögen; eines Tages wird Ihnen das Lachen vergehen – ist und bleibt die Weltrevolution. Die nächste Etappe auf diesem Weg sollte nicht die Wiedervereinigung in Freiheit oder Frieden sein, sondern die Bolschewisierung Gesamtdeutschlands, die praktisch der Herrschaft über Europa gleichkäme.“¹³⁵

Um das Risiko eines Krieges mit den USA zu vermeiden, mache die Sowjetunion den Vorschlag einer „handgreiflich nahen Wiedervereinigung“, er sei verbunden allerdings mit der Forderung nach „Preisgabe des Sicherheitssystems der freien Völker mit Einschluß der Bundesrepublik“, um so „den Abzug der Amerikaner aus Europa zu erreichen. Genau an diesem Tage, am Tage des Abzugs würde die Politik der Koexistenz aufhören und an ihre Stelle die Politik der bedingungslosen Unterwerfung treten, für Deutschland die Wiedervereinigung in Form der Gesamtbolschewisierung.“ Jeder „weiß, daß es uns mit der Friedensliebe ernst ist. Jedermann weiß aber auch, daß die letzte Chance, unsere Freiheit zu erhalten und die Freiheit für Gesamtdeutschland zu erwerben, darauf beruht, die Hilfe der Westmächte zu gewinnen und ihre politische Kraft für dieses Ziel zu sichern.“¹³⁶

Strauß nennt als die wesentlichen Gründe für die Zustimmung zu den Pariser Verträgen deren folgende strategische Vorzüge: sie erhöhten „das Risiko für den Angreifer“, d. h. die Sowjetunion; sie enthielten „gleichzeitig die Ansätze für eine allgemeine Abrüstungspolitik“, sie bildeten ein „notwendiges Übergangsstadium zu einem europäischen Staatenbund und – sobald wie möglich – einem europäischen Bundesstaat“.¹³⁷

134 Zit. nach: Rathgeb, Eberhard: Deutschland kontrovers. Debatten 1945 bis 2005, Bonn 2005, S. 64–67, hier S. 64. (= Strauß, F. J.: Rede zu den Pariser Verträgen (1955), aus: ders.: Bundestagsreden und Zeitdokumente, Verlag az studio, Bonn 1975.

135 Ebd.

136 Zit. nach: Rathgeb, Eberhard: Deutschland kontrovers, a.a.O., S. 65.

137 Zit. nach: Rathgeb, Eberhard: Deutschland kontrovers, a.a.O., S. 66f.

3.3 Die Deutsche Frage und die Wiedervereinigung: Paradigmen für eine neue Politik

Die Kontroversen über die Deutsche Frage stellten das Kernproblem in den innerpolitischen Debatten der jungen Bundesrepublik dar. Sie wurde keineswegs allein im politischen Raum geführt; sie waren vielmehr Gegenstand einer breiten gesellschaftlichen Auseinandersetzung, in deren Rahmen es zu bemerkenswerten Denkanstößen und Initiativen kam, die wiederum die Positionen der politischen Parteien beeinflussen konnten.

Im Folgenden werden drei wegweisende und einflussreiche Denkanstöße vorgestellt. Zunächst die Reden zweier prominenter Wissenschaftler, die sie zum Gedenken an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR gehalten haben: einmal die Rede von Arnold Bergstraesser aus dem Jahr 1955. Bergsträsser ist einer der Gründungsväter der neuen Politikwissenschaft in Deutschland. Danach die Rede von Hans Rothfels aus dem Jahr 1958. Rothfels ist Nestor der deutschen Zeitgeschichtsschreibung, er hat mit der Gründung der „Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte“ (VfZ) eines der einflussreichsten Publikationsorgane der Forschung und Diskussion geschaffen und dort in der ersten Ausgabe (VfZ 1 (1953) S. 1–8) die maßgebliche Begriffsbestimmung des Gegenstands der Zeitgeschichte geprägt als „Epoche der Mitlebenden und ihre wissenschaftliche Behandlung.“ Im Anschluss an diese beiden Gedenkreden werden Stellungnahmen aus dem kirchlichen Raum vorgestellt; dabei hat insbesondere eine Denkschrift der EKD aus dem Jahr 1965, die als „Ostdenkschrift“ firmiert, großen Einfluss auf die Debatte um die Deutsche Frage ausgeübt.

3.3.1 *Bergstraesser, Arnold: Deutsche Einheit, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 3. Jg. 1955, H. 4, S. 337–344. Rede, gehalten an der Universität Tübingen, am Vortag des 17. Juni 1955*¹³⁸

In dieser „Gedenkstunde an den 17. Juni 1953“ will Bergstraesser Rechenschaft ablegen darüber, „worin denn die deutsche Einheit Bestand hatte im Wandel der Geschichte und worin sie Bestand haben könnte in der Gegenwart.“ (337) Zunächst thematisiert er die Grenzfrage für ein wiedervereinigtes Deutschland – und trifft dabei eine im zeitgeschichtlichen Kontext atemberaubende vorausweisende Festlegung:

138 Alle Zitatnachweise im Text.

„Wir gedenken heute der Einheit, weil wir das Getrenntsein erleben. Und wir wollen die Wiedervereinigung der Deutschen, die in dem uns gebliebenen Territorium zwischen dem Rheinland und der Odergrenze leben.“ (337)

In der Beantwortung seiner Leitfragen geht Bergstraesser systematisch vor und behandelt zunächst den Komplex des 1. Teilungsgrunds oder: Die Deutsche Frage im Kontext des Systemgegensatzes. Die Teilung „als Ergebnis des zweiten Weltkrieges“ ist zu verstehen als „Teilung des deutschen Volkes durch zwei nicht nur verschiedene, sondern im Gegensatz zueinander befindliche Systeme. Ihr Gegensatz ist nicht nur staatenpolitisch, sondern er beruht auf einem verschiedenen gesellschaftspolitischen Willen. Er ist von weltpolitischer Tragweite. In der Welt des 20. Jahrhunderts stehen sich die beiden Grundauffassungen der politischen Daseinsgestaltung gegenüber, deren Gegensatz das Schicksal des geteilten Deutschland ausmacht, – die Grundauffassung des freien demokratischen Rechtsstaates und die des totalitären, zentral planenden Einparteienstaates. (...) Die Teilung, die wir erleben, greift tiefer ein in die Daseinsgestaltung als irgendeine Teilung früherer Jahrhunderte.“ (337)

Der Teilung ging die Schaffung der Deutschen Einheit voraus, die Bergstraesser an Bismarck bindet: „Die deutsche Einheit, die Bismarck und seine Generation begründet hatten, wurde nach außen durch mehr als vier Jahrzehnte des staatenpolitischen Friedens erhalten...“ (338) Die Gefährdung der Einheit nach 1918 weist schon voraus auf ihr Ende nach 1945: „Das Ende des ersten Weltkrieges hat noch einmal die außenpolitische Einheit gerettet, so wie sie 1870 entstanden war.“ (338) Aber: „Wer nicht 1918 schon als Möglichkeit ahnte, was dann 1945 eingetreten ist, konnte die Leistung für den Bestand der deutschen politischen Einheit nicht hinreichend würdigen, welche die Männer vollbrachten, die uns nach der Katastrophe des Bismarckschen Reiches ein Gemeinwesen erhielten.“ (339) Der Weg in die Katastrophe der Teilung wird von Bergstraesser mit der bekannten „Möglichkeits“-Rhetorik skizziert, die auf den „Bereich, in dem unsere eigene Mitverantwortlichkeit am meisten versagt hat“ zielt: „Wie war es möglich, daß Übermut, Achtlosigkeit und Willkür sich als die Momente des politischen Willens zusammenschlossen, der uns von der Machtergreifung Hitlers an zu der zweiten, unvergleichlich schlimmeren Katastrophe von 1945 führte?“ (339) In der „Möglichkeits“-Frageserie ist noch folgendes enthalten: „Wie war es möglich“, – dass „ein fanatischer Nationalismus“ Platz griff, – dass dessen „Führer“ unsere „Einheit aufs Spiel“ setzen konnte (339), – dass es gelang, die

„Gerechtigkeit und Menschlichkeit in Deutschland zu verderben“, – dass es gelang, das „alte Europa in Brand zu setzen“, – dass wir „die Entmündigung unserer selbst duldeten, der bald genug der Versuch zur Entmündigung anderer Völker folgte.“ (340)

Der zweite Teil der Antwort auf die Leitfrage erfolgt in einer Erörterung des zweiten Teilungsgrunds oder: Die Deutsche Frage im Kontext der deutschen Schuld: „Eines ist gewiß: Hier und nirgendwo ist der Ursprung der Lage zu suchen, in der sich Deutschland heute befindet. Hier und nirgendwo sonst begann das Schicksal der Teilung, das wir heute zu tragen haben. Die Außenpolitik des nationalsozialistischen Staates mußte die Völker der Welt über alle ihre Gegensätze hinweg gegen die Deutschen vereinigen. Denn anders war dieser daseinszerstörenden Herrschaft der Willkür nicht zu begegnen als eben durch sich ihr entgegenstimmende Gewalt. Die Methoden der Politik, die mit der Katastrophe des zweiten Weltkrieges auf uns selbst angewandt wurden, hat das nationalsozialistische Deutschland zuerst in die Politik eingeführt, und es steht uns schlecht an, darüber zu klagen, daß sie in der Hand anderer wirksamer waren als der unseren: Die Verpflanzung ganzer Volksgruppen aus ihrer Heimat in fremde Regionen, die Zerstörung ganzer Städte aus der Luft, die Behandlung des Menschen als Arbeitsmaterial, die Herrschaft des Hasses und der Furcht als Mittel der Disziplinierung. Und wir müssen noch dankbar sein dafür, daß uns nicht das Schlimmste geschehen ist, was von deutschen Händen anderen angetan wurde.“ (340)

Die politisch-anthropologisch fundierte Schulddiagnose fasst Bergstraesser so zusammen: „Die unzweideutige Einsicht in diese Epoche des Nationalsozialismus und ihre Ursprünge in den Gefahren unseres eigenen Wesens sollte uns ständig leiten bei unserem Versuch, daran mitzuwirken, daß der richtige und gesunde Weg in die Zukunft gefunden und beschritten wird. Wenn andere dasselbe tun, worin wir geirrt und gefehlt haben, wird es dadurch weder besser noch weiser.“ (340)

Nach dieser Analyse folgen Bergstraessers Vorstellungen zur Lösung der Deutschen Frage. Sie bestechen ebenso wie die „revolutionäre“ Position zur „Grenzfrage“ durch die hellsichtige Einbindung dieser Frage in den Systemgegensatz: „Die Wiedervereinigung ist eine Frage der Weltpolitik, denn sie ist unlösbar ohne die Lösung des Gegensatzes zwischen den polar einander entgegengesetzten Mächtigkeitsgruppen ...“ (341) Folgerichtig nennt Bergstraesser diese Vereinigungs-Trias: Frieden, Freiheit, Einheit: „Zugleich müßen die Fragen der Weltpolitik mit den Mitteln des Friedens gelöst werden. Denn jeder

weiß, daß das Vernichtungspotential der Kriegstechnik seit dem Ende des zweiten Weltkrieges Ausmaße angenommen hat, die das Dasein der Menschheit überhaupt gefährden. Nie war eine verbindliche Organisation des Frieden nötiger als heute.“ (341) Es folgt daher das Junktim: „Und schließlich ist die deutsche Einheit wie die Zukunft der Welt abhängig von der Erhaltung und Festigung der Freiheit.“ (341)

Darüber hinaus stellt Bergstraesser die Lösung der Deutschen Frage in eine historische Perspektive mit seinen Ausführungen zur Geschichte des Abendlandes seit tausend Jahren: an allen Vorgängen, „an den heilsamen und unheilvollen, hatte das deutsche Volk seinen Anteil.“ (341) Und: „Heute ist es zur umstrittenen Region zwischen den polaren Kräften des weltpolitischen Gegensatzes geworden“, daher „hat es nur die Wahl, passiv über sich ergehen zu lassen, was der Prozess der Geschichte scheinbar verhängt, oder aber aktiv und konstruktiv denkend der Zukunft der Menschheit und auf diesem Wege der eigenen Zukunft dienend zu helfen.“ (342)

Die aktive und konstruktive Perspektive ergibt – Gründe für die Einheit: „Deutschland ist nicht unteilbar, weil es so sein müßte. ... Aber die heute getrennten Teile können wieder vereinigt werden, wenn wir mit ihrer Wiedervereinigung das Richtige und Gebotene wollen. Sie sollen wiedervereinigt werden, damit die latente Gefahr für den Frieden der Welt beseitigt wird, welche die Teilung der Welt bedeutet. (...) Wir selbst sind verpflichtet, nach der Wiedervereinigung zu streben, um den Deutschen jenseits des Eisernen Vorhangs den Weg zu der rechtstaatlichen Freiheit zu eröffnen, die wir selber genießen.“ (342) Diese normative Perspektive erfordert auch einen neuen Politikbegriff: „Politik wird nicht einfach von Funktionären und Experten gemacht. Deutsche Politik in der gegenwärtigen Weltlage ist darauf angewiesen, mitgetragen zu werden von der kritischen und konstruktiven Einsicht des Volkes.“ (342) Aber, so muss Bergsträsser einräumen: „Manchmal scheint es, als seien die normativen Einsichten, die uns Religion, Philosophie und Geschichte erschließen, von geringer Wirkung auf unser politisches Denken.“ (343)

Daraus lässt sich ein Auftrag an die Politische Bildung ableiten: „Aber ist uns denn das gesellschaftspolitische Problem deutlich genug, das sich in der Teilung Deutschlands spiegelt?“ – „Wir dienen der Deutschen Einheit, wenn wir wieder ein Volk werden. Wir können ein Volk werden, wenn wir getreu den Ursprüngen unseres politischen Bewußtseins universal von der Bestimmung des Menschen her politisch zu denken“ lernen. (343) Dazu dient auch

die Erinnerung an den Aufstand: „Der Gedanke an die Deutschen, die in der Unfreiheit der Sowjetzone als innerlich freie Menschen sich aufrecht erhalten, und das Gedenken derer, die am 17. Juni 1953 den Mut zum Widerstand fanden, sollte uns helfen abzutun, was von selbstischer und geistiger Unentschlossenheit noch in uns steckt.“ (344)

Bergstraessers Überlegungen lassen sich zu folgenden drei Essentials der deutschen Politik zusammenfassen:

1. Die Wiedervereinigung ist eine Frage der Weltpolitik, d. h. eingebunden in den Ost-West-Systemgegensatz.
2. Es besteht ein Junktum zwischen Einheit und Freiheit.
3. Die Wiedervereinigung kann nur in dem Territorium zwischen dem Rheinland und der Odergrenze stattfinden. Insbesondere in diesem Punkt, der die Grenzfrage zu diesem Zeitpunkt so eindeutig beantwortet, erweist sich Bergsträsser als wegweisend.

3.3.2 *Rothfels, Hans: Geschichtliche Betrachtungen zum Problem der Wiedervereinigung, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 6 (1958), H. 4, S. 327–339. Vortrag gehalten am 18. Juni 1958 an der Universität Tübingen*¹³⁹

Rothfels postuliert als notwendige Prämisse deutscher Politik die Realpolitik: Die mit dem Andenken an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 verbundene Problematik sei ebenso wie das Problem der Wiedervereinigung in einer „Region der Nüchternheit und der kritischen Besinnung“, also der „Absage an Wunschbilder pathetischer Art“ anzusiedeln. (328) Die staatliche Einheit erscheint bei ihm als Problem von Wille und Vorstellung: dies sei die Lehre des historischen Präzedenzfalls Polen, denn dort „gab es keinen staatlich organisierten Träger einer Wiedervereinigungspolitik“ (329) mehr. Aber: es „greift hier durch die zeitgeschichtlichen Hüllen etwas Bleibendes, durch alle andersartigen Bedingtheiten etwas Unbedingtes in unsere Lage hinüber, eben jener stetige, nie durch steigenden Wohlstand oder materielle Fürsorge abgelenkte Wille, ohne den nichts unmöglich Scheinendes je möglich geworden ist.“ (329) Rothfels formuliert eine klare Absage an eine gewaltsame Lösung des Problems: „Wir alle wissen, daß unser Weg nicht sein kann, auch nicht im leisesten Wünschen, daß nur verantwortungsloses Desperadotum um der deutschen Frage willen die Welt in einen Krieg stürzen könnte, der allerdings

139 Alle Zitatnachweise im Text.

das Problem der Wiedervereinigung radikal lösen, d. h. ausradieren (sic!) würde.“ (329)

Auch bei Rothfels ist die deutsche Frage nur im Kontext des globalen Konflikts zu lösen: es sei wichtig zu sehen, „daß das zweigeteilte Berlin in unheimlicher Verdichtung und ein zweigeteiltes Land konzentrierter Ausdruck einer höchst labilen polaren Spannung über den Globus hin sind. Allein das rechtfertigt den Schluss, daß eine Lösung in der deutschen Frage nicht nur mit der Beseitigung eines akuten Gefahrenherdes in Mitteleuropa, sondern mit der Befriedung in weltweiten Zusammenhängen untrennbar verbunden ist.“ (329) Viele Krisen könnten „zu Lasten der deutschen Frage“ dazu führen, das Ziel der Friedensbewahrung „durch Einfrierung des status quo“ (330) erreichen zu wollen.

Breiten Raum nehmen in dieser Gedenkrede Reflexionen ein, die aktuelle und historische Aspekte der Einheitsproblematik behandeln. So wendet sich Rothfels gegen die Idee eines Naturrechts auf Einheit: falsch wäre die Annahme, „daß es so etwas gebe wie ‚ein in den Sternen geschriebenes Naturrecht auf die Einheit der Nation‘. Sehr treffend hat Hermann Heimpel in diesem Zusammenhang gesagt: ‚In der Geschichte ist nichts natürlich und alles geschichtlich, ein Produkt nämlich aus Tat, Leidenschaft, Schuld und Willen.‘“ (330) In der gegenwärtigen Situation sieht er Gefährdungen der Einheit durch die massive Fluchtbewegung aus der DDR: man muss nicht verkennen, „wie sehr eben dadurch die Wiedervereinigung erschwert bzw. die Gefahr der Auseinanderentwicklung erhöht wird.“ (331) Es „wächst der Druck auf die Zurückbleibenden. Wie weit dieser Druck ... zusammen mit allem, was das Wort Indoktrinierung umfaßt, durch die Jahre hin eine Auswurzelung christlicher, humaner und abendländischer Tradition, eine andersartige Bewußtseinshaltung ... zu bewirken vermag, ist eine offene Frage.“ (331) Damit entsteht aber die Gefahr einer innerdeutschen Entfremdung: Es „droht die Gefahr zunehmender Entfremdung.“ (332) Als Antidot gilt: „So ist auch die Wortverbindung ‚Unteilbares Deutschland‘ keine Tatsachenfeststellung, sondern Aufruf und Forderung, insbesondere fordert sie auf, jener inneren Entfremdung entgegenzuwirken ...“ (332) Denn was als Lehre der Historie bleibt, ist „die nüchterne Einsicht, daß Nationen teilbar sind.“ (332)

Die abschließende Frage der historischen Betrachtung lautet: wie wurde „die deutsche Einigung erreicht“, wie „bewahrt“ und „wie kam „es zur Teilung.““ (332) Wichtig ist hierbei die Teilungsvorgeschichte: „Man wird im Rückblick nicht verkennen, daß schon der erste Weltkrieg den Möglichkeiten einer

Teilung mannigfach vorgespielt hat, im Ausbruch wie im Ausgang. Die Einheit Deutschlands bestand indessen die innere Feuerprobe ...“ (333) Dafür von Bedeutung war ein innerer Faktor, der als Lob der SPD formuliert wird: Entscheidend „für die Bewahrung der deutschen Einheit und Unabhängigkeit“ war „das Eintreten der Mehrheitssozialisten für die freiheitlich-demokratische Ordnung gegenüber den ersten kommunistischen Einbrüchen“. (334) Und ein äußerer Faktor: „Die ernstere Gefahr für die Einheit kam von außen, sie kündigte sich an in den Annexionsplänen auf der Pariser Konferenz und in Sonderverhandlungen mit den Bundesstaaten.“ (334) – vor allem Frankreichs Pläne für die „Errichtung eines Rhein-Ruhr-Staates im November 1923“ (334) sind hier zu nennen sowie „schwere Amputationen“ (334) vor allem „im preußischen Osten“ (335). Für die aktuelle Problematik, d. h. das Schicksal Mitteldeutschlands, der Ostgebiete und der von dort Vertriebenen schlussfolgert Rothfels folgendes: In diesem Kontext sind „Betrachtungen“ wichtig, „die nicht eigentlich auf das Problem der Wiedervereinigung sich beziehen, bei dem es ja, wie man nie vergessen sollte, um Mitteldeutschland geht. Aber letzten Endes ist mit diesem Problem auch das Schicksal der Gebiete jenseits von Oder und Neiße und das Schicksal der von dort vertriebenen Menschen eng verbunden. Gewiß nicht in dem Sinn, daß mit dem Verzicht auf den Osten Mitteldeutschland einzuhandeln wäre. Wohl aber so, daß keine Wiedervereinigung in Freiheit denkbar ist, die nicht auch eine freiheitliche Entwicklung in den anderen Satellitenstaaten voraussetzte oder nach sich zöge.“ (335) In dieser Hinsicht besteht „die deutsch-westslawische Schicksalsgemeinschaft fort. Nicht durch einseitige Aktion oder Reaktion, sondern nur einvernehmlich zwischen den beteiligten Völkern kann die Grenz- und Siedlungsfrage gelöst werden in Gebieten, die immer der Gestaltung nach dem rein nationalstaatlichen Prinzip sich entzogen haben.“ (335) Als Lösungsmodell dient Rothfels ein Weimarer *modus vivendi*: Es sollten die „Ansätze zu einer konstruktiven Lösung“ nicht vergessen werden, „die gerade in der Weimarer Zeit geschahen. Sie gingen in die Richtung, wie wir doch wohl auch heute das Problem der Wiedervereinigung und der Ostgebiete sehen müssen, – also dahin, dem Nationalen als einer unabdingbaren Kategorie europäischen Lebens Genüge zu tun, ohne es zum zerstörerischen Sprengmittel, zum Völkerdynamit, werden zu lassen.“ (335)

Nach der Erörterung der Gefährdung der Einheit Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg, fragt Rothfels nach den Gründen, die zur Zerstörung der Einheit nach dem Zweiten Weltkrieg geführt haben: Wer es ernst meint „mit der Ausrichtung des Willens auf die Wiedervereinigung im Rahmen einer ge-

samteuropäischen Zukunft“ ist „verpflichtet, den deutschen Anteil an dieser Zerstörung in die erste Linie zu stellen“, der Nationalsozialismus hat Methoden in die Politik „eingeführt, die mit Notwendigkeit zurückschlagen mußten.“ (335) Aber die Verantwortung des Nationalsozialismus hat Rothfels zufolge ein Korrelat: die Expansionspolitik des sowjetischen Kommunismus: Die Verbrechen des Nationalsozialismus „sollten dem deutschen Bewußtsein gegenwärtig bleiben und nicht durch eigene leidvolle Erfahrungen überdeckt werden, wenn man fragt, wann und wo das Schicksal der Teilung begann. Es war all das in der Tat ein Bumerang.“ (336) Und Hitler selbst hat durch den Angriff auf die Sowjetunion geholfen, „jenes widernatürliche Bündnis zustandezubringen, das die Rote Armee bis an Werra und Weser geführt hat. Hier, d. h. in der sowjetischen Expansion, tief nach Mitteleuropa hinein, liegt im realen Wirkungszusammenhang das für den Vollzug der Teilung entscheidende Moment.“ (336)

Daher betont Rothfels die Bedeutung des Ost-West-Gegensatzes: Auf den ersten Blick könnte es scheinen, als wäre vor allem die Sowjetunion bei der Potsdamer Konferenz für eine „Einheit Rumpfdeutschlands“ eingetreten und der „Westen für die Teilung oder mindestens die Verweigerung der Einheit“ (336) verantwortlich. Aber: „Bei näherem Zusehen indessen ergibt sich doch ein sehr anderes Bild. Man wird zunächst fragen müssen, ... ob nicht aus dem Ost-West-Gegensatz an sich schon, und zwar als das geringere Übel, die Teilung hervorgehen musste, um sich dann durch eben diesen Gegensatz immer mehr zu verfestigen.“ (336) Dass die Teilung als geringeres Übel aufzufassen sein könnte, wird deutlich beim Blick darauf, „was im sowjetischen Sinn Potsdamer Einheit bedeuten sollte“: da die Rote Armee „drohend in der Mitte des Kontinents“ stand, waren „die besten Möglichkeiten, des ganzen Deutschlands, statt nur eines Teils, Herr zu werden“ gegeben, vor allem wenn „unter dem Druck der öffentlichen Meinung die amerikanische Demobilisierung sich vollzog.“ (337)

Das ‚historische Glück der Teilung‘, so hatte es Röpke 1945 formuliert, wird auch von Rothfels aufgenommen: Verglichen mit den möglichen Folgen von Potsdam, „war die Teilung nicht das Schlimmste, was 1945 und in den folgenden Jahren sich ereignen konnte, nicht das Schlimmste vom deutschen wie vom europäischen Standpunkt aus“, denn es galt, „das bedrohliche Vordringen Rußlands aufzuhalten.“ (337) Denn Rußlands Politik, ganz wie bei Röpke argumentiert, zielt auf „kalte Revolution und Penetration“: Alle politischen Vorschläge, „die vom Osten gekommen sind“, verfolgen dasselbe

Ziel wie in Potsdam: ein „Fußfassen an der Ruhr und der Gewinn ganz Deutschlands, nicht durch Waffengewalt, wohl aber auf dem Wege der kalten Revolution und der Penetration.“ (338)

Daher ist der Preis der Einheit leicht zu nennen: „So sehr wir eine Entflechtung der Blöcke wünschen müssen, so sicher ist, daß wir auch und gerade um der Menschen der Sowjetzone willen, ein Opfer nicht bringen und einen Preis nicht zahlen können, wir dürfen nicht Einheit für Freiheit kaufen. So hat die Politik ihren Kurs zu nehmen zwischen der Scylla der Einfrierung im status quo und der Charybdis einer Aufweichung, bei der die potentiell immer vorhandene expansive Tendenz nur zu leicht über die Dämme brechen könnte.“ (338) Eine kluge Wiedervereinigungspolitik müsse folgendes beachten: Evident sei, dass „äußere diplomatische Mittel nicht hinreichen“, so wenig wie „die militärischen zur bloßen Sicherung des Restbestandes“. Entscheidend ist, „daß soziale Standfestigkeit und eine gesellschaftliche Verfassung, die es mit Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde bitter ernst nimmt, zur inneren Begründung und zum Erfolg einer Wiedervereinigungspolitik unentbehrlich sind.“ (339) Von entscheidender Bedeutung sei es, „die Enge des bloß nationalen Gesichtswinkels, als ob das, was uns aufliegt, *das* (Herv. i.O. -F.) Problem der Welt wäre“ zu überwinden. Im Kontext der internationalen Konflikte wäre die deutsche Frage anders zu formulieren, „nicht was der Preis der deutschen Einheit sein kann, sondern für welche Möglichkeiten einer Weltbefriedung das Wiederzusammenkommen des deutschen Volkes in Freiheit eine der Voraussetzungen, ja ein unentbehrlicher Preis ist.“ (339)

Rothfels Überlegungen lassen sich zu den folgenden drei Essentials der deutschen Politik zusammenfassen:

1. Keine Einheit auf Kosten der Freiheit; zur Legitimierung des Anspruchs auf Einheit muss die freiheitliche innere Ordnung demokratisch und sozial gerecht sein.
2. Dezentrierung der deutschen Frage: ihre Lösung muss im internationalen Kontext erfolgen.
3. Flexibilität ist bei der Grenzfrage erforderlich.

3.3.3 Die „Ostdenkschrift“ der EKD

Einen wichtigen Beitrag zur innergesellschaftlichen Diskussion über das, was seit Adornos berühmter Formulierung „Aufarbeitung der Vergangenheit“ genannt wird, leisten engagierte Christen und namhafte Wissenschaftler. Es

sind insbesondere zwei Stellungnahmen des Rats der Evangelischen Kirche (EKD) in Deutschland, die hierfür von Bedeutung sind: das Stuttgarter Schuldbekennnis und die Ostdenkschrift sowie von Seiten der Wissenschaft das Tübinger Memorandum.

3.3.3.1 Das Stuttgarter Schuldbekennnis

Ein halbes Jahr nach Kriegsende, am 18./19. Oktober 1945, begrüßt in Stuttgart der „Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland bei seiner Sitzung“ die „Vertreter des Ökumenischen Rates der Kirchen“; beide wissen sich nicht vor allem in einer „großen Gemeinschaft der Leiden“, sondern auch „in einer Solidarität der Schuld“. Daher können sie mit „großem Schmerz“ in ihrer Erklärung feststellen: „Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden. Was wir unseren Gemeinden oft bezeugt haben, das sprechen wir jetzt im Namen der ganzen Kirche aus: Wohl haben wir lange Jahre hindurch im Namen Jesu Christi gegen den Geist gekämpft, der im nationalsozialistischen Gewaltregiment seinen furchtbaren Ausdruck gefunden hat; aber wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben. Nun soll in unseren Kirchen ein neuer Anfang gemacht werden.“¹⁴⁰

Obwohl die Vagheit ihrer Aussagen über die Verbrechen des NS-Regimes und die Unexaktheit der Äußerungen über das Ausmaß der kirchlichen Verbindungen mit dem Regime in dieser Erklärung schon in der zeitgenössischen Rezeption nicht übersehen wurden, fand sie das, was als ein geteiltes Echo zu bezeichnen wäre; ein Echo, das einen guten Einblick in das Klima der damaligen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit gibt: neben einer langsam zunehmenden Zustimmung stieß sie vor allem auf strikte Ablehnung und Widerstand in der kirchlichen und allgemeinen Öffentlichkeit, das Bekenntnis von Schuld wurde als Ärgernis wahrgenommen, die Erklärung wurde zum vermeintlichen Dokument einer deutschen „Kollektivschuld“ und zur einseitigen Anerkennung der „deutschen Kriegsschuld“ erklärt.¹⁴¹

140 In: Besier, Gerhard, Gerhard Sauter: Wie Christen ihre Schuld bekennen. Die Stuttgarter Erklärung 1945, Göttingen 1985, S. 62.

141 Vgl. dazu: Boyens, Armin: Das Stuttgarter Schuldbekennnis vom 19. Oktober 1945 – Entstehung und Bedeutung; in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 19(1971), S. 374–397. Dort wird auch der Angriff von Werner Petersmann, dem Moderator der Barsinghausener Gespräche und dem Gründer der „Aktion Widerstand“ auf diese Erklärung erörtert. Vgl. dazu unten Abschnitt 4.5.

3.3.3.2 Das Tübinger Memorandum: „Das Memorandum der Acht“

In den deutschlandpolitischen Debatten der frühen 1960er Jahre haben zwei Dokumente besonderen Einfluss erlangt: das Tübinger Memorandum aus dem Jahr 1961 mit der brisanten Forderung der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutscher Ostgrenze und die Ostdenkschrift der EKD aus dem Jahr 1965 mit der gleichlautenden Forderung.

Die Autoren, die am 6. November 1961 das Tübinger Memorandum unterzeichneten, waren sich ihrer Bedeutung gewiss und unterstrichen dies schon in der Formulierung des Aufruf-Titels. Sie knüpften an das Pathos historischer Größe mit der Referenz an die Göttinger Sieben aus dem Jahr 1837 an und stellten sich zudem – auch inhaltlich – in die Kontinuität der „Göttinger Erklärung der Achtzehn“ vom 12. April 1957, in der sich prominente Kernphysiker wie Otto Hahn, Max Born, Werner Heisenberg und Carl Friedrich von Weizsäcker gegen eine von Bundeskanzler Adenauer und Verteidigungsminister Strauß angestrebte Aufrüstung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen wendeten.¹⁴² Zu den Unterzeichnern des Tübinger Memorandums gehörten u.a. Präses Dr. Dr. Joachim Beckmann, Düsseldorf, Professor Dr. Werner Heisenberg, München, Dr. Georg Picht, Hinterzarten, Professor Dr. Ludwig Raiser, Tübingen, Professor Dr. Carl-Friedrich Freiherr von Weizsäcker, Hamburg. Deutlich wird hier die personelle Kontinuität zur Göttinger „Erklärung der Achtzehn“; auch inhaltlich lässt sich im Stichwort „Rüstung“ die Identität der Ablehnung von Atomwaffen für die Bundeswehr erkennen; in der Person von Ludwig Raiser ist die Verbindungslinie zur Ostdenkschrift deutlich repräsentiert.

Da in diesen Tagen, so die Autoren zu Beginn der Tübinger Erklärung, eine „neue Regierung“ ihr Amt antritt, fühlen sie sich aufgerufen, deren Arbeit mit folgender Warnung zu versehen: „Die außenpolitische Lage ist kritisch. In diesem Augenblick wünschen die Unterzeichner die Aufmerksamkeit verantwortlicher Kreise auf eine Gefahr im inneren politischen Leben der Bundesrepublik zu lenken, die unsere Fähigkeit, diese und künftige Krisen zu bestehen, bedroht.“ Ihre Intervention begründen sie damit, dass die Politik dem Volk nicht die erforderliche Wahrheit gesagt habe: „So können Lagen entstehen, in denen die Politiker darauf angewiesen sind, daß auch Staatsbürger, die selbst nicht im aktiven politischen Leben stehen, auf vordringliche politi-

142 Vgl. dazu Homepage der Georg-August-Universität Göttingen mit dem Text der Erklärung der 18.

sche Notwendigkeiten hinweisen. Dieses Ziel hat die Unterzeichner dieses Memorandums zusammengeführt. Jeder von uns kennt in dem Bereich, den er übersieht, gefährliche Beispiele politischer und sozialer Illusionen, mangelnder Planung und fehlender Voraussicht. Wir sind bereit, den politisch Verantwortlichen und der Öffentlichkeit hierüber Rede zu stehen.“

Aus „der Fülle politischer Aufgaben“ greifen die Autoren „fünf Ziele heraus, deren Erreichung nötig und möglich, aber durch den Zustand unserer öffentlichen Meinung gehemmt ist: 1. aktive Außenpolitik; 2. Militärisch effektive, politisch behutsame Rüstungspolitik; 3. richtig begrenzte, aber energische Maßnahmen zum Bevölkerungsschutz; 4. unnachgiebige und planvolle Sozialpolitik; 5. durchgreifende Schulreform.“

Beim Stichwort „Rüstung und Bevölkerungsschutz“ wenden die Autoren sich deutlich gegen die in der aktuellen Diskussion erhobene Forderung nach einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr. Sie betonen, dass die Bundesrepublik in der Rüstungspolitik auch unter großen Opfern und Anstrengungen klar zu den von ihr übernommenen Verpflichtungen des westlichen Bündnisses stehen“ müsse, „bis die Politik der großen Mächte eine allgemeine oder regionale Verminderung der Rüstung ermöglicht“. Vor allem aber der „Wunsch nach dem Besitz von Atomwaffen unter nationaler Souveränität“ veranlasst die Autoren, „den Gefahren entgegenzutreten, die eine solche Politik für alle Nationen beschwört.“ Dies gilt besonders „für die Bundesrepublik. Zu einer Stunde, in der wir von unseren Verbündeten erwarten, daß sie zur Verteidigung von Westberlin die größten Risiken auf sich nehmen, können wir für uns nicht eine Bewaffnung fordern, durch die eine einheitliche westliche Verteidigungsplanung militärisch nicht gefördert und die Einheit des politischen Handelns der westlichen Welt gefährdet wird.“

Zu den Stichworten „Sozialpolitik und Kulturpolitik“ merken die Autoren an, „es wäre eine Illusion, zu meinen, die Verteidigung gegen den Kommunismus sei in erster Linie Sache der Außenpolitik und der Rüstung. Die Entscheidung darüber, ob unsere Gesellschaftsordnung der Herausforderung durch den Kommunismus gewachsen ist, fällt auf den Gebieten der Sozialpolitik und der Kulturpolitik.“ Insbesondere ein Bereich, der wenig später durch Pichts Schrift von der „Bildungskatastrophe“ öffentliche Aufmerksamkeit erlangt, wird hier betont: „Im Zusammenhang mit der im vollen Gang befindlichen Umschichtung unserer Gesellschaft hat das technische Zeitalter uns vor neue Bildungs- und Ausbildungsanforderungen gestellt, denen bisher kein Zweig unseres Bildungswesens gewachsen ist. Das öffentliche Bewußt-

sein hat noch nicht begriffen, daß in der Welt des 20. Jahrhunderts das wirtschaftliche Potential und die politische Selbstbehauptung eines Staates vom Stande seines Bildungswesens abhängig sind.“ Dennoch gilt nach Ansicht der Autoren: „Eine durchgreifende Neuordnung unseres Erziehungs- und Bildungswesens ist heute zu einer politischen Aufgabe ersten Ranges geworden. Sie muß sozial gerechte Methoden der Begabungslese einführen, muß der ländlichen Jugend gleiche Bildungschancen eröffnen wie der städtischen und muß es ermöglichen, den steigenden Bedarf an qualifizierten Nachwuchskräften der verschiedenen Bildungsstufen zu befriedigen.“

Von besonderem Interesse ist hier das Stichwort Außenpolitik: Die Autoren schätzen die Lage nüchtern ein: „Vor uns liegen schwierige internationale Verhandlungen über Deutschland. Niemand wird von der Bundesregierung erwarten, daß sie in einem solchen Augenblick vorzeitig Positionen aufgibt und Ansprüche verschenkt.“ Die Autoren wollen „Stellung nehmen“ zu „den außenpolitischen Grundkonzeptionen der Regierung und zu der Reaktion der öffentlichen Meinung.“ Sie rekapitulieren: „Wir stehen im Kampf um die Freiheit von Westberlin; wir stehen darüber hinaus im Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in der DDR. Beide Forderungen gehören zum unabdingbaren Grundbestand, jeder überhaupt denkbaren deutschen Politik.“ Hinzu kommt folgender bündnispolitischer Aspekt: von „unseren westlichen Verbündeten erwarten wir, daß sie im Kampf um die Freiheit von Westberlin das Risiko eines nuklearen Krieges auf sich nehmen und daß auch sie die Selbstbestimmung der Deutschen in der DDR langfristig als eines der wichtigsten Ziele der westlichen Politik festhalten.“

Als Begründung für diese Ziele dient folgendes: „Wir können beide Forderungen nur deshalb erheben, weil wir damit nicht ausschließlich nationale Interessen verfolgen, sondern uns auf die Menschenrechte der Freiheit und der Selbstbestimmung berufen dürfen, deren Verteidigung das westliche Bündnis dient.“ Die Schlussfolgerung daraus lautet: „In dieser Lage war es ein bedenklicher Weg, die auf die Menschenrechte gegründete Forderung nach Aufrechterhaltung der Freiheit in Westberlin und nach der Selbstbestimmung der Deutschen in der DDR mit dem nationalen Anliegen nicht nur der Wiedervereinigung, sondern darüber hinaus der Wiederherstellung der Grenzen von 1937 zu verknüpfen.“

Die hier theoretisch hergeleitete Aussage zur Grenzfrage wird zu folgender Formulierung verdichtet: „Wir sagen nichts Neues, wenn wir die Ansicht aussprechen, daß zwar die Freiheit der in Berlin lebenden Menschen ein von

der ganzen Welt anerkanntes Recht ist, daß aber das nationale Anliegen der Wiedervereinigung in Freiheit heute nicht durchgesetzt werden kann, und daß wir den Souveränitätsanspruch auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie werden verloren geben müssen.“

Die von den Autoren erhobene Forderung nach Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze verbinden sie mit der Forderung nach „einer aktiven Außenpolitik“; als Beispiele „nennen wir die Normalisierung der politischen Beziehungen zu den östlichen Nachbarn Deutschlands. Ohne sie ist eine dauerhafte Lösung der Grundprobleme der deutschen Politik nicht denkbar. Die Neuordnung der internationalen Politik, die im Gange ist, enthält Chancen für sie. Zu Beginn einer Wiederherstellung des Vertrauens wird ein Bündel von Maßnahmen nötig sein, zu denen gehören können: materielle Wiedergutmachung, Nichtangriffspakte und etwa die Aufforderung an Warschau, geeigneten rückkehrwilligen Deutschen die Rückkehr in die Heimat zu gestatten.“¹⁴³

3.3.3.3 Die EKD – Denkschrift: „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ aus dem Jahr 1965

3.3.3.3.1 Zur Entstehungsgeschichte

Die Bundesrepublik befindet sich 1965 im Wahlkampf. Die Regierungsparteien CDU/CSU und FDP stehen einer Öffnung zu den östlichen Nachbarn mit äußerster Reserve gegenüber; die oppositionelle SPD unter Willy Brandt versucht seit geraumer Zeit, vorsichtig eine Neuausrichtung der Entspannungspolitik zu konzeptualisieren. Die heikelste Frage ist dabei die nach den ehemals deutschen Ostgebieten, die seit 1945 formalrechtlich unter polnischer beziehungsweise sowjetischer Verwaltung stehen und deren abschließende Regelung einem Friedensvertrag vorbehalten bleiben soll. Die offizielle Position aller Parteien schließt daher eine Preisgabe dieses Anspruchs aus; dieser parteibergreifende Konsens entspringt auch dem Kalkül, die Wählerstimmen von mehreren Millionen Vertriebenen nicht zu verlieren.

In diesem Kontext arbeitet eine Kommission der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) an einem Dokument, das später unter dem Titel „Ostdenkschrift“ berühmt werden soll. Ihr tatsächlicher Titel lautet: „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östli-

143 Zitiert nach dem Textabdruck in: „Die Zeit“ vom 2. März 1962.

chen Nachbarn.“¹⁴⁴ Gegenstand der Denkschrift ist das Problem einer Verbesserung des Verhältnisses zu den kommunistisch regierten Nachbarstaaten. Die Denkschrift stellt „Versöhnung“ als neue Kategorie ins Zentrum und bringt die Abkehr vom Rigorismus der Forderung nach Wiederherstellung des status quo ante in die Diskussion ein; beide Überlegungen sollen die Bedingungen für neues politisches Handeln eröffnen. Kirchenintern besteht für die Autoren die Notwendigkeit einer Berücksichtigung der Tatsache, dass die Vertriebenen in ihrer übergroßen Mehrheit evangelisch sind und daher innerhalb der Evangelischen Kirche eine wichtige Rolle spielen. Diese Fraktion würde einen offen proklamierten Verzicht auf die Ostgebiete als Verrat ihrer Interessen ansehen. Auf der anderen Seite steht die Kirche aber auch unter dem Einfluss von Intellektuellen, die eine Aufgabe des Anspruchs auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie als Voraussetzung für politische Fortschritte formulieren.

Einige von ihnen hatten dies bereits 1961 unmissverständlich im „Tübinger Memorandum“ angeregt; das Memorandum war zwar kein offizielles Dokument der Evangelischen Kirche, aber seine Verfasser waren prononciert evangelische Intellektuelle, die insofern auch eine kirchenöffentliche Diskussion initiiert hatten. In der Folge beschließt der Rat der EKD 1963, eine Denkschrift zum Verhältnis Deutschlands zu seinen östlichen Nachbarn zu verfassen; den Machtkampf, welches Gremium dafür zuständig sein soll – der Ostkirchenausschuss als Vertreter der Vertriebenen innerhalb der Kirche oder die Kammer für öffentliche Verantwortung – entscheidet die Kammer für sich und setzt damit ein Zeichen, denn der Vorsitzende der Kammer ist mit Prof. Ludwig Raiser einer der maßgeblichen Autoren des Tübinger Memorandums. Die Autoren der Denkschrift wissen, dass eine Position einer vorbehaltlosen Aufgabe der Ostgebiete weder innerhalb der Kirche noch im gesellschaftlichen Diskurs mehrheitsfähig wäre; sie versuchen daher eine Balance zu halten zwischen den Interessen der Vertriebenen und den Zielvorstellungen einer neuen Politik.

Als im Oktober 1965 die Denkschrift erscheint, beschreibt sie einerseits ausführlich das Unrecht und die Verletzungen, die die deutschen Vertriebenen erfahren haben. Andererseits formuliert sie in Frageform, in der zugleich aber die zentrale These enthalten ist, ob es „nicht politische, vielleicht aber auch

144 Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn, hrsg. von der EKD, Hannover 1965. Zitatnachweise im Text.

völkerrechtliche Einwendungen gegen einen deutschen Anspruch auf unverminderte Wiederherstellung seines früheren Staatsgebietes“ gäbe.

Die vom Primat des Versöhnungsgedankens vor dem Beharren auf Rechtspositionen getragene These vom möglichen Verzicht auf die Ostgebiete trägt der Denkschrift eine wütende Reaktion von konservativen Kräften innerhalb und außerhalb der Kirche ein; sie laufen Sturm gegen die Denkschrift, allen voran die Vertriebenenverbände. Die von der Denkschrift initiierte gesellschaftliche Debatte zeigt ihre politische Wirksamkeit und Brisanz. Dies wird deutlich auch an der beeindruckenden Verbreitung der Denkschrift: Sie erscheint im „Verlag des Amtsblattes der Evangelischen Kirche in Deutschland Hannover. Mit einem Vorwort von Präses Dr. Kurt Scharf“ und erreicht bereits im Jahr der Veröffentlichung die 5. Auflage mit 200 000 Exemplaren.

3.3.3.3.2 Zur Begründung der Abkehr vom Rückkehr-Rigorisismus

Die Denkschrift setzt ein mit einer Würdigung des Schicksals der Vertriebenen: „Jede Betrachtung zur Lage der Vertriebenen und zum künftigen Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn muß damit beginnen, den Umfang der menschlichen Seite der Katastrophe des deutschen Ostens bewußt zu machen. In Millionen von Einzelschicksalen wiederholte sich mit dem Verlust der Heimat der Verlust beinahe jeglichen äußeren Besitzes und in den meisten Fällen auch der Verlust von nahen Angehörigen. Millionenfach wiederholte sich mit den Strapazen der Vertreibung und mit dem Kampf um die nackte Selbsterhaltung eine totale Lebenskrise, die auch die seelische, geistige und geistliche Substanz erfaßte.“ (7) Dies gilt auch in anderer Hinsicht: „Kirchlich gesehen empfindet es der deutsche Protestantismus bis heute als einen tiefgehenden Eingriff in seine Substanz, daß ihm mehrere große Landeskirchen ganz verloren gegangen und die Kirchen von Berlin-Brandenburg, Pommern und Schlesien in ihrem Bestand erheblich geschmälert worden sind.“ (7) Aber, so die Autoren der Denkschrift, das Leid auf der einen Seite hat ein Komplement auf der anderen: „Die Vorgänge wären unangemessen verkürzt dargestellt, würde nicht von Anfang an auch das menschliche und geschichtliche Schicksal der östlichen Nachbarn Deutschlands mit ins Auge gefaßt. Sie haben den Krieg und den Kriegsausgang ebenfalls als menschliche und nationale Katastrophe erfahren.“ (7)

Dieser eher christlich-mitfühlenden Darlegung folgt die entscheidende historisch-politische Analyse: „Dabei hatte das deutsche Volk schwere politische und moralische Schuld gegenüber seinen Nachbarn auf sich geladen. Die den

Deutschen angetanen Unrechtstaten können nicht aus dem Zusammenhang mit der politischen und moralischen Verirrung herausgelöst werden, in die sich das deutsche Volk vom Nationalsozialismus hat führen lassen.“ (7)

Für die Autoren ergeben sich aus dieser grundlegenden Darstellung nun folgende Desiderate der Aufarbeitung: Zunächst allgemein: „Diese im einzelnen und im ganzen erschütternden und die Struktur ganz Europas berührenden Katastrophen sind bis heute weder menschlich noch geistig, weder als geschichtlicher Vorgang noch als politische Aufgabe ausreichend verarbeitet worden.“ (7f) Und dann im Besonderen: „Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie und aus anderen Nachbarländern hat die notwendige sittliche und rechtliche Bewältigung bisher nicht erfahren.“ (8) Dem Blick auf die eine folgt der Blick auf die andere Seite: „Als besonders belastend muß es bezeichnet werden, daß sich zwanzig Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges kaum die Möglichkeit abzeichnet, die schwerwiegenden Fragen der Schuld und des Rechtes zwischen den beteiligten Völkern in sachlicher Offenheit zu erörtern.“ (8)

Dann folgt die Trias: Versöhnung – Deutsche Frage – Entspannung: „Solange dieser Zustand einer noch ausstehenden Versöhnung besteht, bildet er einen Herd der Unruhe, weil ohne Lösung der deutschen Frage alle Bemühungen um eine politische Entspannung in Mitteleuropa und um eine neue tragfähige Friedensordnung zwischen den Völkern erfolglos bleiben müssen.“ (8) Die Diskussionen über das Thema werden auf deutscher Seite zunehmend „mit Reizbarkeit und Ungeduld geführt“; es verschieben sich „im Erinnerungsbild vieler die tatsächlichen politischen und geschichtlichen Zusammenhänge zugunsten einer einseitigen Sicht der Dinge.“ Im Fokus stehen nur noch „die prinzipiellen rechtlichen und sittlichen Gesichtspunkte“, daher „scheinen die tatsächlichen politischen Möglichkeiten und Aufgaben zu verblassen.“

Der Primat des Prinzipiellen hat einen Realitätsverlust zur Folge: „Auf diese Weise gerät die deutsche Seite in die Gefahr, mit ihren politischen Vorstellungen neben die weltpolitische Wirklichkeit zu geraten und über unbestimmten Zukunftserwartungen gegenwärtige Aufgaben zu versäumen. In Wahrheit stehen wir unausweichlich vor der Aufgabe, gegenwärtige reale menschliche, ethische, rechtliche und politische Probleme zu bewältigen, die durch den Zweiten Weltkrieg und seinen Ausgang in unserem Volk und in seinem Verhältnis zu den östlichen Nachbarvölkern geschaffen wurden.“ (9)

Den analytischen Blick auf die Wirklichkeit richten die Autoren daher zunächst auf die Lage der Vertriebenen in Kirche und Gesellschaft und kommen dabei zu folgendem Resümee: „Die Kammer für öffentliche Verantwortung ist sich bewußt, daß die vorstehende Kritik an der Kirche in manchen kirchlichen Kreisen der Vertriebenen als zu schwach, andererseits in vielen Gemeinden und Kirchenleitungen, die sich mit Ernst und Nachdruck um die Lösung der Probleme bemüht haben, als ungerecht empfunden werden wird.“ Aber da „die tiefergehenden Folgen der Vertreibung noch nicht beseitigt sind, wird es nötig „sein, eine neue Phase der Auseinandersetzung mit dem Vertriebenenproblem einzuleiten, die heute wichtigen Sachverhalte sehr viel genauer zu untersuchen und auf dieser Grundlage subtilere und besser gezielte Methoden der Lösung zu entwickeln. Dafür sollte die Kirche in ihren eigenen Reihen, aber auch in der Öffentlichkeit eintreten. (17) Die Analyse richtet sich danach auf die gegenwärtige „Lage in den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie und auf „die Frage, von welchem sittlichen, rechtlichen und politischen Gewicht die tatsächlichen heutigen Gegebenheiten in den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie und anderen alten deutschen Siedlungsgebieten sind. Ohne Zweifel sind hier Interessen entstanden, an denen keine Überlegung vorbeigehen kann.“ (18) Die Autoren stellen im Anschluss daran ausführliche „Überlegungen“ an zur historischen, politischen und volkswirtschaftlichen Dimension dieser „Interessen“. Von besonderem Interesse ist für die Autoren allerdings das Kapitel „Völkerrechtliche Fragen“ über „das Schicksal der deutschen Ostgebiete und ihrer Bevölkerung.“

Die Autoren stellen zunächst die Gegensätzlichkeit der Rechtsauffassungen dar: die „Eingliederung der Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie in den polnischen und den sowjetrussischen Staatsverband wird von diesen Staaten als endgültig und rechtmäßig bezeichnet, während die Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf die Notwendigkeit einer Regelung durch einen künftigen Friedensvertrag verweist.“ (24) Sie deuten auf ein Motivbündel für die Rigorosität der deutschen Position: „Die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik ist weithin von der aus verletztem Rechtsgefühl genährten These bestimmt, die Annexion jener Gebiete und die Vertreibung von Millionen deutscher Bewohner aus ihnen habe gegen das für sie wie für alle Völker und Volksgruppen geltende ‚Recht auf die Heimat‘ verstoßen. Die Wiederherstellung der Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 wird darum aus Gründen nationaler Ehre und um der Erhaltung des geschichtlichen und kulturellen Bestandes unseres Volkes willen, aber auch als Verwirklichung eines

klaren Rechtsanspruches gefordert.“ Die Autoren betonen, die „vorliegende Denkschrift“ könne sich „nicht anmaßen“, diese komplexen „Probleme mit wissenschaftlicher oder richterlicher Autorität“ zu entscheiden. Im Bescheidenheitsmodus gilt vielmehr: „Ihr Dienst muß zuallererst darin bestehen, zur Nüchternheit in der politischen Verwendung völkerrechtlicher Argumente zu mahnen.“ Denn dies hätte wiederum Realitätsgewinn zur Folge: „Für die Klärung der Rechtslage und damit auch für die Lösung des Konflikts wäre schon viel gewonnen, wenn man sich auf allen Seiten entschließen könnte, bloßes Wunschenken durch fundierte Rechtsbehauptungen zu ersetzen.“ (25)

Im Rahmen der Prüfung von Rechtsbehauptungen stellen die Autoren fest, das geltende Völkerrecht lasse es zu, für ein „Recht auf die Heimat“ zu kämpfen; aber Vorsicht sei angezeigt „gegenüber der Behauptung, dieses Recht gewähre schon nach geltendem Völkerrecht den Vertriebenen Rechtsansprüche auf volle Rückgliederung der Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie in den deutschen Staatsverband und auf ihre Rückkehr in diese Gebiete.“ (28) Gleichwohl gilt, „daß die Wegnahme der Gebiete und die Vertreibung der Bevölkerung aus ihnen gegen völkerrechtliche Verbote verstieß. Das Rechtsgefühl der Vertriebenen, und gewiß nicht nur dieses Teils des deutschen Volkes, empfindet diesen Verstoß also nicht grundlos.“ (28)

Mit einer Kritik des Rigorismus – „Indessen wäre es voreilig, die Untersuchung an dieser Stelle, wie es oft geschieht, mit der Erklärung abubrechen, daß nur eine volle Wiederherstellung des früheren Zustandes dem verletzten Recht Genüge tue“ – leiten die Autoren über zur Kernaussage der Denkschrift: „Ob und welcher Ausgleich gefordert werden soll, ist und bleibt Sache einer freien politischen Entscheidung. Ehe sie getroffen wird, muß sich das deutsche Volk aber die kritische Frage gefallen lassen, ob es sich nur dem Gefühl verletzten eigenen Rechtes hingeben darf und will. Nachdem in seinem Namen im letzten Krieg den Völkern des Ostens und im besonderen den Polen, die die Gebiete heute besetzt und neu besiedelt haben, schweres Unrecht zugefügt worden ist, muß das deutsche Volk zugleich daran denken, welchen Ausgleich das von ihm selbst verletzte fremde Recht gebietet. Die leidvolle Geschichte deutscher Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber dem immer wieder seiner politischen Selbständigkeit beraubten polnischen Volk und die völkerrechtswidrige Behandlung, die dieses Volk während des Zweiten Weltkrieges auf Anordnung der nationalsozialistischen Staatsführung erfuhr, stellt uns heute unausweichlich vor die Frage, ob sich daraus nicht

politische, vielleicht aber auch völkerrechtliche Einwendungen gegen einen deutschen Anspruch auf unverminderte Wiederherstellung seines früheren Staatsgebietes ergeben.“ (28)

Dies Plädoyer für eine Abkehr vom Rigorismus der Rückgabebeforderung wird fundiert durch eine besondere Friedenspflicht der Deutschen, die ihnen als „Erbe einer bösen Vergangenheit“ die „besondere Verpflichtung auferlegt, in der Zukunft das Lebensrecht des polnischen Volkes zu respektieren und ihm den Raum zu lassen, dessen es zu seiner Entfaltung bedarf. Das Deutsche Reich hat sich im Deutsch-Sowjetischen Vertrag vom 23. August 1939 (Ribbentrop-Molotow-Pakt) mit einer neuen Teilung Polens und der Annexion Ostpolens durch Sowjetrußland einverstanden erklärt. Darum muß eine deutsche Regierung heute zögern, einen Rechtsanspruch auf die Rückgabe von Gebieten zu erheben, deren Besitz wegen des Verlustes von Ostpolen zu einer wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeit für Polen geworden ist.“ (29) Mit diesem Aspekt „verbindet sich ein zweiter Gesichtspunkt“: eine „volle Wiederherstellung alten Besitzstandes, die in den ersten Jahren nach 1945 noch möglich gewesen wäre, ist zwanzig Jahre später unmöglich“, denn sie würde „Polen jetzt in seiner Existenz bedrohen“. Dieser Gedanke findet „auch in der innerdeutschen Diskussion und neuerdings selbst in öffentlichen, ihre Urheber ehrenden Erklärungen der Vertriebenen-Organisationen“ Beachtung, wenn „darauf hingewiesen wird, daß es dem Postulat eines ‚Rechts auf die Heimat‘ widersprechen und neues Unrecht erzeugen würde, wollte man verlangen, daß für eine Rückkehr der deutschen Bevölkerung durch Vertreibung der inzwischen dort angesiedelten polnischen Bevölkerung Raum geschaffen wird.“ (29)

Als Fazit ihrer rechtlichen Analyse stellen die Autoren fest: „Es darf den, der die geschichtlichen Vorgänge in diesem Raum unvoreingenommen betrachtet, nicht verwundern, daß sie nicht damit endet, nur einer der beiden Seiten alles Recht, der anderen alles Unrecht zuzusprechen. Die rechtlichen Positionen begrenzen sich gegenseitig; Recht steht gegen Recht oder – noch deutlicher – Unrecht gegen Unrecht. In solcher Lage wird das Beharren auf gegensätzlichen Rechtsbehauptungen, mit denen jede Partei nur ihre Interessen verfolgt, unfruchtbar, ja zu einer Gefahr für den Frieden zwischen beiden Völkern. Auf dieser Ebene ist der Konflikt nicht zu lösen. Daher gilt es, einen Ausgleich zu suchen, der eine neue Ordnung zwischen Deutschen und Polen herstellt. Damit wird nicht gerechtfertigt, was in der Vergangenheit gesche-

hen ist, aber das friedliche Zusammenleben beider Völker für die Zukunft ermöglicht.“ (29f.)

Die Autoren unternehmen abschließend auch eine religiös-ethische Bewertung der Problematik und rechtfertigen damit ihre Überlegungen für eine „neue Ostpolitik“. Sie stellen zunächst unmissverständlich klar: „Vom Unrecht der Vertreibung kann aber nicht gesprochen werden, ohne daß die Frage nach der Schuld gestellt wird. Im Namen des deutschen Volkes wurde der Zweite Weltkrieg ausgelöst und in viele fremde Länder getragen. Seine ganze Zerstörungsgewalt hat sich schließlich gegen den Urheber selbst gekehrt. Die Vertreibung der deutschen Ostbevölkerung und das Schicksal der deutschen Ostgebiete ist ein Teil des schweren Unglücks, das das deutsche Volk schuldhaft über sich selbst und andere Völker gebracht hat. Auch diese deutsche Schuld steht nicht isoliert da. Es gibt eine Schuldverflechtung der Völker.“ (40) Sie stellen zudem klar, eine „Aufrechnung“ von Schuld sei unmöglich; aber aus „der Anerkennung politischer und geschichtlicher Schuld müssen Folgerungen für das heutige politische Handeln gezogen werden. Gewiß wäre es kurzschlüssig, eine neue deutsche Ostpolitik ausschließlich als Folge und Gestalt der Buße für deutsche Schuld zu fordern. Eine Politik aus einseitigen Schuldkomplexen oder aus einseitiger Schuldzumessung würde keine haltbare Ordnung für morgen schaffen, sondern den Keim zu neuen Konflikten legen. Auf diese Weise bliebe die Schuld der anderen völlig außer acht, die Völker würden in Gerechte und Ungerechte aufgeteilt.“ (40) Die Autoren betonen, die „Bereitschaft, Folgen der Schuld zu tragen und Wiedergutmachung für begangenes Unrecht zu leisten“ müsse „ein wichtiger Bestandteil deutscher Politik auch gegenüber unseren östlichen Nachbarn sein“ und es gilt zudem, „daß begangenes Unrecht des hier vor Augen stehenden Ausmaßes nicht ohne geschichtliche und politische Folgen bleibt. Solche Folgen lassen sich aber nicht schlechthin wieder rückgängig machen.“ (40)

Die von den Autoren vorgetragenen ethischen Erwägungen führen zur Kategorie der Versöhnung: In „klarer Erkenntnis der gegenseitigen Schuld und ohne Sanktionierung von Unrecht, das nicht sanktioniert werden darf“ müsse „das Verhältnis der Völker, namentlich das zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk“ neu geordnet werden und dabei müsse „Begriff und Sache der Versöhnung auch in das politische Handeln“ (41) als unentbehrlicher Faktor eingeführt werden. Die Autoren unterstreichen, „daß es nicht zur kirchlichen Aufgabe gehört, politische Ziele und Lösungen im einzelnen zu formulieren. Aber es gehört zum politischen Dienst der Christenheit, die sitt-

lichen und menschlichen Bedingungen für eine den Menschen und der Erhaltung des Friedens dienende Politik zu vertreten.“ (41)

In diesem Sinn darf das „kirchliche Wort zur Politik nicht davor zurückschrecken, Quellen politischer Fehlentscheidungen oder Unterlassungen beim Namen zu nennen und die Gewissen konkret anzureden. Die Diskussion über das ‚Recht auf Heimat‘ und über Fragen der deutschen Ostpolitik leidet unter einem unnüchternen Pathos und ist in ihrem sachlichen Gehalt unzulänglich. Manche öffentliche Äußerungen lassen vermuten, daß sie zu den tatsächlichen Überzeugungen in einem Spannungsverhältnis stehen. Daher muß die Kirche dafür eintreten, daß Grundfragen der deutschen Ostpolitik so sorgfältig wie möglich geprüft und unter Umständen neu formuliert werden.“ (41)

3.3.3.3.4 Fazit

Den Autoren der EKD-Denkschrift des Jahres 1965 ist es gelungen, die Belange der Vertriebenen zu berücksichtigen und zugleich einen Ausweg aus der festgefahrenen politischen Situation aufzuzeigen. Ihr Hinweis auf die politische Klugheit, die in der Aufgabe eines Rückgabe-Rigorismus liegt und der Aufweis der damit verbundenen Chancen auf Entspannung, auf Lösung der Deutschen Frage, auf Versöhnung und auf Frieden hat große politische Bedeutung gewonnen in den Debatten, die sich um diese Denkschrift entzündeten, und in den Debatten, die in die Neue Ostpolitik überleiteten.

4 Deutsche Frage und Neue Ostpolitik

In den politischen Krisen und in den Debatten um die „Deutsche Frage“ lassen sich etliche Entspannungsperioden und Entspannungskonzepte unterscheiden; das prominenteste und wirkmächtigste dieser Konzepte firmiert unter dem Titel „Neue Ostpolitik“. Der englische Historiker T. G. Ash hat schon bald nach dem Ende des Systemkonflikts bei den Problemen der Begriffsbildung folgende wichtige Differenzierung vorgenommen: „Ostpolitik wurde als deutsche Version der Detente geboren und könnte daher auch als Entspannungspolitik bezeichnet werden. Tatsächlich ist der Begriff ‚Ostpolitik‘ so eng mit den Jahren 1969 bis 1972 verbunden, der Entspannungsgedanke ist so wichtig für das Verständnis dieser deutschen Politik, daß man fast

schon versucht ist, sich bei der Bearbeitung dieses Themas für den Begriff ‚Entspannungspolitik‘ statt ‚Ostpolitik‘ zu entscheiden.“¹⁴⁵

Obwohl also dem Entspannungsbegriff auch für die Ostpolitik umfassendere Geltung zukommt, zieht es Ash vor, dem herrschenden Sprachgebrauch zu folgen: „Wenn wir uns nun doch an den einfacheren und auch international gebräuchlichen Begriff ‚Ostpolitik‘ halten, so sollte der formgebende Entspannungsgedanke, vor allem aber die sozial-liberale Entspannungsversion nicht in Vergessenheit geraten.“¹⁴⁶

4.1 Zur Genese der Neuen Ostpolitik

Einer weit verbreiteten Meinung zufolge besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen dem Bau der Berliner Mauer und der Konzeptualisierung der Neuen Ostpolitik; exemplarisch formuliert von Edgar Wolfrum, einem Zeithistoriker, der in den vergangenen Jahren mit einigen wichtigen Arbeiten zur Geschichte der Bundesrepublik hervorgetreten ist. Wolfrum sieht in der Synthese von Westintegration und Neuer Ostpolitik die Staatsräson der Bundesrepublik fundiert: „Auf Konrad Adenauers gelungene Versöhnung mit dem Westen folgte in der Ära von Willy Brandt und Walter Scheel der Ausgleich mit dem Osten. Er war kein Ersatz, vielmehr notwendige Ergänzung der Westbindung; mit beidem gewann Bonn an und Gewicht und Einfluß und erst mit Westintegration und Neuer Ostpolitik zusammen war die Staatsräson der Bundesrepublik komplett. Die deutsche Frage war damit in Entspannungsfragen allgemeiner Art eingebunden, sie wurde europäisiert.“¹⁴⁷ Wolfrum sieht sich im Anschluss an diese Würdigung auch in der Lage, eine Geburtsstunde der Neuen Ostpolitik anzugeben: „Die Geburt des Gedankens der ‚Neuen Ostpolitik‘ liegt in der Zeit nach dem Bau der Berliner Mauer. Sie fügte sich, besonders auf sozialdemokratischer Seite, in den internationalen Trend zur Détente ein, namentlich in die Entspannungsüberlegungen des amerikanischen Präsidenten, die als Kennedy-Impuls bezeichnet werden.“¹⁴⁸

145 Ash, Timothy Garton: Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München 1993, S. 59 f.

146 Ash, Timothy Garton: Im Namen Europas, a.a.O., S. 60 f.

147 Wolfrum, Edgar: Die gegläuckte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von den Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006, S. 283.

148 Ebd.

In den folgenden Abschnitten dieses Kapitels wird nicht nur diese bekannte Behauptung auf ihre Sachhaltigkeit überprüft; es wird zugleich die tatsächliche „Geburt“ des Konzepts der Neuen Ostpolitik rekonstruiert. Anschließend werden einige Rahmenbedingungen der in diesem Kontext relevanten „Barsinghausener Gespräche“ vorgestellt.

4.2 Wandel durch Annäherung: Egon Bahrs Rede am 15. Juli 1963 in der Evangelischen Akademie Tutzing¹⁴⁹

In der Forschung zur Genealogie der Neuen Ostpolitik gibt es außer dem Mauerbau ein zweites Datum von Bedeutung: es ist der 15. Juli 1963. An diesem Tag hat die Formel „Wandel durch Annäherung“ das Licht der Welt erblickt und es zugleich zu einer besonderen Berühmtheit gebracht; die Formel ist enthalten in einer Rede von Egon Bahr, die der Pressesprecher des Berliner Senats auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing ebendort gehalten hat.

Bahr beginnt seine Ausführungen mit einem Seitenblick auf die vorherigen Referate zum Thema Wiedervereinigung; im Selbstbescheidungsmodus erklärt er, nun „kein Korreferat“ halten, „sondern nur einige Bemerkungen“ zu diesem Thema machen zu wollen. Seine „Bemerkungen“ stellen allerdings eine fundamentale Kritik der bisherigen „Wiedervereinigungspolitik“ dar: „Sie sind zur Anregung der Diskussion gedacht und entspringen dem Zweifel, ob wir mit der Fortsetzung unserer bisherigen Haltung das absolut negative Ergebnis der Wiedervereinigungspolitik ändern können, und der Überzeugung, daß es an der Zeit ist und daß es unsere Pflicht ist, sie möglichst unvoreingenommen neu zu durchdenken. Natürlich muß man dabei davon ausgehen, daß nicht nur das Berlin-Problem nicht isoliert gelöst werden kann, sondern auch das Deutschland-Problem eben Teil des Ost-West-Konfliktes ist.“ (862)

Nach dieser Klarstellung, ordnet Bahr das Problem in die Koordinaten der internationalen Politik ein. Zunächst nimmt er die sowjetische Seite in den Blick: „Die Wiedervereinigung ist ein außenpolitisches Problem.“ Daher sei die „Parole ‚Deutsche an einen Tisch‘“ illusionär, sie war immer eine Parole, „die nur der Anerkennung der deutschen Teilung dienen sollte“, denn die

149 In: Deutschland Archiv. Zeitschrift für Fragen der DDR und der Deutschlandpolitik, Heft 8/1973, S. 862–865. Alle Zitatnachweise im laufenden Text.

„Voraussetzungen zur Wiedervereinigung sind nur mit der Sowjet-Union zu schaffen. Sie sind nicht in Ost-Berlin zu bekommen, nicht gegen die Sowjet-Union, nicht ohne sie. Wer Vorstellungen entwickelt, die sich im Grunde darauf zurückführen lassen, daß die Wiedervereinigung mit Ost-Berlin zu erreichen ist, hängt Illusionen nach und sollte sich die Anwesenheit von 20 oder 22 gut ausgerüsteten sowjetischen Divisionen vergegenwärtigen.“ (862) In Bahr's Koordinatensystem spielt die US-Politik die wichtigste Rolle: die „amerikanische Strategie des Friedens“, wie sie in ihrer neuesten Variante heißt, „läßt sich auch durch die Formel definieren, daß die kommunistische Herrschaft nicht beseitigt, sondern verändert werden soll. Die Änderung des Ost-West-Verhältnisses, die die USA versuchen wollen, dient der Überwindung des Status quo, indem der Status quo zunächst nicht verändert werden soll. Das klingt paradox, aber es eröffnet Aussichten, nachdem die bisherige Politik des Drucks und Gegendrucks nur zur Erstarrung des Status quo geführt hat.“ Dieser Politikansatz sei fundiert im „Vertrauen darauf, daß unsere Welt die bessere ist, die im friedlichen Sinn stärkere, die sich durchsetzen wird“; diese Vorstellung einer Überlegenheit „macht den Versuch denkbar, sich selbst und die andere Seite zu öffnen und die bisherigen Befreiungsvorstellungen zurückzustellen.“ (862)

Bahr skizziert hier geschickt ein System der Weltpolitik, das sowohl die machtpolitischen Realitäten berücksichtigt wie auch den Anschluss findet an die neue amerikanische „Friedenspolitik“. Aus dieser Konstruktion kann er nun auch der deutschen Politik eine Aufgabe sui generis zuweisen, die sie auch erfüllen müsse, wenn sie sich nicht ins Abseits der internationalen Politik begeben wolle: „Die Frage ist, ob es innerhalb dieser Konzeption eine spezielle deutsche Aufgabe gibt. Ich glaube, diese Frage ist zu bejahen, wenn wir uns nicht ausschließen wollen von der Weiterentwicklung des Ost-West-Verhältnisses. Es gibt sogar in diesem Rahmen Aufgaben, die nur die Deutschen erfüllen können, weil wir uns in Europa in der einzigartigen Lage befinden, daß unser Volk geteilt ist.“ (863)

Mit dem Bezug auf die machtpolitische Lage in der „Zone“ und mit dem Hinweis auf eine neue US-amerikanische „Friedenspolitik“, deren Ziel darin bestehe, „eine Überwindung des Status quo zu erreichen, indem der Status quo zunächst nicht verändert werden soll“, hat Bahr elegant den Rahmen geschaffen, in dem er die Notwendigkeit für eine neue deutsche Politik und zugleich deren Einbindung in die US-Politik begründen kann. Also schlussfolgert Bahr: „Die erste Folgerung, die sich aus einer Übertragung der Strate-

gie des Friedens auf Deutschland ergibt, ist, daß die Politik des Alles oder Nichts ausscheidet. Entweder freie Wahlen oder gar nicht, entweder gesamtdeutsche Entscheidungsfreiheit oder ein hartes Nein, entweder Wahlen als erster Schritt oder Ablehnung, das alles ist nicht nur hoffnungslos antiquiert und unwirklich, sondern in einer Strategie des Friedens auch sinnlos. Heute ist klar, daß die Wiedervereinigung nicht ein einmaliger Akt ist, der durch einen historischen Beschluß an einem historischen Tag auf einer historischen Konferenz ins Werk gesetzt wird, sondern ein Prozeß mit vielen Schritten und vielen Stationen.“ (863)

Mit diesem Übergang vom Dezisionismus zur Prozeduralität im Politikverständnis gelingt Bahr das, was als ein erster Bestimmungsversuch des Begriffs „Wandel“ zu verstehen ist; er betrifft allerdings zunächst eine „Transformation der Zone“: „Wenn es richtig ist, was Kennedy sagte, daß man auch die Interessen der anderen Seite anerkennen und berücksichtigen müsse, so ist es sicher für die Sowjet-Union unmöglich, sich die Zone zum Zwecke einer Verstärkung des westlichen Potentials entreißen zu lassen. Die Zone muß mit Zustimmung der Sowjets transformiert werden. Wenn wir soweit wären, hätten wir einen großen Schritt zur Wiedervereinigung getan.“ (863) Obwohl der Begriff Transformation hier leer bleibt, sieht Bahr aber eines deutlich: „Nun kann es kaum Zweifel geben, daß Änderungen in der Zone besonders schwer zu erreichen sind.“ Warum das so ist, erklärt Bahr auch: „Und das hat seine Gründe. Ulbricht konnte sich halten, nicht obwohl, sondern gerade weil er der letzte Stalinist ist. Die Erfahrungen des Jahres 1953 haben den Kreml gezeigt, wie gefährlich es in seinem Sinne ist, wenn in der deutschen Zone Erleichterungen für die Menschen gewährt werden.“ (863)

Damit hat Bahr zwar eine abwegige Erklärung für den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 gegeben,¹⁵⁰ aber er hat unter der Hand eine neue Vokabel eingeführt: menschliche Erleichterungen. Und deren emanzipatorische, aber auch explosive Kraft soll sich an diesem Datum angeblich schon bewiesen haben. Aus dem historischen Exempel Volksaufstand kann Bahr nun zweierlei schließen: Zunächst: „Das Ergebnis war eine Befestigung der Stellung Ulbrichts.“ Und weiter: „Wenn es richtig ist, und ich glaube, es ist richtig, daß die Zone dem sowjetischen Einflußbereich nicht entrissen werden kann,

150 Denn abwegig ist es, den zunächst ökonomisch motivierten Kampf gegen die Normerhöhung, der aus immanenten Gründen sofort in eine politische Dimension umschlägt, in den Kontext von „Erleichterungen“ zustellen vgl. dazu: Finke, Klaus (Hrsg.): Erinnerung an einen Aufstand. Der 17. Juni 1953 in der DDR, Oldenburg 2003, S. 13 ff.

dann ergibt sich daraus, daß jede Politik zum direkten Sturz des Regimes drüben aussichtslos ist.“ (863) Obwohl es eine Politik mit diesem Ziel niemals gegeben hat, kann Bahr nun sagen, diese „Folgerung ist rasend unbequem und geht gegen unser Gefühl, aber sie ist logisch.“ Diese logische Folgerung „bedeutet, daß Änderungen und Veränderungen nur ausgehend von dem zur Zeit dort herrschenden verhaßten Regime erreichbar sind.“ Da wie auch schon bei dem Begriff „Transformation“ die hier verwendete deutsche Übersetzung völlig vage bleibt, kann er aber beruhigend feststellen und mit Hinweis auf den laufenden deutsch-deutschen Wirtschaftsverkehr bekräftigen: „Das ist nicht ganz so erschreckend, wie es klingt, nachdem wir schließlich mit diesem Regime schon eine ganze Weile zu tun haben und auch auf der verschämten Ebene der Treuhandstelle für den Interzonenhandel sprechen.“ (863)

Im nächsten Schritt seiner Rede unternimmt Bahr, das, was als eine Art konzessiver Argumentation zu bezeichnen wäre: er setzt sich ablehnend mit dem Vorschlag eines Handelsboykotts zur Schwächung des SED-Regimes auseinander sowie dem Vorschlag seiner völkerrechtlichen Anerkennung: „Die selbstverständliche und von niemandem in Frage gestellte Weigerung, die Zone als einen selbständigen Staat anzuerkennen, darf uns nicht lähmen“, denn, so Bahr, auf der Ebene des Faktischen gäbe es eine Vielzahl von Fällen der Zusammenarbeit, die unterhalb der Anerkennungsschwelle lägen. Die Schlussfolgerung daraus ist leicht zu ziehen: „Ich komme zu dem Ergebnis, daß sich unterhalb der juristischen Anerkennung, unterhalb der bestätigten Legitimität dieses Zwangsregimes bei uns so viel eingebürgert hat, daß es möglich sein muß, diese Formen auch gegebenenfalls in einem für uns günstigen Sinne zu benutzen.“ (863) Eine für Bahr „im günstigen Sinne“ genutzte Form wäre der Handel; auch in diesem Punkt kann er sich auf den amerikanischen Präsidenten beziehen, denn der „hat die Formel geprägt, daß soviel Handel mit den Ländern des Ostblocks entwickelt werden sollte, wie es möglich ist, ohne unsere Sicherheit zu gefährden. Wenn man diese Formel auf Deutschland anwendet, so eröffnet sich ein ungewöhnlich weites Feld. Es wäre gut, wenn dieses Feld zunächst einmal nach den Gesichtspunkten unserer Möglichkeiten und unserer Grenzen abgesteckt würde. Ich glaube, sie sind sehr viel größer als alle Zahlen, die bisher genannt wurden. Wenn es richtig ist, daß die Verstärkung des Ost-West-Handels mit der genannten Einschränkung im Interesse des Westens liegt, und ich glaube, es ist richtig, dann liegt sie auch im deutschen Interesse, erst recht in Deutschland.“ (864)

Welches politische Ziel könnte mit einer bedeutenden Ausweitung des Handels mit der „Zone“ erreicht werden? Zunächst gibt Bahr eine negative Bestimmung: „Das Ziel einer solchen Politik kann natürlich nicht sein, die Zone zu erpressen, denn kein kommunistisches Regime, und schon gar nicht das so gefährdete in der Zone, kann sich durch Wirtschaftsbeziehungen in seinem Charakter ändern lassen.“ (864) Dann greift Bahr das oben strategisch eingeführte Stichwort der „menschlichen Erleichterungen“ auf: „Uns hat es zunächst um die Menschen zu gehen und um die Ausschöpfung jedes denkbar und verantwortbaren Versuchs, die Situation zu erleichtern. Eine materielle Verbesserung müßte eine entspannende Wirkung in der Zone haben. Ein stärkeres Konsumgüterangebot liegt in unserem Interesse.“ (864)

Aus den menschlichen Erleichterungen qua Handel folgt das zweite Element der Bahrschen Transformationstheorie, nämlich die verstärkten menschlichen Beziehungen: „Den Prozeß zur Hebung des Lebensstandards zu beschleunigen, weil sich dadurch Erleichterungen mannigfacher Art für die Menschen und durch verstärkte Wirtschaftsbeziehungen verstärkte Bindungen ergeben können, würde demnach in unserem Interesse liegen.“ Das Gegenargument, dies könnte auch im Interesse des SED-Regimes liegen, hat für Bahr kein Gewicht: „Man könnte sagen, das Regime würde gestützt, aber ich habe eben zu entwickeln versucht, daß es keinen praktikablen Weg für den Sturz des Regimes gibt. Ich sehe nur den schmalen Weg der Erleichterung für die Menschen in so homöopathischen Dosen, daß sich daraus nicht die Gefahr eines revolutionären Umschlags ergibt, die das sowjetische Eingreifen aus sowjetischen Interessen zwangsläufig auslösen würde.“ (865)

Zum Schluss seines „Diskussionsbeitrags“ resümiert Bahr seine Überlegungen und fasst sie zu der später berühmt gewordenen Bahr-Formel zusammen: „Überlegungen der Menschlichkeit spielen hier für uns eine größere Rolle als nationale Überlegungen.“ Angesichts der Frage, ob „die Mauer ein Zeichen der Schwäche ist“ könnte man „auch sagen, sie war ein Zeichen der Angst und des Selbsterhaltungstriebes des kommunistischen Regimes.“ Daraus lässt sich die Frage ableiten, „ob es nicht Möglichkeiten gibt, diese durchaus berechtigten Sorgen dem Regime graduell so weit zu nehmen, daß auch die Auflockerung der Grenzen und der Mauer praktikabel wird, weil das Risiko erträglich ist. Das ist eine Politik, die man auf die Formel bringen könnte: Wandel durch Annäherung. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir Selbstbewußtsein genug haben können, um eine solche Politik ohne Illusionen zu verfolgen, die sich außerdem nahtlos in das westliche Konzept der Strategie des

Frieden einpaßt, denn sonst müßten wir auf Wunder warten, und das ist keine Politik.“ (865)

Die mit der Bahr-Formel „Wandel durch Annäherung“ annoncierte inhaltliche Neuausrichtung der SPD-Politik gibt zugleich Auskunft darüber, was als Inhalt der „Transformation der Zone“ zu gelten hat. Sie bedeutet, zum ersten: es muss dem SED-Regime die Sorge vor seinem Sturz genommen werden, und es muss in der „Zone“ eine innere Entspannung durch Hebung der materiellen Versorgung der Bevölkerung bewirkt werden. Transformation bedeutet zum zweiten: menschliche Erleichterungen; sie sollen – zirkuläre Argumentation – durch Anhebung der Konsummöglichkeiten der Bevölkerung bewirkt werden. Und es sind die durch verstärkten Handel verstärkten menschlichen Bindungen. Schließlich ist die durch Minimierung des Risikos eines Umsturzes erreichte Maximierung der Chancen auf Durchlässigkeit der Mauer ein Inhalt der Transformation. Kurzum: für die Bahrsche Position stehen „menschliche Erleichterungen“ über „nationalen“ Erwägungen, d. h. für die neue Politik muss das Ziel der Wiedervereinigung hinter dem Ziel der Erleichterung der Lebensverhältnisse in der „Zone“ zurücktreten.

4.3 Exkurs: Georg Frost Kennan

Die Diskussion um die strategische Ausrichtung der Politik des Westens gegenüber dem Sowjetkommunismus ist selbstverständlich wesentlich von der inneramerikanischen Debatte bestimmt worden. Eine Stimme von besonderem Gewicht ist dabei jene von George Frost Kennan. Dieser bedeutende Historiker und Diplomat ist in mehrfacher Hinsicht zu einer der einflussreichsten Ideengeber in den Kontroversen des Kalten Kriegs geworden. 1982 wurde Kennan der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels verliehen; die Laudatio hielt Carl Friedrich von Weizsäcker. Dabei rekapitulierte er u. a. die Stationen der diplomatischen Karriere Kennans: „1944 ist er wieder an der Botschaft in Moskau. Hier beginnt die kurze, etwa vier Jahre dauernde Ära seines prägenden Einflusses auf die Außenpolitik seines Landes. Als der bei weitem beste Rußlandkenner des diplomatischen Dienstes warnt er in langen Memoranden vor der naiven Vertrauensseligkeit der späten Roosevelt und beginnenden Truman-Ära gegenüber der sowjetischen Führung. 1947 bis 1950 ist er Leiter des Planungsstabs im State Department. Er hat die politische Führung überzeugt. Nach seinem Entwurf wird der Marshall-Plan zur wirtschaftlichen Gesundung Westeuropas ausgeführt.“

Weizsäcker versäumt es nicht, ein weit verbreitetes, gravierendes Missverständnis einer der wichtigsten politischen Interventionen Kennans zu korrigieren: „Sein Name verbindet sich in der Öffentlichkeit mit dem Gedanken der Eindämmung, des ‚containment‘ der Sowjetmacht. Aber mit Schrecken nimmt er wahr, daß sein subtiler Entwurf einer politischen Eindämmung umgedeutet wird in den Gedanken militärischer Konfrontation; daß er zum Anlaß des seitdem fortdauernden Wettrüstens wird.“

Kennan „nimmt Urlaub“ von seiner Diplomaten­tätigkeit „und, nach wenigen Monaten als Botschafter in Moskau 1952, seinen Abschied. Nur noch einmal, unter John F. Kennedy, 1961–63, dient er als Botschafter, diesmal in Belgrad.“¹⁵¹ Kennans Einfluss auch für die Positionsbestimmungen innerhalb der deutschen politischen Auseinandersetzungen ist bedeutend. Besonders erhellt dies die inspirierende sowie rückversichernde Bezugnahme Brandts und Bahrs; beide beziehen sich in ihren eigenen Entwürfen in den zentralen Punkten ex- bzw. implizit auf die Gedanken Kennans; sie bilden wesentliche seiner Argumentationsfiguren nach. Eine kurze Skizze der Überlegungen Kennans vermag dies zu zeigen; Grundlage sind vier Vorträge Kennans im Jahr 1963 in Princeton¹⁵², in denen er seine in den Jahrzehnten zuvor entwickelten Ansichten bündig zusammenfasst.

Krieg oder Koexistenz

Kennan beginnt seine Ausführungen mit der Charakterisierung der Stimmung im Land; sie lautet auf den Punkt gebracht: Die „Beziehungen zu Moskau abbrechen“. Seine Replik ist unmissverständlich: „Gnade uns Gott! Ist das nicht der Punkt, den wir vor dreißig Jahren erreichten – im Dezember 1933 –, als Franklin D. Roosevelt die Sowjetregierung anerkannte...“¹⁵³ Die Politik der Konfrontation mit dem Ziel einer „Vernichtung“ der kommunistischen Regime müsse korrigiert werden: „Es geht darum, ob das Ziel unserer nationalen Politik darin bestehen sollte, die baldige und völlig Vernichtung all dessen – überall – zu erreichen, was sich selbst als Kommunismus bezeichnet, auch wenn dieses Ziel um den Preis der Möglichkeit verfolgt werden muß, mit den kommunistischen Mächten erfolgreich zusammenzuleben, so-

151 Weizsäcker, Carl Friedrich von: George F. Kennan, Diplomat und Historiker – die reale Arbeit am Frieden“, in: Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 1982, S. 2f.

152 Kennan, George Frost: Vom Umgang mit der kommunistischen Welt, Stuttgart 1965.

153 Kennan: Grundlagen der Koexistenz, in: Kennan: Vom Umgang mit der kommunistischen Welt, a.a.O., S. 13.

lange sie nicht vernichtet sind; oder ob es unser Ziel sein sollte, annehmbare Formen für ein Zusammenleben mit den kommunistischen Mächten und für eine Einwirkung auf sie zu suchen, auch wenn dies um den Preis der Möglichkeit geschehen muß, sie völlig zu vernichten.“¹⁵⁴

Die Korrektur der Konfrontationspolitik durch eine Politik der Koexistenz leitet Kennan ein mit der rhetorische Frage: „Warum eigentlich Koexistenz? Warum nicht Sieg?“¹⁵⁵ und führt als Begründung all jene Argumente an, die bei Brandt bzw. Bahr gleichlautend vorgebracht werden. Zunächst gilt: „Tatsache ist, daß all diese Vorstellungen von irgendeiner gewalttätigen und schnellen Lösung des Sowjetproblems ..., daß all diese Vorstellungen über kurz oder lang zum Krieg führen.“¹⁵⁶ Hierbei sei folgender Faktor ausschlaggebend: „Die Gefahren des Krieges haben sich ungeheuer vervielfacht, der Krieg ist als Mittel der Politik nicht mehr angemessen, wie das Phänomen der nuklearen Waffen mit ihrer weitreichenden Zerstörungsgewalt zeigt.“¹⁵⁷ Daher sei es „höchste Zeit, daß das Land seinen Standpunkt hinsichtlich der grundlegenden Frage der Koexistenz klärt. Wenn wir die Katastrophe eines Atomkriegs wirklich vermeiden wollen ... (die) Bürde eines Wettrüstens überflüssig und entbehrlich machen“ wollen, dann solle die Öffentlichkeit aufhören „so zu tun, als sei die Suche nach Möglichkeiten der Annäherung unnötig und nicht erstrebenswert und als sei jeder, der die Annäherung erleichtert, ein schlechter Patriot.“¹⁵⁸ Ein weiterer wichtiger Faktor, der für eine Koexistenzpolitik spricht, ist „das Element des Wandels in der Sowjetunion“¹⁵⁹, also die Möglichkeit einer Einflussnahme auf eine innere Transformation – und diese Möglichkeiten sollten genutzt werden.

Wandel durch Handel

Kennan polemisiert gegen eine Politik, die „den Wirtschaftsaustausch zwischen dem Sowjetblock und den Westen zu drosseln beabsichtigt, um die militärisch-industrielle Entwicklung der Sowjetunion zu erschweren“ mit der These: sie habe „einfach keine Aussicht ... sehr erfolgreich zu sein.“¹⁶⁰ Zu-

154 Kennan: a.a.O., S. 14 f.

155 Kennan: a.a.O., S. 17.

156 Kennan: a.a.O., S. 26.

157 Kennan: a.a.O., S. 28.

158 Kennan: a.a.O., S. 31.

159 Kennan: a.a.O., S. 27.

160 Kennan: Ost-West-Handel, a.a.O., S. 42.

dem wäre Folge dieser harten Haltung, dass sie „der Entwicklung eines gesunden politischen und wirtschaftlichen Polyzentrismus innerhalb des Ostblocks genau entgegenwirkt.“¹⁶¹ Denn: „Für normale Handelsgeschäfte als ein *quid pro quo* politische Konzessionen zu fordern, ist letzten Endes nur eine andere Art, auf Handel gänzlich zu verzichten...“¹⁶²

Polyzentrismus und Transformation

Dass sich im kommunistischen Block bereits deutliche Risse und Zeichen eines Polyzentrismus erkennen lassen, belegt einmal das Schisma zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien 1948 und das Schisma zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China, das in der „Polemik über die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung“ von 1960 seinen sichtbaren Ausdruck gefunden hat. Als Problem für den Westen ergibt sich für Kennan die Frage: „Soll er den Trend zu stärkerem Polyzentrismus unterstützen, in der Hoffnung, es werde sich herausstellen, daß man mit einem Teil der kommunistischen Welt auf lange Sicht ein Zusammenleben erreichen kann ...“¹⁶³

Kooperation statt Konfrontation

Zusammen ergeben Kennans Überlegungen von der Unmöglichkeit eines raschen und erfolgreichen Sturzes der kommunistischen Diktaturen, von der Gefahr eines den Weltbestand bedrohenden nuklearen Weltkrieges sowie von den Chancen einer durch Handel mitbewirkten inneren Transformation der kommunistischen Gesellschaften und die Aussicht auf eine zunehmend polyzentral verfasste Gestalt der kommunistischen Staatenwelt ein eindeutiges Plädoyer für ein Ende der Politik der Konfrontation und den Übergang zu einer Politik der Koexistenz.

4.4 Willy Brandt und die Entwicklung der „Neuen Ostpolitik“

Die von Egon Bahr, dem Pressesprecher des Berliner Senats, vormaliger Journalist beim RIAS Berlin, am 15. Juli 1963 in Tutzing vorgetragenen Überlegungen sind im typischen Stil seines alltagsnahen Realismus formuliert und knüpfen an die verbreitete Vorstellung einer unideologisch-pragmatischen Politik an. Dass Bahr mit Hinweis auf die in Tutzing schon vorher

161 Kennan: Ost-West-Handel, a.a.O., S. 43.

162 Kennan: Ost-West-Handel, S. 44.

163 Kennan: Polyzentrismus und westliche Politik, a.a.O., S. 59.

gehaltenen Vorträge seinen Beitrag mit der Bescheidenheitsformel, er wolle kein „Korreferat“ halten, sondern nur ein paar „Bemerkungen“ anfügen, beginnt, ist keinesfalls nur als Koketterie zu verstehen. Dies vor allem deshalb nicht, weil auf eben dieser Tagung auch sein Dienstherr, der Regierende Bürgermeister von Berlin, einer derjenigen war, die dort einen Vortrag gehalten hatten. Dieser Umstand ist allerdings wegen des Ruhms, die die Bahr-Formel in der Folgezeit erlangt hat, in Vergessenheit geraten. Die berühmt gewordene „Rede“ Bahrs in Tutzing enthält bei genauerer Betrachtung tatsächlich nur „Bemerkungen“; sein „Diskussionsbeitrag“ zum Thema enthält keinesfalls das, was als eine neue „Konzeption“ der SPD-Politik zu bezeichnen wäre; er ist vielmehr im Wesentlichen die Übersetzung der bekannten Überlegungen Brandts in eine populäre Form: Dies zeigt sich in der Formel, in die er seine „Bemerkungen“ bündeln kann. Bahr selbst hat an der inhaltlichen Vorrangigkeit der Konzeption Brandts, die vor allem in dessen Harvard-Vorlesungen vom Oktober 1962 formuliert wurde und in denen der Terminus „Transformation“ eine wichtige Rolle einnimmt, keinen Zweifel gelassen: „Transformation nannte ich ein Jahr später ‚Wandel durch Annäherung‘“ – so begründet Bahr in seinen Memoiren die Grundlage für seine Formel.¹⁶⁴

Der genialen Formel „Wandel durch Annäherung“ tritt im Jahr 1963 eine ebenso geniale und wirkmächtige Formel an die Seite „Der geteilte Himmel“, der Titel der Novelle, mit der Christa Wolf zwei Jahre nach der physischen Teilung durch den Mauerbau auch im Bereich der „symbolischen Ordnung“¹⁶⁵ eine Teilung herbei schreiben wollte. Die auf den ersten Blick deutliche Opposition dieser Formeln hat allerdings unter dem Primat des herrschenden „Realismus“ eine beiderseitige Wandlungs- und Annäherungsbeurteilung nicht nur nicht behindert, sondern i. G. befördert.

164 Bahr, Egon: Zu meiner Zeit, München 1996, S. 149, zit. nach Schmidt, Wolfgang: Die Wurzeln der Entspannung, VfZ 4/2003, S. 524. So richtig dieser Verweis auch ist, so interessant ist es auch, dass Schmidt eines übersehen hat: Die Klarstellung, dass er in Tutzing keine eigene Konzeption vorgetragen hat, sondern jene des „Regierenden Bürgermeisters von Berlin“, hat Bahr bereits im Jahr 1973 vorgenommen: in einer Rede am 15. Juli 1973 – also zum 10. Jahrestag der berühmt gewordenen Tagung – in der Evangelischen Akademie Tutzing, in: Deutschland Archiv. Zeitschrift für Fragen der DDR und der Deutschlandpolitik, Heft 8/1973, S. 865 ff.

165 „Der Mensch lebt in einem symbolischen und nicht mehr in einem bloß natürlichen Universum. Sprache, Mythos, Kunst und Religion sind Teile dieses Universums.“ Cassirer, Ernst: Was ist der Mensch? Versuch einer Philosophie der menschlichen Kultur, 1944/dt. 1960 Stuttgart, S. 39. Zur genaueren Analyse des Films von Konrad und Christa Wolf vgl. Finke, Klaus: Politik und Film Bd. 2, Oldenburg 2007, S. 803–843.

4.4.1 *Die Wurzeln der Neuen Ostpolitik*

Die vorherrschende Meinung in der Zeitgeschichtsforschung betont die konstitutive Bedeutung des Mauerbaus für die Konzeptualisierung der Neuen Ostpolitik; Brandts Politik ist dabei in der öffentlichen und wissenschaftlichen Wahrnehmung vor allem assoziiert mit seinen Amtsjahren als Außenminister in der Großen Koalition 1966–1969 und seiner Kanzlerschaft ab 1969. Es gibt allerdings in der in den vergangenen Jahren intensiv vorangehenden Willy-Brandt-Forschung durchaus anders gewichtete Hinweise. Hierbei nehmen die Arbeiten von Wolfgang Schmidt, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundeskanzler Willy Brandt-Stiftung, einen besonderen Platz ein; sie arbeiten die Genese der deutschland- und entspannungspolitischen Ideen Brandts in den 1950er Jahren als konstitutiv für das, was als „Neue Ostpolitik“ in die Geschichte eingegangen ist, präzise heraus.¹⁶⁶ Schmidts Untersuchungszeitraum sind die Jahre von 1948 bis 1963, also jene Phase der intensiven Spannungen von der Berlin-Krise 1948/49 mit Blockade und Luftbrücke über den Mauerbau am 13. August 1961 bis zum ersten Passierscheinabkommen zwischen dem Berliner Senat und der DDR-Regierung für die Weihnachtszeit 1963.

Der Forschungsstand zur Genese der Brandtschen Konzeption der Ostpolitik ist maßgeblich durch die Fortschreibung einer Darstellung von Diethelm Prowe mitbestimmt worden, der 1976 folgendes formuliert hatte: „Die grundlegenden Konzepte einer neuen Deutschland- und Ostpolitik haben sich in einem kleinen Beraterkreis um Brandt unmittelbar in Reaktion auf die besondere Krisensituation in Berlin in den ersten beiden Jahren nach dem Bau der Mauer, d. h. von August 1961 bis Ende 1963 herausgebildet.“¹⁶⁷

Diese Prowe-These will Schmidt „einer gründlichen Revision“ unterziehen. Ähnlich wie es Peter Siebenmorgen¹⁶⁸ überzeugend gelungen ist, die Unfundiertheit der gängigen Behauptung zu zeigen, in den politischen Überlegungen Adenauers habe der Begriff „Entspannung“ keine Rolle gespielt, kann

166 Schmidt, Wolfgang: *Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte. Willy Brandt und die Deutschlandpolitik 1948-1963*, Wiesbaden 2001 und Schmidt Wolfgang: *Die Wurzeln der Entspannung. Der konzeptionelle Ursprung der Ost- und Deutschlandpolitik Willy Brandts in den fünfziger Jahren*, in: VfZ Jg.51 (2003) H4.

167 Prowe, Diethelm: *Die Anfänge der Brandtschen Ostpolitik in Berlin 1961–1963*, in: Wolfgang Benz/ H. Graml (Hrsg.): *Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1976, S. 249-286, hier S. 251, zit. nach Schmidt: *Die Wurzeln der Entspannung*, a.a.O., S. 521.

168 Vgl. o. Kap.3.

Schmidt zeigen, dass die vorherrschende Meinung von der konstitutiven Bedeutung des Mauerbaus für die Ausformulierung der Neuen Ostpolitik eine verkürzte Darstellung der Kontinuität der Brandtschen deutschlandpolitischen Überlegungen ist. Schon Willy Brandt selbst hat in seinen 1989 erschienenen „Erinnerungen“ Prowes Urteil bestritten: „Insoweit irrten diejenigen, die vermuteten und vereinfachend registrierten, erst die Erfahrung mit der Mauer in Berlin habe mich zu dem Kurs der Ost- und Friedenspolitik veranlaßt, den ich Anfang der siebziger Jahre gegen viel Widerstand durchsetzte. [Und:] Was man die Politik der kleinen Schritte nennt, war vorgedacht und nicht erst Reaktion auf die Mauer.“¹⁶⁹

Schmidts Untersuchung zu den „Wurzeln der Entspannung“ ist eine rekonstruktive Analyse, die auf zwei Zeitebenen ansetzt und eine „Gegenwartsebene“ von einer „Vergangenheitsebene“ unterscheidet. Sie ist daher einmal eine Darstellung der deutschlandpolitischen Grundpositionen Brandts Anfang der 1960er Jahre, also in den Jahren nach dem Mauerbau. Zum zweiten eine Rekonstruktion der Positionen Brandts zu grundlegenden Fragen der Deutschlandpolitik in ihrem Wandel und in ihrer Kontinuität in den Jahren von 1948 bis zum Ende der 1950er Jahre. Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse Schmidts zu Brandts Positionen *nach* dem Mauerbau und *vor* dem Mauerbau vorgestellt.¹⁷⁰

4.4.2 Brandts Positionen nach dem Mauerbau

Schmidts Vorgehen auf dieser Zeitebene beinhaltet zunächst eine Analyse der Schlüsselbegriffe: „Koexistenz“ und „Transformation“; Begriffe, deren Gebrauch er bei Brandt an prominenter Stelle nachweisen kann: einmal in seinen Harvard-Vorlesungen vom Oktober 1962¹⁷¹. Und zum zweiten ein

169 Brandt, Willy: *Erinnerungen*, Frankfurt a.M. 4. A. 1990, S. 16 f. und S. 64, zit. n. Schmidt: *Die Wurzeln der Entspannung*. a.a.O., S. 522. – Vgl. aber Schmidts Hinweis: „Dies steht allerdings im Widerspruch zu einer früheren Deutung, die Brandt 1976 in ‚Begegnungen und Einsichten‘ gab: ‚Meine politischen Überlegungen sind in den folgenden Jahren durch die Erfahrung dieses Tages [des 13. August 1961] wesentlich mitbestimmt worden. Was man meine Ostpolitik genannt hat, wurde vor diesem Hintergrund geformt.““ Ebd.

170 Im Folgenden wird aus dem Aufsatz mit Seitenangabe im Fließtext zitiert: Schmidt Wolfgang: *Die Wurzeln der Entspannung. Der konzeptionelle Ursprung der Ost- und Deutschlandpolitik Willy Brandts in den fünfziger Jahren*, in: VfZ Jg. 51(2003) H4, S. 521–563.

171 Vgl. Schmidt, 523: „Brandt hielt die Vorlesungen am 2. und 3. 10. 1962 in englischer Sprache. Die deutschen Manuskripte, die der Übersetzung ins Englische zugrunde lagen, wurden im Dezember 1962 für die Veröffentlichung des Buchs, Willy Brandt, *Koexistenz – Zwang zum Wagnis*, Stuttgart 1963, ohne substanzielle Veränderungen redigiert.“

Jahr später in einer Rede, die Brandt gehalten hat unter dem bekannten Heine-Titel „Denk‘ ich an Deutschland ...“ in der Evangelischen Akademie Tutzing – am gleichen Tag, an dem die Bahr-Formel entstand; dabei „orientierte sich der Regierende Bürgermeister an den im Oktober 1962 vorgestellten Überlegungen. ‚Koexistenz‘ und ‚Transformation‘ hießen die Schlüsselbegriffe seiner ostpolitischen Konzeption“ (523); er hatte sie in den Harvard-Vorlesungen bereits expliziert.

In diesen Vorträgen war das Koexistenz-Narrativ für Brandt zentral: wegen der internationalen Spannungen und der vorhandenen nuklearen Vernichtungskapazität: „Koexistenz [...] ist darum heute keine Alternative, sondern die einzige Chance zu überleben.“ (Ebd.) Schon 1962 fasste Brandt seine „Koexistenz“-Vorstellungen doppelt: Einmal sehr weit, weiter als die aktuelle Problemlage des Ost-West-Konflikts indizierte: „Mit Bezug auf die Interdependenztheorie betrachtete Brandt die Koexistenz wegen des globalen Prozesses der ‚modernen industriellen Revolution‘ und der Aufgabe, die Entwicklungsländer in die Völkergemeinschaft zu integrieren, als kategorischen Imperativ für das politische Handeln weltweit.“ (Ebd.) Hier scheint schon das später wichtig werdende Motiv der Nord-Süd-Problematik auf, der sich Brandt in den 1970/80er Jahren intensiv widmete. Zum zweiten fasst er Koexistenz eng, bezogen auf den bestehenden Ost-West-Konflikt; dieser „würde durch eine Politik der Koexistenz nicht beendet; aber dieser Konflikt sollte doch allmählich verändert, auf die nicht-militärischen Gebiete verlagert und zu einem ‚friedlichen Wettbewerb, koexistenziellen Wettstreit‘ umgewandelt werden – politisch, ökonomisch und ideologisch.“ (Ebd.)

Mit einer originellen Fassung des Koexistenzbegriffs – verstanden nämlich als Wettbewerb *sui generis*: in ihm steht der Verlierer schon a priori fest – eröffnet sich eine neue historische Perspektive; sie nämlich „bot in den Augen Brandts die Chance für Veränderungen im Ost-West-Verhältnis, weil sie „nicht einfach gleichbedeutend ist [...] mit dem Status quo“, stattdessen „[...] ein *Wettkampf ist, den der Kommunismus verliert*“. (Herv.-F.) Die westliche Politik sollte daher erstens versuchen, „durch wohlhabengewogenes gegenseitiges Geben und Nehmen“ einen „einigermaßen dauerhaften Interessenausgleich, ein Gleichgewicht der Kräfte herbeizuführen“, und zweitens den Konflikt so lange durchstehen, „bis die Sowjetführung ihr Ziel aufgibt oder bis ihre Herrschaft in Rußland endet [...]“. Dieser Wettbewerb der Systeme werde einen inneren Reformprozess begünstigen; daher „glaubte Brandt, auch in der kommunistischen Staatenwelt gäbe es eine unabwendbare innere

Entwicklung, die eine Änderung der dortigen Politik nach sich ziehen würde: „Immer dringender werden die Menschen des Sowjetblocks ihre angeborenen Menschenrechte fordern. Denn die moderne Industriegesellschaft, ob demokratisch oder nicht, verträgt keine generelle Unterdrückung.“ Die kommunistischen Regierungen würden demnach zu Reformen, die dem Einzelnen eine gewisse Freiheit einräumten, gezwungen sein. Um eine solche Entwicklung zu stärken, müsse der Westen das Gesetz des Handelns an sich reißen, eine „permanente Offensive“ starten, forderte Brandt.“ (524) Daraus folgte auch Brandts Ablehnung aller Versuche subversiver „Einwirkung, um die politische Opposition im Ostblock zu verstärken“. „Neben den politischen Beziehungen und Verhandlungen zwischen den Regierungen plädierte er für ‚soviel Bindungen und Verbindungen [...] zum kommunistischen Osten, wie jeweils erreichbar sind‘. Vor allem die Kommunikation auf kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet, der ‚Austausch von Wissenschaftlern und Studenten, von Informationen, Ideen, Leistungen und Einrichtungen‘, sollte gefördert werden. Auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit müsse erweitert werden. „Diese Konzeption kann zu einer Transformation der anderen Seite führen. [...] Wir haben eine Entwicklung ins Auge zu fassen, die die Politik des Zurückrollens der Sowjets, später des Eindämmens, ersetzt durch die Politik einer friedlichen und dynamischen Transformation.“ (Ebd.)

In einem zweiten Schritt stellt Schmidt Brandts Position zur Deutschen Frage, zur Anerkennung der DDR und zur Oder-Neiße-Grenze vor. Das von Brandt formulierte Koexistenz-Narrativ hat für die Haltung zur Deutschen Frage eine wichtige Implikation: „Die Verminderung von Spannungen war die Voraussetzung, um das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen verwirklichen zu können. Deutschland dürfe deshalb, so Brandt im Mai 1962 vor dem SPD-Bundesparteitag in Köln, bei der Entspannung nicht im ‚Bremerhäuschen‘ sitzen, sondern müsse eigene Vorschläge entwickeln.“ (524) Brandt betonte, „die deutsche Frage sei nicht der Schlüssel zum Verständnis des Ost-West-Konflikts“; und er „wandte sich gegen die völkerrechtliche Anerkennung der Teilung. Der Verzicht auf die deutsche Einheit stelle keinen Beitrag zur Erhaltung des Friedens dar.“ Zugleich „setzte er sich aber für Kontakte zur DDR-Führung unterhalb der Anerkennung ein: Es sei notwendig, immer wieder zu prüfen, was man tun könne, um das Leben der Landsleute im anderen Teil Deutschlands zu erleichtern und den Zusammenhalt des gespaltenen Volkes zu wahren.“ In der SPD-Führung „erklärte er dazu im Oktober 1962, die Bundesrepublik müsse sich um innerdeutsche Vereinbarungen auf den Gebieten des Handels und des Verkehrs bemühen und sie mit

menschlichen Erleichterungen, Familienzusammenführungen und einem begrenzten Besuchsverkehr koppeln: „Ich bin also gegen eine politische Anerkennung, aber ich weiß, es gibt faktische Beziehungen.“ (525) Der Entspannung-Kurs sollte Brandt zufolge nicht nur auf dem Feld der innerdeutschen Beziehungen, sondern „auch gegenüber den kommunistischen Regimen Osteuropas“ gelten, mit folgender Sukzession: wirtschaftlicher und kultureller Austausch, Aufnahme diplomatischer Kontakte zu Polen, Normalisierung des Verhältnisses mit anderen Ostblockstaaten.

In der Grenzfrage befürwortete Brandt „eine feierliche Gewaltverzichtserklärung, lehnte indes eine offizielle Anerkennung der polnischen Westgrenze durch den westdeutschen Teilstaat noch ab. Man könne, solange der Osten auf der Zwei-Staaten-Theorie beharre, die Oder-Neiße-Linie gar nicht anerkennen, weil die Bundesrepublik keine gemeinsame Grenze mit Polen habe. Völlig ausschließen mochte er eine solche Anerkennung gleichwohl nicht: Sie mache nur dann Sinn, wenn man von Deutschland als Ganzem ausgehe und die Grenzfrage im Zusammenhang mit dem Friedensvertrag erörtern wolle. Mit anderen Worten: Brandt war zur Anerkennung der polnischen Westgrenze bereit, wenn den Deutschen das Recht auf Einheit nicht abgesprochen werden würde.“ (525 f.)

4.4.2.1 Fazit: Die Kernpunkte der Positionen Brandts *nach* dem Mauerbau Schmidt zufolge lassen sich aus „den Reden von Brandt und Bahr in den Jahren 1962 und 1963“ die „Grundsätze ihrer ost- und deutschlandpolitischen Konzeption auf vier Kernpunkte zurückführen:

1. Der politische Status quo der Spaltung Europas war als Realität anzuerkennen. Dies war der Ausgangspunkt für seine allmähliche Veränderung und Überwindung. Umsturzversuche im sowjetischen Machtbereich konnte der Westen wegen der Gefahren für den Weltfrieden nicht unterstützen. Krieg scheidet als Mittel der Politik aus.

2. Die Voraussetzung für die schrittweise, auf lange Sicht angelegte Überwindung des Ost-West-Konflikts – der Ursache für die deutsche und europäische Teilung – waren die internationale Entspannung und die friedliche Koexistenz der Systeme, mit der die Zusammenarbeit und der Austausch über die Blockgrenzen hinweg gefördert werden sollte, um vom Westen aus auf einen politisch-gesellschaftlichen Wandel im Osten hinzuwirken. Die

Bundesrepublik, fest verankert im westlichen Bündnis, musste gemeinsam mit ihren Partnern einen Beitrag zur Entspannung leisten.

3. Der Schlüssel für die Wiederherstellung der deutschen Einheit lag in Moskau. Einen nationalen Weg zwischen Bonn und Ost-Berlin zur Lösung der deutschen Frage gab es nicht.

4. Im Mittelpunkt der Beziehungen der Bundesrepublik zur DDR sollte die Schaffung menschlicher Erleichterungen stehen, um den Zusammenhalt der deutschen Nation in der Zeit der Teilung, deren Dauer nicht absehbar war, zu wahren und zu fördern. Die Bereitschaft zur völkerrechtlichen Anerkennung des territorialen Status quo in Europa erstreckte sich ausdrücklich nicht auf die innerdeutsche Grenze.“ (526)

4.4.3 *Brandts Positionen vor dem Mauerbau oder: Freilegung der Wurzeln*

Schmidt geht seiner Leitfrage: „Ist diese ost- und deutschlandpolitische Konzeption tatsächlich nur auf die Erfahrungen des 13. August 1961 zurückzuführen oder hat sie ältere Wurzeln?“ nach, indem er die Entwicklung anhand distinkter Phasen untersucht: „Welche ihrer Kernpunkte hat Willy Brandt als Bundestagsabgeordneter, als Mitglied und späterer Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses sowie als Regierender Bürgermeister in den Jahren von der Gründung der Bundesrepublik 1949 bis zum Berlin-Ultimatum 1958 bereits vertreten? Was war speziell Brandts eigener Beitrag zur Entwicklung dieser Konzeption und aus welchen Quellen schöpfte er selbst wiederum?“ (Ebd.)

4.4.3.1 Die Phase 1949–1953: Abweichende Meinungen

In der ersten Phase, die Schmidt überschreibt mit „Nationaler Widerstand‘ und internationale Einbindung im Kalten Krieg 1949-1953“ setzt Brandt bereits eigene Akzente. An der außenpolitischen Formierungsphase der Bundesrepublik war er als Parlamentarier in Bonn und Berlin beteiligt. Er unterschied sich vom Parteimainstream in einer zentralen Frage, denn er „sah im Deutschlandproblem bereits 1950 nicht den Hauptkonfliktpunkt und die Ursache des Kalten Krieges: ‚Nichts wäre falscher, als anzunehmen, Deutschland müsse das zentrale Thema internationaler Konferenzen sein. Wir sind nicht der Nabel der Welt. [...] [D]as Tauziehen um Deutschland [ist] so eng mit den Kernfragen der internationalen Krise verknüpft, daß es schon aus

diesem Grunde abwegig wäre, überraschende und rasche Lösungen zu erwarten.“ (527) Eine Lösung der Deutschen Frage „konnte der Bundestagsabgeordnete Brandt sich erst nach einer ‚Änderung der außenpolitischen Atmosphäre‘ vorstellen.“ (Ebd.) Daraus folgt die entscheidende Differenz zur Linie der SPD-Führung: „Der Schlüssel zur Lösung der deutschen Frage lag demnach in der Überwindung des Ost-West-Konflikts. Nicht die Wiedervereinigung Deutschlands brachte seiner Ansicht nach die Entspannung, wie die SPD-Führung damals glaubte¹⁷², sondern umgekehrt die Entspannung und die Beendigung des Ost-West-Konflikts waren die Voraussetzung für die Wiederherstellung der deutschen Einheit.“ (Ebd.)

Schmidt weist nach, dass Brandt „schon 1949“ im Rekurs auf das bekannte totalitarismus-theoretische Argument einer konstitutiven inneren Instabilität totalitärer Systeme, „etwas gesagt“ hat, „was man durchaus als Ur-Element seiner Ost- und Entspannungspolitik bezeichnen kann: Er rechnete damit, daß sich die sowjetische Herrschaftsform aufgrund ihrer Ausdehnung und ihrer inneren Struktur nicht auf Dauer würde halten können. Im Kommunismus selbst gäbe es Keime zur Überwindung des Totalitarismus. Deren Entwicklung sollte der Westen mit einer ‚Konzeption einer friedlichen Offensive‘ gegenüber dem Osten fördern. Es müssten dazu alle Möglichkeiten der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion und dem Kommunismus außer der des Krieges ausgeschöpft werden.“ (Ebd.)¹⁷³

4.4.3.1.1 Widerstand und Handel

Entspannungspolitische Initiativen erschienen Brandt nur gegenüber der Sowjetunion erfolgversprechend, denn „die Leute um Ulbricht stünden“ solchen Bestrebungen „im Wege“; sein Ziel war daher die „Destabilisierung und letztlich die Beseitigung des SED-Regimes, ohne die es nach seiner Überzeugung keine Wiedervereinigung geben konnte.“ (528) Der „Kampf gegen Pankow“ war ein „wesentlicher Bestandteil seines damaligen Denkens und Handelns; er rief zur Schaffung einer ‚breiten deutschen Widerstandsbewegung‘ gegen das SED-Regime auf. „Eine De-jure- oder Defacto-Anerkennung der ‚Ostregierung‘ durch die Bundesrepublik stand wegen des Bonner Alleinvertretungsanspruchs zunächst völlig außer Frage. Die Vier-Mächte-

172 Vgl. zu diesem Dissens: Siebenmorgen: Gezeitenwechsel, a.a.O., S. 17.

173 Vgl. Willy Brandt, Die weltpolitische Lage und die Aufgaben der SPD. Referat auf der Konferenz der Kreis- und Abteilungsfunktionäre am 14. 1. 1949.

Verantwortung für Deutschland als Ganzes durfte zudem nicht verwischt werden.“ (Ebd.)

Komplement „einer Politik des nationalen Widerstands der Demokraten“ war allerdings der „Handel mit der Ostzone“; auf ihn „sollte die Bundesrepublik nach Brandts Meinung keineswegs verzichten – im Gegenteil. Der Austausch mit der ‚SBZ‘ müsse so gestaltet werden, regte er in seiner Eigenschaft als Beauftragter des SPD-Parteivorstandes in Berlin und bei den alliierten Kontrollbehörden gegenüber Schumacher im Juni 1949 an, „daß durch die Einfuhr die Lage der Menschen in der Ostzone gebessert wird.“ (Ebd.) Für Brandt stand dabei nicht eine ökonomische Gewinnerwartung im Vordergrund; für „ihn waren der Ost-West-Verkehr, der Waren- und Kulturaustausch sowie die Begegnungen von Menschen die Elemente einer ‚Pol[itik] [der] friedl[ichen] Veränder[un]g:““(530)

4.4.3.1.2 Deutsche Einheit und Ost-West-Konflikt

Brandt zweifelte nie an der Möglichkeit der Wiedervereinigung Deutschlands, die, wie er 1950 in einer Formulierung festhielt, in der schon sein berühmtes Diktum aus dem Jahr 1990 anklingt, ein „Prozeß echten Zusammenwachsens“ sein sollte (532); ebenso aber zweifelte er auch nicht an der Möglichkeit der langen Dauer der Teilung. „Nach seinem Verständnis durfte sich die deutsche Politik bei ihrem Ringen um die Einheit nicht auf abstrakte Rechtsansprüche beschränken oder diese gar an ihre Stelle setzen. Er rückte darum schon im November 1951 vorsichtig von der unbedingten Forderung nach Wiedervereinigung Deutschlands in den Grenzen von 1937 ab, wenngleich er sich ein Hintertürchen offen ließ: „Die Vereinigung [...] bezieht sich zunächst nicht auf die deutschen Gebiete östlich der Oder und Neiße, wobei allerdings klar sein müßte, daß eine mögliche Wiedervereinigung mit der Sowjetzone auf keinen Fall eine Anerkennung der willkürlichen Oder-Neiße-Linie beinhalten dürfte. Zunächst aber handelt es sich, wenn sich überhaupt Realisierungsmöglichkeiten bieten sollten, um die Wiederausammenfügung mit den mitteldeutschen Gebieten, die in der gegenwärtigen sowjetischen Besatzungszone zusammengefaßt sind.“ (532)¹⁷⁴

Der entscheidende Punkt bei der „Überwindung der deutschen Teilung“ war allerdings nach Brandts Überzeugung, dass sie erst „nach der Lösung des

174 Vgl. Willy Brandt, Was geschieht am Tage X? Probleme der deutschen Wiedervereinigung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 2 (1951), 11, S. 591–595, hier S. 593.

Ost-West-Konflikts in der internationalen Politik und nur auf lange Sicht möglich“ (532 f.) sein werde. Aus dieser Prämisse leitete er eine neue Politik „zu den Völkern in der Sowjetunion ab. Die Idee, dass der Westen ihnen helfen müsste, das totalitäre Sowjetsystem von innen her zu verändern, wobei er sich von einer simplen Befreiungsstrategie des „Rollback“ distanzierte, äußerte er erstmals 1951.

Einen Artikel von George F. Kennan¹⁷⁵ zitierend, schrieb Brandt, es genüge nicht, sich der Vermutung und der Hoffnung hinzugeben, daß es eines Tages zum Zusammenbruch des sowjetischen Regimes kommen werde: „Die anti-sowjetischen, freiheitlichen Kräfte in der Sowjetunion müssen durch die Initiative und das Beispiel der freien Welt gefördert und entwickelt werden.“ (533) Wenn dies erfolge, „dann müsse früher oder später der Tag kommen, an dem das schreckliche System der Gewalt keine reale Lebensmöglichkeit mehr haben werde. ‚Zukunftsmusik? Nein, Realpolitik‘, resümierte Brandt, für die man sich aber ‚in geistige Unkosten stürzen‘ müsse“ (Ebd.) Als Exempel für die Möglichkeit eines Wandels im Osten diene dabei Titos Jugoslawien.

4.4.3.2 Die Phase 1953–1955: Entwicklung der Koexistenzpolitik sowie der „Politik der kleinen Schritte“

Brandt blieb nach Stalins Tod im März 1953 „den Entspannungs- und Wiedervereinigungsphantasien in der SPD“ gegenüber skeptisch: „Bisher gibt es gewiss kein ernstes Anzeichen für eine neue Deutschlandpolitik der Sowjets.“ (536) Dennoch sprach er „sich für Entspannungsbemühungen“ aus; die Bundesrepublik könne „langfristig zu einer grundlegenden Veränderung des Verhältnisses zu seinen osteuropäischen Nachbarn beitragen, wenn es sich um friedliche Zusammenarbeit bemühe und den Willen zu echter Verständigung zeige.“ (Ebd.) Als „Anknüpfungspunkt für bessere Beziehungen“ galten wiederum der „Osthandel“ sowie der „Wissenschafts- und Kulturaustausch. Es gelte, mit den bescheidenen Mitteln der deutschen Politik die Welt verändern zu helfen. Die Grundüberzeugungen der späteren Ostpolitik kamen auch hier in Ansätzen zum Vorschein.“ (537) Brandt „glaubte im Frühjahr 1953“ nicht an eine große Lösung, er sah vielmehr in kleinen Verbesserungen eine

175 Vgl. George F. Kennan, *America and Russian Future*, in: *Foreign Affairs* 29 (1951), 3, S. 351–370. Dieser Artikel wurde in Deutschland von der in Berlin erscheinenden Zeitschrift „Der Monat“ veröffentlicht. Vgl. George F. Kennan, *Amerika und Rußlands Zukunft*, in: *Der Monat* (1951), 34, S. 339–353.

Handlungsoption: „Jede noch so ‚bescheidene Erleichterung‘ der Lebensverhältnisse und des innerdeutschen Verkehrs wäre erfreulich“. (Ebd.) Für „eine im Juni 1953 anberaumte Bundestagsdebatte“ skizzierte Brandt „diesen deutschlandpolitischen Ansatz“, der als ein Vorläufer der „Politik der kleinen Schritte“ gelten kann, als „Entspannung ohne Wiedervereinigung: ‚Jetzt müssen wir eine Reihe konkreter Dinge voranschicken (...) Von den ‚ganz kleinen‘ Dingen ausgehen.“ Wie „klein“ die Dinge tatsächlich sein konnten, zeigt sich u. a. auch daran, dass es um die Parzellen jener „West-Berliner, denen Kleingärten und Grundstücke weggenommen worden waren“ (Ebd.) ging.

Die Niederschlagung des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 machte nicht nur den Willen der Sowjetunion zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft über die DDR deutlich; sie zeigte auch das Scheitern der „Politik des nationalen Widerstands, die auch Willy Brandt bis dato unterstützt hatte“ – und „das blieb eine prägende Erfahrung für ihn.“ (538) Brandt räumte daher „Verhandlungen über menschliche Erleichterungen“ klar „den Vorrang ein vor der wenig Erfolg versprechenden Suche nach einer Lösung für die gesamte Deutschlandproblematik.“ (538) Damit begab er sich in einen Gegensatz zu Ollenhauer und Wehner, die „ausgerechnet nach dem 17. Juni ein verändertes Verhalten der Sowjetunion“ meinten feststellen zu können, „das nicht nur taktisch begründet sei“. Diese Einschätzung wurde auch durch „die schwere Niederlage bei den Bundestagswahlen im September 1953“ nicht irritiert; sie „riss die Parteispitze nicht aus ihren deutschlandpolitischen Träumen. Wunschdenken ersetzte Realitätssinn.“ (539) Brandt „sah die Dinge anders“, nämlich so: „„Auf absehbare Zeit scheint mir die Durchsetzung unserer Gesamtforderungen nicht im Bereich der praktischen Politik zu liegen. Mir kommt es nun lediglich darauf an, daß wir uns mit der Möglichkeit von Zwischen- oder Teillösungen wenigstens gedanklich vertraut machen.“ Das bezog sich nicht nur auf die Grenzfrage. Doch der Wiedervereinigungsrigorismus der SPD wollte von Zwischen- oder Teillösungen nichts wissen.“ (539) Wehner brachte nach dem Scheitern der Berliner Außenministerkonferenz im Januar 1954 „im Parteivorstand den Gedanken an separate Verhandlungen zwischen Bonn und Moskau ins Spiel. Außerdem stellte er seit Februar 1954 Überlegungen zu deutsch-deutschen Gesprächen an, was wegen der sowjetischen Note vom 25. März 1954, wonach die DDR fortan souverän sein sollte, erhebliche Brisanz barg. Wehner beabsichtigte, die deutsche Frage durch innerdeutsche Kontakte aus der völligen Abhängigkeit von der blockierten Viermächteebene zu befreien. Er wollte, das zeigen seine Vorschläge bis hin zum SPD-Deutschlandplan 1959, letztlich mit der Bundesrepublik den natio-

nen Weg zur Wiedervereinigung mit der DDR gehen, der über Ost-Berlin führte.“ (Ebd.)

Brandt lehnte Wehners Kurs ab, einen nationalen Weg zur Einheit zu suchen; er trat stattdessen für eine Politik der Ermöglichung menschlicher Erleichterungen ein; außenpolitisch vertrat er die Option, „ein Sicherungssystem mit der westlichen Welt einzugehen.“ (540) Sein Ziel war, die „Möglichkeit der Wiedervereinigung offen zu halten, den Zusammenhang mit den Menschen in der ‚SBZ‘ zu bewahren und ihre Lage, wo immer möglich, zu erleichtern.“ Dafür sollten Verhandlungen „über praktische und technische Fragen auf der Ebene der vier Hohen Kommissare dienen nach dem ‚Modell der Interzonenhandelsgespräche‘.“ (Ebd.)

Im Januar 1955, nach seiner Wahl zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin explizierte „Brandt bei einem Vortrag an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin seine deutschland- und ostpolitischen Vorstellungen“. Demnach sollte „geprüft werden, ob die Grenzen aufgeweicht werden könnten sowohl bei den Fragen des Handels und Verkehrs als auch beim Austausch von Wissenschaftlern und Künstlern.“ Dabei seien „zwei Hauptinteressen“ zu berücksichtigen: „Die Anerkennung der DDR zu verhindern und das Auseinanderwachsen Deutschlands als Ganzes zu vermeiden. Sein Leitsatz lautete: ‚Von [der] Basis des Status quo – auflockern.‘“ (540) Brandts Konzept wurde getragen von „dem Bekenntnis zur Einheit des Westens und dem Glauben an die Überlegenheit der westlichen Ideen und kulturellen Werte“; der Westen „brauche den Kontakt mit dem Osten nicht zu scheuen. Gerade auf kulturellem Gebiet dürfe er sich nicht abschotten, sondern müsse vielmehr die Auseinandersetzung“ (Ebd.) suchen. Für das Verständnis von Koexistenz, die „nicht Schlafmützigkeit“ bedeute, hieß das, diesem „von sowjetischer Seite geprägten“ Begriff, „einen neuen Sinn“ zu geben: „Es sollte eben nicht bei der Hinnahme des Status quo bleiben, sondern dieser sollte mit Hilfe der Koexistenz friedlich überwunden werden. Während die Weltmächte sich nebeneinander arrangierten, ohne dass dies zu einer ideologischen Annäherung führte, sollte sich das Ringen auf das Geistig Kulturelle verlagern“ im Sinn einer „kulturpolitischen Offensive des Westens“. (541) In der „Normalisierung kleiner praktischer Dinge“ sah Brandt den richtigen „Weg, die Chance zur Wiedervereinigung zu bewahren“; daher sollte Berlin (West) auch nicht nur „Vorposten“, „Bollwerk“ und „Schaufenster der freien Welt“ sein, sondern vor allem „Klammer für Deutschland“, wo menschliche

Kontakte zwischen Ost und West noch stattfinden konnten und wo die letzte Hoffnung auf Wiedervereinigung wachgehalten wurde.“ (542)

4.4.3.2.1 Vorrang der Entspannung vor der Wiedervereinigung

In der internationalen Politik standen 1955 die Zeichen auf Entspannung; die Politik der friedlichen Koexistenz, so Brandt, sei alternativlos – aus einem besonderen Grund: „Durch die Entwicklung der modernen Zerstörungsmittel hat der Krieg aufgehört, das Mittel irgendeiner Politik zu sein. In dieser Generation wird über nichts weniger als den Fortbestand der Menschheit entschieden.“ (542) Die nukleare Vernichtungsgefahr übe quasi einen „Zwang zur Koexistenz“ und zur Entspannung aus.

In einer „Rede vor einem Kongress der Polizeigewerkschaft in Remagen am 27. April 1955“ entwickelte Brandt „seine entspannungspolitische Konzeption und ihre Implikationen für die Deutschlandpolitik ausführlich“. Diese Rede „enthält im Kern jene Überlegungen, die in den Harvard-Vorlesungen 1962 wieder auftauchen sollten. „Es ist nun seit einiger Zeit [...] von manchen Entwicklungen in Richtung auf eine Entspannung der internationalen Lage die Rede. Man mag skeptisch sein, [...] aber ich glaube [...]: wir Deutschen sind nicht daran interessiert, daß der so genannte Kalte Krieg munter weitergeht. [...] [Daraus ergibt sich] auf den verschiedensten Gebieten [...] ein gewisser Zwang zum Sprechen miteinander, um jedenfalls zu versuchen, die Spannungen insofern zu vermindern, daß es vielleicht gelingen könnte, ein friedliches Nebeneinanderleben der Staaten und Völker zu gewährleisten. Diesem Zwang sehen sich Washington und Moskau in gleicher Weise gegenüber. Das ist der eigentliche Hintergrund der Diskussion um die vielzitierte Koexistenz – wobei es völlig klar ist, daß das Ringen der Meinungen und die Gegensätzlichkeit von Interessen weitergehen werden. Die schwierige Aufgabe besteht nun für uns Deutsche darin, klarzumachen, daß – und Wege aufzuzeigen, wie – [...] die deutsche Frage in das einbezogen werden kann, was die anderen interessiert: in ihre, schon schwach angelaufenen, sich aber sicher entwickelnden Bemühungen um eine Minderung der internationalen Spannungen und um die Sicherung des Friedens. Wir können alle nur hoffen, daß es nicht allzu lange dauern wird, bis es gelingt, die deutsche Frage und das Problem der Wiedervereinigung in einen solchen Zusammenhang einzu-beziehen, aber wir können es nicht wissen. Wir müssen also damit rechnen, daß es noch geraume Zeit dauern könnte.“ (542f.)

Die Aufgabe bestand für Brandt darin, die deutsche Frage in die beginnenden internationalen Entspannungsbemühungen einzubetten, ohne dabei das Endziel aus den Augen zu verlieren. Brandts These, es müsse der „Entspannung“ der „Vorrang vor der Wiedervereinigung“ gegeben werden, „bedeutete eine Umkehrung der Prioritäten der bundesdeutschen Außenpolitik.“ (543) Dadurch, dass Brandt die „Politik der Koexistenz als ein offensives Konzept“ entworfen hatte, konnte er versuchen, „den geforderten Strategiewechsel für die Deutschen erträglich zu machen“, denn die „westliche Politik der Koexistenz und Entspannung sollte sich nicht mit der Hinnahme des Status quo, d. h. der Teilung der Welt, abfinden.“ (Ebd.) Brandt verlangte „gerade von seinen eigenen Parteifreunden, die tatsächlichen Möglichkeiten in der internationalen Politik zur Kenntnis zu nehmen: ‚Realpolitisch geht es um die Wiedervereinigung unserer Menschen, wo sie heute leben. [...] Es hat [...] überhaupt keinen Sinn und kann sogar zu sehr negativen Auslegungen veranlassen, wenn falsche Parolen zur Oder-Neiße-Linie [...] das internationale Gespräch stören, statt es im Sinne der Wiedervereinigung zu fördern.‘“ (543f.)

4.4.3.2.2 „Kleine Schritte“ im innerdeutschen Verhältnis

Die Konsequenz für das innerdeutsche Verhältnis lautete „in den Worten Brandts: ‚[...] [F]ür diese Zeit, in der die Spaltung noch andauert, wird der Kontakt, der Zusammenhang und Zusammenhalt zwischen den Menschen in West und Ost zu einer Existenzfrage der Nation. Wenn dieser menschliche Kontakt verloren ginge, wenn wir uns völlig auseinander entwickelten in unserem Denken und Betrachten der Dinge, dann sähe es trübe aus um unsere Zukunft als *ein* Volk. Wenn dann von der Weltentwicklung her, uns die Chance geboten würde, wieder zusammenzukommen, würden wir es vielleicht darum nicht mehr können, weil inzwischen die Menschen soweit auseinander geraten sind, daß sie nicht mehr zusammenfinden. Diese Gefahr ist größer, als manchem unserer Mitbürger heute klar ist.‘ Brandts Konzeption der ‚Politik der kleinen Schritte‘ ist in dieser Rede unverkennbar: ‚Wir sind dazu da, dort, wo es möglich ist, [...] das Leben zu erleichtern. [...] Und wenn es möglich ist [...], auch nur schrittweise praktische, technische Fragen auf dem Gebiet des Handels, des Verkehrs, der Post und auf ähnlichen Gebieten zu normalisieren, dann besteht für den Westen kein Grund, die Hand dazu nicht zu bieten.‘“ (544) Allerdings blieb für Brandt stets eine unerlässliche „Voraussetzung für die deutsch-deutschen Kontakte“ bestehen: ihre Einordnung in die Verantwortung der Vier Mächte. (Ebd.) Mit diesem Konzept der

„kleinen Schritte“ begab sich Brandt in einen strikten Gegensatz zu den Vorstellungen Herbert Wehners, der wiederum den Aufstieg Brandts in der Parteihierarchie zu behindern versuchte. (vgl. 546 ff)

4.4.3.3 Grundlagen der Ostpolitik 1956–1958

Mit dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956, auf dem Chruschtschow in seiner berühmten Geheimrede eine Kritik des Stalinismus¹⁷⁶ vorgenommen und sich zugleich für eine Politik der „friedlichen Koexistenz“ ausgesprochen hatte, wurde „Brandts latente Hoffnung auf eine grundsätzliche Veränderung im Kommunismus“ (549) bestätigt; und mit „Chruschtschows Ankündigung, den Lebensstandard in seinem Land steigern und auf diesem Gebiet den Wettbewerb mit dem Westen aufnehmen zu wollen, schienen sich in Brandts Augen erste Ansätze für einen Entwicklungsweg hin zur Transformation des Sowjetkommunismus zu zeigen.“ (550)

Den Begriff „Transformation“ hatte Brandt von Fritz Sternberg übernommen. Ein weiterer wichtiger Ideengeber für die Konzeption einer aktiven Koexistenzpolitik wurde für Brandt Richard Löwenthal, der später auch an der „Konzipierung der Harvard Lectures beteiligt war“ (551) Der Westen dürfe demzufolge, so Brandt, sich nicht zurückhalten: „Er muss eingehen auf das – von der anderen Seite wie auch immer gemeinte – Angebot eines wirtschaftlichen und weltpolitischen Wettbewerbs.“ Das hielt er aus zwei Gründen für unverzichtbar: 1. Die deutsche Wiedervereinigung konnte nur dann zu einem wirklichen Thema werden, wenn sich durch Veränderungen der internationalen Politik ein angemessener Rahmen für die Diskussion um die Sicherheit und Freiheit Deutschlands schaffen ließe. Rüstungskontroll- und Abrüstungsfragen hätten zentrale Bedeutung und zwar vor, nicht erst nach der Wiedervereinigung. 2. Das westliche Bemühen um Entspannung und friedliche Konfliktregelung konnte entscheidend dazu beitragen, die unterentwickelten Gebiete in Asien und Afrika und die dort neu entstehenden Staaten für die Demokratie zu gewinnen.“ (551)

Brandt, der Aspirationen auf den Landesvorsitz hegte, wagte es, „dem Parteitag der Berliner SPD am 27. Mai 1956“, also „den überwiegend entspannungskritischen Delegierten seine außenpolitischen Vorstellungen öffentlich“

176 Vgl dazu: Chruschtschows ‚Geheimrede‘ vom 25. Februar 1956, in: Crusius, Reinhard/Wilke, Manfred (Hg.): Entstalinisierung. Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen, Frankfurt/M. 1977, S. 487–537.

(551) vorzulegen. Er nahm einen Wechsel des Vokabulars bei gleichbleibender Bedeutung vor: er sprach nicht von „Koexistenz“, sondern von „Entspannung“. Mit „Entspannung“ sei „das gemeinsame Interesse der Weltmächte, sich nicht in die Luft zu sprengen“ artikuliert, erklärte Brandt; und er „forderte die Bundesregierung auf, sich im deutschen Interesse mit einer „aktiven Ostpolitik“ am Abbau der internationalen Spannungen zu beteiligen. Zugleich rief Brandt zur offensiven geistigen Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus auf.“ (552)

Schmidt zieht an dieser Stelle folgendes Zwischenfazit: „Die Wurzeln von Brandts Ost- und Entspannungspolitik sowie die Vorstellungen von der Gestaltung der Nord-Süd-Beziehungen, die seine Politik in den siebziger und achtziger Jahren stark prägten, reichen also bis in die Mitte der fünfziger Jahre zurück und waren dabei von Beginn an miteinander verbunden.“ (Ebd.)

4.4.3.3.1 Normalisierung der Beziehungen mit Polen

Eine Folgerung aus der Koexistenzpolitik war die Forderung nach einer Normalisierung der Beziehungen mit Polen; auch die Niederschlagung des Ungarn-Aufstands im Herbst 1956 durch sowjetische Truppen „erschütterte Brandts Glauben an die Politik der Koexistenz nicht – im Gegenteil.“ (552) Er sah eine „Krise im Ostblock“ und wertete dies „als Chance für die Bundesrepublik zur Kontaktaufnahme. ‚Für die deutsche Politik kann es auf die Dauer nur von Vorteil sein, wenn die östlichen Nachbarvölker ein größeres Maß von [sic] Selbständigkeit erlangen.‘ Gomulka in Polen sei zwar Kommunist, aber in seiner Politik liege für den Westen eine Chance zur Zusammenarbeit. Die Koexistenzpolitik sollte daher den ‚Gomulkaismus‘ und ‚Titoismus‘ im Ostblock fördern.“ (Ebd.) Daher sei in Abstimmung mit dem Westen eine „Normalisierung der Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten, vor allem mit Polen“ erforderlich. Zwar müsse die Sowjetunion die erste „Adresse in der Ostpolitik für die Bundesrepublik bleiben, jedoch nicht die einzige. Denn, so warnte Brandt: Man dürfe nicht den Verdacht aufkommen lassen, Deutschland bereite eine Verständigung mit Russland auf Kosten Polens vor. Wie richtig und wichtig dieser Satz sein sollte, bewiesen später die Verhandlungen des Jahres 1970.“ (553)

Für die Normalisierung der Beziehungen mit Polen gab es allerdings ein entscheidendes Problem: Die Oder-Neiße-Grenze. „Brandt schloss – zumindest in öffentlichen Reden – eine deutsche Verzichtserklärung auf die Ostgebiete aus“; eine „Gewaltverzichtserklärung sollte den Auftakt für die Aufnahme von

Beziehungen mit Polen bilden. Obwohl Brandt gedanklich längst weiter war, traute er sich nicht, öffentlich mehr zu fordern.“ (Ebd.) Durch einen „Artikel des Bonner Korrespondenten der dänischen Zeitung *Politiken*, Adolf Rasten, der dazu ein Hintergrundgespräch mit Brandt benutzte, kam der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin ins Gerede“; er habe nicht nur den „Fortbestand des Deutschen Reiches nach 1945 in Zweifel gestellt“, sondern die „Provinzen östlich der Oder-Neiße-Grenze“ (Ebd.) aufgegeben. Zwar dementierte Brandt „den Bericht umgehend: Das Gespräch sei missverständlich wiedergegeben worden und entspreche nicht seinen Auffassungen. Indessen ist es wahrscheinlich, daß er in dem Hintergrundgespräch offen seine Meinung kundgetan hatte. Seit Jahren sprach er davon, sich zunächst auf die Vereinigung von Bundesrepublik und DDR zu konzentrieren. Das Ringen um eine möglichst gerechte Grenzziehung könne und werde nicht bedeuten, [...] daß die Westdeutschen zur Wiedervereinigung mit Leipzig und Dresden nein sagen, weil ihnen die Wiedervereinigung mit Königsberg vorenthalten wird.“ (553f.) Brandt erklärte „mit Hinweis auf den Wirbel um den Rasten-Artikel“ im April 1957: „Jene Vorstellung ist wirklichkeitsfremd, die davon ausgeht, daß wir erst die Wiedervereinigung bekommen würden und dann nach Belieben das nächste Ziel unserer nationalen Politik ansteuern könnten. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden wir uns keiner oder aber einer inhaltlich verbundenen Lösung des Problems der Wiedervereinigung und der Ostgrenze gegenübersehen.“ (554)

4.4.3.3.2 Ostpolitik als notwendige Ergänzung der Westintegration

In der Deutschen Frage stand Brandt nun in einem doppelten Konflikt, der einmal die „hehren sozialdemokratischen Wiedervereinigungspläne, die an Vorschlägen für eine neutralisierte, atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa anknüpften“ betrafen, und der sich zum zweiten auf „die mangelnde Beweglichkeit der Außenpolitik Adenauers“ (554) bezog. Brandt nutzte „als frisch ins Amt gekommener Regierender Bürgermeister im Januar 1958“ bei einem Auftritt in der Steuben-Schurz-Gesellschaft in Berlin die Gelegenheit, „seine außenpolitischen Auffassungen“ (Ebd.) in einer programmatischen Rede darzulegen. Es könne nicht „alles beim Alten bleiben“, aber, so Brandt in einer bemerkenswerten Volte, es hätten auch die nicht „Recht, die sagten, sie verfügten über den Schlüssel zur Lösung aller Fragen. Er wandte sich gegen die Rechthaberei, eine alternative Politik zu der von Adenauer betriebenen hätte die Wiedervereinigung gebracht.“ (Ebd.)

Ausgehend von der These des „Gleichgewichts des Schreckens“ begründete er seine Koexistenz-Theorie, für die er aber eine weitere Rechtfertigung angab: „Das große Missverständnis, das der Westen verursacht hatte, so Brandt, war, die Hoffnung auf die militärische Freisetzung Osteuropas geweckt zu haben. Sowohl in der DDR 1953 als auch in Ungarn 1956 habe es dieses Missverständnis gegeben. Ergeben habe sich dann ‚ganz kühl und nüchtern, daß an ein militärisches Engagement nicht gedacht wurde, wohl auch nicht gedacht werden konnte, wegen der [...] unüberschaubaren Konsequenzen eines solchen Engagements.‘ Weil es also eine gewaltsame Befreiung nicht geben konnte, nicht geben durfte, plädierte Brandt für das politische Einwirken des Westens auf den Osten.“ (555) Denn sonst bleibe „nur, auf den Zusammenbruch des Sowjetsystems zu warten. ‚Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche: Die Frage ist nur, ob das nicht ein bißchen lange dauert und ob man nicht der Menschen wegen, auch in unserem Falle unserer Menschen wegen und der anderen Europäer wegen, um die es geht, den Versuch machen sollte, auch vorher schon die Lage zu erleichtern und verändern zu helfen.““ (Ebd.) Brandt setzte „auf die Eigenentwicklung in den osteuropäischen Völkern“; es sei aber „noch ein sehr langsamer, langwieriger Prozeß zur Selbstregierung der Völker hin.“ (Ebd.) Aber genau um eine Förderung dieser Entwicklungen müsse es deutscher Politik gehen, also müsse „die Bundesrepublik ‚Ostpolitik‘ betreiben – in Ergänzung zur Westintegration.“

Dann folgt mit der *Metapher vom zweiten Bein* die Begründung für die Ostpolitik: „Die deutsche Außenpolitik steht seit 1949 auf einem Bein. Das war verständlich und wer immer in Bonn regiert hätte in diesen Jahren, hätte es, richtig verstanden, als seine Aufgabe betrachten müssen – über Nuancen kann man streiten –, unser Verhältnis zur westlichen Welt, zu Amerika und zu Westeuropa einschließlich England, in Ordnung zu bringen. Aber da lauert nun die andere Aufgabe, nicht im Gegensatz dazu und nicht im Sinne einer Schaukelpolitik, die man uns mit Recht ankreiden würde, sondern gestützt auf die Freundschaft mit dem Westen und jeden Schritt abgesprochen mit unseren westlichen Freunden, doch auch das andere Bein – und das heißt Ostpolitik – herunterzusetzen. Bei allem Respekt [...] glaube ich, daß die Notwendigkeit für ein Land, das zwischen Ost und West liegt, trotz der Zugehörigkeit zur westlichen Gemeinschaft eine Ostpolitik zu entwickeln, eben in Berlin auf Grund seiner Lage stärker empfunden wird als am linken Ufer des Rheins. [...] [I]ch glaube in der Tat, daß hier die geographischen Bedingungen auch politische Konsequenzen nach sich ziehen und daß uns hier

[...] die Aufgabe zufällt, im innerdeutschen Gespräch etwas hinzuzufügen, was ja schon in der Entwicklung begriffen ist.“ (556)

Dieses Konzept einer Ostpolitik, „das auf der festen Verankerung im Westen aufbaute“, ließ Brandt „auch bei seinem Besuch in den USA zart anklingen“ (Ebd.) Bei einer Rede in Philadelphia am 8. Februar 1958 wiederholte er seine Forderung nach einer aktiven Politik des Westens gegenüber dem Osten; er müsse „alle Mittel im ‚friedlichen Wettbewerb‘ anwenden, um zur Änderung der dortigen Verhältnisse beizutragen. „[T]he evolution or transformation of our world does not stop at the frontier which separates East and West.““ (557) Bedeutsam ist zudem, dass Brandt „Gespräche mit Moskau“ nicht „von Fortschritten in der deutschen Frage abhängig machen“ wollte. „Es war eine Vorform der späteren *Agree-to-disagree*-Formel, die ihm vorschwebte: ‚Man sollte sich gar nicht festreden in und an der sowjetischen These, daß es zwei deutsche Staaten gibt. Streiten wir gar nicht darüber.‘ Die bittere Wahrheit war ohnehin, daß es tatsächlich keinen erkennbaren Preis für die Wiedervereinigung gab und auch kein Verrechnungskonto Abrüstung gegen Wiedervereinigung bestand, wie Brandt vor dem Kuratorium Unteilbares Deutschland sagte. Eine Lösung der deutschen Frage durch direkte Gespräche zwischen Bonn und ‚Pankow‘ zu erhoffen, sei überdies Illusion“. Er blieb bei der Linie der kleinen Schritte: „Für praktische und technische Fragen sollten gemeinsame deutsch-deutsche Einrichtungen unter Vier-Mächte-Verantwortung aufgebaut werden. ‚Wandlung in der Zone. Warum nicht versuchen? [...] [Die] Demaskierung des Regimes [ist] damit nicht unvereinbar.““ (Ebd.)

4.4.3.4 Der Weg zur Berlin-Krise 1958

Brandts Absicht, einen eigenen Beitrag zur Entspannung zu leisten hatte er schon in seiner Regierungserklärung am 17. Oktober 1957 mit seinem Angebot dokumentiert, mit „dem Magistrat im Ostteil der Stadt technische Gespräche über die Milderung von Auswüchsen der Spaltung und menschliche Erleichterungen“ (557) zu führen. Dieser Ansatz wurde allerdings durch die zunehmenden Behinderungen des Verkehrs auf den Zufahrtswegen nach Berlin durch DDR-Organen konterkariert. Der Grund dafür stand für Brandt fest: „Das überragende Interesse der DDR, das Schlupfloch West-Berlin zu schließen, über das 80 Prozent aller Flüchtlinge die DDR verließen. Ernste Befürchtungen, die Schließung der Sektorengrenze stünde unmittelbar bevor, hatte er bereits kurz nach Amtsübernahme aufgrund von Geheimdienstinformationen gehegt, wengleich er an der technischen Machbarkeit einer absolut

undurchlässigen Abriegelung durch eine ‚Chinesische Mauer‘ immer noch zweifelte.“ (558)

Brandts „Entspannungszuversicht“ erhielt vom V. Parteitag der SED vom 10. –16. Juli 1958, auf dem Ulbricht „gegen die Anwesenheit der westlichen Truppen in West-Berlin“ polemisiert und „nachdrücklich die Position Ost-Berlins als Hauptstadt der DDR“ (Ebd.) unterstrichen hatte, einen weiteren Dämpfer.¹⁷⁷ Die Lage wurde durch die anschwellende Fluchtbewegung verschärft; die „DDR erlitt Substanzverluste, die ihre Existenz gefährdeten. Ost-Berlin versuchte, dem durch eine immer stärkere Abriegelung der DDR von der Bundesrepublik zu begegnen. Der Reiseverkehr zwischen Ost und West wurde drastisch gedrosselt. Brandt sah die Lage auf einen ‚Volksnotstand‘ zutreiben. Enttäuscht stellte er öffentlich fest, ‚daß die Machthaber in der Sowjetzone keine Gespräche über Verbesserungen der Situation in Berlin wollten:‘“ (Ebd.) Gleichwohl hielt er sein „Angebot, über Erleichterungen in der Stadt zu sprechen“ (559) aufrecht. Deutlich war Brandts Absicht „eine Verschärfung der Flüchtlingskrise (zu) vermeiden. ... Statt Sanktionsdrohungen auszustoßen, erklärte er vielmehr sein starkes Interesse daran, den Handel mit der ‚Zone‘ und dem gesamten Ostblock weiter auszubauen.“ (Ebd.) Auf einer Kundgebung der Vertriebenenverbände in Berlin im September 1958 erneuerte Brandt seinen Aufruf „zu einer ‚aktiven Ostpolitik‘; sie müsse „die Abstinenz gegenüber den osteuropäischen Völkern überwinden und auf ‚gutnachbarliches Zusammenleben‘ in Europa ausgerichtet sein.“ (Ebd.) Mit „Chruschtschows Rede vom 10. November 1958“ wurde Brandts „Annahme, eine Zuspitzung der Lage läge nicht im sowjetischen Interesse“, zerstört; den „Überlegungen für eine Entspannungsinitiative“ Brandts war die Grundlage entzogen: „Nach Chruschtschows [...] Vorstoß sähe das wie ein sehr schwaches Verlegenheitsangebot von Einem aus, der nun ins Mauselloch kriecht vor Angst. Also wird man einige Wochen, wahrscheinlich bis zum nächsten Frühjahr, nun damit warten müssen.“ (560) Dass dies eine Illusion war über die Dauer der Krise, zeigte die Zukunft.

177 Auf dem Parteitag machte Ulbricht zur „Lösung der nationalen Frage in Deutschland“ in seiner Rede u.a. folgenden Vorschlag: „Es ist also notwendig die *Mauer* (sic!), die durch die Remilitarisierung in Westdeutschland und durch die Eingliederung Westdeutschlands in die Nato errichtet wurde, mit Hilfe des Entwurfs eines Friedensvertrags zu beseitigen, damit die Wiedervereinigung Deutschlands möglich wird.“ Ulbricht, Walter: Der Kampf um den Frieden für den Sieg des Sozialismus, für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat, in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Kapitel XIV, Berlin (Ost) 1969, S. 131.

4.4.4 Fazit: Die Kontinuität der Konzeption von Brandt

1) Die Grundidee, die Willy Brandts entspannungspolitisches Denken seit Ende der vierziger Jahre bestimmte, hieß: „Über den Strom von Ideen, Menschen und Gütern vom Westen aus eine ‚Politik der friedlichen Veränderung‘ im Sowjetkommunismus zu fördern. Mitte der fünfziger Jahre traten zwei Schlüsselbegriffe hinzu. Sie bildeten auch nach dem Mauerbau 1961 den Kern seiner ostpolitischen Überlegungen, die man durchaus als Brandt-spezifisch bezeichnen kann, wenngleich er diese Begriffe aus Wissenschaft und Publizistik übernahm: ‚Koexistenz‘ und ‚Transformation‘.“ (561)

2) Die „Wiederherstellung der deutschen Einheit“ betrachtete Brandt „aufgrund des internationalen Kräfteverhältnisses spätestens seit 1954 nicht mehr als politisches Nahziel, sondern als Fernziel. Er hielt schon 1950 das Deutschlandproblem nicht für den Kernpunkt und die Ursache des Kalten Krieges und war davon überzeugt, daß die Wiedererlangung der deutschen Einheit nur nach einer Änderung der internationalen Lage erreicht werden könnte. Erst musste die Entspannung – auch ohne Einbeziehung der deutschen Frage – kommen, danach war irgendwann die Wiedervereinigung möglich. Dies kehrte die Rangfolge der offiziellen Bonner Wiedervereinigungspolitik um.“ (561f.)

3) Es „können kaum Zweifel daran bestehen, dass Brandt schon Mitte der fünfziger Jahre die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als unvermeidlich, ja als eine der wichtigsten außenpolitischen Voraussetzungen für die Wiederherstellung der deutschen Einheit ansah.“ Brandts entspannungspolitischer „Leitsatz hieß: Vom Status quo ausgehen und versuchen, ihn politisch allmählich zu verändern. Diesen Grundsatz übertrug Brandt auch auf das deutsch-deutsche Verhältnis.“ (562)

4) Brandt war „seit 1955 davon überzeugt, dass die Bundesrepublik mittel- bis langfristig einer De-facto-Anerkennung der DDR nicht würde ausweichen können. Doch der Schlüssel zur deutschen Einheit lag für Willy Brandt, der deshalb als geistiger Vater der ‚Politik der kleinen Schritte‘ gelten muss, nicht in Ost-Berlin, wie Herbert Wehner zu glauben schien, sondern allein in Moskau.“ (562)

5) Nach dem Ende der Berlin-Krise „stabilisierte sich die internationale Lage so weit, dass der Weg für den von Brandt schon in den fünfziger Jahren gewünschten ... deutschen Beitrag zur Entspannungspolitik frei wurde. Dies

zog auch Kursänderungen im deutsch-deutschen Verhältnis nach sich, die der Regierende Bürgermeister als erster vollzog.“ (562)

6) „Die Erfahrung des 13. August 1961 beschleunigte diesen Prozess. Die neue Politik, deren erste praktische Auswirkung das Passierscheinabkommen vom 17. Dezember 1963 war, ist hinsichtlich ihres konzeptionellen Fundaments aber nicht auf den Mauerbau zurückzuführen. Die ideelle Basis für die „Politik der kleinen Schritte“ und die spätere „Neue Ostpolitik“ ist von Brandt lange vorher gelegt worden. Es gibt eine Kontinuität seines entspannungspolitischen Denkens, dessen Wurzeln sich bis in die Mitte der fünfziger Jahre zurückverfolgen lassen.“ (562f.)

4.5 Zur Metaphysik der Deutschen Frage: Die Barsinghausener Gespräche

Die kleine Stadt Barsinghausen (Deister) in der Region Hannover ist vor allem bekannt als Sitz des 1947 gegründeten Niedersächsischen Fußballverbands (NFV) und der dort errichteten „Sportschule“. In der Nachbarschaft liegt der Ort Wennigsen (Deister); er ist bekannt als Schauplatz einer historisch bedeutsamen Begegnung: der „Wennigser Konferenz“ vom 5.–7. Oktober 1945; hier wurde die Reorganisation der SPD beschlossen, die Leitung übernahm Kurt Schumacher (1895–1952) als „Beauftragter für die Westzonen“.

Die „Barsinghausener Gespräche“ begannen im Jahr 1958; das erste „Gespräch“ vom 28. Februar bis zum 1. März 1958 wurde zum Thema „Der geistige und politische Standort der Heimatvertriebenen“ geführt; das letzte Gespräch mit der Nr. 28 fand vom 9. bis 11. Juni 1967 statt unter dem pastoralen Titel: „Friede auf Erden“. Gesprächsort waren die weitläufigen Räumlichkeiten der „Sportschule“. Die Protokolle der Gespräche wurden ab 1961 publiziert in einer Schriftenreihe mit dem Titel: „Schriften zur deutschen Frage“; der Herausgeber war: „Der Niedersächsische Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte“, Hannover; die Redaktion lag bei Peter Nasarski, Berlin; Druck und Verlag: Gerhard Rautenberg, Leer/Ostfriesland.

4.5.1 *Das Land Niedersachsen und die Vertriebenen*

Die auf dem „Portal Niedersachsen“, dem offiziellen Portal der Niedersächsischen Landesregierung, vorliegende kurze Geschichte der Entstehung des Landes aus der Feder von Ernst Schubert¹⁷⁸ (1941–2006), dem langjährigen Direktor des Instituts für Historische Landesforschung an der Universität Göttingen und Vorsitzender der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen, gibt einen guten Einblick in die Relevanz der Themen der „Barsinghausener Gespräche“ für die politischen Debatten gerade in diesem Land.

Schubert erinnert an die Entstehungsbedingungen des Landes: „Nachdem die Wehrmacht am 4. Mai 1945 an der britischen Front kapituliert hatte, stellten Offiziere der Besatzungsmacht im staatsrechtlichen Niemandsland die Weichen. In der britischen Zone wurde der Staat Preußen für nicht existent erklärt, die alten Länder wiederhergestellt. In dem Ende 1945 gebildeten ‚Gebietsrat Niedersachsen‘, dem Funktionen der früheren obersten Reichsbehörden unter der Kontrolle der Besatzungsmacht übertragen worden waren, erscheint der Sozialdemokrat Hinrich Wilhelm Kopf, der spätere Ministerpräsident als der führende Mann. Seinem Geschick vor allem war es zu verdanken, daß aus den 16 Plänen zur Neugestaltung des Raumes, begleitet von einem schwierigen Meinungsbildungsprozeß, sich trotz aller regionaler Widerstände das spätere Bundesland Niedersachsen herausbildete.“

Das Land Niedersachsen ging hervor aus den ehemaligen Ländern Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Schaumburg-Lippe: Durch „die Verordnung Nr. 55 der Militärregierung Deutschlands (Britisches Kontrollgebiet) wurden die vier Länder zu dem neuen Lande mit dem Namen ‚Niedersachsen‘ vereinigt. Diese Verordnung, die im ‚Amtsblatt der Militärregierung – Britisches Kontrollgebiet‘ Nr. 15 veröffentlicht wurde, trat gemäß ihrem Artikel VIII am 1. November 1946 in Kraft, obgleich die Militärregierung für die Region Hannover die Verordnung Nr. 55 erst mit einem Schreiben vom 8. November dem Vorsitzenden des ‚Gebietsrates Niedersachsen‘ mit dem Ersuchen übersandte, sie ‚allen beteiligten Personen mit möglichst geringer Verzögerung zu übermitteln.“¹⁷⁹

178 Schubert, Ernst: Geschichte des Landes Niedersachsen: [www. Portal Niedersachsen](http://www.portal-niedersachsen.de)

179 Niedersächsische Landeszentrale f. politische Bildung: Die Entstehung des Landes Niedersachsen, in: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland u. Vorläufige niedersächsische Verfassung, S. X f., o.O., o.J. (= 1960)) Schubert spricht im Unterschied zu diesem Text „vom 8. November 1946“ als dem Tag des Inkrafttretens.

Die Reorganisation der politischen Parteien dauerte auch am 20. April 1947 noch an, als „der von der Militärregierung eingesetzte Landtag durch eine frei gewählte Volksvertretung abgelöst“ wurde; am „schnellsten hatte sich die SPD konsolidiert, deren Parteizentrum unter Kurt Schumacher in enger Beziehung zum Londoner Exilvorstand der Partei in Hannover lag. Die CDU stand vor größeren Problemen. Das Zentrum einerseits (erst mit der Landtagswahl von 1955 aus der niedersächsischen Politik ausscheidend) und DP (Deutsche Partei) sowie BHE (Bund der Heimatlosen und Entrechteten) andererseits begrenzten ihre Wählerschichten. Als 1963 die genannten Parteien nicht mehr zur Landtagswahl antraten, hatte die CDU die Zahl ihrer Landtagssitze seit 1947 von 30 auf 62 verdoppeln können.“¹⁸⁰ Die Bedeutung der Parteien mit engem Bezug zu den Heimatvertriebenen erhellt auch daraus, dass in der Dritten Wahlperiode (6. Mai 1955 bis 5. Mai 1959) nach einer Neubildung am 26. Mai 1955 Heinrich Hellwege (DP) Ministerpräsident wurde.

Der schwierige Prozess, den „Aufbau der Demokratie in Niedersachsen – am 13. April 1951 war die vorläufige niedersächsische Verfassung in Kraft getreten –“ in die Wege zu leiten, wurde „von dem großen Problem der Integration der Flüchtlinge begleitet. Im Jahre 1951 bildeten Vertriebene und Flüchtlinge 30 Prozent der niedersächsischen Bevölkerung. Sie hatten vielfach schlimme Zeiten hinter sich, mußten zunächst zumeist in Lagern und Baracken leben, die Spannungen mit der einheimischen Bevölkerung waren anfangs beträchtlich. Daß dennoch die Integration gelang, spiegelt sich im Niedergang jener Partei wider, die zunächst als BHE und später als Gesamtdeutsche Partei sich den Anliegen der Flüchtlinge verschrieben hatte, die 1951 fast 15 Prozent der Stimmen gewinnen konnte, aber seit 1963 nicht mehr im Landtag vertreten war. Diese Integration stellt wohl die bedeutendste historische Leistung der niedersächsischen Zeitgeschichte dar, sie ist ein Zeichen für die Stabilität des 1946 geschaffenen demokratischen Gemeinwesens.“¹⁸¹

Der Bund der Vertriebenen, Landesverband Niedersachsen e.V. gibt auf seiner homepage¹⁸² folgende in diesem Kontext interessierende Daten an:

- „1944–1950: Durch Flucht und Vertreibung verlieren 12,5 Millionen Menschen aus Ostdeutschland, dem Sudetenland und den südosteuropäi-

180 Schubert, a.a.O.

181 Schubert, a.a.O.

182 www.bdv-lv-niedersachsen

schen Siedlungsgebieten ihre Heimat, von denen bis 1950 7,9 Millionen in der Bundesrepublik und 4,065 Millionen in der SBZ/DDR Aufnahme finden.

- 11.6.1947: Verabschiedung des Gesetzes über die Flüchtlingsbetreuung im Lande Niedersachsen, das die Aufgaben und Arbeit der Betreuungsbehörden und die -hierarchie bis hin zur Ministerebene des Landes regelt.
- 9.6.1948: Heinrich Albertz wird niedersächsischer Minister für Flüchtlingsangelegenheiten. Mit der Gründung des Ministeriums zwei Tage später wurde die oberste Flüchtlingsbehörde des Landes gegründet.
- 19.1.1949: Einführung eines speziellen Flüchtlingsausweises für Niedersachsen, um diese exakt zu erfassen und betreuen zu können.
- 1949: Zusammenschluss der auf Bundesebene organisierten heimatpolitischen Verbände zu den Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften (VOL).
- 1949: Hans Lukascheck wird Bundesminister für Angelegenheiten der Vertriebenen.
- 1950: Niedersachsen nimmt bis 1950 1.847 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene auf (mehr als Neuseeland zu diesem Zeitpunkt Einwohner hatte). In Niedersachsen liegt der Bevölkerungsanteil der Flüchtlinge und Vertriebenen bei 27,2 Prozent der Gesamtbevölkerung.
- 1950: Gründung der Partei Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE).
- 5.8.1950: Unterzeichnung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen; Auftakt zum ersten Tag der Heimat.
- 18.11.1951: Gründung des Bundes der Vertriebenen Deutschen (BvD), in dem der ZvD aufgeht, in Hannover.
- 18.8.1952: Nach Beitritt weiterer Landsmannschaften und Straffung der Organisation werden die VOL in den Verband der Landsmannschaften (VdL) überführt.
- 19.5.1953: Das Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz (BVFG) wird erlassen und definiert Flüchtlinge und Vertriebene.
- 27.10.1957: Gründung des Bundes der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände (BdV).
- 2.11.1958: Gründung des Bundes der Vertriebenen – Landesverband Niedersachsen, Vereinigte Landsmannschaften und Kreisverbände.“

Auf der politisch exekutiven Ebene schlug sich diese Problemlage in der „Niedersächsischen Staatsregierung“ nieder: für sie wurde ein eigenes Ressort

seit der ersten Wahlperiode 1947 eingerichtet; es bestand fort bis zum Ende der sechsten Wahlperiode im Juni 1970; erst danach wurde es abgeschafft. Die nachfolgende Aufstellung nennt die Minister:

Erste Wahlperiode (20. April 1947 bis 30. April 1951/Umbildung am 9. Juni 1948): Minister für die Flüchtlingsangelegenheiten: Heinrich Albertz (SPD).

Zweite Wahlperiode (6. Mai 1951 bis 5. Mai 1955) und Dritte Wahlperiode (6. Mai 1955 bis 5. Mai 1959) und Vierte Wahlperiode (6. Mai 1959 bis 5. Mai 1963): Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte: Erich Schellhaus (GB/BHE).

Fünfte Wahlperiode (20. Mai 1963 bis 5. Juni 1967): Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte: Albert Höft (SPD) – am 12. Juni 1964 zurückgetreten; Dr. Curt Miehe (SPD) – seit 24. Juni 1964; am 6. Juli 1965 verstorben; Maria Meyer-Sevenich (SPD) – seit 13. Oktober 1965.

Sechste Wahlperiode (6. Juni 1967 bis 20. Juni 1970): Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Bundesangelegenheiten: Herbert Hellmann (SPD)¹⁸³.

4.5.2 *Die Barsinghausener Gespräche und ihre Initiatoren*

Der erste Band der Protokolle der Gespräche in Barsinghausen erschien im Mai 1961 unter dem Titel „Die Barsinghausener Gespräche (1–4)“¹⁸⁴ in einer Schriftenreihe, die vom Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte herausgegeben wurde; der Minister hieß Erich Schellhaus (GB/BHE). Den Band eröffnen einige Geleitworte; sie geben Aufschluss über den Zweck, den Charakter und die Initiatoren der „Barsinghausener Gespräche“¹⁸⁵.

Die „Vorbemerkung“ des Redakteurs begründet die Aufnahme der Protokolle der „Gespräche“ in die Reihe „Schriften zur deutschen Frage“ damit, dass sich deren „Themenbogen zu allen Teilen unseres zerrissenen Vaterlandes“ spannt; und niemand, „dem die Wiedervereinigung Deutschlands am Herzen liegt, kann BERLIN aus diesem Bogen ausklammern, niemand, der die deutsche Frage zugleich als europäische Schicksalsfrage empfindet, wird die his-

183 Der Präsident des Niedersächsischen Landtages, Referat für Presse, Öffentlichkeitsarbeit, Protokoll, Online-Ausgabe vom 17. April 2013.

184 Der Niedersächsische Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte (Hrsg.): Die Barsinghausener Gespräche (1–4), Leer (Ostfr.) 1961

185 Zukünftig: „Gespräche“ – Nachweise der Zitate im Text.

torischen Zusammenhänge und die jahrtausendalte, enge Verkettung der ostdeutschen Provinzen mit der Geschichte der slawischen Nachbarn außer Betracht lassen können.“ (5) Und es werde in den „Beiträgen dieses Bandes der Hintergrund erhellt, vor dem das tragische Schicksal abrollt, in dessen Mittelpunkt unsere Landsleute von jenseits der Elbe und Werra stehen.“ (5f.) Daher sollen die „Gespräche“ auch zukünftig „die in sich geschlossenen Themenkreise unserer Schriftenreihe“ (6) ergänzen.

Zugleich weist der Redakteur auf eine Eigenart der Wiedergabe der „Gespräche“ hin, die nicht nur schlichte Protokolle der Reden, sondern *mehr* sein sollen: die Teilnehmer „selbst indessen haben einen Anspruch auf den Versuch einer abrundenden Aussage und Wertung.“ (6) Warum „die Ergebnisse und Erkenntnisse“ nicht „allein mit dem Maßstab der Referate an sich und der Prominenz der Redner“ beurteilt werden könnten, warum also eine rationale durch eine *höhere*, quasi metaphysische Ebene komplettiert werden muss, ergibt sich daraus, dass das „gemeinsame Suchen nach gültiger Aussage“ den „tieferen Sinn und jene seltsame Ausstrahlungskraft“ (6) der „Gespräche“ bestimme. Diese Eigenart der „Gespräche“ erfordere eine besondere Aufgabe: die einer „abrundenden Aussage und Wertung“; sie wird in den Publikationen der Protokolle i. d. R. einem der Initiatoren der „Gespräche“, dem Theologen Werner Petersmann übertragen.

Der Regierungsrat im Ministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte, Hans Beske, übernimmt in seinem Begleitwort unter dem Titel „Barsinghausen – die praktizierte Demokratie“ den Versuch einer inhaltlichen Bestimmung der „Gespräche“ als Frage danach, was als ein „neuer Stil in der Vertriebenen- und Ostpolitik“ gelten könnte, und gelangt zur Antwort, dies sei „der Durchbruch der Verbände und vieler im kirchlichen und weltlichen Raum für Vertriebenenfragen tätiger Menschen zu einem klaren gesamtdeutschen Bewußsein als Grundlage und Aufgabe ihrer Arbeit“. (7) Zwar sei durch die gelungene Integration die „materielle Überwindung des schweren Sonderschicksals“ der Vertriebenen geglückt, aber „Essen und Trinken sind nur eine der wichtigen Komponenten des menschlichen Lebens, vom Leben eines Volkes und Staates ganz zu schweigen.“ (7)

Aus diesem *metaphysischen Hunger* heraus schlossen sich die „in Vertriebenen- und Ostfragen tätigen Verbände Niedersachsens“ im Jahr 1957/58 „im Arbeitskreis für Ostfragen“ in Hannover zusammen, „um Bilanz zu ziehen, den nachkriegsdeutschen Standort aus Geschichte und Gegenwart festzustellen und über den künftigen Weg gemeinsam nachzudenken.“ (7) Anspruch

und Bedeutung der „Gespräche“ fasst Beske so zusammen: Die „viermal jährlich stattfindenden ‚Barsinghausener Gespräche‘ mit jeweils etwa 100 Teilnehmern“ bieten daher „nicht nur Gelegenheit zur Selbstbesinnung, Standortfindung, Analyse und Durchdenkung der ost- und gesamtdeutschen Problematik, sie sind auch ein Ort, wo Parlamentarier aus Berlin und dem ganzen Bundesgebiet, Kirchenmänner und Ostpolitiker der Verbände, Wissenschaftler und Publizisten nach Lösungen suchen, die ihren Weg über Niedersachsen hinaus in die Verbände und die praktische Politik finden.“ (8) Im „Sporthotel“, so Beske, herrsche ein „Geist von Barsinghausen“, der „keine verletzenden Ressentiments, Ansprüche und Revisionsanliegen, sondern das offene Ohr“ hervorbringe. Ein „christlich geprägter großer Kreis verantwortungsfreudiger Männer und Frauen“ bekenne sich hier „zur Sache und zu einem ehrlichen Miteinander der Landsleute wie der Völker.“ (8)

Auf die Entstehungsgeschichte der „Gespräche“ geht der Beitrag von Gerhard Rauhut ein, der unter dem Titel „Partnerschaft“ zunächst deren quasi kosmologische Bedeutung hervorhebt, indem er sie einordnet in die „Gespräche zwischen Kirche und Welt“, in denen sie „ihren eigenen Ausgangspunkt und ihre eigene Prägung gewonnen“ (9) hätten. Er nennt die beteiligten Verbände und – allerdings ohne Zeitangaben – die Organisationsgeschichte: Die Vorgeschichte der „Gespräche“ beginnt damit, „daß der Konvent der zerstreuten evangelischen Ostkirchen zu seinen Tagungen zunächst evangelische Vertreter in den Vertriebenenverbänden“ (9) eingeladen hatte. In „diesem ersten Stadium war die evangelische Seite noch Träger der Gespräche.“ (9)

Nach dem Ende der Vorgeschichte beginnt die Geschichte: Aus dem entstehenden „Vertrauensverhältnis“ zwischen „den Männern aus dem Bereich des öffentlichen Lebens und der Kirche“ kam es dann schließlich „zur Gründung des Arbeitskreises für Ostfragen als Träger der Barsinghausener Gespräche auf der Basis der Partnerschaft zunächst zwischen Vertretern der evangelischen Kirche aus dem Konvent der zerstreuten evangelischen Ostkirchen und Vertretern der Vertriebenenverbände. Später trat auch der Deutsche Katholische Flüchtlingsrat dem Arbeitskreis bei.“ Damit sei eine interkonfessionelle „Partnerschaft“ entstanden, die für die Bundesrepublik „einmalig“ sei, die das „Profil“ der „Gespräche“ bestimmt habe, in dem Sinn, dass es die „besondere Aufgabe der Konfessionen“ bleibt, „immer wieder den transzendentalen (sic!) Hintergrund aller, oder auch bestimmter Vorgänge aufzuhellen im Sinn einer letzten Sinndeutung alles menschlichen Redens und Handelns.“ (9)

Der letzte der einführenden Beiträge stammt vom Theologen Werner Petersmann, der schon, wie seine o.g. Funktion nahelegt, unter dem Titel „Die Tagungsthemen“ (11) eine Überblicksdarstellung vorlegt, die bemerkenswerterweise aus der Perspektive von „zehn“ „Gesprächen“ (in dem vorliegenden Band werden lediglich vier dokumentiert) geschrieben wurde. Das „Wesen“ der „Barsinghausener Gespräche“ solle sich „in zwei „augenfälligen Gesichtszügen“ ausdrücken: es handele sich *nicht* um einen von einzelnen „Persönlichkeiten“ zufällig organisierten „Diskussionsort“. Worum es sich in Wahrheit handelt, verdeutlicht Petersmann mit dem berüchtigten Topos vom ‚Walten der Geschichte‘: es „sind vielmehr Verbände selbst, die hier eine zusammenfügende Geschichte organisch zu schöpferischer Arbeitsgemeinschaft verknüpft hat.“ Und der „zweite augenfällige Zug“ bestehe in dem „vertrauensvollen Miteinander“, in dem sich „Kirche und Welt zu gemeinsamen Bemühen“ (11) zusammengefunden haben.

Da Petersmann zufolge das Walten der Geschichte die äußere Form, das „eigentümliche Erscheinungsbild“ der „Gespräche“, bestimme, überrascht es nicht, dass Petersmann in der Lage ist, auch deren „innere Wesensmerkmale“ zu nennen: sie bestehen darin, dass alle Teilnehmer ihre partikularen Interessen hinter sich gelassen haben, denn es „geht um eine gemeinschaftliche gründliche Bemühung um die Sache selbst und um ihre allgemeingültigen Belange und Bezüge, um die in ihr enthaltenen Fragen, Aufgaben und Möglichkeiten, die allen partei- und tagespolitischen Entscheidungen, allen konkreten Programmen und praktikablen Rezepten vorausgehen muß.“ (11)

Diese an Husserl erinnernde Wendung zu den „Sachen selbst“ setzt hier allerdings nicht eine Epochè voraus, sondern das „gegenseitige Vertrauen und das gemeinschaftliche offene und ehrliche Ringen“ – und genau dies charakterisiere die „Gespräche“. Und Petersmann zieht daher, um diesen spezifischen „Geist von Barsinghausen“ (Beske) zu verdeutlichen, folgende Analogie: „Wir Älteren haben wohl alle früher von den Lagerfeuern der Jugendbewegung bis etwa zu intensiven Zeitlupen-Aussprachen in der Sauna des Ostens oder in dem langen Atem an den dunklen Abenden hinter dem Stacheldraht der sich hinziehenden russischen Kriegsgefangenenjahre um die Magie eines echten ‚Gesprächs‘ gerungen. Hier ist ... eine zeitgemäße Art solch echten ‚Gesprächs‘ um ‚die Sache‘ entstanden und wirkt sich lebendig und fruchtbar aus.“ (11)

Die Wendung zu den „Sachen selbst“ umfasst, so Petersmann, „mehr als anderswo den realistischen Vordergrund der Weltbühne in seiner konkreten

Wirklichkeit und den Hintergrund mit seinen letzten Aspekten“. Diese Sachlichkeit „faßt vom harten Rand der Tatsachen und historischen Wandlungen bis zu den ewigen Horizonten kritisch die Ganzheit der Realität ins Auge, wie es der tiefgründigen Tradition unseres christlichen Abendlandes entspricht.“ (12) Der von Petersmann hier formulierte Anspruch einer Erkenntnis der „Ganzheit der Realität“, wie sie Religionen und totalitären Ideologien eignet, bestimmt auch den Charakter der „Zusammenfassungen“ der „Gespräche“ aus seiner Feder: „Sie sind nicht einfach photographische oder skizzierte Wiedergabe und Bilanz der Vorträge und Diskussionen in einer Nußschale, sondern vielmehr eine noch einmal umgreifende und kritische Beleuchtung im Sinn dieser ‚Ganzheit.‘“ (12)

4.5.3 *Anmerkungen zu Werner Petersmann*

Die eben zitierten Einlassungen des Theologen Werner Petersmann zum ‚Walten der Geschichte‘, zur Wendung zu den ‚Sachen selbst‘ und zur Möglichkeit der Erkenntnis der ‚Ganzheit der Realität‘ sind nicht nur als theoretisch problematische Aussagen von Interesse, sondern vor allem deshalb, weil ihr Gebrauch auf Kernelemente der modernen totalitären Ideologien referiert. Der von Petersmann formulierte Anspruch auf Erkenntnis einer „Ganzheit der Realität“ bezeichnet ein die Moderne bestimmendes erkenntnistheoretisches Problem, das, auf das Feld des Politischen gewendet, als das Problem der Einheit der Gesellschaft zu bezeichnen ist. Deren vermeintlicher Verlust wird mit den bekannten kulturkritischen Topoi wie ‚Zerrissenheit‘, ‚Verlassenheit‘, ‚Atomisierung beklagt; die totalitäre Politik hat versucht, darauf eine Antwort zu geben in Gestalt einer imaginierten ‚Ganzheit‘. Zugrunde liegt, gesellschaftstheoretisch formuliert, das Problem des Verhältnisses von Emanzipation und Entzweiung. Emanzipation wird im Zeichen der Französischen Revolution und der Allgemeinheit der Freiheit begrifflich gefasst als Unterscheidung von Staat und bürgerlicher Gesellschaft. Hegel bestimmt diese Differenz positiv, als „Emanzipation des Staats von der Gesellschaft, der Gesellschaft vom Staat, die sich beide erst so in ihr wahres Verhältnis setzen.“¹⁸⁶

186 Riedel, Manfred, Der Begriff der ‚Bürgerlichen Gesellschaft‘ und das Problem seines geschichtlichen Ursprungs, in: M. Riedel, Studien zu Hegels Rechtsphilosophie, Frankfurt/M. 1969, S. 135–166, hier: S. 140.

Als Komplement der *Emanzipation* erweist sich die *Entzweiung*: Mit der Herrschaft über die Natur schafft die Gesellschaft einerseits die „Bedingung der Freiheit für alle“, andererseits bricht sie „als die ‚Macht der Differenz und Entzweiung‘ in die geschichtliche Welt ein. Sie bringt den Menschen in eine gesellschaftliche Existenz, für die alles, was er aus den Substanzen seiner geschichtlichen Herkunft in sich und für sich ist, keine Bedeutung hat. In dieser Entzweiung zerreißt die Kontinuität der Geschichte. Die geistige, sittliche, in der langen Arbeit der Weltgeschichte gebildete Welt und das durch die Gesellschaft gesetzte, auf ihr in der Arbeit vermittelte Naturverhältnis beschränkte Sein des Menschen treten auseinander. Die mit der Gesellschaft beginnende Zukunft verhält sich diskontinuierlich zur Herkunft.“¹⁸⁷

Die kulturkritischen *negativen* Wertungen der ‚Zerrissenheit des Zeitalters‘ und die Antworten des Denkens, die beide versuchen der ‚Entzweiung‘ mit einer schlichten Antithese in Gestalt einer vermeintlich restituierbaren ‚Ganzheit‘ zu begegnen, können nicht als unterkomplexe theoretische Positionen gelten, sondern es handelt sich um Remythisierungen historischer Prozesse, die die reaktionär-totalitäre Position in korrespondierende mytho-politische Handlungsprogramme übersetzt hat.¹⁸⁸

Eine Analyse der von diesen Prämissen geprägten ‚Zusammenfassungen‘ der ‚Gespräche‘ aus der Feder von Werner Petersmann würde zur Erhellung dieser Problematik beitragen und bleibt ein Desiderat der Forschung. Aber auch ohne eine solche Hermeneutik der Elemente einer reaktionären politischen Mythologie ergeben sich schon aus der äußerlich nachvollziehbaren theologisch-politischen Karriere von Petersmann eindeutige Belege für den skizzierten Gehalt seiner Ideologie; dazu tragen bereits die beiden folgenden Hinweise bei.

4.5.3.1 Petersmann als Kandidat der NPD

Am 28. September 1969 fand die Wahl zum 6. Deutschen Bundestag. Für den Ausgang der Wahl war das Abschneiden der NPD, die bei den vorangegangenen Landtagswahlen 1967 in Niedersachsen, und 1968 in Baden-Württemberg den Einzug ins Parlament geschafft hatte, von großer Bedeu-

187 Ritter, Joachim: Subjektivität und industrielle Gesellschaft. Zu Hegels Theorie der Subjektivität, in: Ritter, J.: Subjektivität, Frankfurt/M. 1974, S. 11–35, hier: S. 26f.

188 Vgl. dazu: Finke, Klaus: Politik und Film in der DDR. Zum heroischen Selbstbild des Kommunismus im DEFA-Film, Bd. 1, Oldenburg 2007, S. 462 ff.

tung; sie verfehlte knapp den Einzug in den Bundestag. Damit waren die Bedingungen für die Bildung einer Koalition aus SPD und FDP und für die Umsetzung der Brandtschen „Neue Ostpolitik“ gegeben.

Auf dem Spitzenplatz ihrer niedersächsischen Landesliste kandidierte Dr. Werner Petersmann für die NPD bei dieser Wahl. Der Göttinger Pfarrer i.R. Hartwig Hohnsbein notiert zu dem Kandidaten folgendes: „Petersmann, Jahrgang 1901, hatte von 1953 bis Januar 1969 in der Lukas-Gemeinde in Hannover-Vahrenwald amtiert. Er galt als Fachmann für ‚Vertriebenenfragen‘ und war deshalb in der Landeskirche Hannovers zum Vorsitzenden des ‚Landeskonvents Hannover der zerstreuten Ostkirchen‘ bestellt worden. Daneben begründete er mit einem ‚Arbeitskreis für Ostfragen‘ ab 1957 die ‚Barsinghäuser Gespräche‘, die eine Plattform für Politiker bot, die sich berufsmäßig mit ‚Vertriebenenfragen‘ beschäftigten. (...) Theologisch blieb Petersmann sich zeitlebens treu. Er hatte in den 20er Jahren von dem führenden lutherischen Theologen Paul Althaus die ‚Theologie der Schöpfungsordnungen‘ mit der Heiligsprechung von ‚Blut und Rasse‘, ‚Stamm und Volk‘, ‚Scholle und Boden‘ mit dem Vorrang der ‚deutschen Art‘ gelernt und sie 1934 in dem Buch ‚Die heilige Sache der Deutschen Christen!‘ beschrieben. Ab 1939 war er Mitarbeiter am ‚Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben‘. Er hielt sich viel darauf zugute, dazu beitragen zu können, daß ‚die kommenden Pfarrerkonvente in der Deutschen Evangelischen Kirche insgesamt das Thema der Bekämpfung des Judentums behandeln werden‘.“¹⁸⁹

4.5.3.2 Petersmann und die Aktion Widerstand

Da die NPD bei der o. g. Wahl mit 4,3 % Stimmenanteil den Einzug in den Bundestag verfehlt hatte, verstärkte sie ihre außerparlamentarischen Aktivitäten mit der Gründung einer ganzen Reihe von Organisationen; eine davon war die „Aktion Widerstand“, die allerdings nur eine episodische Erscheinung blieb und sich nach ihrer Gründung im Oktober 1970 bereits im folgenden Jahr wieder auflöste. Bei der Gründungsveranstaltung dieser sich militant gebenden Gruppierung trat auch Werner Petersmann auf.

Der Historiker Armin Boyens äußert sich zu Beginn seines Beitrags für die Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte über Entstehung und Bedeutung des

189 Hohnsbein, Hartwig: Erfahrungen mit einem NS-Pfarrer, in: Ossietzky . Zweiwochenschrift für Politik, Kultur, Wirtschaft, 18/2009 (online-Ausgabe, o.O., n. p.)

Stuttgarter Schuldbekennnisses vom 19. Oktober 1945 zu Petersmann: „Am 18. Oktober 1970, 25 Jahre nach dem Ereignis vom Oktober 1945, fand im deutschen Fernsehen eine Diskussion über die Stuttgarter Erklärung statt, an der auch Bundespräsident Gustav Heinemann teilnahm. Er war 1945 eines der drei Laienmitglieder des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und gehört zu den Unterzeichnern des sogenannten ‚Schuldbekennnisses‘. Gegen seinen Wortlaut und gegen das Faktum selbst richteten rechtsradikale Kreise in der Bundesrepublik zwei Wochen später unter Bezug auf diese Fernsehdiskussion einen heftigen Angriff. Besonders geschah das in dem Referat, das bei der Gründung der ‚Aktion Widerstand‘ am 31. Oktober 1970 in Würzburg W. Petersmann hielt.“¹⁹⁰

In einer Fußnote erläutert Boyens folgendes zu diesem Referenten: „Professor Dr. theol. Werner Petersmann, ehemaliger ‚Deutscher Christ‘, Pfarrer i. R., war u.a. Spitzenkandidat der NPD im niedersächsischen Bundestagswahlkampf.“ Boyens fährt fort: Petermanns „Angriff stützte sich auf zwei Behauptungen: Einmal, das Schuldbekennnis sei seinen Bekennern, d. h. dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), vom Weltkirchenrat aufgedrängt worden.“ Boyens zitiert in einer Fußnote Petersmanns Behauptung: „Nun stimmt es schon gar nicht, daß dies deutsche kirchliche Schuldbekennnis des Rates ein spontaner Ausdruck war, aus eigener Initiative. Vielmehr drängten die Vertreter des Weltkirchenrates darauf, als Bedingung ihrer ökumenischen Hilfe“. Vgl. Evangelischer Pressedienst (Epd) Dokumentation Nr. 50/1970, S. 41. Dasselbst auch die folgenden Zitate.“¹⁹¹

Die zweite Behauptung, so Boyens, lautet: Das „Schuldbekennnis des Rates der EKD sei ein ‚politisches Bekenntnis‘ der Kollektivschuld des deutschen Volkes. Die Anklage gipfelte in der These, das Schuldbekennnis ‚erzeugte den Schuldmasochismus. ... Er ist die Grundlage für das sühnende Verzichtdenken, das sich politisch bis heute und gerade heute auswirkt‘. Gegen die Tendenz, die Stuttgarter Erklärung ‚hochzujubeln‘, rief Petersmann zu energischem Widerstand auf.“¹⁹²

Diese beiden Hinweise zu markanten politischen Handlungen Petersmanns sind nicht nachträglich an den Autor der „Zusammenfassungen“ herangetra-

190 Boyens, Armin: Das Stuttgarter Schuldbekennnis vom 19. Oktober 1945 – Entstehung und Bedeutung, in: VfZ 19 (1971), S. 374–397, hier: S. 374.

191 Ebd.

192 Ebd.

gene Positionen; es ist umgekehrt: seine Einlassungen zu den „Barsinghausener Gesprächen“ mit den sie fundierenden erkenntnistheoretischen Prämissen haben folgerichtig diese politischen Implikationen. Der „Geist von Barsinghausen“ war also in nicht unerheblicher Weise von einem theologisch-politischen Denken bestimmt, das als strikte Gegnerschaft zur „Neuen Ostpolitik“ gelten kann, so wie es eine Losung der „Aktion Widerstand“ plakativ formulierte: „Brandt an die Wand.“

4.5.4 *Anmerkungen zu Hans Beske*

Ein weiterer entscheidender Initiator und zugleich wichtiger Repräsentant der Barsinghausener Gespräche war Hans Beske, Mitarbeiter im Ministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte. Die plakative Losung, die das Ende seines Engagements markiert, lautete: „Der Mann muss weg!“

Mit dieser Überschrift begann ein Beitrag von Haug von Kuenheim in der Wochenschrift „Die Zeit“ im Juni 1966, der im Untertitel folgende Präzisierung folgte: „Oberregierungsrat Beske – vertrieben von den Vertriebenen.“¹⁹³ Die Pointe erschließt sich, wenn der Urheber der Forderung ins Spiel kommt: sie wurde erhoben von Wenzel Jaksch, einem führenden Vertriebenenfunktionär und SPD-Mitglied, dem die Nähe Beskes, des früheren BHE-, aber des jetzigen SPD-Mitglieds zu Positionen der Politik Brandts entschieden zu weit ging. Was folgte, war ein politisches Lehrstück mit dem Titel *Kabale und Lüge*.

Hans Beske war seit sieben Jahren Referatsleiter für gesamtdeutsche Fragen im Niedersächsischen Vertriebenenministerium; seit dem 13.10.1965 amtierte als Ministerin für die SPD Maria Meyer-Sevenich. Und sie war Teil eines Intrigenspiels, das von Kabalisten aller Couleur mit dem Ziel geführt wurde, Beske aus dem Amt zu entfernen. Mit Erfolg: am 11. Februar 1966 musste er „seinen Platz räumen“; es folgten „Zwangsurlaub, Versetzung als Oberregierungsrat in das Landesverwaltungsamt, Disziplinarverfahren.“ Die im Raum stehenden Vorwürfe lauteten auf „Spionage und verbotene Ostkontakte.“ Diese „massiven“ Vorwürfe schrumpften, als sich ihre Haltlosigkeit erwies, plötzlich zu dienstrechtlichen Verfehlungen. Diese erstaunlich durchsichtigen Anwürfe sollten „aber nur die Erbitterung einiger Vertriebenen-Funktionäre

193 Die Zeit Nr. 26 v. 24. Juni 1966.

über den Oberregierungsrat kaschieren. Sie gipfelte in der Forderung des Präsidenten der Vertriebenen, Wenzel Jaksch: „Der Mann muß weg!“¹⁹⁴

Um diesen Fall, von dem „Der Spiegel“¹⁹⁵ unter dem Rubrum „Affären/Vertriebene: Versöhnende Richtung“ ebenfalls berichtete, verstehen zu können, ist ein Blick auf Beskes politischen Werdegang hilfreich: Hans Beske wurde 1917 in Landsberg an der Warthe geboren; nach dem Krieg war er „BHE – Ratsherr in Hannover und Vertreter der Deutschen Jugend des Ostens“; der „energische und ideenreiche Beske“ wurde „für viele Vertriebene ein Paradeferd.“¹⁹⁶ Nach der Landtagswahl im Jahr 1959 musste die SPD bei den Koalitionsverhandlungen auf den BHE zugehen, um die Regierung bilden zu können. Damit begann der „jähle Aufstieg eines bislang unbekanntem Verwaltungsangestellten“; der „über Nacht zum leitenden Beamten avancierte 42-jährige Diplomvolkswirt Hans Beske“ übernahm „ein Amt, das er nach dem Willen des BHE-Landesvorsitzenden Hermann Ahrens („Hermann der Entrechtete“)¹⁹⁷ bekommen hatte, nämlich das „eigens für ihn geschaffenen ‚Referat für gesamtdeutsche Aufgaben‘“, kurz: Er wurde zu einem „niedersächsischen Lemmer“.¹⁹⁸

Beske kümmerte sich „nicht mehr um Parteipolitik. Er stürzte sich wie ein Besessener in seine neue Arbeit“ und erarbeitete ein „politisches Konzept, das von der offiziellen Vertriebenenpolitik abwich und statt Restauration von der Neibe bis zur Memel oder billigem Verzieht einen ‚dritten Weg‘ proklamierte: Verständigung und Versöhnung mit dem Osten.“¹⁹⁸ Dass Beske von dem jeweiligen Minister Rückendeckung für die Arbeit im „Referat II B“ erhielt, zeigt sich in der finanziellen Ausstattung: „1,765 Millionen Mark standen Beske schließlich jährlich zur Verfügung“; er „finanzierte damit den Arbeitskreis für Ostfragen, die Barsinghausen Gespräche, die Niedersächsi-

194 Alle Zitate H. v. Kuenheim, Die Zeit, 26/1966.

195 Nr. 11/1966 – Der Autor wird, wie i.d.R. üblich in diesem Blatt, namentlich nicht genannt; er enthält aber inhaltlich identische und wortidentische Passagen mit dem o.g. Zeit-Artikel von H. v. Kuenheim; daher liegt die Vermutung nahe, es handelt sich um den gleichen Autor – wie auch in der weiteren Berichterstattung der beiden Blätter zu diesem Fall: Spiegel 50/1968; Zeit 15.11.68;06.12.68. Zu der Spiegel-spezifischen Sprache dieses „Nachrichtenmagazins“, zu der es gehört, den Autorennamen nicht zu nennen, vgl. die brillante Analyse von Enzensberger aus dem Jahr 1954: Enzensberger, H. M.: Die Sprache des Spiegel, in: Einzelheiten I. Bewußtseins-Industrie, Frankf./M. 1965, S. 74–101.

196 Die Zeit 26/1966.

197 Der Spiegel, Nr. 20/1960 v. 11.05.1960, Titel: BHE Lemmers Gegenstelle.

198 Die Zeit 26/1966.

sche Arbeitsgemeinschaft für gesamtdeutsche Aufgaben, Veranstaltungsreisen für Studenten und Schüler, den Informationsdienst ‚Stimmen aus Ost und West‘ und die Zeitschrift ‚Europäische Begegnung‘. Ohne Beske waren diese Organisationen, die er leitete, die Publikationen, die er redigierte, nicht denkbar. Der Oberregierungsrat machte sich unentbehrlich und – unbeliebt.“ Dies in erster Linie bei Vertretern der Vertriebenen; sie beobachteten „voller Argwohn“ die Richtung, die „ihr ehemaliger Gefährte“¹⁹⁹ einschlug: „Die Vertriebenenverbände griffen den ‚heimlichen Außenminister von Niedersachsen‘ Beske an. Er war ihnen zu versöhnlicherisch, und voller Unmut lasen sie, was Beske über Ostblindheit, Ostfremdheit und über die ‚Kontaktschwäche zum Osten‘ schrieb: ‚Dort, wo die offiziellen Beziehungen fehlen und die Staaten gegeneinander abgeriegelt sind, müssen verständige und mutige Menschen Wege zueinander finden in Wissenschaft, Kultur und Publizistik und persönlicher Begegnung. Wer sich in dieser Verpflichtung hinter einem mangelnden offiziellen Auftrag verschanzt, hilft nur, die Trennung aufrechtzuerhalten‘.“²⁰⁰ Diese ganz i.S. der Brandtschen Konzeption liegende Position und andere Aktivitäten Beskes ergaben eine Fülle von Ärgernissen für die Vertriebenenfunktionäre; den „letzten Anstoß“ für eine energische Intervention lieferte eine Veranstaltung in „Bad Boll, wo er mit Wenzel Jaksch über die EKD-Denkschrift diskutierte. Seine Zustimmung zu dem Versöhnungsvorstoß der Kirche war dem Vertriebenen-Präsidenten zu viel. Er blies zum Gegenangriff“²⁰¹ – mit der o. g. Losung.

Am Ende der Kampagne stand ein Verfahren vor dem Verwaltungsgericht: Fast drei Jahre lang hatten „auf Anweisung des niedersächsischen Vertriebenenministeriums“ zwei Mitarbeiter Material gegen „Oberregierungsrat Hans Beske, 54, ehemals Chef des Gesamtdeutschen Referats“ zusammengetragen. Vor dem Verwaltungsgerichts Hannover mussten diese Mitarbeiter des Ministeriums erleben, wie Stück für Stück der „Anschuldigungsschrift“, die sie ausgetüfelt hatten, vom Gerichtspräsidenten Dr. Hans Schrödter als ‚Bagateltsache‘ und ‚Belanglosigkeit‘ abgetan“ wurde; von „den 49 Punkten ihrer Disziplinaranzeige hielten am Ende, so das Gericht, nur sieben ‚einer Nachprüfung stand‘.“ Zudem wurde Beske nicht, wie gefordert, „vom Oberregierungs- zum Regierungsrat degradiert, sondern mit einer Geldbuße von

199 Ebd.

200 Die Zeit v. 15. November 1968, Titel: Unhaltbare Vorwürfe. Nach drei Jahren: Oberregierungsrat Hans Beske erwartet seine Rehabilitierung.

201 Ebd.

1000 Mark belegt – einer sogenannten Hausstrafe, die das Vertriebenenministerium längst selber hätte aussprechen können, ohne ein Gericht zu bemühen. Noch blamabler: Das Ministerium wurde verurteilt, sechs Siebtel der Verfahrens- und Anwaltskosten zu zahlen. Mit einem symbolischen Siebtel kam Beske davon, dem das Gericht obendrein bescheinigte, er gehe ‚alles in allem rehabilitiert aus diesem Verfahren hervor‘: „Beske hatte auf ‚diese Ehrenerklärung‘ allerdings ‚34 Monate lang warten müssen.“²⁰²

Der Fall Beske ist ein Lehrstück über die Ausschaltung eines politischen Feindes durch seine ehemaligen politischen Freunde; es zeigt die Härte der Auseinandersetzungen auf diesem Feld und die Probleme einer zwischen Revanchismus und Versöhnung oszillierenden Debatte über das Schicksal der Vertriebenen und über eine Neuausrichtung der Politik in der deutschen Frage. Von besonderem Interesse am Fall Beske ist vor allem dies: dass er angegriffen und ausgeschaltet wird von einem SPD-Vertriebenenpolitiker, Wenzel Jaksch, der dabei auf die Unterstützung der zuständigen Ministerin setzen kann, die ebenfalls der SPD angehört. Und dass die Angriffe dem ebenfalls der SPD angehörigen Beske zu einem Zeitpunkt gelten, als in den Debatten der SPD über die Deutschlandpolitik die Brandt-Linie sich zunehmend Gehör verschafft, zu der Beskes Konzeption eine unverkennbare Nähe aufweist. Insoweit ist der Fall Beske auch ein Beleg über die Härte des Kontroversen innerhalb der SPD über eine Neuausrichtung der Deutschlandpolitik.²⁰³

Von Interesse ist der Fall Beske aber auch für die Binnenverhältnisse in den „Barsinghausener Gesprächen“ selbst. Es gehört zu der als „offen“ beschriebenen Atmosphäre, dass dort tatsächlich kontroverse Positionen vertreten werden konnten – allerdings, dies zeigt der Fall ebenso, nur bis zu einer bestimmten Grenze. Dass die Grenzen der Debatten relativ weit gezogen waren, lässt sich an der antipodischen Stellung der Leitfiguren Beske und Petersmann ablesen.

202 Der Spiegel 50/1968 v. 09.12.1968, Titel: AFFÄREN / BESKE. Lichter ausgepustet.

203 Vgl. dazu: Müller, Matthias: Die SPD und die Vertriebenenverbände 1949–1977. Eintracht, Entfremdung, Zwietracht, Münster 2012.

5 Die Deutsche Frage oder: Vom Reich zur Republik

Die Deutsche Frage galt in den Jahren nach 1945 vor allem als Problem der staatlichen Verfasstheit der Nation; sie wurde in den Koordinaten Einheit, Teilung, Grenze verhandelt. Für die innerdeutsche Diskussion konnte die nationale Frage als Forderung nach „Wiedervereinigung“ den Rang als nachkriegspolitische Selbstverständlichkeit erlangen; sie wurde Bestandteil der ersten Verfassungen der beiden neuentstehenden deutschen Staaten. Das Problem der „Wiedervereinigung“ hatte daher innerpolitisch als Kardinalfrage deutscher Politik zu gelten. Eine Einsicht Willy Brandts, „dass die Stunde nie (...) kommen“ wird, „in der wir nachträglich den zweiten Weltkrieg gewinnen“, bildete einen Ausgangspunkt für den Paradigmenwechsel, der den „Weg der Westdeutschen aus den Denkmustern des Kalten Krieges hin zum Entspannungsdenken und endlich für Entspannungspolitik signalisierte.“ (Siebenmorgen).

Die Grundidee der Entspannungspolitik lässt sich beschreiben als Ersetzung des agonalen durch das kooperative Paradigma. Die unter dem Titel der Normalisierung der Beziehungen laufende neue Entspannungspolitik zielte auf Sicherung und Bewahrung von Elementen deutsch-deutscher Gemeinsamkeiten durch Ermöglichung und Erleichterung von direkten Kontakten der Menschen.

Dieser Paradigmenwechsel sorgte für eine Überlagerung des „Wiedervereinigungspostulats“; es ging über in die – wiederum transitorisch gedachte – Anerkennung der Zweistaatlichkeit. Dabei entstanden durchaus Zweifel bzw. Hoffnungen, ob dies wegen ihrer erwarteten langen Dauer nicht nur eine Beschreibung des status quo, sondern auch des status quo futuros sein würde. Die Annahme eines gesicherten Fortbestehens zweier deutscher Staaten bildete eine der bedeutendsten deutsch-deutschen Gemeinsamkeiten: der „discrete Charme des Status quo“ (Schröder/Staadt) war nahezu unwiderstehlich.

Die Konzeption der Entspannungspolitik hatte ihr Fundament hingegen in einem Verständnis des status quo, dessen Anerkennung nur erfolgen sollte, um ihn zu überwinden – und zwar in einem klar bestimmten Sinn. Die Schlüsselbegriffe der ostpolitischen Konzeption Brandts hießen „Koexistenz“ und „Transformation“. Der bestehende Ost-West-Konflikt würde durch eine Politik der Koexistenz nicht beendet; aber er würde allmählich verändert, auf die nichtmilitärischen Gebiete verlagert und zu einem „friedlichen Wettbewerb“ umgewandelt werden. Der Koexistenzbegriff Brandts sollte eine neue

historische Perspektive eröffnen, denn Koexistenz sei nicht identisch mit dem status quo, sondern sei „ein Wettkampf, den der Kommunismus verliert.“

Der Wettbewerb der Systeme würde zudem einen inneren Reformprozess im Osten bewirken und eine Änderung der dortigen Politik nach sich ziehen. Um eine solche Entwicklung zu stärken, müsse der Westen das Gesetz des Handelns an sich reißen und eine „permanente Offensive“ starten. Dies sollte nicht eine groß angelegte Offensive sein, sondern eine der „kleinen Schritte“, die über den Austausch von Waren und Ideen, Wissenschaftlern und Künstlern sowie Begegnungen der unterschiedlichsten Art der potentiellen „Entfremdung“ beider Bevölkerungsteile Deutschlands entgegenwirken sollte.

Zu den Grundbegriffen Koexistenz und Transformation der deutschlandpolitischen Konzeption, die Brandt seit den 1950er Jahren entwickelt hatte, kam also als dritter jener der „Politik der kleinen Schritte“. Die populäre Übersetzung des Begriffs „Transformation“ steuerte Bahr bei mit der Formel „Wandel durch Annäherung“. Im Gegensatz zu anderen führenden SPD-Politikern sah Brandt nicht in der Wiedervereinigung den Schlüssel für eine mögliche Entspannung, sondern umgekehrt in der Entspannung des Ost-West-Konflikts die Bedingung der Möglichkeit, um bei der Lösung der deutschen Frage Fortschritte erzielen zu können.

In der Frage, welches Territorium gemeint sein könnte, wenn von Wiedervereinigung die Rede war, vertrat Brandt klar die Auffassung, es könne sich nur um das Gebiet zwischen Rhein und Oder handeln. Die Anerkennung des definitiven Charakters der Oder-Neiße-Grenze stand für ihn früh fest.

Brandt bewegte sich in der territorialen Frage mit diesen Auffassungen in Übereinstimmung mit den vorgestellten Autoren Bergstraesser und Rothfels, die lange vor einer breiteren öffentlichen Akzeptanz in dieser Frage schon unmissverständlich einem „Verzicht“ auf die „Ostgebiete“ das Wort geredet hatten. In der Territorialfrage wird auch Röpkes Haltung deutlich als Plädoyer für die Aufgabe der Ostgebiete und für eine klare Distanz zum sowjetisch beherrschten Teil Deutschlands, mit dem eine Vereinigung so lange auszuschließen sei, wie die „Fremdherrschaft“ andauere. Auch Elemente der „Politik der kleinen Schritte“ werden von den Autoren Bergstraesser und Rothfels *avant la lettre* vertreten, indem beide auf die durch die „Bolschewisierung“ und „Indoktrinierung“ der Gesellschaft in der SBZ/DDR entstehende Gefahr einer „Entfremdung“ hinweisen, der vor allem mit der Pflege menschlicher, kultureller und auch wirtschaftlicher Kontakte entgegenzutreten sei. Von

großem Gewicht in der gesellschaftlichen Debatte über territoriale Aspekte der deutschen Frage war die EKD-Ostdenkschrift; sie erörterte subtil und sorgsam, die Sorgen der Vertriebenen aufnehmend, die Grenzfrage, nicht ohne die historisch-politisch unvermeidliche Konsequenz eines „Verzichts“ auszusprechen.

Deutlich werden mit diesem Blick auf einige prominente Stimmen zur „Deutschen Frage“ wichtige Elemente des kontroversen gesellschaftlichen Diskurses, in den die Einbettung der Entwicklung der Überlegungen Brandts zur Entspannungs- und zur Ostpolitik vorzunehmen ist. Durch die Forschungsarbeit von Peter Siebenmorgen ist deutlich geworden, dass der Entspannungsgedanke bereits bei Adenauer einen wichtigen Rang in seiner Politik einnimmt. Durch die Forschungsarbeit von Wolfgang Schmidt ist deutlich geworden, wie verfehlt die gängige Annahme ist, erst nach dem Mauerbau sei die Konzeption der „Ostpolitik“ bei Brandt entstanden; er kann zeigen, dass in ihren Grundelementen diese Konzeption als Komplement der Westintegration bereits in den 1950er Jahren vorliegt. Dass das Fenster für die Realisierung einer solchen „neuen“ Politik sich für Brandt tatsächlich öffnete, liegt an Voraussetzungen, die von ihm selbst nicht geschaffen wurden.

Ein Desiderat der Forschung bleibt die Untersuchung, ob und eventuell wie in diesem diskursiven Kontext Einflüsse der Barsinghausener Gespräche festzustellen wären. Der Beitrag von S. Nordhoff in diesem Band liefert dazu einen ersten Ansatzpunkt.

Literaturverzeichnis

- Aly, Götz: Das geschichtliche Glück der deutschen Teilung, in: Berliner Zeitung vom 07. Mai 2011.
- Aly, Götz: „Volk ohne Mitte“. Die Deutschen zwischen Freiheitsangst und Kollektivismus, Frankf./M. 2015.
- Ash, Timothy Garton: Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München 1993.
- Bahr, Egon: Rede am 15. Juli 1963 in der Evangelischen Akademie Tutzing, in: Deutschland Archiv. Zeitschrift für Fragen der DDR und der Deutschlandpolitik, Heft 8/1973.

- Bergstraesser, Arnold: Deutsche Einheit, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 3. Jg. 1955, H. 4.
- Besier, Gerhard; Gerhard Sauter: Wie Christen ihre Schuld bekennen. Die Stuttgarter Erklärung 1945, Göttingen 1985.
- Blumenberg, Hans: Ein mögliches Selbstverständnis, Stuttgart 1997.
- Blumenberg, Hans: Arbeit am Mythos, Frankfurt/M 1990.
- Blumenberg, Hans: Ordnungsschwund und Selbstbehauptung. Über Weltverstehen und Weltverhalten im Werden der technischen Epoche, in: Das Problem der Ordnung. 6. Dt. Kongreß für Philosophie München 1960, hrsg. v. H. Kuhn u. F. Wiedemann, Meisenheim a. G. 1962.
- Boyens, Armin: Das Stuttgarter Schuldbekennnis vom 19. Oktober 1945 – Entstehung und Bedeutung; in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 19 (1971).
- Bracher, Karl Dietrich: Die Krise Europas, in: Geschichte Europas Bd. 6, Frankfurt/M., Berlin, Wien 1976.
- Brodkorb, Mathias (Hrsg.): Singuläres Auschwitz? Ernst Nolte, Jürgen Habermas und 25 Jahre „Historikerstreit“, Banzkow 2011.
- Cassirer, Ernst: Was ist der Mensch? Versuch einer Philosophie der menschlichen Kultur, Stuttgart 1960.
- Crusius, Reinhard/Wilke, Manfred (Hg.): Entstalinisierung. Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen, Frankfurt/M. 1977.
- Das SPD/SED-Papier: Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, hrsg. von Wolfgang Brinkel u. Jo Rodejohann, Freiburg i. Br. 1988.
- Der Niedersächsische Minister f. Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte (Hrsg.): Die Barsinghausener Gespräche (1–4), Leer (Ostfr.) 1961.
- Der Präsident des Niedersächsischen Landtages, Referat für Presse, Öffentlichkeitsarbeit, Protokoll, Online-Ausgabe vom 17. April 2013.
- Der Spiegel 20/1960; 11/1966; 50/1968.
- Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn, hrsg. von der EKD, Hannover 1965.
- Die Zeit Nr. 26 v. 24. Juni 1966.

- Enzensberger, Hans Magnus: Die Sprache des Spiegel, in: Einzelheiten I. Bewußtseins-Industrie, Frankf./M. 1965.
- Faber, Richard: Abendland: Ein politischer Kampfbegriff, Hildesheim 1979.
- Finke, Klaus: Politik und Film in der DDR. Zum heroischen Selbstbild des Kommunismus im DEFA-Film, Bd. 1, Oldenburg 2007.
- Finke, Klaus: Politik und Film in der DDR. Zum heroischen Selbstbild des Kommunismus im DEFA-Film, Bd. 2, Oldenburg 2007.
- Finke, Klaus/Lange, Dirk (Hrsg.): Widerstand gegen Diktaturen in Deutschland, Oldenburg 2004.
- Finke, Klaus (Hrsg.): Erinnerung an einen Aufstand. Der 17. Juni 1953 in der DDR, Oldenburg 2003.
- Friedrich, Carl Joachim/Brzezinski, Zbigniew: Die allgemeinen Merkmale der totalitären Diktatur, in: Seidel, Bruno/Jenkner, Siegfried (Hrsg.): Wege der Totalitarismus-Forschung, Darmstadt 1968.
- Grunenberg, Antonia: Die Lust an der Schuld. Von der Macht der Vergangenheit über die Gegenwart, Berlin 2001.
- Hacke, Christian: Von Adenauer zu Kohl: Zur Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik 1949–1985, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51-52/85.
- Heydemann, Günther: Deutschlandpolitische Neuansätze der 60er Jahre, in: Historisch Politische Mitteilungen. Archiv für christlich-demokratische Politik 1 (1994).
- Historikerstreit. Eine Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987.
- Hohnsbein, Hartwig: Erfahrungen mit einem NS-Pfarrer, in: Ossietzky. Zweiwochenschrift für Politik, Kultur, Wirtschaft, 18/2009 (online-Ausgabe).
- Lafontaine, Oskar: Deutsche Wahrheiten. Die nationale und die soziale Frage, Hamburg 1990.
- Marx, Karl: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, MEW Bd. 1, Berlin 1974.
- Meyer, Ahlrich: Mechanische und organische Metaphorik politischer Philosophie, in: Archiv für Begriffsgeschichte 13 (1969).

- Meyer, Ahlrich: Hans Blumenberg oder: Die Kunst, sich herauszuhalten, in: Thomas Jung/Stefan Müller-Doohm (Hrsg.): „Fliegende Fische“. Eine Soziologie des Intellektuellen in 20 Porträts, Frankfurt/M. 2008.
- Müller, Matthias: Die SPD und die Vertriebenenverbände 1949–1977. Eintracht, Entfremdung, Zwietracht, Münster 2012.
- Niedersächsische Landeszentrale f. politische Bildung: Die Entstehung des Landes Niedersachsen, in: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland u. Vorläufige niedersächsische Verfassung, S. X f., o. O., o. J. (= 1960).
- Plehwe, Dieter, Walpen, Bernhard: Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus. Beiträge der Mont Pèlerin Society und marktradikaler Think Tanks zur Hegemoniegewinnung und -erhaltung, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 115, 29. Jg., 1999, Nr. 2.
- Rathgeb, Eberhard: Deutschland kontrovers. Debatten 1945 bis 2005, Bonn 2005.
- Riedel, Manfred: Der Begriff der ‚Bürgerlichen Gesellschaft‘ und das Problem seines geschichtlichen Ursprungs, in: M. Riedel, Studien zu Hegels Rechtsphilosophie, Frankfurt/M. 1969.
- Ritter, Joachim: Subjektivität und industrielle Gesellschaft. Zu Hegels Theorie der Subjektivität, in: Ritter, J.: Subjektivität, Frankfurt/M. 1974.
- Rothfels, Hans: Geschichtliche Betrachtungen zum Problem der Wiedervereinigung, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 6 (1958), H. 4.
- Schmalz, Peter: Reden über das eigene Land, in: Die Welt vom 28. 11. 1995.
- Schubert, Ernst: Geschichte des Landes Niedersachsen: www. Portal Niedersachsen.
- Schwarz, Hans-Peter, Vom Reich zur Bundesrepublik, Neuwied 1966.
- Solchany, Jean: Vom Antimodernismus zum Antitotalitarismus. Konservative Interpretationen des Nationalsozialismus in Deutschland 1945–1949, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 44 (1996), H. 3.
- Theodor-Heuss-Gymnasium: Reden an die Jugend, hrsg. v. R. Wunderlich, Tübingen 1956.
- Rexin, Manfred: Der Besuch. September 1987: Honecker in der Bundesrepublik. Aus Politik und Zeitgeschichte B 40–41/97.

- Röpke, Wilhelm: Die deutsche Frage, Dritte veränderte u. erweiterte Ausgabe, Erlenbach-Zürich 3. A. 1948.
- Schmidt, Wolfgang: Die Wurzeln der Entspannung, Der konzeptionelle Ursprung der Ost- und Deutschlandpolitik Willy Brandts in den fünfziger Jahren, in: VfZ 4/2003.
- Schröder, Klaus und Staadt, Jochen: Der diskrete Charme des Status quo: Die DDR-Forschung in der Ära der Entspannungspolitik, in: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 21. Jg. 1993, Heft 1.
- Siebenmorgen, Peter: Gezeitenwechsel. Aufbruch zur Entspannungspolitik, Bonn 1990.
- Streck, Wolfgang: Gekaufte Zeit, Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin 2012.
- Ulbricht, Walter: Der Kampf um den Frieden, für den Sieg des Sozialismus, für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat, in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Kapitel XIV, Berlin (Ost) 1969.
- Ullrich, Volker: Ein Gespräch mit dem Historiker Heinrich August Winkler zu seinem 70. Geburtstag, in: DIE ZEIT, 17.12.2008 Nr. 52.
- Weizsäcker, Carl Friedrich von: George F. Kennan, Diplomat und Historiker – die reale Arbeit am Frieden, in: Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 1982.
- Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen, Bd. II, Deutsche Geschichte 1933–1990, Bonn 2005.
- Winkler, Heinrich August: Die Kontinuität der Kriegspartei, in: FAZ v. 25.08.2014.
- Winkler, Heinrich August: Teufelspakt mit langem Schatten. Der Weg in die Katastrophe, in: Der Spiegel Nr. 35/1999.
- Wolfrum, Edgar: Die glückliche Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 2007.

Sören Nordhoff

Deutschlandpolitik in den Barsinghauser Gesprächen vor und nach dem Mauerbau 1961

Inhalt

1	Einleitung	162
2	Untersuchungsgrundlagen	162
3	Die historischen Rahmenbedingungen der Barsinghauser Gespräche	163
4	Entstehung und Zusammensetzung der Barsinghauser Gespräche	176
5	Die Barsinghauser Gespräche vor dem 13. August 1961	177
5.1	Die Vertriebenenproblematik	178
5.2	Gesamtdeutsches Bewusstsein	189
5.3	Die Beziehungen innerhalb des geteilten Deutschlands vor dem 13. August 1961	194
5.4	Die zwölf Thesen zur Deutschlandpolitik	198
6	Die Barsinghauser Gespräche nach dem 13. August 1961	200
6.1	Die Situation der Bundesrepublik nach dem 13. August 1961	201
6.2	Die Entwicklung der Deutschlandfrage nach dem 13. August 1961	206
6.3	Chancen der Beziehungen Deutschlands zu seinen östlichen Nachbarn am Beispiel Polens	212
7	Fazit	218
	Literaturverzeichnis	224

Anhang: Dokumente

- „Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951
- Charta der deutschen Heimatvertriebenen
- Hans Beske: Zehn Leitsätze gesamtdeutscher Öffentlichkeitsarbeit
- Auszug aus der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik 1949

1 Einleitung

Die Teilung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg erschien nach ihrer Festigung im Verlauf des Kalten Krieges als unüberwindbar. Auch die in den neunzehnhundertsechziger Jahren entstehende Entspannungspolitik und die durch Abrüstungsvereinbarungen erreichte Annäherung der beiden Großmächte Vereinigte Staaten von Amerika und Sowjetunion schien keine Verbesserung der deutschen Situation mit sich zu bringen. Erst die Reformpolitik in der Sowjetunion unter den Stichworten Glasnost und Perestroika in der zweiten Hälfte der neunzehnhundertachtziger Jahre sollte dann, nachdem die Welt in der Zwischenzeit immer wieder am atomaren Abgrund gestanden hatte, den Weg für die Wiedervereinigung Deutschlands nach über vierzig Jahren der Teilung frei machen.

Obwohl der Eindruck besteht, als ob zu diesem Thema bereits jedes Detail der Geschichte Deutschlands in der bibolaren Welt zwischen 1945 und 1990 erforscht worden wäre, wird in dieser Arbeit den Untersuchungen der Periode vom Beginn der deutschen Teilung bis zur Mitte der sechziger Jahre eine neue, bislang unbeachtet gebliebene Perspektive hinzugefügt: die der Barsinghausener Gespräche und der dort diskutierten Positionen zur Lösung der deutschen Frage.

2 Untersuchungsgrundlagen

In diesem Teil der Arbeit soll dargelegt werden, unter welchen Aspekten die Barsinghausener Gespräche untersucht werden. Da die „Gespräche“ der „Barsinghauser“ natürlich in einem deutschland- und weltpolitischen Kontext situiert sind, werden die historisch-politischen Hintergründe in dem Kapitel „Historischer Rahmen der Barsinghausener Gespräche“ dargestellt. Ohne diesen Kontext sind die Ausarbeitungen der Barsinghausener Gespräche und

die folgende Analyse ihrer deutschlandpolitischen Entwürfe nicht zu verstehen. Da die Barsinghausener Gespräche bisher in wissenschaftlichen Veröffentlichungen kaum bis gar nicht untersucht worden sind, wird sich diese Arbeit auf die direkte Analyse der Vortragstexte der „Gespräche“ konzentrieren. Hierbei soll die politische Position der „Barsinghausener“ im deutschlandpolitischen Kontext eingeordnet werden: Sind die Akteure der Barsinghausener Gespräche auf einer Linie mit Konrad Adenauers „Politik der Stärke“ oder tendieren sie vielleicht eher zum Erhalt des Status quo und zu einer Koexistenz der westlichen und östlichen Weltanschauungen und hiermit auch der beiden deutschen Staaten, wie es später auch die Westalliierten taten?¹ Welche Ziele hatten die „Barsinghausener“? Ging es ihnen primär um die Wiedervereinigung oder um Westbindung? Legten sie ihren Fokus auf eine Aussöhnung oder ging es ihnen vorrangig um die Wiedererlangung der deutschen Ostgebiete?

Besonders wichtig erscheint ihre Haltung in der Berlin-Frage, insbesondere nach dem Mauerbau vom 13. August 1961. Hat diese Maßnahme Ulbrichts zur kompletten Abriegelung von West-Berlin Radikalisierung, Resignation oder anderweitige Veränderungen hervorgerufen? Dass der Bau der Mauer auch die Akteure der Barsinghausener Gespräche zutiefst getroffen hat, lässt sich schließlich schon daran erkennen, unter welchem Motto das zwölfte Gespräch vom 6.–8. Oktober 1961 stand: „Die Deutschlandfrage nach dem 13. August 1961“. Diese Fragen werden in der vorliegenden Arbeit erörtert, die Ergebnisse werden am Ende der Analyse der Deutschlandpolitik in den Barsinghausener Gesprächen in einem Resümee zusammengefasst.

3 Die historischen Rahmenbedingungen der Barsinghausener Gespräche

Um die in dieser Arbeit untersuchten „Barsinghausener Gespräche“ einordnen zu können, bedarf es zunächst einer kurzen Darstellung der zu dieser Zeit herrschenden deutschland- und weltpolitischen Verhältnisse; sie werden im Folgenden dargestellt. Da die „Barsinghausener Gespräche“ in Hinsicht auf deutsch-deutsche Politik untersucht werden, geht es hier vornehmlich um die Situation in der „innerdeutschen“ Politik zwischen der Bundesrepublik und

1 Vgl. u. Kapitel 3.

der Deutschen Demokratischen Republik. Dennoch darf man selbstverständlich die Intentionen der Alliierten nicht außen vor lassen, insbesondere da es einen direkten, offiziellen politischen Kontakt zwischen beiden Staaten aufgrund der Nichtanerkennung der DDR durch die Bundesrepublik nicht gab. Der Zeitraum, der hier dargelegt wird, betrifft die Zeit ab Anfang der fünfziger Jahre bis hin zur Großen Koalition unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger zu Ende des Jahres 1966, wobei ein Schwerpunkt auf der Regierungszeit von Kanzler Adenauer liegt. Weltpolitische Ereignisse innerhalb dieses Zeitraums, wie etwa die Kuba-Krise, werden zwar kurz angesprochen, sollen aber aufgrund des auf die Deutschlandpolitik gerichteten Fokus` nicht weiter thematisiert werden.

Bereits zu Beginn der fünfziger Jahre beschäftigten sich die Alliierten mit der Frage einer Wiederbewaffnung der beiden deutschen Staaten. Die Situation, welche entscheidend dafür gesorgt hatte, dass sich die Westmächte mit einer NATO-Integration und einhergehender Wiederbewaffnung Westdeutschlands bereits so wenige Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges befassten, war der im Jahr 1950 beginnende Koreakrieg.² Parallel dazu ging es auch wirtschaftlich um eine Integration der Bundesrepublik in den Westen, beginnend mit der Schaffung der europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl durch den Schuman-Plan ebenfalls im Jahr 1950.³ Im Frühjahr des Jahres 1950 übernahmen die Kommunisten die Macht in China und die Sowjetunion führte ihren ersten erfolgreichen Atombombentest durch, was die USA zu einem enormen Ausbau des Militärapparats veranlasste. Des Weiteren forderte der amerikanische Stabschef erstmals das Aufstellen von westdeutschen Infanterieverbänden, welche als Polizeieinheiten getarnt werden sollten. Die USA sahen aufgrund der kommunistischen Bedrohung die freie Welt in ihrem Bestand gefährdet. Daher waren sie fest entschlossen, in Korea, wo sich der kommunistische Norden mit dem Süden im Krieg befand, Stärke zu zeigen. Präsident Truman befahl am 27. Januar 1950 den Einsatz von Luft- und Seestreitkräften.⁴

Diese Intervention geschah ohne Rücksprache mit dem UNO-Sicherheitsrat, da die Sowjetunion hier alle Vorhaben blockiert hätte. Drei Tage später beorderte er auch Bodentruppen in das Gebiet. Adenauer wusste den Eintritt der

2 Vgl. Schwarz, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Band 2, S. 10.

3 Vgl. Steininger, Deutsche Geschichte Band 2, S. 125ff.

4 Vgl. Steininger, D.G. 2, a.a.O., S. 146.

Amerikaner in den Konflikt geschickt zu nutzen und bot den Westalliierten deutsche Truppen an. Auf der Konferenz der drei Außenminister Frankreichs, der USA und Großbritanniens vom 12. bis zum 18. September 1950 in New York konnte er erste Erfolge feiern, denn: „[die] Bundesregierung wurde als einzige rechtmäßig gebildete deutsche Regierung anerkannt[,] der Kriegszustand mit Deutschland sollte beendet, das Besatzungsstatut revidiert, Wirtschaftsbeschränkungen gelockert werden. Die Westmächte erweiterten ihre Sicherheitsgarantie ausdrücklich auch auf einen Angriff der DDR-Volkspolizei. Gleichzeitig wollten sie ihre Truppen in Deutschland um vier Divisionen verstärken. Um die innere Sicherheit zu gewährleisten, genehmigten sie die Aufstellung einer 30000 Mann umfassenden mobilen Polizeitruppe auf Länderebene.“⁵

Während die Briten trotz einiger Vorbehalte der amerikanischen Forderung nach einer weiteren Aufrüstung der Bundesrepublik nachgaben, blieben die Franzosen bei ihrem Nein. Als jedoch der Druck der Amerikaner, die nach dem Eingreifen Chinas in den Koreakrieg vor ihrer größten militärischen Niederlage standen, im Laufe des Jahres 1950 immer größer wurde, kam es im Dezember des Jahres doch noch zu einem Durchbruch. Am 6. Dezember 1950 erkannten die Franzosen „den Grundsatz der unmittelbaren westdeutschen Bewaffnung [an].“⁶ Nach langen Verhandlungen ging hieraus der EVG-Vertrag hervor, der letztendlich 1954 im französischen Parlament doch noch scheitern sollte. Die westdeutsche Wiederbewaffnung jedoch war unumkehrbar. Nachdem die französische Seite den Vertrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft abgelehnt hatte, da dieser ihr den Bau einer eigenen Atombombe unmöglich gemacht hätte, galt es, eine neue Lösung zu finden.⁷ Zunächst traf man sich im September und Oktober 1954 in London zur sogenannten „Neun-Mächte-Konferenz“, an der neben den sechs EVG-Staaten Niederlande, Belgien, Luxemburg, Italien, Frankreich und Deutschland noch Gastgeber Großbritannien sowie die USA und Kanada teilnahmen. Hier und kurz darauf folgend in Paris (19.- 23. Oktober 1954) einigte man sich schließlich in den kritischen Punkten, welche insbesondere die westdeutsche Wiederbewaffnung betrafen, und unterzeichnete am 23. Oktober 1954 die „Pariser Verträge“.

5 Steinger, D.G. 2, a.a.O., S. 150.

6 Steinger, D.G. 2, a.a.O., S. 154.

7 Vgl. Steinger, D.G. 2, a.a.O., S. 294.

Diese enthielten „ein Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes; ein[en] revidierte[n] ‚Deutschlandvertrag‘ mit stärkerer Betonung der Souveränität; ein Protokoll zur Änderung und Ergänzung des Brüsseler Vertrages, das den Beitritt Italiens und der Bundesrepublik regelte [zur Westeuropäischen Union WEU]; [den] Beschluss des NATO-Ministerrats über die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO und ein Protokoll über die freiwilligen Waffenbeschränkungen des Bundesrepublik.“⁸ Letztere legten insbesondere den Verzicht der Bundesrepublik auf ABC-Waffen sowie schwere Kriegsmaschinerie fest. Des Weiteren erklärte die Bundesrepublik, auf das gewaltsame Verschieben der Staatsgrenzen und eine gewaltsame Wiedervereinigung zu verzichten. Als Gegenleistung für die französische Zustimmung zu dem Vertragswerk wurde zudem ein „Abkommen über das Statut der Saar“ mit aufgenommen. Dieses „[sah]– vorbehaltlich einer Abstimmung der saarländischen Bevölkerung – die Europäisierung der Saar mit starken wirtschaftlichen Bindungen an Frankreich [vor].“⁹ Die Bevölkerung des Saarlandes lehnte das ausgehandelte Statut genau ein Jahr später, am 23. Oktober 1955, allerdings überraschend ab.¹⁰ Trotz des Widerstandes der SPD sowie der Gewerkschaften und der evangelischen Kirche stimmte der Bundestag den Verträgen am 27. Februar 1955 zu; sie konnten am 5. Mai 1955 in Kraft treten, vier Tage später wurde die Bundesrepublik 15. Mitglied der NATO. Als Reaktion hierauf wurde am 14. Mai 1955 der Warschauer Pakt von der Sowjetunion gegründet, der neben den Ostblockstaaten auch die DDR einbezog.¹¹

Drei Jahre zuvor hatte es ein Angebot der Sowjetunion zur Wiedervereinigung Deutschlands gegeben. Andrej Gromyko, stellvertretender Außenminister der Sowjetunion, überreichte am 10. März 1952 den drei Botschaftern der Westalliierten die sogenannte „Stalin-Note“, an der er federführend mitgearbeitet hatte. In dieser schlug die sowjetische Regierung die Wiedervereinigung Deutschlands unter bestimmten Bedingungen vor, etwa dem Ausschluss des Beitritts zu einem militärischen Bündnis, das sich gegen einen vormaligen Kriegsgegner richtet.¹² Unter den Westmächten herrschte zunächst Uneinigkeit, ob dies ein taktischer Schachzug zum Verhindern der

8 Steining, D.G. 2, a.a.O., S. 294.

9 Ebd.

10 Vgl. u., Kapitel 3.

11 Vgl. Steining, D.G. 2, a.a.O., S. 295f.

12 Vgl. Steining, D.G. 2, a.a.O., S. 175.

Westintegration der Bundesrepublik sei oder ob man im Osten wirklich an der Wiedervereinigung interessiert sei. Da man gar nicht erst versuchte, auszuloten, wie weit Stalin zu gehen bereit war, kann man heute nicht mit Sicherheit sagen, ob dies der Fall war oder nicht. Letzten Endes kam man zu dem Schluss, dass insbesondere der Abzug aller Streitkräfte aus deutschem Gebiet für die Westmächte selbst dann nicht akzeptabel sei, wenn das Angebot ernster Natur gewesen sein sollte. Auch das Ausschließen des Eingehens eines militärischen Bündnisses durch das geeinte Deutschland kam für die Westalliierten nicht in Frage. Allerdings wussten sie auch, dass eine NATO-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands für die Sowjetunion nicht hinnehmbar war. Daher spielte man zunächst auf Zeit, um die Westbindung der Bundesrepublik vertraglich festzuhalten, was über EVG- und „Deutschlandvertrag“ auch gelang.¹³

Die Haltung Adenauers, der sich weiter für die schnellstmögliche Westintegration der Bundesrepublik stark machte, bestätigte die Westmächte in ihrem Handeln.¹⁴ Stalin hingegen hatte sich ein neutrales, wenn auch nach Westen gerichtetes Deutschland mit einer starken linken Opposition gewünscht, wie dies auch in Italien der Fall war. Für dieses Ziel war er bereit, den Kommunismus in der DDR „zu opfern“. Nachdem jedoch der EVG- und der „Deutschlandvertrag“ unterzeichnet waren, verfiel diese Option für ihn, das Angebot war hinfällig. Für ihn galt es nun, schnellstmöglich eine ostdeutsche Armee aufzubauen, um der Westintegration der Bundesrepublik etwas entgegenzusetzen. Die Führungsspitze der DDR, für die ja die Gefahr einer politischen Liquidierung bestanden hatte, nutzte die Gunst der Stunde und verkündete den „Aufbau des Sozialismus“ als Antwort auf die Westverträge.¹⁵

Knapp zwei Jahre vor dem Eintritt der Bundesrepublik in die Nato und dem der DDR in den Warschauer Pakt im Mai 1955 hatte die DDR ihre bisher schwerste Krise überstanden: den Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Im Zuge von wirtschaftlichen Problemen wurde die Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung der DDR immer größer. Statt darauf einzugehen reagierte die Partei- und Staatsführung mit einer Verschärfung ihres politischen Kurses, insbesondere auf der Ebene der Justiz. Es gab inzwischen 60000 Häftlinge in

13 Vgl. Steininger, D.G. 2, a.a.O., S. 176ff.

14 Vgl. Steininger, D.G. 2, a.a.O., S. 185ff.

15 Vgl. Steininger, D.G. 2, a.a.O., S. 190ff.

der DDR gegenüber 40000 in der Bundesrepublik, welche eine bedeutend größere Bevölkerung hatte.¹⁶ Nach dem Tod Stalins am 5. März 1953 und der daraufhin einsetzenden Beunruhigung der Bevölkerung, reagierte die Regierung mit einer Erhöhung der Arbeitsnormen um zehn Prozent, woraufhin erste Streiks und Unruhen entstanden. Die DDR-Führung wurde nach Moskau bestellt und wegen der heimischen Zustände scharf kritisiert. Moskau empfahl die Rücknahme der Normerhöhung zur Beruhigung der Lage. Diese blieb jedoch aus, stattdessen wurde die Normerhöhung öffentlich abermals als richtige Maßnahme bezeichnet.¹⁷ Daraufhin zogen am 16. Juni 1953 Bauarbeiter der Stalinallee, eines Prestigeobjektes der DDR-Führung, zum Haus der Ministerien, um für die Rücknahme der Normerhöhung zu protestieren. Da sich ihnen auf dem Weg dorthin weitere Menschen anschlossen, protestierten hier letztlich rund 10000 Menschen. In Westberlin wurde nach dem Bekanntwerden der Unruhen die Zufahrt zur Sektorengrenze abgesperrt, der sich in Wien befindliche Regierende Bürgermeister Ernst Reuter bat die Amerikaner; per Militärmaschine nach Berlin geflogen zu werden, diese lehnten jedoch ab.¹⁸ Nachdem die Regierung der DDR, entgegen ihrer Ankündigung bei den Protesten des Vortages, die Normerhöhung am 17. Juni nicht zurücknahm, brachen im ganzen Land Unruhen aus. „[Sie] erfassten 373 Städte und Ortschaften in der DDR[.] Gestreikt wurde am 17. Juni in 11 von 15 Bezirksstädten (einschließlich Ost-Berlins) sowie in 113 von 181 Kreisstädten der DDR. Über 13 Bezirks- und 51 Kreisstädte verhängten die sowjetischen Militärkommandanten den Ausnahmezustand. In 593 Betrieben wurde gestreikt; die Zahl der Streikenden betrug 496765[.]“¹⁹ Auch kam es zu Plünderungen und Häftlingsbefreiungen, Gebäude wurden erstürmt. Insgesamt starben bei den Auseinandersetzungen 51 Menschen. Fazit: nur durch das Eingreifen der sowjetischen Militärs konnte der Aufstand gegen das SED-Regime gestoppt werden.²⁰

Nach dem Eintritt der Bundesrepublik in die NATO und der Deutschen Demokratischen Republik in den Warschauer Pakt erhielt Bundeskanzler Adenauer am 7. Juni des Jahres 1955 in Paris eine Einladung der sowjetischen Regierung zu einem persönlichen Besuch in Moskau. Daraufhin reiste am

16 Vgl. Steininger, D.G. 2, a.a.O., S. 223.

17 Vgl. Steininger, D.G. 2, a.a.O., S. 225f.

18 Vgl. Steininger, D.G. 2, a.a.O., S. 227.

19 Steininger, D.G. 2, a.a.O., S. 227f.

20 Vgl. Steininger, D.G. 2, a.a.O., S. 228.

8. September eine westdeutsche Delegation, neben Adenauer bestehend aus Außenminister Heinrich von Brentano, Walter Hallstein, Herbert Blankenhorn und Wilhelm Grewe nach Moskau. Des Weiteren waren die Vertreter der auswärtigen Ausschüsse von Bundestag und Bundesrat Georg Kiesinger, Karl Arnold (beide CDU) und Carlo Schmid (SPD) dabei.²¹ Zuvor hatte es Andeutungen der Sowjetunion auf eine mögliche Wiedervereinigung gegeben, diese wurden allerdings von Chruschtschow bereits am 26. Juli in Ost-Berlin relativiert. Hier sprach er auf einer Kundgebung eindeutig von zwei unabhängigen deutschen Staaten.²² Am Ende einigten sich die Vertreter der beiden Delegationen auf die Rückführung der letzten Kriegsgefangenen und Zivilinternierten aus der Sowjetunion nach Westdeutschland zum Preis der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen. Dies bedeutete indirekt auch die Anerkennung der Zwei-Staaten-Theorie durch die Bundesrepublik.

Die Sowjetunion hatte somit ihr wichtigstes Ziel erreicht, zumal die Freilassung der Gefangenen intern bereits zuvor beschlossen worden war.²³ Um zu verhindern, dass nun dritte Staaten neben der Bundesrepublik auch die DDR anerkennen würden, deklarierte man die Beziehungen mit Moskau als Sonderfall. Die Sowjetunion trage als Siegermacht Verantwortung für ganz Deutschland. Schnell entwarf man die nach dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Walter Hallstein, benannte „Hallstein-Doktrin“. Diese besagt, dass man die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zur DDR „als ‚einen gegen die Lebensinteressen des deutschen Volkes gerichteten unfreundlichen Akt‘ ansehen [werde], auf den die Bundesregierung ihrerseits mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen reagieren werde.“²⁴ Ihre erste Anwendung fand die Hallstein-Doktrin 1957 gegenüber Jugoslawien. Die gewollte Isolation der DDR gelang so weitgehend, allerdings untergrub man so auch die These, dass nur die Wiedervereinigung Deutschlands zur Entspannung in Europa führen könne. Kurz nach der Abreise der Delegation um Adenauer reiste dann Otto Grotewohl, der damalige Ministerpräsident der DDR, nach Moskau. Dort erhielt die DDR am 20. September 1955 die staatliche Souveränität. Hiermit war aus Sicht des Ostblocks und insbesondere der DDR die Existenz zweier deutscher Staaten festgeschrieben.²⁵

21 Vgl. Steininger, Deutsche Geschichte Band 3, S. 17.

22 Vgl. Steininger, D.G. 3, a.a.O., S. 16.

23 Vgl. Steininger, D.G. 3, a.a.O., S. 18.

24 Steininger, D.G. 3, a.a.O., S. 20.

25 Vgl. Steininger, D.G. 3, a.a.O., S. 22.

Unter diesem Eindruck scheiterte dann auch erwartungsgemäß die Außenminister-Konferenz in Genf im November 1955.²⁶ Anfang des Jahres 1956 zogen beide deutschen Staaten ihre ersten Soldaten zum Aufbau der Bundeswehr bzw. der Nationalen Volksarmee ein. Während der nächsten Jahre forderten erstmals führende Politiker in der Bundesrepublik, die Bundeswehr atomar aufzurüsten, allen voran Franz Josef Strauß. In der Bevölkerung führte diese Forderung zu Protesten,²⁷ und das Vorhaben wurde letztendlich auch von den Alliierten abgelehnt. Die Sowjetunion reagierte auf die Pläne in der Bundesrepublik mit dem Auslösen der Berlin-Krise 1958, beginnend mit der Ankündigung Chruschtschows, das Potsdamer Abkommen aufzukündigen.²⁸ Man empfehle den West-Alliierten ihre Beziehungen zur DDR selbstständig zu regeln hieß, es aus Moskau.²⁹ Kurz zuvor, mit dem Beginn des Jahres 1957, hatte Frankreich das Saarland nach einer Volksabstimmung an die Bundesrepublik zurückgegeben, was Adenauer dazu veranlasste zu sagen, „aus der Rückkehr der Saar [...] dürften auch die Deutschen im Osten Vertrauen für die Wiedervereinigung ganz Deutschlands schöpfen.“³⁰

Während die USA unter allen Umständen unnachgiebig in der Berlin-Frage bleiben wollten, waren die Briten zu Kompromissen bereit. Dennoch ließen die Westmächte ein Ultimatum aus Moskau verstreichen, schlugen jedoch für den Sommer 1959 eine Viermächte-Außenministerkonferenz in Genf unter der Beteiligung von Beratern beider deutscher Staaten vor. Durch die erstmalige Einladung von Vertretern aus der DDR durch die Westmächte hatte die Sowjetunion ein großes Ziel bereits vor der Konferenz erreicht: die „Quasi-Anerkennung“ der DDR durch den Westen. Nach der Konferenz schien eine mögliche deutsche Wiedervereinigung endgültig gescheitert. Die Siegermächte fokussierten ihre Aufmerksamkeit ganz auf die Berlinfrage, wobei es auch hier zu keinerlei Bewegung kam. US-Präsident Eisenhower blockte sämtliche Vorschläge aus der Sowjetunion ab und Chruschtschow erhoffte sich eine Verbesserung seiner Position gegenüber den USA nach den Präsidentschaftswahlen in den USA im November 1960.

26 Vgl. Schwarz, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Band 3, S. 89ff.

27 Vgl. Görtemaker, Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 143.

28 Vgl. Görtemaker, Kleine Geschichte BRD, a.a.O., S. 148.

29 Vgl. Steininger, D.G. 3, a.a.O., S. 46.

30 Steininger, D.G. 3, a.a.O., S. 35.

Gleichzeitig wurde in Westeuropa die wirtschaftliche Gemeinschaft vorangetrieben. Am 1. und 2. Juni 1955 kam es zu der Konferenz von Messina, bei der es nach anfänglichen Schwierigkeiten zu einer Übereinkunft zwischen den Benelux-Staaten sowie Frankreich, Italien und Deutschland kam: eine gemeinsame Wirtschaftszone wurde geschaffen.³¹ Vorausgegangen war dem Treffen eine „Initiative der Kleinen“, die wegen der deutsch-französischen Annäherung besorgt um ihre Rolle in Europa waren.³²

Am 25. März 1957 wurden schließlich in Rom die Verträge zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und zur EURATOM unterzeichnet.³³ Einen Beitritt Großbritanniens verhinderte der französische Präsident de Gaulle in den folgenden Jahren, nachdem sich die Briten 1950 geweigert hatten, Mitglied der europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zu werden. Dies führte innerhalb der EWG zu einer Krise, da die anderen Mitgliedsstaaten sich für einen Beitritt Großbritanniens aussprachen und auch die USA dies forderten. Bei der Unterzeichnung des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages im Januar 1963 in Paris versuchten Adenauer und Außenminister Schröder nochmals de Gaulle umzustimmen, blieben jedoch erfolglos. Letztlich wurden die Beitrittsverhandlungen am 29. Januar 1963 abgebrochen, erst Ende des Jahres 1969, nach Ende der Amtszeit de Gaulles, stimmte man einem Beitritt Großbritanniens zur EWG zu.³⁴ Es sollte allerdings noch bis zum 1. Januar 1973 dauern, bis die Briten schließlich in die Gemeinschaft eintraten.³⁵ Im Jahr 1960 veranlasste diese Haltung Frankreichs die Briten gemeinsam mit den skandinavischen Staaten sowie Österreich und der Schweiz die Europäische Freihandelszone (EFTA) zu gründen. Damit standen sich innerhalb Westeuropas auf wirtschaftlicher Ebene zwei Blöcke gegenüber.

Trotz der Übereinkünfte der EWG arbeiteten die deutsche und die französische Regierung weiter an einem gemeinsamen Vertrag. Adenauers Hoffnungen auf de Gaulle kamen vor allem durch dessen rigorose Haltung in der Berlin-Frage zu Stande.³⁶ Was Adenauer nicht wusste: de Gaulle hatte sich bei Beratungen in Washington auch für die Anerkennung der Oder-Neiße-

31 Vgl. Schwarz, Geschichte der BRD 2, a.a.O., S. 339f.

32 Vgl. Steininger, D.G. 3, a.a.O., S. 145ff.

33 Vgl. Steininger, D.G. 3, a.a.O., S. 151f.

34 Vgl. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte Band 5, S. 248.

35 Vgl. Steininger, D.G. 3, a.a.O., S. 360ff.

36 Vgl. Wilharm, Deutsche Geschichte 1962–1983 Band 1, S. 83f.

Linie und gegen ein Erstarken Deutschlands ausgesprochen, diese Überlegungen jedoch aus taktischen Gründen erst nach der Bundestagswahl von 1961 öffentlich machen wollen.³⁷ Das Vertrauen Adenauers verstärkte sich beim Treffen der beiden in Bad Kreuznach im November 1958, währenddessen Chruschtschow sein Berlin-Ultimatum aussprach. De Gaulle verstand es geschickt, sich die deutsche Skepsis den Amerikanern gegenüber zu Nutze zu machen. So brachte er Adenauer im Jahr 1962 in Reims dazu, ihm zuzusagen, einen Vertrag nur zwischen Frankreich und Deutschland zu unterschreiben, sollte das „Großbritannien-Problem“ der EWG nicht zu lösen sein.³⁸ Trotz de Gaulles strikter Ablehnung des EWG-Beitritts der Briten, was überdies auch in der Bundesrepublik sehr kritisch gesehen wurde, und der Forderung von Opposition und Washington de Gaulle zum Einlenken zu bringen, unterschrieb Adenauer am 22. Januar in Paris den Vertrag. Im Bundestag konnte dieser dann aber nur mit einer vorangestellten Präambel, die besagt, „dass die Bundesrepublik den Vertrag so anwenden werde, dass er der Erhaltung und Festigung der Atlantischen Partnerschaft und der NATO-Integration sowie der Einigung Europas unter ‚Einbeziehung Großbritanniens‘ [diene]“³⁹; angenommen werden. Adenauer hatte sich vergeblich gegen diese Präambel gestellt.

Auch innenpolitisch kam es in der Bundesrepublik zu einer Krise. Adenauers unglückliche Bewerbung um das Amt des Bundespräsidenten und sein späterer Rückzug hiervon läuteten das schleichende Ende seiner Kanzlerschaft ein. Sein Schachzug wurde ihm als Versuch ausgelegt, eine Kanzlerschaft Ludwig Erhards unter allen Umständen zu verhindern.⁴⁰ Auch der sogenannte „Fernsehstreit“, der seinen Höhepunkt in den Jahren 1960/1961 erreichte und am 28. Februar 1961 mit einer Niederlage Adenauers vor dem Bundesverfassungsgericht endete, schwächte den Kanzler innenpolitisch. Adenauer hatte zuvor versucht, ein alternatives Fernsehprogramm neben der ARD zu gründen und dort auf eine stärkere Einflussnahme gehofft.⁴¹

Im Wahlkampf zur Bundestagswahl am 17. September 1961 unterlief ihm ein weiterer Fehler, als er „sich in Nürnberg zu jener peinlichen Äußerung zu seinem Herausforderer ‚Brandt alias Frahm‘ hinreißen ließ (damit spielte er

37 Vgl. Steininger, D.G. 3, a.a.O., S. 168.

38 Vgl. Steininger, D.G. 3, a.a.O., S. 170f.

39 Steininger, D.G. 3, a.a.O., S. 175.

40 Vgl. Steininger, D.G. 3, a.a.O., S. 92.

41 Vgl. Steininger, D.G. 3, a.a.O., S. 93ff.

auf Brandts Herkunft und sein Exil in Norwegen an) und sich anschließend auch noch damit verteidigte, das sei ‚sehr maßvoll gewesen‘[.]“⁴² Zwar gewannen CDU und CSU die Wahlen, sie verloren jedoch die absolute Mehrheit. Nachdem auch der SPD ein Angebot für eine große Koalition unterbreitet worden war, gestalteten sich die Koalitionsverhandlungen mit der FDP als äußerst schwierig, schließlich war die FDP mit dem Motto „Für die CDU – ohne Adenauer“ in den Wahlkampf gegangen. Durch die Vereinbarung, Adenauer würde Mitte der Legislaturperiode zurücktreten, blieben schließlich zwei angeschlagene Parteivorsitzende zurück. Der FDP-Vorsitzende Erich Mende galt als „Umfaller“, Adenauer als „Kanzler auf Zeit“.

Mit dem neu gewählten amerikanischen Präsidenten Kennedy änderte sich die Strategie in der Politik des Westens. Kennedy ging es um den Erhalt des Status Quo und eine Koexistenz der beiden Mächte, weg von der „Politik der Stärke“, auf die Adenauer baute.⁴³ Kennedys Linie war jene, welche die Briten bereits seit geraumer Zeit verfolgten. Auch auf Kosten der Westdeutschen war man bereit, Grundsatzpositionen aufzugeben, sollte dieses dem Erhalt des Status Quo zwischen den Amerikanern und der Sowjetunion bei gleichzeitigen Abrüstungsbemühen beider Seiten dienen. „Mit Kennedy und seinem Außenminister Dean Rusk wurde der bereits Ende der Eisenhower-Ära einsetzende Abbau jener globalen Konfrontation, die das Ost-West-Verhältnis seit 1946/47 geprägt hatte, weiter vorangetrieben. Angesichts des atomaren Patts verfolgte Washington nun eine „Strategie des Friedens, die ‚die Containment‘ und ‚roll back‘, Eindämmen und Zurückdrängen des Kommunismus seit 1947 bzw. 1953, endgültig ablöste.“⁴⁴

Da Kennedy durch die fehlgeschlagene US-Invasion in der „Schweinebucht“ auf Kuba im April 1961 politisch geschwächt war, was Chruschtschow bei einem Treffen der beiden in Wien auszunutzen versuchte, wollte er nun in Vietnam und bei der Berlin-Frage Stärke zeigen und kehrte damit ein Stück weit zu der Politik seines Vorgängers zurück. Inzwischen ging es dabei um die Machtprobe zwischen den beiden Weltmächten USA und Sowjetunion.⁴⁵ Die Kuba-Krise im Oktober 1962 trug zu einer weiteren Verschärfung der Situation bei. Derweil kündigte Bundesverteidigungsminister Strauß an, man werde die Bundeswehr auf 480.000 Soldaten aufstocken. Weiter war er der

42 Steinger, D.G. 3, a.a.O., S. 100.

43 Vgl. Steinger, D.G. 3, a.a.O., S. 55f.

44 Steinger, D.G. 3, a.a.O., S. 55.

45 Vgl. Steinger, D.G. 3, a.a.O., S. 59.

Meinung, dass man notfalls auch eine Bombardierung der Sowjetunion in Erwägung ziehen müsse. Adenauer verhielt sich in der Frage deutlich zurückhaltender, auch weil er die absolute Mehrheit bei der Bundestagswahl am 17. September 1961 erreichen wollte.

Am 13. August begann die von den Amerikanern bereits lange vorausgeahnte Abriegelung des West-Sektors in Berlin. Durch den Bau der Mauer wurde das letzte Schlupfloch für Flüchtlinge aus der DDR in den Westen geschlossen, für die die Abwanderung von jungen Arbeitskräften zu einem bedeutenden Problem geworden war.⁴⁶ Für die US-amerikanische Politik vereinfachte der Bau der Mauer vieles, nun ging es primär um die Freiheit West-Berlins, wie es in Deutschland etwa auch der damalige West-Berliner Bürgermeister Willy Brandt bereits formuliert hatte. Auch die Briten waren der Meinung, die Lösung der Berlin-Frage hätte sich durch den Mauerbau eher vereinfacht. Die westdeutschen Hoffnungen auf eine scharfe Reaktion insbesondere der Amerikaner wurden enttäuscht. Stattdessen wurde die Regierung der Bundesrepublik unter Druck gesetzt, die Oder-Neiße-Linie, Pankow und Berlin als freie Stadt anzuerkennen.⁴⁷ Adenauer reagierte mit Ablehnung und Starrsinn auf diese für ihn unmöglichen Forderungen.

Letztendlich war der Bau der Mauer der Höhepunkt und gleichzeitig das Ende der Berlinkrise und die Wende in der Deutschlandpolitik, von nun an war für die Westmächte klar, dass man auch oder grade auf der Basis eines geteilten Deutschlands zu Übereinkünften in Fragen der Abrüstung mit der Sowjetunion kommen konnte.⁴⁸ Nur zwei Jahre später folgte das Atomteststoppabkommen zwischen Washington und Moskau.

Innenpolitisch gab es für Kanzler Adenauer viele Probleme. Es kam im Jahr 1962 zur „Spiegel-Affäre“, an der die Regierungskoalition beinahe zerbrochen wäre und die Franz Josef Strauß seinen Ministerposten kosten sollte. Nachdem der Spiegel im Oktober 1962 einen Artikel mit dem Titel „Bedingt abwehrbereit“ veröffentlicht hatte, der der Bundeswehr in Bezug auf das NATO-Manöver „Fallex 62“ die Tauglichkeit im Verteidigungsfall mehr oder minder absprach, wurden die Redaktionsräume in Hamburg zwei Wochen später durchsucht, der Autor des Artikels unter rechtswidrigen Umständen in Spanien verhaftet. Bei der Aufarbeitung kam es „zu einer Reihe

46 Vgl. Görtemaker, Kleine Geschichte BRD, a.a.O., S. 149f.

47 Vgl. Steininger, D.G. 3, a.a.O., S. 66.

48 Vgl. Steininger, D.G. 3, a.a.O., S. 70.

fälscher Aussagen der zuständigen Politiker, [die] in der Öffentlichkeit des In- und Auslandes zum Gefühl der Rechtsunsicherheit und der Gefährdung der Pressefreiheit zu politischen Zwecken in der Bundesrepublik führten.“⁴⁹

Da Franz Josef Strauß mit der Aussage, er habe nichts mit der Affäre zu tun, nachweislich gelogen hatte, reichten die FDP-Minister ihren Rücktritt aus der Regierung ein. Strauß verlor in den folgenden Verhandlungen sein Amt. Adenauer musste seinen Rücktritt für den Herbst 1963 bekanntgeben und konnte nun auch Erhard als seinen Nachfolger nicht mehr verhindern.⁵⁰ Dieser stellte schließlich am 17. Oktober des Jahres 1963 sein Kabinett vor. Die Koalition mit der FDP wurde fortgeführt, es kam allerdings zu einigen Umbesetzungen innerhalb des Kabinetts, Erich Mende wurde Ehrhards Stellvertreter.⁵¹ Trotz des Festhaltens an der Hallstein-Doktrin begann die Regierung Erhard damit, Handelsverträge mit einigen Ostblockstaaten abzuschließen. Ulbricht sprach die Warnung vor einem westdeutschen „Trojanischen Pferd“ aus, woraufhin die Sowjetunion die Entwicklung blockierte.⁵²

Die Beziehungen zu de Gaulles Frankreich litten während Erhards Amtszeit, da dieser im Gegensatz zu de Gaulle ein Verfechter des EWG-Beitritts Großbritanniens war.⁵³ Die Beziehungen zu Washington gestalteten sich ebenfalls schwieriger, da der neue Bundeskanzler sich von Lyndon B. Johnson, der die Nachfolge des am 22. November in Dallas erschossenen John F. Kennedy angetreten hatte, in einer Weise unter Druck setzen ließ, wie es Adenauer wohl nicht zugelassen hätte.⁵⁴ Die Amerikaner forderten mit Nachdruck von Erhard 100 Millionen Dollar als Ausgleich für in Deutschland stationierte Truppen, die auch in Vietnam gebraucht würden, sowie militärische Unterstützung durch das Entsenden eines Pionierbataillons und einer Sanitätskompanie nach Vietnam.

Innerhalb der Bundesrepublik blieb Erhard jedoch zunächst populär und konnte bei der Bundestagswahl vom 19. September 1965 sogar leichte Gewinne verbuchen.⁵⁵ Hierdurch bestärkt, wurde er auch in der Außenpolitik aktiv und übermittelte am 25. März 1966 eine Note „zur Abrüstung und

49 Steinger, D.G. 3, a.a.O., S. 102.

50 Vgl. Steinger, D.G. 3, a.a.O., S. 103f.

51 Vgl. Hildebrand, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Band 4, S. 41ff.

52 Vgl. Görtemaker, Kleine Geschichte BRD, a.a.O., S. 162f.

53 Vgl. Steinger, D.G. 3, a.a.O., S. 111ff.

54 Vgl. Steinger, D.G. 3, a.a.O., S. 114.

55 Vgl. Görtemaker, Kleine Geschichte BRD, a.a.O., S. 166.

Sicherung des Friedens“ auch an die Staaten des Ostblocks mit Ausnahme der DDR; sie sorgte jedoch kaum für Bewegung im Ost-West-Konflikt.⁵⁶ Innenpolitisch verblasste sein Glanz nun zusehends. Im Zuge der einsetzenden Wirtschaftskrise und der finanziellen Forderungen aus den USA, geriet der Bundeshaushalt in eine Schieflage, die nur durch Steuererhöhungen auszugleichen war, die der Koalitionspartner FDP jedoch strikt ablehnte. Am 27. 10. 1966 traten die Minister der FDP schließlich zurück, knapp zwei Wochen später wurde Kurt Georg Kiesinger Erhards Nachfolger als Kanzlerkandidat der Unionsparteien.⁵⁷ Er sollte die erste große Koalition der deutschen Nachkriegszeit leiten, die schließlich im Jahr 1969 zur Regierungsübernahme der SPD unter Willy Brandt führte.

4 Entstehung und Zusammensetzung der Barsinghausener Gespräche

Die Geschichte der Barsinghausener Gespräche beginnt mit dem Zusammenschluss der in Niedersachsen tätigen Verbände für Vertriebenen- und Ostfragen zum „Arbeitskreis für Ostfragen“ in den Jahren 1957 und 1958 in Hannover. Der „Arbeitskreis für Ostfragen“ wird dann zum Initiator der Barsinghausener Gespräche. Ziel der Gespräche war der Austausch von Arbeitsergebnissen, aber insbesondere auch die Zusammenarbeit zur Lösung wichtiger Fragen über den Osten Deutschlands und Osteuropas. Die Zusammenarbeit sollte dabei nicht auf westdeutsche Akteure beschränkt sein, vielmehr waren Akteure aus allen Teilen Deutschlands, den ehemaligen Ostgebieten und auch Ausländer aus Ost und West aufgerufen, daran teilnehmen.

Weiter sollten die Gespräche generationsübergreifend geführt werden und Vertreter sowohl weltlicher als auch kirchlicher Organisationen eingebunden werden, stattfinden sollten die Gespräche in etwa alle drei Monate. Hierbei tagten dann führende Akteure aus kirchlichen und weltlichen Verbänden, Mitglieder von Schüler- und Studentenorganisationen etwa der Deutschen Jugend des Ostens (DJO), Vertreter der Presse aber auch Politiker aus ganz Deutschland, Parlamentarier aus Berlin, Wissenschaftler und Publizisten.

⁵⁶ Vgl. Steininger, D.G. 3, a.a.O., S. 117.

⁵⁷ Vgl. Steininger, D.G. 3, a.a.O., S. 118f.

Insgesamt kamen so zu einem Barsinghausener Gespräch etwa 100 Personen zusammen, um sich auszutauschen.⁵⁸

Den Vorsitz der Tagungen führten Regierungsrat Hans Beske und Verwaltungsdirektor Gerhard Rauhut, welche als Angestellte des Niedersächsischen Ministeriums für Vertriebene auch für die Einladungen zu den Gesprächen verantwortlich waren. Finanziert wurden die Gespräche ebenfalls vom Niedersächsischen Ministerium für Vertriebene.⁵⁹

Auf das Einbinden großer biographischer Blöcke über die Teilnehmer der Gespräche soll bis auf Ausnahmefälle verzichtet werden, da die Teilnehmer selber die Offenheit und Gleichheit untereinander, frei von gesellschaftlichem Rang oder politischer Position herausgestellt haben. Es gab insbesondere mit Wenzel Jaksch, Hans Beske, Gerhard Rauhut und auch Werner Petersmann führende Köpfe der Gespräche, doch auch diese sahen sich den anderen Teilnehmern gegenüber nicht bessergestellt, sodass der Fokus der Analyse, ebenso wie bei den Gesprächen selbst, auf deren Inhalte gelegt werden soll.

5 Die Barsinghausener Gespräche vor dem 13. August 1961

Zunächst werden die unterschiedlichen Probleme der Eingliederung der Flüchtlinge in Westdeutschland hervorgehoben, waren die Barsinghausener Gespräche doch zuerst vor allem eines: das Zusammentreffen verschiedener Gruppierungen, die sich für die Belange der Flüchtlinge einsetzen oder diese analysieren wollten. Für die Analyse der Gespräche vor dem Mauerbau werden drei Schwerpunkte gesetzt. Zunächst soll gezeigt werden, wie die „Barsinghausener“ der Problematik der vielen Millionen Vertriebenen in Westdeutschland gegenüberstehen. Hierbei geht es sowohl darum, die Probleme der Integration in die in Westdeutschland beheimatete Bevölkerung darzustellen, als auch die Meinung der „Barsinghausener“ zum Umgang mit den alten Heimatgebieten der Vertriebenen und den Staaten auf deren Boden sich diese Gebiete befinden.

Darauffolgend wird ein Aspekt beleuchtet, der sich als ein zentrales Anliegen der Gespräche darstellt: die Schaffung und Erhaltung eines gesamtdeutschen

58 Vgl. Der Nds. Minister f. Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte (Hrsg.): Die Barsinghausener Gespräche (1–4), Leer (Ostfr.) 1961 S. 7ff.

59 Information aus persönlichem Gespräch mit Prof. Armin E. Mruck (Teilnehmer).

Bewusstseins. Die historische Belastung vieler hierfür notwendiger Begriffe stellt eine besondere Schwierigkeit dieses Anliegens dar. Daher soll unter dem zweiten Punkt dieses Kapitels analysiert werden, zu welchen Schlüssen die Teilnehmer der Barsinghausener Gespräche gekommen sind. Im dritten Teil geht es schließlich um die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Hier wird die Haltung gegenüber dem kommunistischen Regime in der sowjetischen Besatzungszone, die Politik der Nicht-Anerkennung durch den Westen, dargestellt. Auch der Standpunkt zur bisherigen westdeutschen Politik wird beleuchtet.

Diese drei Untersuchungsschwerpunkte führen dann hin zu den „Zwölf Thesen zur Deutschlandpolitik“. Diese entstehen im Laufe der Barsinghausener Gespräche und formulieren deren zentrale Punkte und Herangehensweise auf dem Gebiet der Deutschlandpolitik. Durch den Zeitpunkt der Formulierung dieser Thesen kurz vor dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961⁶⁰ bilden sie den Abschluss des ersten Untersuchungsteils und zugleich eine Basis zur Analyse der Arbeit in den Barsinghausener Gesprächen nach dem Mauerbau.

5.1 Die Vertriebenenproblematik

Das erste der Barsinghausener Gespräche fand unter dem Titel „Der geistige und politische Standort der Heimatvertriebenen“ vom 28. Februar bis zum 2. März 1958 statt. Da die Haltung der „Barsinghausener“ zur Vertriebenenproblematik wichtig für die Frage nach den deutschen Ostgebieten und der deutschen Ostgrenze ist, und zugleich den Beginn der Gespräche markiert, soll diese nun zuerst dargestellt werden.

Der Beginn der Erörterung erfolgt mit Gotthold Rhodes Referat zum Auftakt des ersten Barsinghausener Gesprächs. Seiner Definition von Vertreibung, welche er unter dem Begriff „Massenzuwanderung“ in mehrere Unterkategorien einteilt, werden Auszüge aus Kapitel Eins der Genfer Konvention von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vorangestellt.⁶¹ Dies geschieht, um zeigen, warum es nötig war, eigene Kategorien zur Vertriebenenproblematik zu entwerfen. Sie sind insbesondere durch das Abtreten der ehemaligen deutschen Ostgebiete und der damit verbundenen Ungleichheit von Heimat,

60 Information aus persönlichem Gespräch mit Prof. Armin E. Mruck (Teilnehmer).

61 Siehe Anhang.

Staatsgebiet und Staatsangehörigkeit von Nöten. Auch fallen die aus der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) nach Westdeutschland fliehenden Menschen nicht unter den herkömmlichen Begriff des Flüchtlings. Diese stellen allerdings auch innerhalb der Auslegung der Barsinghausener Gespräche eine Sonderform dar, meist fehlt hier der direkte Zwang, die SBZ zu verlassen, während die Menschen aus den Ostgebieten keine Möglichkeit zum Verbleib in der Heimat hatten.

Die Barsinghausener Gespräche beginnen am 28. Februar 1958 mit seinem Referat „Zwangsumsiedlungen und Vertreibungen in der Geschichte vor 1944“. Hierin definiert Rhode zunächst den Begriff des Vertriebenen, wobei er den Ausdruck „Massenzuwanderungen“ als Oberbegriff wählt und diesen in drei Kategorien unterteilt, welche er, wie aus dem Titel seines Referates zu erkennen ist, anhand von Beispielen vor dem Zweiten Weltkrieg erläutert. Rhode unterscheidet die Kategorien „Politische Emigration“, „Vertreibung anders-nationaler Staatsbürger“ und „Zwangsumsiedlung oder Zwangsverschleppung von Bevölkerungsgruppen“. Ausdrücklich nicht unter seine Definition fällt die Flucht vor einer Kriegsfront, da diese meist eine temporäre Flucht bedeutet und auch nicht über hunderte oder gar tausende Kilometer geht. Außerdem beinhaltet sie meist eine relativ zeitige Rückkehr in die Heimat, sobald die Gefahr nicht mehr allzu groß erscheint, und ist nicht über eine Staatsmacht erzwungen und so mehr oder minder „freiwillig“. ⁶² Auch Saisonwanderungen junger Männer zu Arbeitszwecken werden explizit von der Definition der „Massenzuwanderung“ ausgeschlossen, da es sich hier um eine geplant zeitweilige Form des Verlassens der Heimat handele. ⁶³

Die erste Form, welche Rhode unter den Begriff „Massenzuwanderungen“ fasst, ist die „Politische Emigration“. Diese Form gebe es schon seit mehreren hundert Jahren und sie betreffe meist nur eine relativ kleine Gruppe von Menschen. Hierbei handelt es sich um führende politische Figuren, die sich in ihrem Heimatland gegen aktuelle Machthaber gestellt haben. Aus Furcht vor Repressionen oder Ermordung verlassen sie ihre Heimat. Als Beispiele nennt Rhode etwa die russischen Revolutionäre in London und der Schweiz, die Bekanntesten unter ihnen sind Lenin und Trotzki. Mit dem verstärkten Auftreten von Diktaturen in Europa zu Beginn des 20. Jahrhunderts wird auch diese Form der Flucht zu einer „Massenbewegung“. Zwischen den

62 Vgl. Barsinghausener Gespräche 1–4, a.a.O., S. 18.

63 Ebd.

beiden Weltkriegen sind in Europa etwa zwei bis drei Millionen Menschen hiervon betroffen.⁶⁴

Als zweite Form nennt der Autor die „Vertreibung anders-nationaler Staatsbürger“. Hervorgegangen sei diese aus dem Nationalismus des 19. Jahrhunderts, als versucht wurde, Volks- und Staatsgrenzen deckungsgleich zu machen. Ein ähnliches Phänomen stelle die konfessionelle Intoleranz dar, diese sei jedoch im Gegensatz zur Volksangehörigkeit frei wählbar. Im Nationalismus werden Kriege nicht zwischen Staaten, sondern zwischen Völkern geführt, sodass Menschen anderer Nationalität zur Gefahr im eigenen Staate werden können. Die Ursprünge dieser Art der Vertreibung sieht Rhode im Balkankrieg 1912, als muslimische Türken aus Griechenland vertrieben wurden. Insbesondere das vertragliche Festschreiben der Vertreibung im Vertrag von Lausanne vom 30. Januar 1923 sollte sich später als hochproblematisch erweisen. Die Schwierigkeit ist hierbei insbesondere, dass die Aktionen innerhalb eines souveränen Staates stattfinden, so dass andere Staaten von außen wenig Einfluss nehmen können, wie Rhode am Beispiel des Völkermordes von Türken an Armeniern im Jahre 1915 aufzeigt.⁶⁵ Die letzte große Welle der Vertreibung aus nationaler Intoleranz vor dem Zweiten Weltkrieg war schließlich die Vertreibung der Juden aus Deutschland in den dreißiger Jahren.⁶⁶

Die dritte Form der „Massenzuwanderungen“ stellt die „Zwangsumsiedlung oder Zwangsverschleppung von Bevölkerungsgruppen“ dar. Diese Form habe es vor dem Zweiten Weltkrieg allerdings nur in der Sowjetunion gegeben. Eine besondere Schwere dieser Art der Vertreibung liegt darin, dass neben dem Verlieren der Heimat auch der Zielort der Vertreibung nicht frei wählbar ist. Ziele eines solchen „Verschiebens“ von Bevölkerungsgruppen können verschiedener Natur sein. Zum Einen kann hiermit der Versuch unternommen werden, eine oppositionelle Strömung von Seiten des Staates aus nationalpolitischen Gründen zu zerschlagen oder zumindest zu schwächen, zum Anderen kann hiermit auch das Ziel verfolgt werden die Zielorte mit der Ansiedlung von Menschen wirtschaftlich zu stärken.⁶⁷

64 Vgl. Barsinghausener Gespräche 1–4, a.a.O., S. 19f.

65 Vgl. Barsinghausener Gespräche 1–4, a.a.O., S. 23f.

66 Vgl. Barsinghausener Gespräche 1–4, a.a.O., S. 24.

67 Vgl. Barsinghausener Gespräche 1–4, a.a.O., S. 25f.

Laut Rhode gibt es viele unterschiedliche Arten der Reaktion von Menschen auf eine Zwangsumsiedlung. Meist komme es jedoch entweder zu „dumpfer Ergebenheit in das Schicksal, geduldigem Warten auf die Rückkehr und Angst und Verzweiflung [oder aber] zu einem völligen Aufgehen in der neuen Umgebung[...].“⁶⁸ Der letztere Fall trete allerdings fast nur in Fällen von Verschleppung in früher Jugendzeit auf. Der Autor zeigt also auf, dass es Vertreibung bereits vor dem 2. Weltkrieg in großer Zahl gegeben hatte. Allerdings sei diese während des Krieges in bis dato unbekannte Größenordnungen gesteigert worden, sowohl von den Nationalsozialisten als auch von den Bolschewisten. Rhode zeigt, warum die Definition der Genfer Flüchtlingskonvention nur teilweise auf die Vertriebenenproblematik in (West-) Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg zutrifft. Auch liefert er mögliche Kategorien, mit denen man die Vertriebenen aus den ehemaligen Ostgebieten Deutschlands beschreiben kann.

Da sich die Teilnehmer der Barsinghausener Gespräche zu großen Teilen aus von Vertreibung direkt betroffenen Gruppierungen zusammensetzen, gilt es, neben der von Rhode dargestellten Kategorisierung auch die Vielzahl an Gruppierungen und deren Haltung zur Heimat darzustellen.

Hierbei soll zunächst das Referat „Der geistige Standort der Heimatvertriebenen“ von Wenzel Jaksch beleuchtet werden. Daran anschließend wird dann auf verschiedene Gruppen innerhalb der Vertriebenen, etwa die Jugend, und deren jeweilig Situation hingewiesen, wie sie in weiteren Aufsätzen dargestellt wird. Schließlich geht der Blick noch auf die Sicht der östlichen (Nachbar-)Staaten, aus welchen die Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind.

Um das Erstarken des Heimatgefühls zu verstehen, bedarf es laut Jaksch eines Rückblickes auf das Europa nach dem Ersten Weltkrieg. „Nach 1918 war im gesamten Zentraleuropa eine weitgehende Stabilisierung der Industriegesellschaften feststellbar. Schon die viel stärkere Betonung der Grenzen, die Einschränkung der Freizügigkeit und auch der geringere Bedarf an mobiler Arbeitskraft haben zu einer Konsolidierung des Sozialgefüges auf dem Boden heimatlicher Bindungen geführt.“⁶⁹ Eine Stärkung dieser Entwicklung gab es zudem durch das wachsende Heimatgefühl der vormaligen Wanderarbeiter, welches eben in der Zeit des Verlassens der Heimat zwecks Arbeitssuche entstanden ist. Im Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg

68 Barsinghausener Gespräche 1–4, a.a.O., S. 27.

69 Barsinghausener Gespräche 1–4, a.a.O., S. 34.

gab es zunächst laut Jaksch keine Öffentlichkeit für die Vertriebenen. „Das deutsche Volk war vorübergehend als Ganzes staatenlos geworden. Zu großen Teilen befand es sich damals in einem Zustand der Heimatlosigkeit: die Männer in Gefangenschaft, die Frauen und Kinder irgendwo unterwegs.“⁷⁰

Aufgrund dieser Tatsache wurde das Schicksal der Vertriebenen in Deutschland kaum wahrgenommen. Des Weiteren sei der Flüchtling in West-Deutschland insgesamt „lieber gesehen“, als der Vertriebene, so Jaksch. Hier sei eine Assimilation eher zu erwarten als bei den Heimatvertriebenen. Dabei seien die Vertriebenen keineswegs „eine soziale Interessengemeinschaft, sondern vielmehr eine historische Erlebnisgemeinschaft“⁷¹, so der Autor. Auch müsse man das Suchen nach gegenseitigem Kontakt zwischen den Heimatvertrieben richtig einordnen, da Heimattreue nicht mit Nationalismus gleichzusetzen sei. Zudem zeige das gemeinsame Verarbeiten des Erlebten auch Möglichkeiten zum Überwinden von Gegensätzen auf. Die Gemeinschaft der Heimatvertriebenen kenne keine Ständebegrenzungen, man mache keine Unterschiede zwischen Reichs- und Volksdeutschen. Dennoch könne eine Eingliederung in die Gesellschaft der in Westdeutschland Beheimateten nicht über Assimilation geschehen, da ein Übertrag der Lebensstruktur von Ost nach West nicht funktioniere. Auch müsse das Kulturgut der Heimatvertriebenen bewahrt werden. So könne etwa die Reibung zweier Heimaten zu der Entwicklung einer eigenen Identität führen, welche die „alte“ Heimat mit einbezieht und nicht auslöscht. Hierbei sei insbesondere die Jugend mit einzubeziehen, da die Volkskultur insgesamt zu verflachen drohe, so Jaksch. Dies gelte sowohl für die Jugend des Westens als auch für die des Ostens. Der Autor meint, „dass die deutsche Jugend heute nicht so sehr vom Neofaschismus oder Kommunismus bedroht ist, sondern mehr vom Nihilismus.“⁷²

Dass die Teilnehmer der Barsinghausener Gespräche der Jugend hier keine Vorwürfe machen wollen, zeigt das Referat von Hans Christ, der sich mit der „Situation der Heimatvertriebenenjugend“ auseinandersetzt⁷³. Die Jugend sei in einer Zeit der Unsicherheit und ständiger Veränderung aufgewachsen. Dies habe zur Folge, dass die Wirklichkeit unübersichtlicher und schwieriger als in früheren Zeiten geworden sei. Auch könne die Jugend nicht mehr auf Erfahrungen der Parentalgeneration zurückgreifen, da weder Eltern noch

70 Barsinghausener Gespräche 1–4, a.a.O., S. 37.

71 Barsinghausener Gespräche 1–4, a.a.O., S. 38.

72 Barsinghausener Gespräche 1–4, a.a.O., S. 39.

73 Vgl. Barsinghausener Gespräche 1–4, a.a.O., S. 40ff.

Lehrer eine Situation erlebt hätten, die mit der im Nachkriegsdeutschland vergleichbar sei.⁷⁴ In dieser Zeit des Umbruchs gäbe es viele Faktoren, die ein Erwachsenes des Heimatgefühls der Jugend erschwerten. Zunächst wären da die zwei getrennt voneinander bestehenden Nationalstaaten mit jeweils eigener Hymne und Flagge sowie eigener Verfassung zu nennen. Erweitert werde die Problematik dadurch, dass die ehemaligen Ostgebiete, in denen die Flüchtlingsjugend teilweise aufgewachsen sei, inzwischen zu keinem der beiden Staaten gehöre. Für die Jugend, welche das „ehemalige“ Deutschland kaum kennen würden, sei es so schwer einen gesamtstaatlichen Zusammenhang zu erkennen. Erschwerend komme der häufige Wechsel von Nationalflagge und -hymne in den vergangenen Jahren hinzu. Des Weiteren sei auch die ältere Generation nicht eins im Umgang mit der Situation. Auf politischer Ebene hätten die unterschiedlich gesinnten Fraktionen gänzlich unterschiedliche Einstellungen zu Deutschland, auf der privaten Ebene stünden in den Nachkriegsjahren noch ganz andere Dinge im Vordergrund als eine Auseinandersetzung mit der deutschen Historie und der hieraus erwachsenen Zukunft. Von einem „deutschen Europäer“ könne aufgrund des Nationalstolzes anderer betroffener Nationen nicht gesprochen werden. So erscheine es für die deutsche Jugend kaum möglich auf internationaler Ebene über „ihr“ Land zu sprechen.

All diese Faktoren einbeziehend, kommt Christ zu dem Schluss, die von Jaksch angesprochene Gefahr des Nihilismus für die Jugend komme nicht durch eine „Schlechtheit“ eben dieser zustande, sondern durch das Fehlen von Möglichkeiten zur Entwicklung eines Nationalgefühls. Dieses müsse frei von Arroganz aber auch Unterwürfigkeit neu entwickelt werden. Diese Aufgabe könne die Jugend allein aber schwerlich erfüllen, hierbei brauche sie Unterstützung der älteren Generation. Es gehe um ein „Deutschland unter anderen“ anstelle von „Deutschland über alles“. Ein solches Bewusstsein zu schaffen sei die Aufgabe, die es zu bewältigen gelte, um zu verhindern, dass die Jugend heimatlos werde.⁷⁵ Der Jugend des Ostens spricht Christ hierbei eine besondere Aufgabe, aber auch Verantwortung zu. Er begründet dieses mit zwei Erfahrungswerten, welche die Jugend aus den Ostgebieten der Jugend aus den Gebieten des heutigen Deutschlands voraus habe. Zum einen nennt er einen stärkeren familiären Zusammenhalt innerhalb dieser Gruppe, geschuldet einer konservativeren Grundhaltung als in den Westgebieten. Zum

74 Vgl. Barsinghausener Gespräche 1–4, a.a.O., S. 40f.

75 Vgl. Barsinghausener Gespräche 1–4, a.a.O., S. 43f.

anderen einen Erfahrungsvorsprung, durch das Selbsterleben von Vertreibung. Hierdurch sei der Gemeinschaftssinn gegenüber der Westjugend gestärkt. Aus diesen Voraussetzungen entsteht am 8. April 1951 die „Deutsche Jugend des Ostens“ (DJO) als eigene Organisation, fußend auf einem Gemeinschaftsgefühl als Landsmannschaft und dem Appell an eine Vertriebenensolidarität. Ziele der DJO sind:

- „1. Das geistige und politische Erbe der Heimatgebiete zu erhalten und neu zu beleben;
2. Den Rechtskampf um die Gebiete im Osten insbesondere auf der Ebene der Jugendbünde und der internationalen Jugend-Begegnungen zu unterstützen; die Bereitschaft zur Rückkehr zu wecken und pflegen;
3. das Bemühen um ein gesamtdeutsches Gemeinschaftsgefühl, das erst die Voraussetzung für ein aktives eintreten für den deutschen Osten sein muss.“⁷⁶

Die DJO vertritt die Jugend in den Gebieten, in denen auch der Bund der Vertriebenen tätig ist. Ein großer Unterschied ist hier, dass für die Jüngeren das Herkunftsland oftmals nur noch Geburtsort ist und auch nur noch sein kann, die Heimat sind bereits die Westgebiete. Diese neue Heimat beantworte allerdings nicht die Frage nach der Herkunft, welche weiter gestellt werde, so Christ. Um bei der Jugend die Bereitschaft zu erwecken brauche es laut dem Autor, bedingt durch das Fehlen von Erinnerungen an den Geburtsort, eine andere Ansprache, als bei der älteren Generation. Man müsse „sie [eher] mit fachlich und rechtlich begründeten Argumenten [ansprechen] als mit gefühlsmäßigen.“⁷⁷

Da eine Klarheit über die Richtigkeit der Maßnahmen zur Eingliederung sich erst in Zukunft zeigen wird sei es umso wichtiger die Jugend mit ins Boot zu holen, sind sich Christ und Jaksch einig. Bedingt durch das Wirtschaftswunder in Westdeutschland und die hiermit entstehenden Möglichkeiten werde sich erst nach einem Erlahmen zeigen, ob Deutschland ohne die Ostgebiete auskomme, so Jaksch. Da die Problematik der Eingliederung nicht nur auf wirtschaftlichem Wege zustande kommen könne, dieser könne nur temporär Probleme überdecken, müsse es ein Nebeneinander mit kultureller und religiöser Einbindung geben. Entscheidend für das Gelingen werde hier das Zusammenspiel von westlichem und religiösem Humanismus, so Jaksch.⁷⁸

76 Barsinghausener Gespräche 1–4, a.a.O., S. 44.

77 Barsinghausener Gespräche 1–4, a.a.O., S. 45.

78 Vgl. Barsinghausener Gespräche 1–4, a.a.O., S. 39.

Eine gesonderte Rolle innerhalb der Vertriebenen nehmen die Menschen aus der sowjetischen Besatzungszone ein, wie Heinz Sting darlegt. Dadurch, dass sie zumindest in einem gewissen Maße Kontakt zu den Menschen in der SBZ halten, sei auch ihr Drang nach einer Wiedervereinigung Deutschlands größer, als dies bei den Vertriebenen aus den Ostgebieten der Fall sei. Des Weiteren sei der Zustrom in die Westgebiete ein ständiger Prozess, der in den fünfziger Jahren (und auch noch bis zum Mauerbau am 13. August 1961) anhalte. Im Gegensatz hierzu seien die Menschen aus den Ostgebieten zwar in größerer Zahl, jedoch auch in einem relativ eng begrenzten Zeitraum nach Westdeutschland gekommen. Erschwerend komme hinzu, dass nicht für alle Zuwanderer aus der SBZ offensichtlich erzwungene Gründe ausschlaggebend für die Flucht seien und sie daher nicht als Flüchtlinge anerkannt würden, zumal eine Rückkehr in das heimatliche Gebiet bei einem Gros der Fälle zumindest theoretisch möglich sei. Meist handele es sich um eine politisch motivierte Flucht auf Basis des persönlichen Freiheitsgedankens oder eine aus wirtschaftlichen Gründen, da sich die ungleiche finanzielle Entwicklung der beiden deutschen Staaten bereits früh abzeichne und auch zeige. Aus Angst um Leib und Leben seien dagegen eher wenige Menschen aus der SBZ geflohen.

Dennoch spricht sich der Autor Sting dafür aus, auch diese Menschen als Flüchtling anzusehen, da sie bei entsprechender wirtschaftlicher Entwicklung vermutlich nicht hätten fliehen müssen.⁷⁹ Da diese Gruppe aufgrund der genannten Faktoren deutlich homogener ist als jene der Flüchtlinge aus den Ostgebieten kam es zu keiner Eingliederung in den Bund der Vertriebenen. Insgesamt ist die Frage nach der Organisation in diesem Falle teilweise unbeantwortet. Es gebe, so Sting, zwar den „Gesamtverband der Sowjetzonenflüchtlinge“ als Interessenverband bei der Geltendmachung von Reparationsforderungen, allerdings erfolge hier mit der Auszahlung dieser oftmals auch der Austritt aus der Organisation. Um eine Assimilation der Flüchtlinge in der neuen Heimat zu verhindern, welche auch deshalb schneller erfolgt, da die kulturellen Unterschiede zu den in Westdeutschland Beheimateten kleiner erscheinen, fordert Sting die Schaffung einer Gemeinschaft der Mitteldeutschen mit dem obersten Ziel der Wiedervereinigung. Es lässt sich also festhalten, dass die Flüchtlinge, wenn sie auch in gewisser Form ein gemeinsa-

79 Vgl. Barsinghausener Gespräche 1–4, a.a.O., S. 51ff.

mes Schicksal teilen, nicht als eine homogene Gruppe angesehen werden können.

Zu den unterschiedlichen Gründen oder Zwängen, seine Heimat zu verlassen oder verlassen müssen, beleuchtet Otto Freiherr von Fircks auch noch eine weitere Dimension: die Erfahrung mit solchen Situationen, soweit es sie denn geben kann. Er sagt, die Menschen, welche aus den alten Grenzgebieten wie etwa Ostpreußen stammten, hätten einen ganz anderen Erfahrungshorizont in dieser Sache als die Flüchtlinge aus der SBZ, für die die Situation völlig neu sei. Er nennt hier etwa den Ersten Weltkrieg, die russische Revolution und die weitgehende Stabilisierung des Baltikums zu Beginn der zwanziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts, in denen die Flüchtlinge aus dem Osten bereits von Flucht oder Vertreibung betroffen gewesen seien. So kam es laut von Fircks dann nach ersten gemeinsamen politischen Willensbekundungen zu Beginn der Bundesrepublik Deutschland bereits Ende der fünfziger Jahre zu einem Hinwenden zum Egoismus, weg von der Schicksalsgemeinschaft als Flüchtlinge.⁸⁰ Er wirft den Vertriebenen vor, die eigene Volksgruppe zugunsten von Geld und Sicherheit zu verraten. „Der politische – sprich parteipolitische – Standort, der hier bezogen wird ist zumeist kein wirklich innerer. Er wird vielmehr nur bestimmt von den Fragen des Fortkommens (Verdienst), der persönlichen Sicherheit und der Überlegung, was vielleicht noch am ehesten dazu führen könnte, das Ostdeutschland wieder einmal Teil Deutschlands wird und man sein Eigentum zurückerhält.“⁸¹ Man habe keinen festen weltanschaulichen Standort mehr, sondern sei zu einer opportunistischen Masse verkommen. „Wer heute am glaubwürdigsten das meiste Materielle verspricht und möglichst viel sichtbare Macht aufweisen kann, gewinnt die meisten Stimmen.“⁸² Letzten Endes seien die Menschen zwiegespalten zwischen der alten Heimat auf der einen Seite und einem guten Leben im Jetzt auf der anderen Seite. Man möchte die Heimat zwar wiederhaben, hierfür jedoch möglichst keine oder nur wenig Opfer bringen. Daher müsse nun auf politischer und historischer Ebene eine Grundlage geschaffen werden, um hieraus letztendlich einen Standpunkt zu erarbeiten, der Belastungen aushalte. Hierfür sollen insbesondere geeignete Personen aus dem Kreis der Vertriebenen zur Mitarbeit und Gestaltung gewonnen werden.

80 Vgl. Barsinghausener Gespräche 1–4, a.a.O., S. 56f.

81 Barsinghausener Gespräche 1–4, a.a.O., S. 58.

82 Ebd.

Abschließend soll nun noch der Blick auf die Nachbarstaaten geworfen werden mit der Frage, wie sie zur deutschen Flüchtlingsproblematik stehen, was die öffentlichen Aussagen von den Stimmungen in den Bevölkerungen unterscheidet oder nicht unterscheidet sowie den Blick der „Barsinghauser“ hierauf. Harald Laeuen unterscheidet die Haltung der Staaten des Ostens gegenüber den deutschen Vertriebenen in zwei unterschiedliche Kategorien: die humanistische Betrachtungsweise und die politische Betrachtungsweise. Die humanistische Betrachtungsweise des Kommunismus sehe das Schicksal der Deutschen als gerechte Vergeltung an. Diese Sichtweise solle man aber nicht mit der Sichtweise der Menschen in Polen oder der Tschechoslowakei gleichsetzen, so wie man als Deutscher auch nicht in Kollektivschuld genommen werden möchte, so Laeuen. Anders sehe die politische Betrachtungsweise aus. Da der kommunistische Ostblock nicht von einem Erstarren der (kapitalistischen) westdeutschen Wirtschaft sprechen wolle, könne oder dürfe, stelle es ihn vor Probleme, die Flucht aus der SBZ zu erklären. Daher könne auch nicht von wirtschaftlichen Motiven bei der Völkerbewegung gen Westen gesprochen werden. Die Vertreibung sei nur eine „Weiterentwicklung“ der sowieso vorhandenen deutschen Westwanderung, beschleunigt durch „leichten Druck“. Da diese Wanderung freiwillig, gar natürlich gewesen sei, so die Position des kommunistischen Ostens, könne es auch keine deutschen Ansprüche auf die verlassenen Ostgebiete geben. Hier gelte es allerdings laut Laeuen zu bedenken, dass die Wanderung im Zeitalter der Industrialisierung immer weg vom ländlichen Raum, in diesem Fall etwa Pommern, hin zu Ballungszentren gehe, und daher nichts mit der Himmelsrichtung zu tun habe.

Laeuen sieht die Besetzung der Ostgebiete durchaus als Gewaltlösung an, sagt allerdings, man müsse zwischen den unterschiedlichen Besatzerländern unterscheiden.⁸³ Die Sowjetunion sei an einem Aufrechterhalten des Status Quo interessiert, eine deutsche Wiedervereinigung sei nicht erwünscht. Identisch sehe es bei der DDR aus. Die Polen würden offiziell, da dem Warschauer Pakt zugehörig, die gleiche Strategie wie ihre Nachbarn in West und Ost verfolgen, hinter vorgehaltener Hand seien sich die DDR und Polen aber, so Laeuen keineswegs einig. Ähnlich sehe die Sichtweise der Tschechoslowakei aus, wenn auch hier das Grenzproblem nicht so vordergründig sei, wie dies mit der Oder-Neiße-Linie zwischen Polen und der DDR der Fall

83 Vgl. Barsinghausener Gespräche 1–4, a.a.O., S. 47ff.

sei, daher seien die Spannungen hier auch nicht so groß. Allerdings unterstelle die Tschechoslowakei den Sudetendeutschen, sie würden die Wiederherstellung der Grenzen des Münchener Abkommens von 1938 fordern. Dies sei, so der Autor allerdings auch in Westdeutschland umstritten und treffe daher nicht zu, zumal die dünne Besiedlung der tschechischen Landgebiete und der damit einhergehende Mangel an Arbeitskräften insbesondere in der Landwirtschaft durchaus für eine Rückkehr von Sudetendeutschen sprechen könne. „So kann man sagen, dass vielleicht aus den eigenen staatlichen Bedürfnissen heraus sich doch einmal für die Tschechen zwangsläufig die Frage stellen wird, ob sie nicht darüber verhandeln sollen, dass Sudetendeutsche in ihre Heimat zurückkehren können.“⁸⁴

Eine deutliche Unterscheidung müsse aber zwischen der offiziellen politischen Linie der Staaten, wie sie dargelegt worden sei, und dem Empfinden der jeweiligen Bevölkerung gemacht werden. Hier würden sowohl das polnische als auch das tschechische Volk die Oder-Neiße-Linie keineswegs als so unumstößlich ansehen, wie es der Warschauer Pakt darzustellen versuche, vermutet Laeuen. Den Polen sei es wichtiger, sich von der Sowjetunion zu lösen und ein eigenes Profil zu entwickeln. Sie empfänden die Aussöhnung mit den Deutschen als ein Muss um nicht wieder zwischen die Fronten zweier Großmächte zu geraten, ihnen scheine eine Integration in ein geeintes Europa wichtiger. Im Gegensatz zur antideutschen Linie Gomulkas sei das Volk, insbesondere im persönlichen Gespräch, durchaus dazu bereit ein Schuldeingeständnis den Vertriebenen gegenüber zu machen. Dies liege vor allem daran, dass die jüngere Generation in Polen den Deutschen durchaus freundlich gesonnen sei, was bei den Älteren nicht der Fall sei. Zum Schluss hält Laeuen fest, wollen Polen und die Tschechoslowakei nach Europa, müssten sie sich zunächst mit Deutschland verständigen. Hierbei unterschlägt der Autor allerdings, dass es eine finale Verständigung mit einem geteilten Deutschland, bei dem sich die beiden deutschen Staaten nicht anerkennen, nicht geben kann, solange der innerdeutsche Konflikt ungeklärt ist.

5.2 Gesamtdeutsches Bewusstsein

„Das gesamtdeutsche Bewusstsein der Gegenwart ist die als politischer Auftrag empfundene Haltung, auf der Grundlage der gemeinsamen Geschichte

84 Barsinghausener Gespräche 1–4, a.a.O., S. 49.

und einer gemeinsamen Kultur für die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands zu denken und zu handeln.“⁸⁵ (Hans Beske) Um dem Anspruch auf ein wiedervereinigtes Deutschland gerecht zu werden und ihm Nachdruck zu verleihen, ist es für die „Barsinghausener“ unerlässlich, ein gesamtdeutsches Bewusstsein in der Gegenwart zu schaffen. Hierbei dürfe man allerdings nicht der Versuchung erliegen in der deutschen Geschichtsschreibung in 1945 einen Nullpunkt zu sehen, an dem eine neue deutsche Geschichte und ein neues deutsches Bewusstsein beginne: „Wir haben die hellen und die dunklen Tage in unser Bewusstsein aufzunehmen, wie sollten wir sonst zu einer klaren Gewissensentscheidung kommen? Ohne Geschichts- und Traditionsbewusstsein kann es auch kein gesamtdeutsches Bewusstsein geben.“⁸⁶ Es gelte, eine klare Charakterisierung führender Köpfe der Vergangenheit vorzunehmen, im positiven wie im negativen Sinne. Auch müsse die Tradition gepflegt und nicht ausgelöscht werden, wolle man der Aufgabe der Schaffung eines gesamtdeutschen Bewusstseins gerecht werden, so Hans Edgar Jahn im achten Barsinghauser Gespräch.⁸⁷

Die Wichtigkeit eines gesamtdeutschen Bewusstseins zeige sich allein schon daran, dass für mehr als ein Drittel der Bevölkerung Westdeutschlands im Jahr 1959 die Frage nach der Wiedervereinigung und die Berlinfrage die dringlichsten Aufgaben der Bundesregierung seien.⁸⁸ Dies zeige auf, dass innerhalb der Bevölkerung durchaus ein gesamtdeutsches Bewusstsein bestehe. Allerdings verstehe nicht jeder Bürger, dass der Schlüssel zu einer deutschen Wiedervereinigung in der Verständigung der westlichen Welt mit der Sowjetunion liege. Ein geeintes Deutschland, welches sich auf eine Seite der beiden Konfliktparteien stellen würde, würde das Gleichgewichtsgefüge zwischen den beiden Polen aus dem Gleichgewicht bringen. Daher sei keiner der beiden Kontrahenten bereit hier Zugeständnisse zu machen. Aus diesem Grund müsse der Bevölkerung klar gemacht werden das deutsche Problem als ein weltpolitisches Problem anzusehen. Allerdings sei auch eine „Europa-Euphorie“, wie sie in Teilen der Bevölkerung herrsche unangebracht. Zunächst gelte es das gesamtdeutsche Bewusstsein zu schärfen, bevor man sich auf die Europaebene begeben, so Jahn. Ein guter Europäer könne nur sein,

85 Der Nds. Minister f. Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte (Hrsg.): Die Barsinghausener Gespräche (8–10), Leer (Ostfr.) 1962, S. 52.

86 Barsinghausener Gespräche 8–10, a.a.O., S. 24.

87 Vgl. Barsinghausener Gespräche 8–10, a.a.O., S. 24f.

88 Ebd.

„[wer] zunächst einmal mit beiden Füßen fest auf dem Boden des Vaterlandes steht.“⁸⁹

Es gelte also zunächst, ein gesamtdeutsches Bewusstsein zu schärfen und mit Nachdruck zu vertreten. „Es kommt drauf an, im ganzen Volk immer wieder das Bewusstsein zu stärken, dass die Spaltung Deutschlands ein willkürlicher vorübergehender Gewaltakt ist, der die innere Zusammengehörigkeit der Deutschen diesseits und jenseits der Zonengrenze niemals aufheben und der auf die Dauer von einem Volk niemals hingenommen werden kann, wenn es nicht seine Selbstachtung aufgeben will.“⁹⁰ Hierbei gelte es, sich zunächst auf die SBZ zu konzentrieren, wobei die Ostgebiete nicht gänzlich außen vor gelassen werden dürften. Als Problem stellt sich laut Jahn eine eigentlich erfreuliche Entwicklung dar. Der rasante wirtschaftliche Aufstieg in Westdeutschland zum Ende der fünfziger Jahre führe in großen Teilen der Bevölkerung zu einer Verdrängung des Bewusstseins für ganz Deutschland. Es müsse aber darauf geachtet werden, dass das Bewusstsein in Westdeutschland und der sowjetischen Besatzungszone deckungsgleich sei. Hier bestünde die Aufgabe von Regierung, Parteien, Verbänden und Kirche dem Volk die Wichtigkeit einer Einigkeit innerhalb des ganzen Volkes klarzumachen. Man könne durchaus verschiedene Ansätze zur Problemlösung vertreten und den jeweils eigenen für den richtigen Weg halten, es gelte aber keinem der Akteure das gemeinsame Ziel abzuspreehen. Loyalität auch zwischen konkurrierenden Gruppierungen müsse hier Pflicht sein, um auf weltpolitischer Ebene dieses Ziel mit Nachdruck vertreten zu können. Man müsse sich im Klaren darüber sein, dass es für andere Nationen weltpolitisch andere und auch wichtigere Probleme gebe als die deutsche Wiedervereinigung. Deshalb benötige man diese Einigung auf das Ziel für ein entschlossenes, glaubwürdiges Auftreten auf internationalem Parkett. „Was andere Völker nach langen Wartezeiten [...] erkämpft haben, können auch Deutsche bei gleicher Festigkeit und Zähigkeit erreichen. Die Erhaltung und Festigung des gesamtdeutschen Bewusstseins ist jedoch dafür unerlässliche Voraussetzung.“⁹¹

Um ein gesamtdeutsches Bewusstsein fest im Volk zu verankern, bedürfe es zudem einer Vermittlung von Sachkenntnissen insbesondere über die SBZ und die Ostgebiete. Des Weiteren müssten Wertbegriffe wie Nation, Volk,

89 Barsinghausener Gespräche 8–10, a.a.O., S. 25.

90 Barsinghausener Gespräche 8–10, a.a.O., S. 26.

91 Barsinghausener Gespräche 8–10, a.a.O., S. 29.

Heimat und Vaterland frei von der im Nationalsozialismus geschehenen Pervertierung ihrer Bedeutung gemacht werden. Denn ohne diese Begriffe gebe es, so Gerhard Schreeb in „Gesamtdeutsches Bewusstsein in Theorie und Praxis“⁹² keinen Zugang zu einem gesamtdeutschen Bewusstsein.

Auf politischer Ebene gelte es den Spagat zwischen europäischer Integration, etwa in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft oder die NATO, und dem Verlangen nach einer deutschen Wiedervereinigung zu schaffen. Hierbei gelte es sich im Klaren darüber zu sein, dass es Europa und Gesamtdeutschland heißen müsse und nicht Europa oder Gesamtdeutschland heißen könne. Hier müsse die Integration nach Europa intensiviert werden, bei gleichzeitiger Offenhaltung einer (späteren) Einbeziehung der SBZ und der deutschen Ostgebiete. Die Integration nach Europa sei deshalb, Schreeb zufolge, so wichtig, weil es sich beim Bolschewismus um ein auf Expansion ausgelegtes System handle, welches nicht an einer Lösung der deutschen Probleme interessiert sei. Deshalb gelte es sich bestmöglich auf eine Auseinandersetzung mit der bolschewistischen Propaganda vorzubereiten, insbesondere um der Menschen in der SBZ willen. Man sei als Erbe einer in ganz Deutschland gewachsenen Wertewelt dazu verpflichtet, diese zu bewahren und fortzuführen. Deshalb dürfe es keinen Kulturpessimismus in Westdeutschland geben, den der Autor einigen Intellektuellen vorwirft. Mit dem Weitergeben von Sachkenntnissen beuge man auch Gefahren vor. „Es gilt jedoch auch hier zu berücksichtigen, dass man ein Erbe, dessen man sich nicht bewusst ist, nicht erfolgreich verwalten kann.“⁹³

Um insbesondere den Menschen in der SBZ nicht das Gefühl zu geben, es könne sich um Phrasendrescherei der Westdeutschen handeln, appelliert Schreeb an jeden einzelnen Bürger. Es müssten sichtbare Zeichen der Verbundenheit gesetzt werden. Gerade die Begegnungen zwischen den Menschen seien hier wichtig. Verständnis für die Situation der Deutschen östlich der Zonengrenze müsse gezeigt werden, jedoch frei von Pathos. Hiermit könne eine demokratische Haltung gezeigt werden, welche das Gegenüber von der Würde und der Freiheit eines jeden einzelnen Menschen in der Demokratie überzeugen könne.⁹⁴ Voraussetzung hierfür sei zunächst der Austausch innerhalb der pluralistischen Gesellschaft Westdeutschlands. „Nur

92 Vgl. Barsinghausener Gespräche 8–10, a.a.O., S. 37ff.

93 Barsinghausener Gespräche 8–10, a.a.O., S. 40.

94 Vgl. Barsinghausener Gespräche 8–10, a.a.O., S. 40f.

durch das gegenseitige Kennenlernen der verschiedenen Positionen wird gewährleistet, was im Grunde genommen das non plus ultra der uns gestellten Fragestellung ist, nämlich dass alle, die hier in der Bundesrepublik nebeneinander leben, an ihr interessiert werden.“⁹⁵ Um dieses Ziel zu erreichen, gelte es Erfahrenes und Erlerntes durch persönliches Innehalten und Aufarbeiten zu verarbeiten. Es müsse klar sein, dass es weder in der Frage nach einem gesamtdeutschen Bewusstsein noch in der nach der Wiedervereinigung eine lineare Entwicklung geben werde. Hier gelte es, durch das Zusammenspiel von Erfolg, Misserfolg und Hoffnung ein Auftreten zu entwickeln, welches durch Sachkenntnis und mutiges Handeln Vertrauen hervorbringe, ein Vertrauen sowohl in die Kraft dieser Haltung als auch in die Überzeugungskraft, welche aus einer solchen Haltung erwachsen könne.

Man müsse allerdings vorsichtig sein, die Kraft aus einer solchen Haltung mit der politischen Kraft der Bundesrepublik Deutschland gleichzusetzen, meint Winfried Martini in seinem Referat „Irrglauben der Wiedervereinigung aus dem neunten Barsinghausener Gespräch („Deutschland – was ist das?“). Die politische Stärke Deutschlands sei nämlich keineswegs hinreichend für eine Wiedervereinigung mit der sowjetischen Besatzungszone, auch wenn Wilhelmi der Meinung ist, einige bundesdeutsche Politiker verstünden dies nicht. Als Beispiel nennt er den Auftritt des Bundeswirtschaftsministers Erhard in Berlin, bei dem dieser sagte, er stehe auf dem Boden der Bundesrepublik, was überdies auch rechtlich falsch sei.⁹⁶ Es solle klar sein, dass die politische Sicherheit von der Stärke der Westalliierten abhängig sei und dass diese auch über Druck zum Entstehen der Bundesrepublik entscheidend beigetragen hätten. Westdeutsche Politiker würden die Bundesrepublik Deutschland oftmals als Provisorium ansehen, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit. Warnend habe sich Theodor Heuss gegen diese These gewandt, indem er vor der Wirkung dieses Begriffs auf das Volk gewarnt habe. Erschwerend komme das Wort „Wiedervereinigung“ hinzu, welches den Eindruck des Provisoriums Bundesrepublik noch verstärken könne. Zumal diese These in der Realität schon allein deshalb nicht zutreffen könne, da die Alliierten und auch der Rest Europas keinerlei Verträge mit einem provisorischen Staat aushandeln würden, so Martini. Weiter gebe es ein großes realpolitisches Problem der „Provisoriumstheorie“. Da diese Theorie auf eine schnellstmögliche Wiedervereinigung hinauslaufen müsse, bedürfte sie

95 Barsinghausener Gespräche 8–10, a.a.O., S. 41.

96 Vgl. Barsinghausener Gespräche 8–10, a.a.O., S. 137.

direkter Gespräche mit der Regierung der SBZ, was ihrer politischen Legitimierung gleichkommen würde. Außerdem stelle das Grundgesetz der Bundesrepublik die Freiheit über die Wiedervereinigung.

Martini fordert daher eine andere Herangehensweise an das Problem der Wiedervereinigung. Die Bundesrepublik vertrete nicht Deutschland auf dem internationalen Parkett, sie sei Deutschland. Hiermit vertrete sie auch den Anspruch auf die deutschen Ostgebiete, wie es die Weimarer Republik nach dem Ersten Weltkrieg auch bereits getan habe. Hiermit komme man der Wiedervereinigung zwar auch nicht näher, aber die ihr im Grundgesetz vorangestellte Freiheit sei geschützter als in einem Staat, der sich selber als Zwischenlösung ansehe. „Denn unsere Arbeit an Gesamtdeutschland kann sich nun einmal, ob wir wollen oder nicht, nur vom Boden dieses Staates aus vollziehen. Und das bedeutet, dass der Boden, auf dem wir stehen, so fest wie möglich sein muss.“⁹⁷ Es muss laut Martini also zuallererst um die Sicherung und den Bestand der Bundesrepublik gehen, will man in der Frage der Wiedervereinigung vorankommen. Und da die Schwäche hierin laut ihm nicht in der Verfassung, sondern im Bewusstsein zu suchen ist, ist eben die Schaffung und Schärfung eines gesamtdeutschen Bewusstseins kein Widerspruch zur Festigung der Bundesrepublik, sondern notwendiges Mittel auf dem Weg zur Wiedervereinigung.

Eine gefestigte Bundesrepublik könnte dann auch wieder ihrer historischen Aufgabe einer Brückenfunktion zwischen Ost und West gerecht werden, wie Werner Petersmann und Hans Beske unisono im neunten Barsinghausener Gespräch darstellen. Allein aufgrund seiner geographischen Lage sei Deutschland schon immer die Brücke zwischen Ost und West gewesen, so Petersmann. Durch seine Trennung und der damit einhergehenden Zugehörigkeit zu beiden weltpolitischen Blöcken könne Deutschland diese Brückenfunktion auch wieder einnehmen, so Petersmann. Eine Brücke sei auch deshalb ein gutes Bild, da sie von beiden Seiten zu begehen sei, allerdings seien zurzeit noch Brückenköpfe zur Abwehr vonnöten.

Das Bild von Deutschland als Brücke zwischen Ost und West greift dann auch Hans Beske in „Das deutsche Volk und die ost-mitteleuropäischen Völker“ auf. Allerdings habe Deutschland diese Brücke durch den Zweiten Weltkrieg und der hieraus folgenden Teilung Deutschlands in Bundesrepublik, sowjetische Besatzungszone und Ostgebiete selbst zerstört. Daher könne

97 Barsinghausener Gespräche 8–10, a.a.O., S. 148.

Nationalismus auch keine Antwort auf die Teilung sein, eine Tabuisierung des Themas der deutschen Ostgrenze insbesondere in Bezug auf Polen aber auch nicht. „Das wäre nicht nur Betrug an den deutschen Heimatvertriebenen, sondern auch an Polen und damit an der Glaubwürdigkeit einer so notwendigen praktischen gesamteuropäischen Ost-Konzeption.“⁹⁸ Daher bedürfe es zunächst einer „völkerrechtlichen Prüfung dieser Fragen im Rahmen künftiger Friedensvertragsverhandlungen“⁹⁹, da ein Friedensdiktat nach dem Modell des ersten Diktats von Versailles, das habe die Geschichte gezeigt, keine Lösung darstellen könne. Der erste Schritt hierzu müsse von der Bundesrepublik ausgehen, denn „nicht zuletzt waren es einmal deutsche Panzer, die zuerst andere Grenzen überschritten.“¹⁰⁰ Eine gesamteuropäische Glaubwürdigkeit Deutschlands entstehe nur durch die Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn. Diese würde auch dem sowjetischen Bolschewismus eine schwere Niederlage zufügen und seine Propaganda unwirksam machen. Eine aktive Aussöhnungspolitik sei damit eine Verpflichtung nicht nur den Nachbarstaaten, sondern auch der Freiheit gegenüber. Nur sie könne eine Grundlage für die Aktionsfähigkeit des Westens sein. „Die geistige Ostwende Mittel- und Westeuropas ist somit eine Regenerationschance für die gesamte freie Welt.“¹⁰¹

5.3 Die Beziehungen innerhalb des geteilten Deutschlands vor dem 13. August 1961

Wie bereits in den historischen Rahmenbedingungen dargestellt, gab es zum Ende der fünfziger Jahre offiziell keine Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten.¹⁰² In dem nun folgenden Abschnitt wird vorgestellt, wie die Teilnehmer der Barsinghausener Gespräche sich einen Umgang zwischen den beiden deutschen Staaten vorstellten.

Hierzu schreibt Eberhard Menzel unter dem Titel „Zwei deutsche Staaten?“ im sechsten Barsinghausener Gespräch, dass es bei der Gründung der beiden deutschen Staaten zunächst nur als eine Frage der Zeit erschien, wann es zu der Wiedervereinigung kommen würde. „Das ‚Ob‘ der Wiedervereinigung

98 Barsinghausener Gespräche 8–10, a.a.O., S. 135.

99 Ebd.

100 Barsinghausener Gespräche 8–10, a.a.O., S. 136.

101 Ebd.

102 Vgl. o., Kapitel 3.

stand nicht in Frage, sondern nur das ‚Wie‘. Damals war man sich sogar einig darüber, dass der Weg über einen gesamtdeutschen Exekutivausschuss, freie Wahlen und eine Nationalversammlung mit anschließender Verfassungsgebung führen würde.“¹⁰³ Gemeint ist hier der Zeitraum von 1949 bis 1955. Nach 1955 entstand dann laut Menzel eine Phase der Resignation, insbesondere durch das Auftreten der Deutschen Demokratischen Republik, welche sich als Neuschöpfung verstehe und die These zweier souveräner deutscher Staaten vertrete. Damit einher ging dann auch ein Wandel in der Bundesrepublik, „[n]icht mehr das ‚Wie‘ sondern das ‚Ob‘ der Wiedervereinigung steht nunmehr in Frage.“¹⁰⁴ Problematisch hierbei sei, dass eine Verneinung der Möglichkeit zur Wiedervereinigung sich automatisch auch auf die Frage nach dem Fortbestand eines gesamtdeutschen Staates auswirke.

Völkerrechtlich betrachtet gab es laut Menzel zwei Prinzipien, die auf den deutschen Status angewendet werden könnten: das Kontinuitätsprinzip und das Effektivitätsprinzip. Ersteres fand beispielsweise im Umgang mit Polen Anwendung. Der Staat Polen gelte als derselbe Staat wie jener von vor 1939, trotz seiner zeitweisen Vernichtung in den Jahren des Zweiten Weltkriegs. Das Effektivitätsprinzip komme zur Anwendung, wenn die Chancen auf eine Wiederherstellung vormaliger Ordnungen sich nicht verwirklichen. Hiermit werde auf die Dauer der Glaube daran zur Fiktion, die aktuelle Lage wird als Tatsache anerkannt.¹⁰⁵

Im Bezug auf die beiden deutschen Staaten spricht Menzel davon, dass das Effektivitätsprinzip weltpolitisch ab Mitte der fünfziger Jahre langsam beginne, das Kontinuitätsprinzip abzulösen. Daher gelte es für die Bundesrepublik, einen Weg zu finden, mit der DDR in Kontakt über gesamtdeutsche Fragen zu treten. Menzel schlägt vor, das deutsche Problem, da es sich hier um ein Volk, getrennt durch Sezession, handele, als ein innerdeutsches Problem anzusehen und zu behandeln. Damit sei der Konflikt eine staatsrechtliche und keine völkerrechtliche Angelegenheit. Auf dieser Basis müsse die Wiedervereinigung vorangetrieben werden, um das Einsetzen der weltweiten Anerkennung des Effektivitätsprinzips zu stoppen. Die reine Nichtanerkennung der DDR sei hier deshalb kontraproduktiv, da sie den Willen der Deutschen zur Einheit nicht klarmache und durch den damit einhergehenden Stillstand

103 Der Nds. Minister f. Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte (Hrsg.): Die Barsinghausener Gespräche (5–7), Leer (Ostfr.) 1962, S. 58.

104 Barsinghausener Gespräche 5–7, a.a.O., S. 61.

105 Vgl. Barsinghausener Gespräche 5–7, a.a.O., S. 62f.

auf Zeit zwangsläufig zum Eintreten des Effektivitätsprinzips führe: der weltweiten Anerkennung zweier deutscher Staaten. Um das zu verhindern gelte es, die aufkommende Resignation in Westdeutschland zu bekämpfen und zu überwinden.¹⁰⁶

Eine Vorreiterrolle müsse hierbei der Politik zukommen, so Werner Petersmann. Dabei gelte es für die bundesdeutsche Politik nicht nur eigene Vorschläge auszuarbeiten und zu unterbreiten. Auch jene aus der DDR seien nicht ohne Prüfung abzulehnen, „auch wenn wir wahrscheinlich nicht ohne Grund ein trojanisches Pferd vermuten[.]“¹⁰⁷ Desweiteren gelte es klarzustellen, was von der DDR als demokratisches Minimum verlangt werden müsse, um aufeinander zugehen zu können. Geschehen müsse das auch in dem Wissen, dass die DDR eine solche Forderung zwangsläufig zurückweisen werde. Hiermit würde man auf internationaler Ebene ein klares Signal über die Bemühungen der BRD senden, welches Druck auf die DDR ausüben könne. Dass diese Taktik durchaus von Erfolg gekrönt sein könne, habe die Haltung Chruschtschows auf internationalem Parkett bereits gezeigt. Dennoch sei der Komplex der offiziellen Kontaktaufnahme, auch wenn sie keiner direkten völkerrechtlichen Anerkennung gleichkomme, eine äußerst schwierige Angelegenheit. Zu dem Vorteil von direkten Gesprächsverbindungen komme hinzu, dass die Bundesrepublik so ihren Anspruch auf eine repräsentative Vertretung Gesamtdeutschlands aus historisch und demokratisch gewachsenen Motiven international darstellen könnte.¹⁰⁸ Es seien aber auch schwerwiegende Gründe gegen eine solche Kontaktaufnahme vorzubringen, welche nicht außen vor gelassen werden dürften, so Petersmann. Hiermit würde die Hallstein-Doktrin preisgegeben werden, was einen Triumph für die DDR darstellen würde. Weiter würde man die Effektivitätstheorie hiermit anerkennen, was indirekt auch das Sich-Abfinden mit dem Bestehen zweier deutscher Staaten bedeuten würde oder zumindest so zu verstehen sein könnte. Dieser Vorgang würde dann im Weiteren auch zu einer indirekten Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch die Bundesrepublik führen. Zumal allen voran die Frage gestellt werden müsse, ob es generell von Nutzen sein könne, direkte Beziehungen zu Staaten des Warschauer Paktes aufzunehmen, da diese ihre Entscheidungen von Moskau diktiert bekämen. Dieses Für und Wider gelte es genauestens abzuwägen, bevor man weitere Schritte einleite. Daher sollten

106 Vgl. Barsinghausener Gespräche 5–7, a.a.O., S. 68ff.

107 Barsinghausener Gespräche 5–7, a.a.O., S. 93.

108 Vgl. Barsinghausener Gespräche 5–7, a.a.O., S. 94.

direkten politischen Verbindungen zur DDR der kulturelle und der wirtschaftliche Austausch vorangestellt werden, schlägt Petersmann vor. Des Weiteren gelte es, zuvor präzise Vorbehalte, Bedenken und Bedingungen zu formulieren und einzubringen, bevor man Vorschläge für eine Verbindung anbiete. Das Anbieten der Vorschläge müsse dann auch zwingend geschehen, sei es nur, „um unseren ‚guten Willen‘ ernsthaft zu erweisen.“¹⁰⁹

Abschließend gilt es festzuhalten, dass die Akteure der Barsinghausener Gespräche, wenn auch nicht im Konsens darüber, wie weit man zu gehen bereit sein sollte, sich durchaus für innerdeutsche Beziehungen aussprechen. Hiermit greifen sie der bundesdeutschen Politik um einige Jahre voraus, unter Adenauer gab es diese Überlegungen noch nicht oder sie wurden, sollte es sie denn unter Umständen doch bei Teilen der Regierung gegeben haben, nicht öffentlich geäußert. Adenauers „Politik der Stärke“ zielte eindeutig auf eine Blockade der Deutschen Demokratischen Republik bzw. sowjetischen Besatzungszone. Das Aufnehmen von direkten Kontakten nach Ostberlin war hier noch undenkbar, selbst wenn es einer möglichen Wiedervereinigung zuträglich gewesen sein sollte. Mit der Forderung nach Schaffung eines festen Fundaments, auf dem solche Annäherungen stehen müssten, zeigt sich jedoch auch, dass die „Barsinghausener“ die politischen Realitäten durchaus ähnlich wie die Regierung Adenauer beurteilten. Ein Ausnutzen einer Annäherung durch das Regime Ulbrichts oder durch das sowjetische Regime unter Chruschtschow galt es unter allen Umständen zu verhindern. Das hieß auch, einen Stillstand in den Fragen der Wiedervereinigung hinzunehmen, sollte es keine andere Möglichkeit geben. Wichtig war den Teilnehmern der Barsinghausener Gespräche, den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik Deutschland für die gesamtdeutschen Interessen durch ein aktives Auftreten in Fragen zur Wiedervereinigung der Weltöffentlichkeit sowohl auf der westlichen als auch auf der östlichen Seite des Eisernen Vorhangs klarzustellen. Im Zuge dieser Diskussionen wurden vom „Arbeitskreis für Ostfragen“ zwölf Thesen zur Deutschlandpolitik entwickelt, welche als Leitfaden zur Wiedervereinigung, aber auch der Aussöhnung mit den Nachbarvölkern des Ostens dienen sollten.

109 Barsinghausener Gespräche 5–7, a.a.O., S. 96.

5.4 Die zwölf Thesen zur Deutschlandpolitik

Mit der Formulierung der Thesen sollte klargestellt werden, dass es aus der Sicht der an den Barsinghausener Gesprächen beteiligten Personen bestimmte Punkte gibt, die klar festgelegt sein müssten. Diese Punkte müssten dann sowohl nach innen als auch nach außen als voraussetzende Grundlagen für weitere Gespräche vertreten werden. Referenzpunkt hierfür ist u.a. auch die „Charta der Heimatvertriebenen“¹¹⁰ aus dem Jahr 1950. Auch der von Hans Beske geprägte Ausdruck „Ostwende“¹¹¹ findet Aufnahme in die zwölf Thesen, die wie folgt lauten:

„ZWÖLF THESEN ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK

Der niedersächsische Arbeitskreis für Ostfragen hat auf einer Grundsatztagung die Annahme der folgenden 12 Thesen für seine Arbeit beschlossen:

Die Wiedervereinigung als europäisches Problem im west-östlichen Spannungsfeld

1. Die Wiedervereinigung Deutschlands, das heißt sowohl die Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands als auch die Regelung der Grenzfragen Deutschlands im Osten auf der Grundlage des Völkerrechts, ist nicht nur eine binnendeutsche Frage. Eine Lösung ist nur denkbar im europäischen Rahmen, in den selbstverständlich auch die östlichen Nachbarvölker hineingehören.
2. Wir weichen weder der Gesamthaftung unseres Volkes für seine Geschichte noch historischen Schuldfragen überhaupt aus. Sie können jedoch nicht nur aus nationalstaatlichem Denken heraus geklärt werden. Die Friedlosigkeit unserer Zeit ist in erster Linie eine Folge des Totalitarismus, der 1917 Russland eroberte, 1922 Italien, 1933 Deutschland und 1936 bis 1939 Spanien. Alle Deutschen können ebensowenig für die Hitler-Schuld verantwortlich gemacht werden, wie etwa alle Italiener für die Mussolini-Schuld oder alle Sowjetbürger für die Stalin-Schuld.
3. Die europäischen Friedensprobleme müssen mit Blick auf die Zukunft gelöst werden. Ein Diktatfrieden gegen das deutsche Volk wird daher abgelehnt, wie wir auch auf die gewaltsame Durchsetzung eigener Rechte in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen von 1950 verzichtet haben.

110 Siehe Anhang.

111 Vgl. o., Kapitel 5.2.

4. Die Bundesrepublik ist ein Glied der westlichen Bündnisgemeinschaft, der sie ihre freie Existenz und Sicherheit verdankt. Diese Tatsache entbindet sie nicht von der Verpflichtung zu eigenen Bemühungen um einen Beitrag zur Lösung des Ost-West-Konfliktes.

5. Die genaue Kenntnis des Deutschlandbildes der Nachbarn und anderer Länder ist eine entscheidende Voraussetzung für die richtige Beurteilung deutscher Aufgaben und Möglichkeiten im Ringen um Wiedervereinigung und Regelung der Ostfragen

Abwehr des Sowjetimperialismus und Überwindung der Ostblockpsychose

6. Dem aggressiven Sowjetimperialismus mit erster Stoßrichtung auf Berlin und das Ruhrgebiet in den Formen direkter Bedrohung, Infiltration und Neutralisationsversuchen (mit dem Ziel der Herauslösung der Bundesrepublik und anderer Staaten aus den westlichen Bündnisgemeinschaften) ist mit allen Mitteln entgegenzutreten.

7. Nicht die Völker, sondern Staatsführungen hinter dem Eisernen Vorhang sind der „Ostblock“. Die Völker dürfen keinesfalls summarisch als „der Ostblock“ verstanden werden, sondern sind sorgfältig differenziert zu beurteilen und anzusprechen.

Binnendeutsche Ostwende als Voraussetzung partnerschaftlicher Aussöhnung

8. Die Verbreitung gründlicher Kenntnisse über Geschichte, Kultur, Wirtschaft und politische Entwicklung der östlichen und südöstlichen Nachbarvölker ist dringend erforderlich.

9. Trotz Zensur und erschwerten Reisebedingungen ist den Völkern im sowjetischen Machtbereich ein unverzerrtes Deutschlandbild zu vermitteln, wobei Interesse, Haltung und Aussöhnungswillen gegenüber diesen Völkern zum Ausdruck zu bringen sind – nicht als taktische Maßnahme, sondern als Voraussetzung künftiger Nachbarschaftsregelung im europäischen Rahmen für den Zeitpunkt freier Entscheidungen der Beteiligten.

Aussöhnung und Recht

10. Aussöhnung setzt gleichberechtigte Partner voraus; sie ist weder Kapitulation des Schwächeren noch gewaltsame Durchsetzung des Willens des Stärkeren gegen das Recht.

11. Aussöhnung ist die Grundlage einer gerechten Ordnung in Ost-Mitteleuropa. Der Notwendigkeit einer solchen neuen Ordnung sollten sich alle beteiligten Völker bewusst sein. Die Bereitschaft zu dieser neuen Ordnung und das Vertrauen in ihr Gelingen erfordern die Pflege und Vertiefung des Gemeinsamen und Verbindenden vor einer Auseinandersetzung über das Trennende.

12. Annexionsverbot, Heimatrecht und Selbstbestimmungsrecht der Völker sind gültiges Völkerrecht. Sie sind daher auch die Ordnungs- und Friedensprinzipien für Ost-Mitteleuropa.¹¹²

6 Die Barsinghausener Gespräche nach dem 13. August 1961

Der zweite Hauptteil dieser Arbeit soll sich auf die im vorangestellten Kapitel „Die Barsinghausener Gespräche *vor* dem Mauerbau vom 13. August 1961“ beziehen. Allerdings werden die Untersuchungskategorien hier etwas anders unterteilt. Zunächst wird die direkte Reaktion der „Barsinghausener“ auf den Mauerbau im zwölften Barsinghausener Gespräch „Die Deutschlandfrage nach dem 13. August 1961“, welches vom 6. bis zum 8. Oktober gleichen Jahres stattgefunden hat, untersucht. Darauf folgend wird anhand des 22. Barsinghausener Gesprächs „Die Deutschlandfrage – Bilanz und Querschnitt heute“ gezeigt, wie sich die veränderte Situation nach dem Mauerbau mit etwas Abstand auf die „Barsinghausener“ ausgewirkt hat. Stattgefunden hat dieses Gespräch vom 26. bis zum 28. Februar des Jahres 1965. Die Kategorien der Vertriebenenproblematik, des gesamtdeutschen Bewusstseins und der innerdeutschen Beziehungen werden dabei wieder aufgegriffen und auf Veränderungen oder Kontinuität in der Arbeit in Barsinghausen analysiert. Schließlich soll mit dem 23. Barsinghausener Gespräch „Möglichkeiten deutsch-polnischer Beziehungen“ vom 10. bis zum 12. Juni 1965 anhand der Beziehungen zu einem einzelnen östlichen Nachbarstaat eine mögliche Entwicklung in einem direkten Beispiel dargestellt werden.

112 Der Nds. Minister f. Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte (Hrsg.): Die Barsinghausener Gespräche (11–14), Leer (Ostfr.) 1963, S. 7f.

6.1 Die Situation der Bundesrepublik nach dem 13. August 1961

Mit dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 sei klar, so Hans Beske in seinem das zwölfte Barsinghauser Gespräch eröffnenden Referat „Aus der Sicht des Arbeitskreises“, dass die bisher von der Bundesrepublik praktizierte Politik nur den Erhalt des Status Quo zu sichern vermöge. Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands könne mit ihr nicht erreicht werden. Man habe sich in der BRD zu lange darauf verlassen, dass ein noch zu formulierender Friedensvertrag die Probleme schon lösen werde und es daher reichen würde, die Nichtanerkennung der DDR durch den Westen aufrecht zu erhalten. Diese Haltung könne nun nach dem Mauerbau nicht mehr beibehalten werden. Es müsse den Westalliierten klar gemacht werden, dass die Einheit Deutschlands eben keine rein deutsche Angelegenheit sei. Die Frage nach der Wiedervereinigung sei die zentrale Frage für die Lösung der gesamteuropäischen Frage. Um dieses Anliegen international vertreten zu können, bedürfe es aber immer noch der Schaffung eines Bewusstseins innerhalb (West-) Deutschlands für diese Dringlichkeit. Hierfür müsse allen Deutschen die Tatsache einer Gesamthaftung für die Geschehnisse des Zweiten Weltkrieges klar sein. Dazu gehöre dann auch das Wissen, dass eine solche Gesamthaftung nicht einer Kollektivschuld der Deutschen bedeute. Vielmehr zeige diese Gesamthaftung, dass es einer Aussöhnung der Deutschen mit allen europäischen Völkern, denen des Westens und denen des Ostens, bedürfe, um zu einer Lösung zu gelangen. Diese Aussöhnung könne aber nicht durch eine Anerkennung des kommunistischen Regimes, was einem Nachgeben der Sowjetunion gegenüber gleichkäme, erreicht werden. Sie müsse Unterstützung erhalten durch „die Forderung nach einer klaren, deutlichen kulturpolitischen Offensive in den Ostraum mit dem Ziel der Aussöhnung des deutschen Volkes mit allen Nachbarvölkern in Gesamteuropa.“¹¹³

Zwei Gefahren dürften laut Beske dabei nicht außer Acht gelassen werden. Eine hiervon sei als Gefahr nach innen und eine als Gefahr nach außen anzusehen. Auf außenpolitischer Ebene gelte es zu verhindern, dass die Propaganda des Warschauer Paktes Einfluss auf die Westalliierten nehme. Beske formuliert seine Befürchtungen wie folgt: „Nach außen wachsende Erfolge der Propaganda der Sowjets im Kalten Krieg in der internationalen Beurteilung der deutschen Frage als ein zentrales Störungselement in der möglichen und wünschenswerten Entspannung zwischen Ost und West. Das heißt eine

113 Barsinghausener Gespräche 11–14, a.a.O., S. 105.

wachsende Isolierung der Bundesrepublik [...] oder genauer gesagt eine Annäherung der Blöcke auf Kosten unserer Lebensinteressen mit der Gefahr eines zweiten Friedensdiktates.“¹¹⁴ Nach innen gelte es der Gefahr eines möglicherweise aus Enttäuschung über die Haltung der Westmächte aufkommenden Anti-Amerikanismus entgegenzutreten. Dieser könne nur „die Flucht in einen nationalistischen Neutralismus“ oder „in politische Lethargie“¹¹⁵ zur Folge haben, beides würde der Politik der Sowjetunion zum Vorteil sein. Entstanden sei diese Situation durch den Druck der sowjetischen Europapolitik, der dazu geführt habe, dass die gesamtdeutsche Frage durch die Berlin-Frage ersetzt worden sei. Im Zuge dieser Entwicklung sei das Ansehen der Westalliierten in der Bevölkerung gesunken. Es sei ein Ohnmachtsgefühl und eine Wut in der Bevölkerung herangewachsen, welche sich nicht gegen den Veranlasser, also die Sowjetunion richte, sondern gegen diejenigen, die diese Handlungen nicht zu unterbinden vermocht hätten: die westlichen Alliierten. „Damit entsteht automatisch die Frage des unpolitischen, nicht weiter nachdenkenden Bundesbürgers: Wem nützt eigentlich das NATO-Bündnis?“¹¹⁶

Die deutsche Bevölkerung müsse sich im Klaren darüber sein, dass die Berlin-Frage für die Alliierten von einer solchen Bedeutung und Wichtigkeit sei, dass sie hierüber bereit waren, die Deutschlandfrage zu opfern. Die deutsche Politik dürfe grade unter diesen Voraussetzungen der Sowjetunion in der Deutschlandfrage keinesfalls nachgeben. Hier seien jetzt insbesondere die Vertriebenenverbände gefragt. Sie müssten nun weiter standhaft für die deutschen Ostgebiete kämpfen. „Als die bewussten Statthalter der Treue und der Pflicht, und zwar nicht nur ausgehend von der Leistung vieler Generationen im Osten, sondern vor allem als Wahrnehmung der Kontakt- und Brückendienste zwischen Ost- und Mitteleuropa.“¹¹⁷

Der Kampf für die deutschen Ostgebiete könne nur mit den Nachbarstaaten und nicht gegen sie geführt werden, so Beske. Das bedeute keinesfalls einen Verzicht oder Teilverzicht auf das Territorium. Es müsse nur klar sein, dass der Wille zur Verständigung mit den Nachbarn im Osten Deutschlands dem Anspruch auf die Ostgebiete vorangestellt werde. Hierbei seien konkrete Handlungen zur Verdeutlichung des Willens zur Aussöhnung zu beginnen.

114 Ebd.

115 Ebd.

116 Barsinghausener Gespräche 11–14, a.a.O., S. 106.

117 Barsinghausener Gespräche 11–14, a.a.O., S. 107.

Beske nennt hier etwa die Schaffung einer Osteuropa-Universität, welche längst überfällig sei. Auch müsse das Interesse der Deutschen an der Kultur der osteuropäischen Völker geweckt werden, etwa über das Erlernen der slawischen Sprachen. Der Irrtum des Kulturgefälles von West nach Ost müsse endlich ausgeräumt werden. Nur wenn das Interesse der Deutschen am Osten nicht allein auf reinen Gebietsansprüchen beruhe, seien Fortschritten zu erreichen.¹¹⁸

Der machtpolitische Weg könne hierbei nicht der deutsche Weg sein. Dies habe auch nichts mit fehlender militärischer Stärke zu tun, vielmehr gelte es der Welt im Allgemeinen und den östlichen Nachbarn im Speziellen zu zeigen, dass eine Angst vor dem heutigen Deutschland unbegründet sei. Ein solches Deutschlandbild gelte es daher zuallererst innerhalb Deutschlands zu schaffen. Hier seien die Vertriebenenverbände gefragt, ein Interesse am Osten mit dem Ziel des Friedens bei gleichzeitiger Erhaltung der deutschen Ostgebiete wachzuhalten.¹¹⁹ „Solange es aber noch Menschen gibt, die wach sind und die diese vorwärts gerichteten Gedanken [, die Verständigung vor Anspruch auf Ostgebiete,] in der Bundesrepublik verbreiten und die in verstärktem Maße ihre Gedanken in der Bundesrepublik in die Verbände und damit auch unters Volk bringen, solange sollte uns nicht bange sein um die Heimat, den Frieden und den deutschen Osten!“¹²⁰

Einer der prominenten Redner bei dieser Tagung ist Sebastian Haffner; er spricht in „Aus der Sicht eines englischen Publizisten“ davon, dass mit dem Bau der Mauer für Westdeutschland zwei Entwicklungen deutlich würden. Eine besondere Schwierigkeit bestünde darin, dass die Entwicklungen zudem nicht nur in eine Richtung gingen, sondern sich gegenüberstünden.

Zum einen werde durch den Bau der Mauer die Frage nach der Einheit dringlicher denn je für die Deutschen. Zum andern zeige die Reaktion der Westalliierten auf den Mauerbau, dass für sie die deutsche Wiedervereinigung nicht mehr von Belang sei: „In diesem Widerspruch liegt das sehr Unheimliche des 13. August. An diesem Tage ist, glaube ich, der bisher durchaus nicht erfolglosen deutschen Politik, die seit 1949 verfolgt worden ist, von zwei Seiten der Boden unter den Füßen weggezogen worden, so dass die Deutschlandpolitik Deutschlands, wenn ich mich so ausdrücken darf, im

118 Vgl. Barsinghausener Gespräche 11–14, a.a.O., S. 108.

119 Vgl. Barsinghausener Gespräche 11–14, a.a.O., S. 109.

120 Ebd.

Augenblick vollkommen in der Luft hängt“, so Haffner.¹²¹ Für die Deutschen sei die deutsche Frage daher mit dem 13. August 1961 unaufschiebbar geworden, da die Teilung, welche durch die Verbindungen innerhalb Berlins unvollständig gewesen sei, mit dem Bau der Mauer im wahrsten Sinne des Wortes „zementiert“ wurde. Die Schwierigkeit für die deutsche Politik bestehe nun aber darin, dass diese in gleichem Maße, in dem sie für Deutschland an Dringlichkeit gewonnen habe, für die westlichen Alliierten an Bedeutung verloren habe. Die amerikanische Erklärung, welche noch am Abend des 13. August 1961 veröffentlicht wurde – diese Schnelligkeit lasse darauf schließen, dass die US-Regierung von der Abriegelung Ost-Berlins nicht völlig überrascht wurde - zeige das deutlich, denn darin werde „mit einer gewissen Erleichterung festgestellt [...], dass die Maßnahmen, die an diesem Tag in Berlin getroffen waren, sich nur gegen die Ost-Berliner und die ostdeutsche Bevölkerung richteten, daher weder die West-Berliner noch die alliierten Verpflichtungen berührten.“¹²²

Diese Entwicklung führt Haffner zu dem Schluss, zu dem auch Beske kommt. Die Bundesrepublik müsse klare nationale Ziele schaffen und diese mit Nachdruck dem Westen gegenüber vertreten. Ein Zuwarten darauf, dass die Westalliierten die deutsche Wiedervereinigung durch Druck auf die Sowjetunion vorantreiben würden, könne nicht zu einem gewünschten Erfolg für Deutschland führen, dies habe die Reaktion auf den Mauerbau endgültig klagemacht. Dass solche Ziele nicht über militärischen Druck erreicht werden könnten, darüber sind sich Beske und Haffner einig. Es bedürfte keines „Hurratriotismus“,¹²³ sondern eines klaren Eintretens für die nationale Sache. „Die Deutschen werden wieder sagen müssen, wie jede andere Nation sagt, die Franzosen, Engländer und Amerikaner so gut wie jeder andere: Wir haben gewisse nationale Lebensinteressen (im Falle Deutschlands: die Wiedervereinigung), die für uns Priorität Nummer eins haben und ohne die andere Dinge für uns uninteressant werden.“¹²⁴

In dem Unterlassen eines solchen Eintretens für eigene Interessen sieht auch Hans Werner Schwarze den großen politischen Fehler der Bundesrepublik. Das Nicht-Einsetzen der Westalliierten für die deutsche Wiedervereinigung sei in erster Linie dem eigenen Verhalten geschuldet. Hierbei sei es geradezu

121 Barsinghausener Gespräche 11–14, a.a.O., S. 110.

122 Barsinghausener Gespräche 11–14, a.a.O., S. 112.

123 Barsinghausener Gespräche 11–14, a.a.O., S. 121.

124 Ebd.

erschreckend, wie überrascht westdeutsche Politiker auf die Entwicklung in Berlin reagiert hätten und die westliche Bündnistreue in Frage stellen würden.¹²⁵ In der Bundesrepublik müsse nun endlich die Frage gestellt werden, wie man zu einer Verhandlungsbasis über die Wiedervereinigung kommen könne. Dafür müsse man sich einige wichtige Dinge klarmachen. Ohne eine Lösung über die Frage der Oder-Neiße-Linie könne es keine Verhandlungen geben. Eine Übereinkunft hierüber könne es aber nur einvernehmlich mit Polen geben. Das habe auch damit zu tun, dass die betroffenen Gebiete inzwischen nicht mehr nur Heimat vertriebener Deutscher seien, sondern sich auch „Millionen anderer Menschen Heimatrecht in diesen Gebieten erworben haben.“¹²⁶ Wenn auch keine De-jure-, eine De-facto-Anerkennung der DDR gäbe es längst: „Wir zeigen nicht Sowjetsoldaten, sondern Vopos unseren Pass. Wir holen unsere Laufzettel, wir liefern Warenbegleitscheine, wir haben Interzonen-Handelsabkommen – das alles ist ‚de facto‘“¹²⁷, so Schwarze. Um dieser Schwierigkeiten Herr zu werden, tue ein moralisches Programm für die Bundesrepublik not, ist sich Schwarze mit Hans Beske einig.¹²⁸ „Die Welt scheint bereit zu sein, sich mit der deutschen Spaltung abzufinden. Ich glaube nicht, dass wir Deutschen das tun dürfen, selbst wenn unsere Verbündeten es tun sollten. [...] Mit zunehmender politischer Erziehung, mit zunehmender Erkenntnis der Realitäten kommt vielleicht auch ein Erwachen[.]“¹²⁹

Neben der Schaffung oder Vertiefung des gesamtdeutschen Bewusstseins und des Bewusstseins, dass Erfolge nur auf Basis von Aussöhnung zwischen den Völkern erreicht werden können, dürfe eine Sache aber, so Armin E. Muck in „Das Deutschlandbild des Amerikaners“, nicht vergessen werden.¹³⁰ Die Basis für deutsche Erfolge liege in der Unterstützung durch die Westalliierten und insbesondere in der Unterstützung durch die Amerikaner. Daher dürfe die Betonung der westlichen Welt- und Wertegemeinschaft nicht ausgespart werden. Mit einer Wiederherstellung der Brückenfunktion Deutschlands bei gleichzeitiger Festlegung auf diese Werte „[könne] Westdeutschland und unter den Westdeutschen [könnten] grade die ehemaligen Vertriebenen, einen

125 Vgl. Barsinghausener Gespräche 11–14, a.a.O., S. 130.

126 Barsinghausener Gespräche 11–14, a.a.O., S. 132.

127 Ebd.

128 Vgl. Barsinghausener Gespräche 11–14, a.a.O., S. 139.

129 Barsinghausener Gespräche 11–14, a.a.O., S. 139.

130 Vgl. Barsinghausener Gespräche 11–14, a.a.O., S. 150ff.

positiven Beitrag für die Zukunft leisten. Dieser positive Beitrag wäre in einer Ausnutzung der geographischen Mittellage Deutschlands zu sehen.“¹³¹

Was der 13. August 1961 laut Werner Petersmann unmissverständlich klargemacht habe, sei, dass es nun zwingend erorderlich sei, zu agieren. Eingebunden in die freie westliche Welt gelte es, sich dem Osten zuzuwenden. Der Welt könne man so wieder die Brücke zwischen Ost und West sein, die man in früherer Zeit bereits einmal gewesen sei. Hierbei gelte es Gemeinsamkeiten zwischen den Völkern mit dem Ziel der Annäherung herauszustellen. Das Vorgehen müsse hierbei frei von Illusionen, sachlich und analytisch sein, im Zentrum müsse die Verständigung mit Polen stehen ohne die anderen östlichen Nachbarstaaten außen vor zu lassen. „Ostwende als Aussöhnungswille zur Partnerschaft auf dem Grund von Recht und Gerechtigkeit, d. h. der neuen demokratischen Völkerordnung“¹³², wie bereits 1950 in der Charta der Vertriebenen angelegt, so Petersmanns Fazit.

6.2 Die Entwicklung der Deutschlandfrage nach dem 13. August 1961

Vier Jahre nach dem Mauerbau lasse sich zunächst einmal festhalten, dass die Bundesrepublik Deutschland wieder Gewicht in der Welt habe, so Eberhard Gelbe-Haussen in seinem Referat „Deutschland im west-östlichen Gespräch“ bei dem 22. Barsinghausener Gespräch unter dem Leitmotto „Die Deutschlandfrage – Bilanz und Querschnitt heute“. Allerdings sei dieses Gewicht rein wirtschaftlicher Natur, auf politischer Ebene treffe dies nicht zu.¹³³ Im Zuge dessen hätten sich auch starke wirtschaftliche Verbindungen zur sowjetischen Besatzungszone ergeben, so Gelbe-Haussen. Auf weltpolitischer Ebene habe sich zudem eine Gewöhnung an ein geteiltes Deutschland bei anderen Staaten eingestellt. Diese Entwicklung schiebe die deutsche Frage noch weiter in den Hintergrund als es bereits vor dem Mauerbau auf internationalem Parkett der Fall gewesen sei. Von den Alliierten werde nun eine Politik der Entspannung auf Grundlage des Status Quo verfolgt. Die Annäherung der Blöcke erfolge hierbei insbesondere über die Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen. Hiervon würden sich die Amerikaner ein Aufweichen des Zusammenhalts innerhalb der Staaten des Warschauer Pakts erhoffen. Auch die Sowjetunion

131 Barsinghausener Gespräche 11–14, a.a.O., S. 156.

132 Barsinghausener Gespräche 11–14, a.a.O., S. 176.

133 Vgl. Arbeitskreis für Ostfragen (Hrsg.) Die Deutschlandfrage – Bilanz und Querschnitt heute. Referate des zweiundzwanzigsten Barsinghausener Gesprächs, Leer (Ostfr.) 1966, S. 15.

habe kein Problem mit den ost-westlichen Wirtschaftsbeziehungen, so der Autor weiter.

Diese neue Auffassung der Politik sei, wenn auch langsamer als im Rest der westlichen Welt, auch in der Bundesrepublik angekommen, zu erkennen etwa an den neu entstandenen Handelsabkommen mit Polen, Rumänien, Bulgarien oder Ungarn. Dennoch sei die Bundesrepublik bei der Entwicklung weitestgehend unbeteiligt. Dies liege an dem Fehlen von diplomatischen Beziehungen mit den Ländern des Ostblocks. Das Festhalten an der Hallstein-Doktrin lasse diese weiterhin nicht zu. Die westlichen Bündnispartner, insbesondere die Amerikaner, würden eine westdeutsche Annäherung an Polen dagegen sehr begrüßen. „Die Hallstein-Theorie, so nützlich sie während des Kalten Krieges gewesen ist, wird heute auch von unseren Verbündeten nicht mehr als die glücklichste Lösung der deutschen Außenpolitik angesehen.“¹³⁴ Die Hallstein-Doktrin verhindere auch das Entstehen eines Programms der europäischen Sicherheit, da die Staaten des Ostblocks auf der Teilnahme zweier unabhängiger deutscher Staaten beharren würden.¹³⁵ Daher spreche sich etwa de Gaulle, wenn auch durch die Pariser Verträge an den Einsatz für die deutsche Wiedervereinigung gebunden, für eine Ausklammerung der deutschen Frage aus. Die Frage nach der Einheit Deutschlands sei inzwischen für Franzosen wie Amerikaner gleichermaßen ein Fernziel, primär gehe es um eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Ost und West. Diese Haltung der Alliierten übe Druck auf die BRD aus, diplomatische Beziehungen zum ganzen Warschauer Pakt und nicht nur zur Sowjetunion aufzubauen. Darin eingeschlossen sei auch die Forderung nach einer Entspannung der innerdeutschen Beziehungen. Auch nach Meinung von Gelbe-Hausen müsse die Bundesrepublik sich stärker in die Entspannungspolitik einbringen. Allein die geographische Lage zwischen den beiden Blöcken mit der quer durch Deutschland verlaufenden Grenze mache eine solche Politik nötig. Die Festgefahrenheit in der deutschen Politik müsse durch eine größere Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit ersetzt werden.¹³⁶

Die starre Haltung in der Frage der Anerkennung der DDR mache die BRD zudem erpressbar. Deutlich macht der Autor die Situation am Beispiel Algeriens: „Anfang Oktober vorigen Jahres wurde in Kairo eine Konferenz der

134 Barsinghausener Gespräche 22, a.a.O., S. 18.

135 Vgl. Barsinghausener Gespräche 22, a.a.O., S. 19.

136 Vgl. Barsinghausener Gespräche 22, a.a.O., S. 22.

blockfreien Länder abgehalten. Kurz vor ihrem Zusammentritt erklärte der algerische Präsident Ben Bella, er werde auf dieser Konferenz die Aufnahme politischer Beziehungen mit der Sowjetzone fordern. Am Vorabend der Konferenzöffnung wurde daraufhin in Algier ein Kreditabkommen über 70 Millionen D-Mark unterzeichnet. Präsident Ben Bella stellte bei der Konferenz in Kairo die Forderung nach Anerkennung der Sowjetzone nicht.¹³⁷ Auch gelte es, ein stärker ausgeprägtes Einfühlungsvermögen in der Außenpolitik zu entwickeln. Etwa durch die Belieferung Israels mit deutschen Waffen habe man Ägypten verärgert, durch das spätere Einstellen der Lieferungen dann auch die Israelis. Die Verärgerung der arabischen Staaten habe letzten Endes zu einer Aufwertung Ulbrichts auf internationalem Parkett geführt.¹³⁸ Die inzwischen zwanzig Jahre andauernde Teilung Deutschlands unter Beibehaltung der Hallstein-Doktrin habe dazu geführt, dass es nur noch eine Frage der finanziellen Zuwendungen der Bundesrepublik sei, ob ein blockfreier Staat die DDR anerkenne oder nicht. Um eine Erpressbarkeit wie im Falle Algeriens auszuschließen, müsse man mit Ost-Berlin in diplomatischen Konkurrenzkampf treten und die Hallstein-Doktrin fallen lassen, schlussfolgert Gelbe-Haussen. „Über Jahrzehnte hinaus lässt sich keine Doktrin politisch vertreten, die anderen Staaten verbietet, Beziehungen zu Ost-Berlin aufzunehmen und für den Fall der Missachtung des Verbots die Strafe des Abbruchs der Beziehungen androht. Diese Drohung musste im Laufe der Jahre immer unglaubwürdiger werden, da jeder dritte Staat weiß, dass Bonn sich bei einer so strikten Befolgung der Doktrin ins eigene Fleisch schneiden würde“¹³⁹, zitiert Gelbe-Haussen die Basler Nationalzeitung.

Es gelte nun, den Realitäten ins Auge zu sehen. Diese würden deutlich zeigen, dass Abrüstung und Entspannung in Europa nicht mehr an die deutsche Frage geknüpft seien. Bringe man eigene Vorschläge hierzu ein, so könne die Bundesrepublik einen Überraschungscoup wie beim Bau der Mauer eliminieren. Weiter dürfe man nicht am Willen der Westalliierten, am Ziel der Wiedervereinigung festzuhalten, zweifeln; allerdings lasse sie sich unter den politischen Gegebenheiten nicht realisieren. Ein Festhalten an der Hallstein-Doktrin richte sich unter den gegebenen Voraussetzungen inzwischen gegen die Bundesrepublik und sei nicht mehr zu ihrem Vorteil. Daher müsse es auch eine Abkehr von aussichtslosen Wiedervereinigungsforderungen geben,

137 Barsinghausener Gespräche 22, a.a.O., S. 23.

138 Vgl. Barsinghausener Gespräche 22, a.a.O., S. 24ff.

139 Barsinghausener Gespräche 22, a.a.O., S. 26.

die durch eine aktive Beteiligung an der Entspannungspolitik ersetzt werden müsse. Widersetze man sich weiter den politischen Realitäten, so laufe man Gefahr, der Welt ein Bild der Angst vor einer Konkurrenz Ulbrichts zu liefern.¹⁴⁰ Gelbe-Haussens Appell an die Politik der Bundesrepublik lautet daher: „Schließen wir uns also vom Spannungsgespräch nicht aus, sondern handeln wir nicht gegen diesen oder jenen, sondern für das gesamte deutsche Volk.“¹⁴¹

Neben der veränderten weltpolitischen Lage betrachten die „Barsinghausener“ auch die Lage der Vertriebenen nochmals genauer. Die Vertriebenen seien, so Eugen Lemberg in seinem Vortrag „Vertreibung und Eingliederung – Fünfter Stand oder Avantgarde der modernen Gesellschaft?“ inzwischen weitgehend eingegliedert, der Wunsch nach einer Rückkehr in die Heimatgebiete sei inzwischen eher selten geworden. Das sei anhand der Zahl von knapp 14 Millionen Vertriebenen und Flüchtlingen als eine große Leistung anzusehen. Häufig sei zu Beginn der Eingliederung noch von den Vertriebenen als einem möglichen fünften Stand gesprochen worden, dieses Thema sei nun aber keines mehr. Festzuhalten sei aber, dass die Eingliederung der Vertriebenen zunächst als ein Provisorium gedacht gewesen sei. Für die Vertriebenen bedeute dies, dass sie sich zwar eingliedern lassen würden, auf ihre Heimat im Osten aber nicht verzichten wollten, so Lemberg. Trotz der Schaffung von gesetzlichen Regelungen hierüber sei diese Haltung öffentlich nicht ausreichend vermittelt worden, daher sei die Eingliederung der Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft als ein Verzicht ausgelegt worden. Eine große Leistung der Vertriebenen sei die „bewusste und gewollte Entmassung [...] als erste[n] Schritt der Eingliederung.“¹⁴² Einher ging damit auch ein Verzicht auf die heimatliche Gesellschaftsstruktur, so Lemberg. „Es war für die Vertriebenen eine Flucht nach vorn, eine noch größere Entfernung von der Heimat, als das die Vertreibung in geographischen Sinn bedeutet hätte.“¹⁴³ Auch hätten die Menschen, sowohl Vertriebene als auch in Westdeutschland beheimatete Menschen, einen großen politischen Beitrag zur Eingliederung geleistet. Mit der gemeinsamen Erarbeitung der Eingliederungsgesetze habe man eine enorme demokratische Leistung vollbracht, so der Autor. Die Meisterung einer solchen Aufgabe in einem noch nicht gefestigten Staat sei

140 Vgl. Barsinghausener Gespräche 22, a.a.O., S. 26f.

141 Barsinghausener Gespräche 22, a.a.O., S. 27.

142 Barsinghausener Gespräche 22, a.a.O., S. 51.

143 Barsinghausener Gespräche 22, a.a.O., S. 52.

durchaus eine „erste Bewährungsprobe der damals noch auf schwachen Füßen stehenden deutschen Demokratie“¹⁴⁴ gewesen.

Gezeigt wird das Gelingen oder in einigen Punkten Nicht-Gelingen der Eingliederung anhand dreier Stufen. Die erste Stufe stelle die „Mitexistenz“ dar, welche die Unterbringung und Versorgung der Vertriebenen betreffe, diese Stufe sei inzwischen abgeschlossen. Auch die zweite Stufe, die der „Mitarbeit“, gekennzeichnet durch das Finden von Arbeit zur Sicherung eines eigenen Einkommens, sei erreicht. Die dritte Stufe, die „Mitbestimmung“ hingegen sei bisher nur teilweise erreicht worden. Allerdings sei diese auch innerhalb von nur einer Generation nicht zu bewältigen. Lemberg nennt hier das Beispiel der Einwanderung in die USA, welches zeige, „dass die erste Generation immer die unbeliebten Jobs, die schlecht bezahlten schmutzigen Arbeiten übernehmen musste.“¹⁴⁵ In der Bundesrepublik sei diese Problematik etwa daran zu erkennen gewesen, dass vier Fünftel der bayrischen Volksschullehrer Sudetendeutsche gewesen seien. Diese Jobs seien nicht mit dem Beamtenstatus verbunden und würden daher von den einheimischen Lehrkräften gemieden. Allerdings habe gerade die Besetzung der Volksschullehrerstellen mit Vertriebenen auch ihre Vorteile, denn damit habe man den Erhalt der Heimatkultur der Vertriebenen durch die Weitergabe an die nachfolgenden Generationen gefördert. Zusammengefasst: die wirtschaftliche Integration sei inzwischen gelungen, die geistige Integration dauere hingegen noch an. Dass eine solche Integration auch zum Vorteil ganz Deutschlands sein könne, zeige sich an dem Umgang der Vertriebenen mit den östlichen Nachbarvölkern. Mit Tschechen oder Polen etwa seien die Vertriebenen viel stärker verbunden als Westdeutsche, was sich gerade im direkten Kontakt zeige. Hierin liegen nach Meinung des Autors große Ansatzmöglichkeiten für eine Aussöhnung mit den Gesellschaften des Ostens. Bisher seien diese aber selbstverschuldet weitestgehend ungenutzt geblieben.

Auch hätten die Vertriebenen ein ganz anderes Verständnis von Begriffen wie Volk, Nation oder Staat. „Der westliche [Volksbegriff] leitet den Begriff der Nation vom Staat ab und sieht in einer Nation eine Bevölkerung, die an einem demokratischen Staatswesen zusammenarbeitet. Im ostmitteleuropäischen Denken ist eine Nation etwas ganz anderes, nämlich die Zusammenge-

144 Barsinghausener Gespräche 22, a.a.O., S. 53.

145 Barsinghausener Gespräche 22, a.a.O., S. 55.

hörigkeit von Menschen der gleichen Sprache und Kultur.“¹⁴⁶ Nach der westeuropäischen Auslegung sei etwa Polen lange Zeit keine Nation gewesen. Dennoch sei es hier zu der Schaffung eines Wertekanons einer „modernen Nation in einem Zustand der Staatenlosigkeit“¹⁴⁷ gekommen. Auch die deutschen Vertriebenen seien Teil der Entwicklung des osteuropäischen Volksbegriffs, so Lemberg. Häufig werde der Begriff Volkstum für diese Entwicklung verwandt, was von den Westdeutschen, welche diesen Begriff mit der Zeit des Nationalsozialismus assoziieren würden, negativ ausgelegt werde. Das fehlende Verständnis für die Begrifflichkeit führe dann zu Problemen, so Lemberg weiter. „Wenn man hier verstünde, was die Vertriebenen unter ‚Volkstum‘ meinen, dann würde man finden, dass dieses ‚Volkstum‘ eigentlich eine von unten gewachsene Demokratie bedeutet.“¹⁴⁸ Diese sei letztendlich sogar gefestigter als eine importierte Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik bestehe. Aufgrund dieser Unterschiede in der Auslegung der Begriffe greife auch die westliche Frage nach der Schaffung von Nationalstaaten in Osteuropa nicht. Daher sei ein Wissen um die Geschichte der Völker nötig für ein Verständnis des Ostens und seiner Eigenschaften, meint Lemberg. Auch der Begriff der Wiedervereinigung sei in der Kultur Ostmitteleuropas und damit bei vielen Vertriebenen anders besetzt als im westdeutschen Verständnis. Sie bezögen diesen Begriff auf die Sprache und Kultur, nicht auf ein geographisches Gebiet. Für die westliche Welt bedeute gesamtdeutsch etwas Nationalstaatliches, für den Osten etwas Völkisches.¹⁴⁹ Gerade im Umgang mit der DDR eröffne das östliche Verständnis des Begriffs Wiedervereinigung große Chancen, so Lemberg. Dass man diese auf dem Gebiet der Politik bisher nicht zu nutzen vermocht habe, sei ein großer Fehler, da eine Aufnahme in den politischen Begriffskatalog zwangsläufig zu einem besseren Verständnis mit dem Osten führen müsse.

Lemberg zeigt, dass die Integration der Vertriebenen in die Bundesrepublik Deutschland auch aufgrund der Leistungen der Menschen bisher in vielen Punkten sehr gut gelungen ist. Er weist jedoch auch auf Punkte hin, in denen deutlicher Nachholbedarf bestehe, die, wenn sie noch erfolgreich abgeschlossen werden, für die Gesellschaft der Bundesrepublik auf dem Gebiet der Verständigung und Aussöhnung aber noch von großer Bedeutung sein könnten

146 Barsinghausener Gespräche 22, a.a.O., S. 57.

147 Barsinghausener Gespräche 22, a.a.O., S. 58.

148 Ebd.

149 Vgl. Barsinghausener Gespräche 22, a.a.O., S. 59.

und sein sollten. Lemberg stellt jedoch auch klar, dass eine Integration von einem solchen Ausmaß wie sie in Deutschland stattzufinden hat, nicht innerhalb von 20 Jahren vollzogen werden kann. Eine abschließende Bewertung könne daher noch nicht erfolgen, so Lemberg. Die Aufgabe der geistigen Eingliederung müsse nun den nächsten Schritt markieren, auch im Sinne der deutschen Wiedervereinigung. „Der Arbeitskreis für Ostfragen sucht eine Verständigung mit seinen östlichen Nachbarn und meint, dass die Völker zu einem Gespräch bereit sind. Die staatliche Organisation sowohl Deutschlands als auch seiner östlichen Nachbarn entspricht nicht dem freien Willen dieser Völker. Ohne die patriotische Pflicht der nationalen Verantwortung zu verletzen, müssen wir uns gemeinsam darum bemühen, dass das Gespräch der Völker einer gerechten europäischen Ordnung ihres zukünftigen Zusammenlebens dienen kann und soll.“¹⁵⁰ Um diesem Ziel näherzukommen, gelte es, sich der im historischen Wissen der Vertriebenen vorliegenden Kenntnisse zu bedienen. Um dieses Wissen richtig einsetzen zu können, bedürfe es auch der geistigen Integration der Vertriebenen, wolle man sich nicht später vorwerfen müssen, vorhandene Chancen leichtfertig vertan zu haben.

6.3 Chancen der Beziehungen Deutschlands zu seinen östlichen Nachbarn am Beispiel Polens

Abschließend soll nun anhand des Beispiels Polen die politische Entwicklung der seit dem Mauerbau vergangenen Jahre und die Sicht der „Barsinghausener“ hierzu gezeigt werden; dies soll mit der Auswertung des 23. Barsinghausener Gesprächs „Möglichkeiten deutsch-polnischer Beziehungen“ geschehen, das vom 10. bis zum 12. Juni 1965 stattfand. Als Problem stellte sich hier zunächst die sowjetische Hegemonie gegenüber den Staaten des Warschauer Paktes dar, die den Staaten Osteuropas ohne Rücksprache mit Moskau kaum eigene politische Entscheidungen erlaubte, so dass sie auch nicht völlig ohne diesen Rückbezug behandelt werden konnten.

Den Ausgangspunkt für die Untersuchung bildet das Referat „Tausend Jahre deutsch-polnische Nachbarschaft“ von Herbert Ludat.¹⁵¹ Mit diesem weiten Ansatz sollen grundsätzliche historische Voraussetzungen für die Beziehun-

150 Barsinghausener Gespräche 22, a.a.O., S. 79f.

151 Vgl. Arbeitskreis für Ostfragen (Hrsg.): Möglichkeiten deutsch-polnischer Beziehungen. Referate des dreiundzwanzigsten Barsinghausener Gesprächs, Leer (Ostfr.) 1967, S. 31ff.

gen zwischen beiden Ländern aufgezeigt werden, so Ludat. Es müsse Klarheit darüber bestehen, „dass sich die beiden Völker in höchst unterschiedlichen, zeitgeschichtlich bedingten Ausprägungen ihres politisch-staatlichen und kulturell-geistigen Lebens begegnet sind.“¹⁵² Daher gelte es, sich für die Betrachtung der Beziehungen zwischen Polen und Deutschland, in diesem Falle der Bundesrepublik, von vorherigen Episoden der Geschichte freizumachen. Eine Beurteilung der aktuellen Situation könne auch nur aufgrund der aktuellen Bedingungen und Voraussetzungen vorgenommen werden. In der politischen Gegenwart bedeute das, zunächst die Entstehung der aktuellen Situation zwischen den beiden Staaten zu betrachten. Der Überfall Hitlers auf Polen und das Leid, welches das polnische Volk daraufhin zu erleiden gehabt habe, habe nach der militärischen Niederlage des deutschen Nationalsozialismus im Zweiten Weltkrieg zur Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den deutschen Ostgebieten geführt. Diese Entwicklung habe zu dem Bild einer „Erbfeindschaft“ geführt, die es aber in der Geschichte tatsächlich gar nicht gegeben habe, so Ludat. Diese Bürde der deutsch-polnischen Beziehungen gilt es zu beachten, wenn man mögliche Beziehungen zwischen den beiden Staaten beleuchtet.

Hierauf bezieht sich auch Hans Roos in „Möglichkeiten künftiger deutsch-polnischer Beziehungen.“¹⁵³ „[D]ie Darstellung der Möglichkeiten künftiger deutsch-polnischer Beziehungen [wird] die Unmöglichkeiten mit einschließen müssen.“¹⁵⁴ Er fordert, in Anlehnung an Bismarck, dazu auf, „Politik als Kunst des Möglichen“¹⁵⁵ zu verstehen, um daraus einen philosophischen Versuch erwachsen zu lassen, das Verhältnis zwischen den beiden Staaten auf spekulativer Ebene zu gestalten. Schon die Formulierungsschwierigkeiten von Roos verdeutlichen die Schwierigkeiten, die sich in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen ergaben. Zunächst nennt er vier Punkte, die die wichtigsten Hindernisse auf dem Weg zur deutsch-polnischen Aussöhnung markieren:¹⁵⁶ 1. die Teilung Deutschlands mit dem de-jure Anspruch auf Alleinvertretung des deutschen Volkes durch die Bundesrepublik Deutschland; 2. die zwischen den beiden Staaten stehende Frage nach der Festlegung einer deutschen Ostgrenze, das Problem der Oder-Neiße-Linie;

152 Barsinghausener Gespräche 23, a.a.O., S. 40.

153 Vgl. Barsinghausener Gespräche 23, a.a.O., S. 93ff.

154 Barsinghausener Gespräche 23, a.a.O., S. 93.

155 Ebd.

156 Vgl. Barsinghausener Gespräche 23, a.a.O., S. 93f.

3. die fehlenden diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten; 4. die Zugehörigkeit der beiden Staaten zu sich gegenüberstehenden weltpolitischen Machtblöcken

Das erste Problem ergebe sich daraus, dass Polen als Mitglied des Warschauer Paktes die Zwei-Staaten-Theorie in Bezug auf Deutschland vertrete. Diese Haltung könne von der Bundesrepublik ebenso wenig anerkannt werden, wie Polen umgekehrt in der Lage sei, diese aufzugeben, so Roos. Auch lasse sich die Frage nach der Oder-Neiße-Linie in der aktuellen weltpolitischen Situation nicht lösen. Beide Seiten würden hier für sich von historischem Recht Gebrauch machen, wobei für die Argumentation der jeweils günstigste Zeitpunkt in der Geschichte beider Seiten hergeleitet werden würde. Ein beiderseitiges Festhalten an einer subjektiv richtigen Position führe hier aber über den Umweg der Innenpolitik zu einer verstärkten Gegensätzlichkeit in der Außenpolitik.¹⁵⁷ Eine mögliche Lösung der Probleme auf politischer Ebene sei deshalb nur theoretisch möglich. Ein Ansatz wäre der einer Volksabstimmung in der Bundesrepublik über den Wunsch nach einer Rückführung in die alten Heimatgebiete. Über diesen Umweg könnte bei einer Ablehnung durch das Volk die Oder-Neiße-Linie unter Umständen diskutabel gemacht werden, so Roos. Ein anderer Ansatzpunkt ist für Roos die Modifizierung der Hallstein-Doktrin. Würde man die Staaten des Warschauer Paktes in die Sonderstellung der Sowjetunion mit aufnehmen und die Doktrin nur noch auf dritte Staaten anwenden, so sei zumindest das Hindernis DDR-Anerkennung aus dem Weg geräumt. Überlegungen in diese Richtung habe es beim bundesdeutschen Außenminister Schröder auch durchaus bereits gegeben, so Roos. Auf die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen könne dann zunächst ein kultureller Austausch folgen, welcher politische Fragen weitestgehend ausspare.¹⁵⁸

Hiermit hat Roos die ersten drei Punkte seiner vier Probleme behandelt. Das vierte spricht er dann separat an. Zu dem Problem der Zugehörigkeit zu zwei sich feindlich gegenüberstehenden Blöcken komme für Deutschland noch hinzu, dass die Position der NATO nicht auch die Position der BRD sei. Während die NATO am Erhalt des Status Quo interessiert sei, gehe es der BRD um ihren Anspruch auf die deutschen Ostgebiete. Diese Forderung wirke auf Polen abschreckend, wenn nicht gar gefährlich, so Roos. Daher kommt der

157 Vgl. Barsinghausener Gespräche 23, a.a.O., S. 96f.

158 Vgl. Barsinghausener Gespräche 23, a.a.O., S. 95ff.

Autor zu dem Schluss, dass mit den Kategorien der Nationalstaaten zu keiner Lösung zu gelangen sei. Zumindest zu keiner Lösung, die nicht einer Seite Unrecht zufüge, so der Autor.¹⁵⁹ „Eine allseits gerechte Lösung kann nur in einem multilateralen, föderativen Verhältnis bestehen, d. h. wenn die Vorstellung einer europäischen Föderation vorläge und Polen in dieses System einbegriffen wäre, neutralisiere sich damit das Gegeneinander, die Eskalation in die Feindschaftswelle, und der isolierte Bezug wäre gleichsam entschärft.“¹⁶⁰ Um zu einer solchen Übereinkunft zu gelangen müssten allerdings die Staaten auf Teile ihrer Souveränitätsrechte verzichten, so Roos. Da dies nicht geschehen werde, seien seine Ideen eine Utopie, wenn auch die für ihn einzig mögliche Lösung. Bei einer Formulierung von völliger Gleichheit zwischen den Staaten könne es möglich sein, eine Minderheitengesetzgebung in den betroffenen Gebieten bei gleichzeitiger allgemeiner Freizügigkeit zu schaffen. „Jeder, der politisch denkt und handelt, setzt sich Richtpunkte, auf die er zugeht. Dies wäre unter Umständen ein solch ferner Richtpunkt, um in dem bescheidenen gegenwärtigen Bereich die möglichen kleinen Schritt vorzubereiten und vielleicht in einigen Punkten die Mechanik der objektiven Hindernisse zu durchbrechen.“¹⁶¹

Ein anderer Ansatzpunkt, der als Möglichkeit zur Annäherung an Polen angesehen wird, ist der Aufbau und die Vertiefung von wirtschaftlichen Beziehungen. Hierauf gehen sowohl Wenzel Jaksch („Gespräch zwischen West- und Ost-Europa“)¹⁶² als auch Theodor D. Zotschew („Prinzipielle und aktuelle Probleme der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen“)¹⁶³ ein.

Zotschew hält zunächst fest, die wirtschaftlichen Beziehungen zu den Staaten des Ostens seien inzwischen eine Tatsache. Daher sei es müßig, darüber zu sprechen, ob man sie unterhalten solle, es gehe darum ein „wie“ zu diskutieren. Die Besonderheit für die Bundesrepublik liege darin, dass diese Beziehungen für sie zusätzlich eine staatspolitische Frage aufwürfen, so Zotschew. Insgesamt lasse sich festhalten, dass der Handel zwischen den Blöcken inzwischen für beide Seiten von großer Bedeutung sei. Auf den ersten Blick möge die Bedeutung für den Osten größer sein als für den Westen, dieser benötige die osteuropäischen Absatzmärkte aber im Falle eines konjunkturellen

159 Vgl. Barsinghausener Gespräche 23, a.a.O., S. 98f.

160 Barsinghausener Gespräche 23, a.a.O., S. 99.

161 Barsinghausener Gespräche 23, a.a.O., S. 100.

162 Vgl. Barsinghausener Gespräche 23, a.a.O., S. 85ff.

163 Barsinghausener Gespräche 23, a.a.O., S. 65ff.

Einbruchs im Westen ebenfalls. Ein weiterer Faktor für das Interesse des Westens an Handelsbeziehungen zum Warschauer Pakt sei eine Stärkung des Einflusses auf diesen bei einer Vergrößerung der wirtschaftlichen Abhängigkeit. Die Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen betreffe auch die Frage der deutschen Wiedervereinigung. Bei einer Lösung der deutschen Frage wäre einer der wichtigsten Handelspartner der Sowjetunion nicht mehr vorhanden. Dies gelte trotz der Bedeutung der Bundesrepublik für den sowjetischen Handel, so der Autor. Grundsätzlich müsse der Westen beachten, dass die Märkte des Ostens aufgrund der mangelnden Konkurrenzfähigkeit der dortigen Industrie limitiert seien. Den Sonderfall der deutschen Wirtschaftsbeziehungen erklärt Zotschew wie folgt: Die fehlenden diplomatischen Beziehungen der Bundesrepublik zu den Staaten des Ostblocks würden dazu führen, dass Deutschland keine eignene Ost-Handelspolitik betreibe, diese sei vielmehr identisch mit der deutschen Ostpolitik.¹⁶⁴ Über den Handel sei es aber inzwischen gelungen, in einzelnen Ländern Handelsmissionen zu errichten, welche als Brückenköpfe für spätere diplomatische Vertretungen dienen könnten. Die Wichtigkeit und Dringlichkeit von diplomatischen Vertretungen im Ostblock zeige die Angst, die Ost-Berlin vor deren Verwirklichung habe, so Zotschew.

Im Zuge der Erweiterung der Handelsbeziehungen dürfe aber nicht vergessen werden, dass diese dem Ziel der Wiedervereinigung und einem gesamteuropäischen Frieden dienen müssten, fordert Wenzel Jaksch. Sie stellten lediglich eine wahrzunehmende Option dar, da das Erreichen dieser Ziele auf politischem Wege zurzeit nicht erreichbar sei. Jaksch weist darauf hin, dass Europa in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg ein freier Arbeitsmarkt gewesen sei.¹⁶⁵ Das Ziel müsse sein, diesen wieder herzustellen. Ein Erreichen dieses Zieles durch militärische Aktionen sei keine Option, auch eine politische Erreichbarkeit scheine in ferner Zukunft zu liegen, daher gelte es, die wirtschaftlichen Optionen zu prüfen. Dies sei in der Politik auch bereits geschehen, u.a. daran zu erkennen, dass sowohl Bundespräsident Lübke als auch Bundeskanzler Erhard davon sprachen, man sei bereit einen erheblichen materiellen Aufwand für die Wiedervereinigung auf sich zu nehmen.¹⁶⁶ Schwierig gestalten würden sich die Beziehungen nach Osten, weil es keinem Staat des Ostblocks erlaubt sei, in Wirtschafts- und Außenhandelsfragen ohne

164 Vgl. Barsinghausener Gespräche 23, a.a.O., S. 83.

165 Vgl. Barsinghausener Gespräche 23, a.a.O., S. 87f.

166 Vgl. Barsinghausener Gespräche 23, a.a.O., S. 88.

Rückendeckung Moskaus Entscheidungen zu treffen. Jaksch spricht sich daher dafür aus, Vorschläge zu erarbeiten, welche den gesamten Ostblock betreffen. Er nennt etwa ein gemeinsames Stromversorgungsnetz, an dem der Osten interessiert sein könnte, da sein Netz defizitär arbeite.¹⁶⁷ Weiter stellt er die Vermutung auf, dass der Ostblock den Westen in Form seiner Waren und Devisen brauche: „Meine Überzeugung ist, dass der Nachholbedarf des ganzen Produktionsapparates im Ostblock so groß ist, dass er eine Überschneidung mit den wirtschaftlichen Überschüssen Westeuropas suchen muss. Wir sitzen im Westen auf Warenbergen, während jenseits des Eisernen Vorhangs Warentäler und Engpässe überbrückt werden müssen.“¹⁶⁸ Die Voraussetzung für ein solches Projekt der wirtschaftlichen Annäherung müsse aber durch eine parlamentarische Entscheidung im deutschen Bundestag fallen. Sollte dies geschehen, so könne „die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die Integrationskraft des freien Teiles Deutschlands“¹⁶⁹ eine ungemaine Anziehungskraft auf die Völker des Ostblocks entwickeln, so Jaksch abschließend.

Das 23. Barsinghausener Gespräch zeigt, dass die Zeit nur vier Jahre nach dem Mauerbau noch nicht reif ist, für eine direkte Aussöhnung zwischen Polen und Deutschland. Dass sie zwischen den Menschen möglich und auch durchaus in Teilen bereits vollzogen ist, wurde nicht zuletzt in den vorangegangenen Gesprächen dargestellt. Auf politischer Ebene ist sie kaum mehr als eine Utopie, wie Hans Roos sie in seinem Referat beschreibt. Über wirtschaftliche Zusammenarbeit dem Ziel näher zu kommen, erschien als die einzige realistische Möglichkeit. Hier müssen allerdings zwei Einschränkungen gemacht werden. Zum einen ist es aufgrund der Haltung der Sowjetunion nicht möglich, Polen direkt anzusprechen, da Moskau einen Alleingang eines Landes des Warschauer Pakts nicht zulassen würde. Zum anderen verhindert die Hallstein-Doktrin weiterhin jede direkte diplomatische Kontaktaufnahme mit den Staaten des Warschauer Paktes. Diese gilt es, wie auch schon im 22. Barsinghauser Gespräch gefordert, zumindest anzupassen, um gegenüber den anderen Staaten des Westens nicht mehr im Nachteil zu sein, was die Möglichkeit von wirtschaftlichen Kontakten mit dem Osten angeht. Hierbei gehe es nicht um das Schenken von Millionenbeträgen an die Kommunisten,

167 Vgl. Barsinghausener Gespräche 23, a.a.O., S. 90.

168 Barsinghausener Gespräche 23, a.a.O., S. 92.

169 Ebd.

wie Wenzel Jaksch einen Vorwurf ihm gegenüber beschreibt¹⁷⁰, sondern darum, auf allen zur Verfügung stehenden Ebenen politisch aktiv mitzugestalten.

7 Fazit

Die zu Beginn der Arbeit formulierten Untersuchungsgrundlagen sollen nun nochmals aufgegriffen werden. Die Bearbeitung des Themas nach den eingangs genannten Gesichtspunkten wird daher anhand von exemplarischen Haltungen und Aussagen der Teilnehmer dargestellt und analysiert. So werden die in den beiden Hauptteilen herausgearbeiteten Positionen jeweils vor und nach dem Mauerbau gegenübergestellt und etwaige Veränderungen gezeigt.

Als erstes soll hier die Frage nach der Haltung zur Westbindung Deutschlands und der Wiedervereinigung Deutschlands behandelt werden, die gerade in der Anfangszeit der Barsinghausener Gespräche unter Bundeskanzler Adenauer ein zentrales Thema der damaligen Deutschlandpolitik war. Die Haltung der „Barsinghausener“ in der Frage nach einer stärkeren Westintegration oder einer möglichst zeitnahen Wiedervereinigung lässt sich am ehesten mit einem „sowohl als auch“ beantworten. Die Wiedervereinigung hatte für sie höchste Priorität. Sie betonen aber auch, dass diese nur aus einer starken westdeutschen Position heraus gelingen könne. Diese Position, so der Tenor der Gespräche, erreiche man nur durch eine gefestigte Einbindung in die westliche Staatengemeinschaft. Stellvertretend sei hier Gerhard Schreeb genannt: „Europa oder Gesamtdeutschland kann für die Lösungsversuche, die wir anstreben, nicht die Alternative sein. Europa muss weiter integriert und doch so offengehalten werden, dass zum gegebenen Zeitpunkt das alte europäische Kulturgut jenseits des Eisernen Vorhangs in das europäische Einigungswerk einbezogen werden kann.“¹⁷¹

Dieser Haltung bleibt man auch nach dem Bau der Mau treu. Allerdings ist die Hoffnung auf eine baldige Wiedervereinigung inzwischen einem Wissen um die Unrealisierbarkeit dieses Vorhabens in naher Zukunft gewichen. Dennoch wird die Westbindung der Bundesrepublik nicht in Frage gestellt, sondern vielmehr verteidigt. Angeführt werden soll hier ein Teil der Ausführun-

170 Vgl. Barsinghausener Gespräche 23, a.a.O., S. 92.

171 Barsinghausener Gespräche 8–10, a.a.O., S. 39.

gen Hans Beskes zu den Geschehnissen in der Bundesrepublik rund um den Mauerbau: „Das Angebot der Neutralität scheint uns im Verlauf dieser Tendenz [Beske bezieht sich hier auf Fragen der Bevölkerung, was die NATO der Bundesrepublik noch nütze] das Gefährlichste zu werden, was uns zu bestehen aufgegeben werden kann. Die sowjetische Politik ist konsequent, und uns scheint manchmal, dass sie den Faktor Zeit besser beherrscht als wir. Aber ich meine, dass sie auch dem Gesetz erkennbarer Erfolge der Diktaturen unterliegt. Und in diesem Punkt sehen wir unsere Chance und unsere Aufgabe als Bundesrepublik in der westlichen Welt. Ich möchte es bezeichnen als das Blocken der scheinbaren Erfolgspolitik der Sowjets durch Mut und Stehvermögen, aber auch durch das Wissen um den Faktor Zeit anstelle kurzatmiger Entspannungspläne[.]“¹⁷² Verändert hat sich die Haltung zur Hallstein-Doktrin. Galt sie vor dem Mauerbau den meisten Teilnehmern noch als unumstößlich¹⁷³, so wird nun mehrheitlich das Überdenken der Doktrin gefordert.¹⁷⁴

Als nächstes soll nun der Frage nach der Entwicklung in der Haltung zu dem Vorrang der Wiedererlangung der Ostgebiete oder der Aussöhnung mit den Nachbarvölkern nachgegangen werden. Hier hat es deutlichere Verschiebungen der Haltung als in der Frage der Wiedervereinigung gegeben. Dies bedeutet aber nicht, dass die Teilnehmer der Barsinghausener Gespräche sich in den Jahren nach 1961 für einen Verzicht auf die Ostgebiete aussprechen. Vielmehr hat sich die Definition der Bedeutung der Gebiete verändert. Vor dem Mauerbau spricht man sich klar für die territorialen Ansprüche Deutschlands auf die Gebiete östlich der sowjetischen Besatzungszone aus. Es wird allerdings immer wieder herausgestellt, dass ein solcher Anspruch nicht über historisch begründete Rechte vertreten werden dürfe, sondern im Zuge von Aussöhnung und Verständigung zur Sprache kommen solle.¹⁷⁵ Auch ein zukünftiger Friedensvertrag könne nur unter diesen Voraussetzungen entstehen.

Nach dem Mauerbau verschiebt sich die Haltung zu der Frage nach den Ostgebieten. Diese Verschiebung findet allerdings primär auf einer theoretischen Ebene statt. Es wird herausgestellt, dass die Lesart von zentralen Begriffen im Kontext der deutschen Frage für die Menschen aus den Ostgebieten eine

172 Barsinghausener Gespräche 11–14, a.a.O., S. 107.

173 Vgl. o., Kapitel 5.3.

174 Vgl. o., Kapitel 6.2.

175 Vgl. o., Kapitel 5.2.

gänzlich andere sei als in Westdeutschland.¹⁷⁶ Hiermit geht es in der Frage nach den Ostgebieten nun vorrangig um den Erhalt des dort entstandenen Kulturguts. Allerdings wird ein territorialer Verzicht auf die Gebiete nirgends direkt angesprochen, nur wird die Begrifflichkeit eben anders ausgelegt. Die Haltung zur Berlin-Frage der „Barsinghauser“ ist recht eindeutig. Die Bedeutung eines freien West-Berlins ist für sie durch den Mauerbau weder auf- noch abgewertet worden. Dies ist wohl auch einer der wenigen Punkte, in dem sich die Deutschen mit den westlichen Alliierten völlig einig sind. Nirgends kann sich Deutschland der Unterstützung dieser so sicher sein wie bei der Sicherung der Freiheit für West-Berlin, was einige Jahre zuvor auch die amerikanische Luftbrücke gezeigt hatte. Die „Nicht-Reaktion“ auf den sowjetischen Rechtsbruch in Berlin ist für die Akteure der Barsinghausener Gespräche daher auch ein Zeichen, dass die Wiedervereinigung für die Westmächte nicht mehr auf der Agenda stehe, aber keine Änderung in der Haltung zu West-Berlin bedeute. Kritisiert wird hingegen die Rolle der Bundesregierung. Diese sei im Gegensatz zu den Amerikanern von der Entwicklung in Berlin völlig überrascht worden.¹⁷⁷ Als Konsequenz hieraus fordert man ein aktives Eintreten für Europa durch die Bundesregierung, da offensichtlich sei, dass die Taktik des Wartens auf Aktionen der Alliierten nicht zum Erfolg in der deutschen Frage führen könne. „Wenn die bekannte Losung ‚Keine Experimente!‘ darauf hinausläuft, im Ring Kinnhaken und Tiefschläge mit quittierendem Lächeln nur einzustecken und nicht mit gleicher Faustkraft zu parieren, dann bringt solche Risikolosigkeit totsicher im Laufe der Runden am Ende das K.o.“¹⁷⁸, übt Werner Petersmann unmissverständliche Kritik an der Regierung Adenauer.

Diese Aussage Petersmanns kann auch als eine Art „Vorhersage“ über die nächste Frage angesehen werde. Die „Barsinghausener“ sind in der Zeit vor dem Mauerbau auch für den Erhalt des Status Quo, zumindest an den Stellen, wo hiermit verhindert wird, dass es zur Anerkennung zweier souveräner deutscher Staaten komme. Daher sind auch sie Befürworter der engen Bindung an die Westmächte, die in der ersten Phase von Adenauers Regierungszeit stattgefunden hat. Nachdem diese jedoch vollzogen ist, verfolgen sie zumindest in Teilen eine andere Politik. Sie wollen die Wiedervereinigung vorantreiben und das Entstehen eines zweiten deutschen Staates nicht nur

176 Vgl. o., Kapitel 6.2.

177 Vgl. o., Kapitel 6.1.

178 Barsinghausener Gespräche 11–14, a.a.O., S. 158.

durch eine Blockadehaltung verhindern. Man muss allerdings sagen, dass die Teilnehmer der Barsinghausener Gespräche hier keine gemeinsame Position entwickelten. Neben Teilnehmern, welche sich für eine Annäherung an den Ostblock und die DDR aussprachen, gab es auch Gruppierungen, die Adenauers Politik für richtig hielten.¹⁷⁹ Die Mehrheit war aber wohl eher für die Politik der Annäherung. Anstelle der Blockadehaltung wollten sie ein deutsches Handeln sehen. „Die Sezession der ‚DDR‘ lässt sich nur überwinden, wenn auf Seiten der Bundesrepublik die Resignation überwunden wird. Aus dieser Erkenntnis erwächst die Verpflichtung zum Handeln: Volentem ducunt fata trahunt nolentem [Den Willigen führt, den Unwilligen treibt das Schicksal]“¹⁸⁰, so Eberhard Menzel in „Zwei deutsche Staaten?“. Nach dem Mauerbau wird die Abkehr von der Politik der Bundesregierung deutlicher. Man spricht von der Aufgabe der Hallstein-Doktrin¹⁸¹ und der Pflicht zum Handeln; für ein Vorankommen in der deutschen Frage sei Opferbereitschaft nötig. Mit aufgenommen in diese Politik wird nach dem Mauerbau auch die Wirtschaftspolitik als Möglichkeit zur Annäherung, diese war zuvor noch gar nicht in Bezug auf andere Gebiete als die sowjetische Besatzungszone erwähnt worden.¹⁸²

Eberhard Gelbe-Haussen spricht die veränderte Haltung der Gesprächsteilnehmer in „Deutschland im west-östlichen Gespräch“¹⁸³ direkt an: „Hand aufs Herz: über diese Kritik [das Festhalten an der Hallstein-Doktrin] können wir uns nicht einfach hinwegsetzen. Als ich vor vier Jahren in diesem Kreis darüber sprach, dass sich die Dinge einmal so entwickeln könnten, stieß ich noch auf Unverständnis. Heute können wir unsere Augen tatsächlich nicht mehr vor der Wirklichkeit verschließen, es sei denn, wir wollten uns in eine Isolierung zurückziehen, die wir uns [...] nicht leisten können.“¹⁸⁴ Hans Roos’ Formulierung seines Verständnisses von der „Politik als Kunst des Möglichen“¹⁸⁵ deutet allein durch die Art der Formulierung schon auf ein anderes Politikverständnis hin, als es Adenauers „Politik der Stärke“ inneohnt. Mit diesem Politikverständnis scheinen die „Barsinghausener“ der späteren Politik der sozial-liberalen Koalition deutlich näher zu stehen als der

179 Vgl. o., Kapitel 5.3.

180 Barsinghausener Gespräche 5–7, a.a.O., S. 75.

181 Vgl. o., Kapitel 6.2.

182 Vgl. ebd.

183 Vgl. ebd.

184 Barsinghausener Gespräche 22, a.a.O., S. 26.

185 Vgl. o., Kapitel 6.3.

der damaligen Regierung. Im persönlichen Gespräch hielt es Armin E. Mruck für möglich, dass mit dieser Neuausrichtung der Entspannungspolitik nach Osten hin in den Barsinghausener Gesprächen der Grundstein für den späteren Kniefall Brandts in Warschau gelegt worden sei. Belegen lässt sich diese Annahme anhand der untersuchten Quellen allerdings nicht.

Abschließend soll nun die Frage nach der Bedeutung des gesamtdeutschen Bewusstseins behandelt werden. Diesem Begriff kommt in den Barsinghausener Gesprächen vor dem 13. August 1961 eine zentrale Bedeutung zu. Für die „Barsinghausener“ bildet das gesamtdeutsche Bewusstsein die Grundlage sowohl für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als auch für die Integration der Vertriebenen. „Die Geschichte ist das Gedächtnis eines Volkes, kein Mensch kann auf die Dauer erfolgreich ohne Gedächtnis leben, kein Volk kann ohne Geschichtsbewusstsein leben. So wird gesamtdeutsches Bewusstsein – unabhängig von persönlicher Schuld oder Unschuld – zur Aufgabe einer Generation heranwachsender Deutscher, die leben will mit einer Zukunftschance wie jedes Volk, nicht belogen und betrogen von zweifelhaften Vorbildern, sondern in Einklang mit der Geschichte des eigenen Volkes und in bewusster Gesamthaftung für sie.“¹⁸⁶ Mit diesen Worten leitet Hans Beske seine zehn Leitsätze gesamtdeutscher Öffentlichkeitsarbeit¹⁸⁷ ein, die das Bedürfnis nach einem gesamtdeutschen Bewusstsein für die „Barsinghausener“ exemplarisch formulieren. Zusammenfassend schreibt er: „Gesamtdeutsches Bewusstsein heißt deshalb in erster Linie: Bewusster leben – in Treue zu der Gemeinschaft unseres Volkes, – in Achtung vor unseren Nachbarn, – in Gehorsam vor dem Herrn der Geschichte.“¹⁸⁸ Damit stehen Beskes Überlegungen in einer Linie mit den vom gesamten Arbeitskreis beschlossenen zwölf Thesen zur Deutschlandpolitik.¹⁸⁹ Eine Verständigung mit den Nachbarvölkern erscheint nach den Ausführungen von Werner Petersmann ohne das Vorhandensein eines gesamtdeutschen Bewusstseins kaum möglich. Um die historische Brückenfunktion, so Petersmann, die die Deutschen mit ihrer zentralen Lage in Europa einst innehatten, wieder zu erlangen, müsse das Bewusstsein wieder hergestellt werden.¹⁹⁰

186 Barsinghausener Gespräche 8–10, a.a.O., S. 10.

187 Siehe Anhang.

188 Barsinghausener Gespräche 8–10, a.a.O., S. 12.

189 Vgl. o., Kapitel 5.4.

190 Vgl. o., Kapitel 5.2.

Der Mauerbau vermag diese Haltung nicht zu verändern. Lediglich in der Ansprache des Themas gibt es eine leichte Verschiebung hin zu einer spezielleren Hinwendung an die Vertriebenen gerade als Statthalter der deutschen Kultur der ehemaligen Ostgebiete: „In diesem Punkte sehen wir jetzt das legitime Amt der Vertriebenenverbände als eine Gemeinschaft der Hoffenden und Kämpfenden für das Recht. Als die bewussten Statthalter der Treue und der Pflicht, und zwar nicht nur ausgehend von der Leistung vieler Generationen im Osten, sondern vor allem als Wahrnehmung der Kontakt- und Brückendienste zwischen Ost- und Mitteleuropa“, formuliert Beske in „Aus der Sicht des Arbeitskreises“. ¹⁹¹ Die „Barsinghausener“ sehen gerade in den Berührungspunkten der Kultur der Vertriebenen und der östlichen Nachbarn Chancen, deren Herausstellung nach dem Bau der Mauer dringlicher denn je sei. Diese Aufgabe falle den Vertriebenen deshalb zu, weil die Schaffung eines gesamtdeutschen Bewusstseins weiterhin nicht abgeschlossen sei. ¹⁹²

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich die in den Barsinghausener Gesprächen vertretenen Positionen in der Deutschlandpolitik vor allem auf der Ebene der Herangehensweise an die politischen Gegebenheiten geändert haben. Sie gehen weg von utopisch gewordenen politischen Forderungen hin zu einer politischen Utopie, welche sich über eine schrittweise Annäherung und Aussöhnung realisieren soll. An die Stelle von Maximalforderungen, gestützt auf eine nur reaktive Blockadehaltung, tritt die Forderung nach einem aktiven Handeln der bundesdeutschen Politik und fortwährenden Annäherungsbemühungen, die durch das Suchen und Herausstellen auch kleiner Gemeinsamkeiten zum Ziel führen sollen. Hiermit scheinen sie die spätere „Politik der kleinen Schritte“ der ab 1969 regierenden sozial-liberalen Koalition unter Bundeskanzler Brandt vorwegzunehmen oder ihr zumindest ein diskursives Fundament zu errichten. Um diese Aussage allerdings mit Sicherheit treffen zu können bedarf es weiterer wissenschaftlicher Untersuchungen der Barsinghausener Gespräche.

191 Barsinghausener Gespräche 11–14, a.a.O., S. 107.

192 Vgl. o., Kapitel 6.1.

Literaturverzeichnis

- Arbeitskreis für Ostfragen (Hrsg.), (1966): Die Deutschlandfrage – Bilanz und Querschnitt heute. Referate des zweiundzwanzigsten Barsinghausener Gesprächs. Leer: Verlag Gerhard Rautenberg
- Arbeitskreis für Ostfragen (Hrsg.), (1967): Möglichkeiten deutsch-polnischer Beziehungen. Referate des dreiundzwanzigsten Barsinghausener Gesprächs. Leer: Verlag Gerhard Rautenberg
- Görtemaker, Manfred: Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. München 2002
- Niedersächsischer Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hrsg.) (1963): Gesamtdeutsches Bewusstsein. Schriften zur deutschen Frage. Band 12. Deutschland im europäischen Spannungsfeld. Die Barsinghausener Gespräche (11–14). Leer: Verlag Gerhard Rautenberg
- Niedersächsischer Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hrsg.), (1961): Gesamtdeutsches Bewusstsein. Schriften zur deutschen Frage. Band 3. Die Barsinghausener Gespräche (1–4). Leer: Verlag Gerhard Rautenberg
- Niedersächsischer Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hrsg.), (1962): Gesamtdeutsches Bewusstsein. Schriften zur deutschen Frage. Band 6. Die Barsinghausener Gespräche (5–7). Leer: Verlag Gerhard Rautenberg
- Niedersächsischer Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hrsg.), (1962): Gesamtdeutsches Bewusstsein. Schriften zur deutschen Frage. Band 9. Die Barsinghausener Gespräche (8–10). Leer: Verlag Gerhard Rautenberg
- Steininger, Rolf (1996): Deutsche Geschichte seit 1945. Darstellung und Dokumente in vier Bänden. Band 1: 1945–1947. Frankfurt am Main 1996
- Steininger, Rolf: Deutsche Geschichte seit 1945. Darstellung und Dokumente in vier Bänden. Band 2: 1948–1955. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag
- Steininger, Rolf: Deutsche Geschichte. Darstellung und Dokumente in vier Bänden. Band 3: 1955–1974. Frankfurt am Main 2002

Wehler, Hans-Ulrich (2008): Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Fünfter Band. Bundesrepublik und DDR 1949–1990. München: Verlag C.H. Beck oHG

Wilharm, Irmgard (Hrsg.), (1985): Deutsche Geschichte 1962–1985. Dokumente in zwei Bänden. Band 1. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag

Wolfrum, Edgar: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 2007

http://www.unhcr.at/fileadmin/user_upload/dokumente/02_unhcr/international/Genfer_Fluechtlingskonvention_und_New_Yorker_Protokoll.pdf

<http://www.bund-der-vertriebenen.de/derbdv/charta-dt.php3>

http://www.badv.bund.de/003_menue_links/e0_ov/c0_gesetze_verordnungen/b0_grundlagen/einigungsvertrag.pdf

<http://dejure.org/gesetze/GG/146.html>

<http://www.documentarchiv.de/ddr/verfddr1949.html#a>

Anhang

Dokument 1¹:

„Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 verkündet mit Gesetz vom 01.09.1953 (BGB. II S. 559), in Kraft getreten am 22.04.1954 gemäß Bekanntmachung des Bundesministers des Auswärtigen vom 25.04.1954 (BGB I. II S. 619)

Präambel

Die hohen vertragschließenden Teile

in der Erwägung, dass die Satzung der Vereinten Nationen und die am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung angenommene Allgemeine Erklärung der Menschenrechte den Grundsatz bestätigt haben, dass die Menschen ohne Unterschied die Menschenrechte und Grundfreiheiten genießen sollen,

in der Erwägung, dass die Organisation der Vereinten Nationen wiederholt die tiefe Verantwortung zum Ausdruck gebracht hat, die sie für die Flüchtlinge empfindet, und sich bemüht hat, diesen in möglichst großem Umfange die Ausübung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten zu sichern,

in der Erwägung, dass es wünschenswert ist, frühere internationale Vereinbarungen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge zu revidieren und zusammenzufassen und den Anwendungsbereich dieser Regelungen sowie den dadurch gewährleisteten Schutz durch eine neue Vereinbarung zu erweitern,

in der Erwägung, dass sich aus der Gewährung des Asylrechts nicht zumutbare schwere Belastungen für einzelne Länder ergeben können und dass eine befriedigende Lösung des Problems, dessen internationalen Umfang und Charakter die Organisation der Vereinten Nationen anerkannt hat, ohne inter-

1 http://www.unhcr.at/fileadmin/user_upload/dokumente/02_unhcr/international/Genfer_Fluechtlingskonvention_und_New_Yorker_Protokoll.pdf, 20.10.2012

nationale Zusammenarbeit unter diesen Umständen nicht erreicht werden kann,

in dem Wunsche, dass alle Staaten in Anerkennung des sozialen und humanitären Charakters des Flüchtlingsproblems alles in ihrer Macht Stehende tun, um zu vermeiden, dass dieses Problem zwischenstaatliche Spannungen verursacht,

in Anerkennung dessen, dass dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge die Aufgabe obliegt, die Durchführung der internationalen Abkommen zum Schutz der Flüchtlinge zu überwachen, und dass eine wirksame Koordinierung der zur Lösung dieses Problems getroffenen Maßnahmen von der Zusammenarbeit der Staaten mit dem Hohem Kommissar abhängen wird, *haben Folgendes vereinbart*:

Kapitel I – Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Definition des Begriffs „Flüchtling“

A.

Im Sinne dieses Abkommens findet der Ausdruck „Flüchtling“ auf jede Person Anwendung:

1. Die in Anwendung der Vereinbarungen vom 12. Mai 1926 und 30. Juni 1928 oder in Anwendung der Abkommen vom 28. Oktober 1933 und 10. Februar 1938 und des Protokolls vom 14. September 1939 oder in Anwendung der Verfassung der Internationalen Flüchtlingsorganisation als Flüchtling gilt. Die von der internationalen Flüchtlingsorganisation während der Dauer ihrer Tätigkeit getroffenen Entscheidungen darüber, dass jemand nicht als Flüchtling im Sinne ihres Statuts anzusehen ist, stehen dem Umstand nicht entgegen, dass die Flüchtlingseigenschaft Personen zuerkannt wird, die die Voraussetzungen der Ziffer 2 dieses Artikels erfüllen;
2. die infolge von Ereignissen, die vor dem 1. Januar 1951 eingetreten sind, und aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will; oder die sich als staatenlose infolge solcher Ereignisse außer-

halb des Landes befindet, in welchem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatte, und nicht dorthin zurückkehren kann oder wegen der erwähnten Befürchtungen nicht dorthin zurückkehren will. Für den Fall, dass eine Person mehr als eine Staatsangehörigkeit hat, bezieht sich der Ausdruck „das Land, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt“, auf jedes der Länder, dessen Staatsangehörigkeit diese Person hat. Als des Schutzes des Landes, dessen Staatsangehörigkeit sie hat, beraubt, gilt nicht eine Person, die ohne einen stichhaltigen, auf eine begründete Befürchtung gestützten Grund den Schutz eines der Länder nicht in Anspruch genommen hat, deren Staatsangehörigkeit sie besitzt. (...)

Artikel 2

Allgemeine Verpflichtungen

Jeder Flüchtling hat gegenüber dem Land, in dem er sich befindet, Pflichten, zu denen insbesondere die Verpflichtung gehört, die Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften sowie die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung getroffenen Maßnahmen zu beachten.

Artikel 3

Verbot unterschiedlicher Behandlung

Die vertragschließenden Staaten werden die Bestimmungen dieses Abkommens auf Flüchtlinge ohne unterschiedliche Behandlung aus Gründen der Rasse, der Religion oder des Herkunftslandes anwenden.

Artikel 4

Religion

Die vertragschließenden Staaten werden den in ihrem Gebiet befindlichen Flüchtlingen in Bezug auf die Freiheit der Religionsausübung und die Freiheit des Religionsunterrichts ihrer Kinder eine mindestens ebenso günstige Behandlung wie ihren eigenen Staatsangehörigen gewähren. (...)

Dokument 2²

Charta der deutschen Heimatvertriebenen

Im Bewußtsein ihrer Verantwortung vor Gott und den Menschen, im Bewußtsein ihrer Zugehörigkeit zum christlich-abendländischen Kulturkreis, im Bewußtsein ihres deutschen Volkstums und in der Erkenntnis der gemeinsamen Aufgabe aller europäischen Völker, haben die erwählten Vertreter von

2 <http://www.bund-der-vertriebenen.de/derbdv/charta-dt.php3>, 20.10.2012.

Millionen Heimatvertriebenen nach reiflicher Überlegung und nach Prüfung ihres Gewissens beschlossen, dem deutschen Volk und der Weltöffentlichkeit gegenüber eine feierliche Erklärung abzugeben, die die Pflichten und Rechte festlegt, welche die deutschen Heimatvertriebenen als ihr Grundgesetz und als unumgängliche Voraussetzung für die Herbeiführung eines freien und geeinten Europas ansehen.

1. Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluß ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat.

2. Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.

3. Wir werden durch harte, unermüdliche Arbeit teilnehmen am Wiederaufbau Deutschlands und Europas. Wir haben unsere Heimat verloren. Heimatlose sind Fremdlinge auf dieser Erde. Gott hat die Menschen in ihre Heimat hineingestellt. Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat trennen, bedeutet, ihn im Geiste töten. Wir haben dieses Schicksal erlitten und erlebt. Daher fühlen wir uns berufen zu verlangen, daß das Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird. So lange dieses Recht für uns nicht verwirklicht ist, wollen wir aber nicht zur Untätigkeit verurteilt beiseite stehen, sondern in neuen, geläuterten Formen verständnisvollen und brüderlichen Zusammenlebens mit allen Gliedern unseres Volkes schaffen und wirken.

Darum fordern und verlangen wir heute wie gestern:

1. Gleiches Recht als Staatsbürger nicht nur vor dem Gesetz, sondern auch in der Wirklichkeit des Alltags.

2. Gerechte und sinnvolle Verteilung der Lasten des letzten Krieges auf das ganze deutsche Volk und eine ehrliche Durchführung dieses Grundsatzes.

3. Sinnvollen Einbau aller Berufsgruppen der Heimatvertriebenen in das Leben des deutschen Volkes.

4. Tätige Einschaltung der deutschen Heimatvertriebenen in den Wiederaufbau Europas. Die Völker der Welt sollen ihre Mitverantwortung am Schicksal der Heimatvertriebenen als der vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen empfinden. Die Völker sollen handeln, wie es ihren christlichen Pflichten und ihrem Gewissen entspricht. Die Völker müssen erkennen, daß

das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen wie aller Flüchtlinge, ein Weltproblem ist, dessen Lösung höchste sittliche Verantwortung und Verpflichtung zu gewaltiger Leistung fordert. Wir rufen Völker und Menschen auf, die guten Willens sind, Hand anzulegen ans Werk, damit aus Schuld, Unglück, Leid, Armut und Elend für uns alle der Weg in eine bessere Zukunft gefunden wird.

Stuttgart, den 5. August 1950

Dokument 3

Hans Beske: Zehn Leitsätze gesamtdeutscher Öffentlichkeitsarbeit:

1. Die Zerschlagung Deutschlands verhindert heute das einheitliche und natürliche Nationalgefühl aller Deutschen, an dessen Stelle tritt das gesamtdeutsche Bewusstsein als Willensantrieb zur Wiedervereinigung in einem freien Vaterlande.
2. Die Wiedervereinigung darf nicht als binnendeutsches Nationalziel proklamiert und durchgesetzt werden, sondern als europäische Aufgabe aller Deutschen zur Wiederherstellung der zerstörten Brücke Mitteleuropas zwischen Ost und West; sie dient damit den Nachbarn Deutschlands, und zwar allen Nachbarvölkern, genau wie den Deutschen selbst.
3. Die Wiedervereinigung wird nicht erreicht werden, bevor nicht wenigstens die maßgeblichen Nachbarn Deutschlands und die Führungsmächte der Welt diese als auch im eigenen Interesse liegend erkennen; auf diese Tatsache sind alle deutschen Bemühungen in Politik, Publizistik und Wirtschaft abzustellen.
4. Die Aussöhnung mit unmittelbaren wie mittelbaren Nachbarn unter dem Ziele echter Partnerschaft ist anzustreben trotz aller verständlichen Ressentiments aus erlittenem Unrecht, Verletzung und persönlicher oder nationaler Kränkung.
5. Einer Wiedervereinigung unter bolschewistischen Vorzeichen ist genauso zu widerstehen wie allen Versuchen sowjetischer Unterwanderung und Infiltration.
6. Größte Aufmerksamkeit an Schulen, Hochschulen und bei der Regierung gebührt der Gefahr der kulturpolitischen Auseinanderentwicklung unseres Volkes in der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetzone mit Bezug auf Sprache, Schulen, Wissenschaft und Berufsbildung.

7. Gleiche Aufmerksamkeit gebührt den sozialen, rechtlichen und wirtschaftlichen Strukturveränderungen, die insbesondere der jungen Generation vergleichsweise zur Kenntnis gebracht werden müssen.

8. Der Kontakt zwischen den Deutschen in der Sowjetzone und der Bundesrepublik ist mit allen zu Gebote stehenden Mitteln aufrechtzuerhalten und zu pflegen, kein materielles Opfer ist hier zu groß. Der Grad menschlichen Kontaktes bzw. Auseinanderlebens entscheidet nicht nur über die Selbstachtung, d. h. die seelische Gesundheit unseres Volkes, sondern auch über Deutschlands künftiges Ansehen in der Welt.

9. Neben dem Schicksal unserer Landsleute in der Zone und in Berlin steht mit gleichem Gewicht die Verbreitung genauer Kenntnisse über die Lage und Entwicklung der östlichen Nachbarvölker in kultureller, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Wir müssen nach einer ehrlichen Aussöhnung mit ihnen streben. Hierbei Verbindendes vor Trennendem zu betonen ist nicht nur ein Gebot politischer Klugheit, sondern vor allem auch menschlichen und nationalen Taktes. Damit wird jedoch nicht der Aufgabe völkerrechtlicher Positionen durch den Staat da Wort geredet, etwa als Vorleistung vor friedensvertraglichen Verhandlungen, weil hierzu weder Anlass noch Notwendigkeit bestehen. Auch nach dem Niedergang der bolschewistischen Herrschaftsmacht im Osten wird es noch starker Bemühungen bedürfen, um alle Wunden zu heilen, die hier geschlagen wurden. Nicht nur das Saarbeispiel aus neuester Geschichte hat bewiesen, dass den staatspolitischen Lösungen die Aussöhnung der Völker vorangeht und nicht nachfolgt, es sei denn, es handele sich um Diktate, und an Diktaten sollte niemand mehr in Europa interessiert sein, am wenigsten wir Deutsche selbst.

10. Gesamtdeutsches Bewusstsein ist geistige Aktivität. Ein Denken, das sich auf die Aufrechterhaltung des Status-quo beschränkt, hilft weder uns noch der Verbreitung der Freiheit in der Welt. Unsere Verbündeten können von uns mehr verlangen zur Überwindung der Teilung unseres Volkes als sie selber tun oder bereit sind, zu tun. In Schulen, Hochschulen, Verbänden, Familien und Parteien muss die Wiedervereinigung im obenstehenden praktischen Sinne zielstrebig vorher gewollt, geplant und vorbereitet sein – bevor der Staat sie in die Praxis umsetzen kann.³

3 Gesamtdeutsches Bewusstsein, Schriften zur deutschen Frage, Band 9, Die Barsinghausener Gespräche 8–10, S. 11f.

Dokument 4⁴

Auszug aus der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik 1949:

ARTIKEL 1

- (1) Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik; sie baut sich auf den deutschen Ländern auf.
- (2) Die Republik entscheidet alle Angelegenheiten, die für den Bestand und die Entwicklung des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit wesentlich sind; alle übrigen Angelegenheiten werden von den Ländern selbständig entschieden.
- (3) Die Entscheidungen der Republik werden grundsätzlich von den Ländern ausgeführt.
- (4) Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit.

4 <http://www.documentarchiv.de/ddr/verfddr1949.html#a>, 20.10.2012.

Armin Mruck

Das Deutschlandbild des Amerikaners¹

Die folgenden Ausführungen spiegeln meine persönliche Meinung wider. Sie sind aus einer zehnjährigen Lebens- und Lehrerfahrung in den USA erwachsen. Es wird natürlich kein Anspruch auf Alleinrichtigkeit der gemachten Beobachtungen erhoben. Bestimmt aber können sie zum Nachdenken und zur Diskussion anregen.

Bei der Behandlung des gestellten Themas sollte man sich zunächst darüber klar sein, daß es in den USA, vielleicht stärker noch als in Deutschland, eine große Zahl von Menschen gibt, die an der Außenpolitik entweder gar nicht oder nur insofern interessiert sind, als sie direkt von ihr beeinflusst werden. Das Interesse oder Nichtinteresse hängt zum Teil von der geographischen Lage und von der jeweiligen Zusammensetzung der so vielfältigen amerikanischen Bevölkerung ab. Von 185 Millionen Amerikanern sind etwa 10 v. H. Neger, aus Europa kamen zwischen 1820 und 1960 34 ½ Millionen Menschen, aus Latein-Amerika etwa 6 Millionen und aus Asien im gleichen Zeitraum etwa 1 Million Einwanderer.

Der New Yorker an der Ostküste ist mehr an europäischen Problemen interessiert als der Kalifornier, für den der „Ferne Osten“ im Vordergrund steht. Der Bürger des Staates Wisconsin, in dem mehr als sechs Prozent der Bevölkerung deutschen Ursprungs sind, wird für deutsche Probleme aufgeschlossener sein als der Bürger North-Dakotas. Der Bürger Utahs, Kansas oder Oklahomas wird noch weniger geneigt sein, sich mit europäischen oder asiatischen Problemen auseinanderzusetzen. Zu alledem kommt, daß der ameri-

1 Mruck, Armin: Das Deutschlandbild des Amerikaners, in: Der Niedersächsische Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte (Hrsg.): Die Barsinghausener Gespräche (11–14), Das zwölfte Gespräch (Die Deutschlandfrage nach dem 13. August 1961), Leer (Ostfriesl.) 1963, S. 150–156.

kanische Bürger allgemein stärker innenpolitisch als außenpolitisch orientiert ist.

Seit der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes vom Jahre 1954, daß es verfassungswidrig ist, Rassentrennung in den öffentlichen Schulen aufrecht zu erhalten, hat dieses Problem zumindest für den Neger-Amerikaner und den interessierten Südstaatler größere Bedeutung als z. B. die Vorgänge in Laos. Vielerorts ist der Amerikaner gefühlsmäßig noch Isolationist. Die USA sind ja erst um die Jahrhundertwende aus der Isolation herausgetreten, und das geschah zum Teil widerwillig. Der damalige Präsident McKinley wurde gegen seine Anschauung zur Kriegserklärung gegen Spanien im Spanisch-Amerikanischen Krieg gepreßt. Es ist auch aufschlußreich daß die Wahlparolen Präsident Woodrow Wilsons am Anfang des ersten Weltkrieges und Präsident Franklin Delano Roosevelts zu Beginn des Zweiten Weltkrieges den Amerikanern versprochen, daß ihre Söhne nicht auf die Schlachtfelder Europas geschickt werden würden. Und am Ende des Zweiten Weltkrieges hieß das Schlagwort wieder „Let's get the boys home“ (Laßt uns die Jungen nach Hause holen!)

Es ist wohl zumindest zum Teil richtig zu sagen, daß es der aggressiven Sowjetpolitik und der amerikanischen Angst vor dem Kommunismus zu verdanken ist, daß die USA heute so stark in Europa engagiert sind. Trotzdem gibt es auch heute noch eine nicht zu unterschätzende Zahl von Amerikanern, die es für wichtiger halten, den Ausbau des eigenen Landes voranzutreiben, als große Anstrengungen für die Sicherheit und den wirtschaftlichen Aufbau anderer Länder zu machen. Wie verhält es sich nun mit den Amerikanern, die außenpolitisch interessiert sind und die sich also auch über deutsche Probleme Gedanken machen?

Widerlegung der deutschen Alleinschuld am ersten Weltkrieg

Grundsätzlich ist zu bemerken, daß man den Schock der zwei letzten Weltkriege noch nicht überwunden hat und daß die Schuld dieser beiden Weltkriege vorwiegend den Deutschen zugeschoben wird. Amerikanische Historiker waren die ersten nach dem ersten Weltkrieg, die die deutsche Alleinschuld widerlegten; doch diese Erkenntnisse sind kaum bis zur Allgemeinheit vorgedrungen, was durch die nationalsozialistische Zeit und den zweiten Weltkrieg zu erklären ist. Die Wahrheit wurde also durch Hitlers Taten und Untaten verschüttet.

Trotz der NATO und trotz amerikanisch-deutscher Freundschaftsbekundungen verschiedener Art ist ein Untergefühl der Skepsis gegenüber den Deutschen vorhanden, manchmal schwächer, manchmal stärker wahrnehmbar. Dies wird einem klar, wenn man z. B. mit einiger Regelmäßigkeit Leserbriefe in der amerikanischen Presse verfolgt. So kann man im TIME-Magazin vom 1. September 1961 die folgenden Meinungsäußerungen eines Bürgers aus Brooklyn und eines Bürgers von New York City lesen: „Es steht den Deutschen schlecht zu Gesicht, jetzt über ein zweites München wehzuklagen. Ich erinnere mich nicht ihrer Proteste beim ersten München“ oder „... Hätten die Deutschen nicht den Zweiten Weltkrieg angefangen, würde es heute kein Berlin-Problem geben ... Wir handeln nur, weil so viele andere Länder und Völker des Westens überleben müssen. Aber ich bin gewiß, daß, falls dies nicht so wäre, Millionen und Millionen von Amerikanern und besonders Europäern die Deutschen gern ihrem eigenen Schicksal überlassen würden.“ Diese Skepsis wird auch deutlich in den Schlußbemerkungen des amerikanischen Historikers Koppel S. Pinson zu seinem College-Lehrbuch „Modern Germany, Its History and Civilization“ (New York: Macmillan Company, 1955). Professor Pinson schreibt: „Es ist die übereinstimmende Meinung der Beobachter, daß im deutschen politischen Leben kein wesentliches Wiedererwachen stattgefunden hat“, oder „Offene Bewunderung für hohe Naziführer ist seit einiger Zeit zu verzeichnen“, oder „Die Märtyrer des 20. Juli 1944 bezeichnet man oft als die ‚Juliverbrecher‘, eine gefährversprechende Parallele zu den ‚Novemberverechtern‘ vom Jahre 1920“, oder „In der Wahl zwischen Freiheit und Einheit haben sich die meisten Deutschen immer für die Einheit entschieden“ und schließlich im letzten Absatz seines Buches: „Eines jedoch ist gewiß. Der Weg zu einem freien, geeinten und demokratischen Deutschland ist gefährlich und voller Dornen, und die Aussichten auf Erfolg sind nicht sehr günstig ...“ An das Ende dieses Abschnittes, in welchem ich mich bemüht habe, die Skepsis gegenüber Deutschland hervorzuheben, möchte ich ein Zitat von Prof. Ernst Rose von der New York University stellen, das einem an mich gerichteten Brief entstammt. Prof. Rose schrieb diese Zeilen, nachdem er seit sehr langer Abwesenheit wieder einige Monate in Deutschland verbracht hatte. Diese Worte entsprechen etwa meinen Beobachtungen. Er schrieb: „Der Materialismus feiert in Gestalt des Kleinautos für jedermann, der billigen Reisen nach Italien für jede Waschfrau, des Eßluxus, der Neubautenhausse billige Triumphe. Die Idee des europäischen Zusammenschlusses, die eine übernationale ist, wird fast überall von beruflichen oder Parteiinteressen aus beurteilt, usw., usw. Nur wenige sehen, was

los ist und wo die Lösung liegt. Aber wird man sie hören? Die Krise ist viel, viel tiefer, als sie in den Zeitungen erscheint. Ich habe noch Hoffnung, aber sie gleicht einem Funken in der Nacht.“

Natürlich gibt es auch positive Stimmen über Deutschland und die Deutschen, vor allen Dingen Stimmen der Bewunderung hinsichtlich des imponierenden Wiederaufbaues nach dem Kriege. Es schien mir jedoch hier am Platze, die Skepsis gegenüber Deutschland herauszustellen, da man sich dieser oft nicht bewußt zu sein scheint und darum gewisse negative Äußerungen der Amerikaner hinsichtlich bestimmter Ereignisse und Entwicklungen in Westdeutschland nicht versteht. Im folgenden möchte ich besonders auf die Einstellung der Amerikaner zu drei für die Deutschen außenpolitisch wichtigen Problemen eingehen: 1. Die Oder-Neiße-Linie; 2. die Wiedervereinigung und 3. West-Berlin.

Die Oder-Neiße-Linie

Die Oder-Neiße-Linie ist vielen Amerikanern ein unbekannter Begriff. Eine Untersuchung von acht viel benutzten College-Lehrbüchern, die die Geschichte des modernen Europas behandeln, ergab, daß nur zwei davon die Oder-Neiße-Linie im Index führen. Kurz vor meiner Abreise aus den USA befragte ich einen amerikanischen Historiker, der auch moderne europäische Geschichte lehrt, nach seiner Meinung über die Oder-Neiße-Linie. Die Antwort, die ich erhielt, zeigte mir, daß er mit dem Problem nicht vertraut war. Mit wenigen Ausnahmen zeigen amerikanische Karten die Oder-Neiße-Linie als polnisches Besitztum. Ostdeutschland ist für die Amerikaner die Sowjetzone und nicht die Provinzen östlich der Oder-Neiße-Linie. Zu den Bevölkerungsgruppen in den USA, die etwas über die Oder-Neiße-Linie wissen, gehören naturgemäß die Deutsch- und die Polen-Amerikaner. Vergleicht man Deutsch-Amerikaner mit Polen-Amerikanern, so findet man, daß die letztgenannten eine bestimmtere Meinung zu diesem Problem zu haben scheinen als die erstgenannten. Das ist umso erstaunlicher, als die Deutschen einen größeren Anteil an der Immigration nach den USA auch in den Jahren während und nach dem Zweiten Weltkrieg haben als die Polen. Von 1941 bis 1959 wanderten nach den USA 84.492 Deutsche und nur 13.340 Polen ein. Vielleicht liegt die bestimmtere Meinungsbildung der Polen daran, daß sie eine geschlossenerere Volksgruppe mit stärkeren Bindungen an ihr ehemaliges Vaterland darstellen als die deutschgebürtigen Amerikaner, die verhältnismäßig leicht im Amerikanertum aufgehen. Die Kenntnis oder Unkenntnis der engli-

schen Sprache sollte dabei eine nicht unwichtige Rolle spielen. Wie stark der tatsächliche Einfluß dieser Volksgruppen auf die Außenpolitik der Vereinigten Staaten ist, dürfte nur in einer Spezialuntersuchung zu ergründen sein. Auf jeden Fall sollte man den Besuch des früheren Vizepräsidenten Richard Nixon in Warschau nicht allein dahin auslegen, daß man sagt, es sei Nixon um die polnischen Wählerstimmen in den USA zur bevorstehenden Präsidentenwahl gegangen. Die Einstellung des unbeteiligten und darum unparteiischen Amerikaners resultiert u. a. aus den anderen Größenverhältnissen, an die der Amerikaner gewöhnt ist. Der Staat California allein ist größer als die Bundesrepublik und die sogen. DDR zusammengenommen. Die Oder-Neiße-Gebiete erscheinen dem Amerikaner als klein. Zweitens liegt es am Mangel eines stark ausgeprägten provinziellen Heimatgefühls. Man ist zu Hause, wo die Familie ist und wo es einem mehr oder minder gut geht, und dieses Zuhause kann man oft wechseln. Drittens wird der Amerikaner darauf hinweisen, daß die Deutschen auch in der Zukunft gut ohne die Oder-Neiße-Provinzen auskommen könnten. Dies hätten sie in der jüngsten Vergangenheit bewiesen. Einzelstimmen, die gegen eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie zu verzeichnen sind, wie z. B. kürzlich die in der „New York Herald Tribune“, sollte keine zu große, zumindest keine verallgemeinernde Bedeutung beigemessen werden. Informiert sind natürlich die Beamten der Deutschlandabteilung des Department of State. Deren Meinung ist die offizielle Position der USA, also diejenige, die im Potsdamer Vertrag, Artikel VIII, Absatz B, festgelegt worden ist. Wie lange diese offizielle Stellung erhalten bleiben wird, sei dahingestellt. Nach Aussagen Präsident Kennedys, die er schon vor seinem Amtsantritt gemacht hat, gewinnt man den Eindruck, daß er eine Normalisierung der deutsch-polnischen und natürlich auch der amerikanisch-polnischen Beziehungen für wünschenswert hält. Dieses Bestreben dürfte auch durch die gegenwärtig kühle Behandlung Polens durch die USA, hervorgerufen durch die Belgrad-Konferenz der sogen. Blockfreien, keine wesentliche Änderung erfahren.

Die Vorstellungen John F. Kennedys

Am 21. August 1957 sprach der damalige Senator John F. Kennedy über die Bedeutung Polens innerhalb Osteuropas und sein Verhältnis zur freien Welt und besonders zu den USA. Anlaß seiner Rede war das Verlangen nach einer Erweiterung des sogen. Battle Act vom Oktober 1951. Das Battle-Gesetz, genannt nach dem Repräsentanten Laurice C. Battle aus dem Staate Alabama, gab der US-Regierung die Vollmacht, die militärische, wirtschaftliche und

finanzielle Hilfe denjenigen Ländern zu entziehen, die unter der Herrschaft der UdSSR standen oder die Kriegsmaterial nach Rußland oder seinen Satellitenstaaten exportierten.

Dieses Gesetz ließ der Regierung aber auch die Möglichkeit offen, im Interesse der nationalen Sicherheit Ausnahmen zu machen. In seiner Ansprache zum Battle-Act wandte sich Senator Kennedy damals besonders dem Problem Polen zu, da er meinte, daß sich mit Polen gute Möglichkeiten für die Zukunft anbieten würden. Wenn man vom Westen her Polen stärken würde, würde man nach seiner Meinung die Sowjetunion an einer schwachen Stelle treffen. Kein anderes Land Europas würde besser dem russischen Druck widerstehen. Daß Polen außenpolitisch nach der Sowjetunion gravitiere, liege zum großen Teil an seinen neuen westlichen Grenzen. Kennedy schlug u. a. wirtschaftliche Hilfen verschiedener Art, eine Verbesserung der Propaganda und besonders den Ausbau persönlicher Kontakte zwischen den Vereinigten Staaten und Polen vor. Am Schluß seiner Rede wies der Senator darauf hin, daß das Problem Polen-USA eng mit dem Problem Deutschland-USA und dem deutsch-polnischen Verhältnis verbunden sei. In der Frage der Oder-Neiße-Linie sollte man auf der deutschen und der polnischen Seite die Stimmen unterstützen, die eine Regelung dieses Problems anstrebten. – Da Präsident Kennedy eine Persönlichkeit ist, die Ideen nicht leicht aufgibt, sondern diese eher zielbewußt verfolgt, ist sicherlich mit dem Versuch der USA zu rechnen, eine für beide Seiten tragbare Lösung des Problems der Oder-Neiße-Linie herbeizuführen, die versuchen soll, Polen näher an den Westen heranzuführen.

Für die Wiedervereinigung Deutschlands haben die meisten Amerikaner volles Verständnis. Sie erinnern sich dabei der unheilvollen zeitweiligen Spaltung des eigenen Landes während des Bürgerkrieges. Auch erklärt man sich für die Wiedervereinigung, da diese eine Rückverlegung des Kommunismus bedeuten würde. Gleichzeitig wünscht man aber auch wegen der Wiedervereinigung keine Krise herbeizuführen, da die Anschauung vertreten wird, daß es – ähnlich wie in bezug auf die Oder-Neiße-Gebiete – „bisher so ganz gut gegangen“ sei. Einen funktionierenden Status quo möchte man ungern aufs Spiel setzen.

Konkrete Hoffnungen auf eine baldige Wiedervereinigung Deutschlands machen sich nur wenige Amerikaner. In einem Interview, das der damalige Senator Kennedy dem Herausgeber von „Harper's Magazine“, John Fisher, am 9. Dezember 1959 gewährte, meinte er, daß die Wiedervereinigung wohl

das Ziel der amerikanischen Außenpolitik sei, diese aber für viele Jahre kaum zu erwarten sei. Selbst der Deutschland gegenüber verhältnismäßig optimistisch eingestellte deutsch-amerikanische Historiker Edgar Alexander aus New York macht sich in Hinsicht auf eine baldige Wiedervereinigung keinerlei Hoffnungen. Wahrscheinlich entspricht diese Haltung der vieler Westeuropäer, auch wenn sie es offen nicht oder nur selten bekennen. Die Zahl der Amerikaner, die eine Wiedervereinigung wegen der noch größeren wirtschaftlichen Konkurrenz Gesamtdeutschlands fürchten, kann demgegenüber als gering angesehen werden. Der größere Teil der amerikanischen Produktion ist ohnehin auf den Innenmarkt abgestimmt.

Für die Deutschen der sogenannten „DDR“ hat man viel Sympathie, soweit man ihre Lage versteht. Es ist nicht leicht, jemand das Leben in einer Diktatur zu schildern, der nie eine solche Regierung und Art des Lebens durch eigene Erfahrung kennengelernt hat. Die Geschehnisse der letzten Monate und Wochen sollten zu einem breiteren Verständnis der tatsächlichen Verhältnisse in der Sowjetzonenrepublik beigetragen haben.

Ablehnung der Neutralisierung Deutschlands

Während die Wiedervereinigung nach amerikanischer Auffassung lange auf sich warten lassen kann, ist das Problem Berlin von unmittelbarer Bedeutung für die Bevölkerung und die Regierung der USA. Die Haltung der US-Regierung ist unkomplizierter als die der Bevölkerung. Seit vielen Jahren hat die Regierung der Vereinigten Staaten immer wieder versichert, daß sie die Freiheit West-Berlins garantieren wird. In dieser Hinsicht hat die Ablösung Präsident Eisenhowers durch Präsident Kennedy keinerlei Bedeutung. In dem oben zitierten Interview mit John Fisher sagte Kennedy, daß die Amerikaner für New York und Paris kämpften, wenn sie sich für Berlin einsetzten. Darum müßten die USA es völlig deutlich machen, daß sie kämpfen würden. Auch dürften die USA eine Neutralisierung Westdeutschlands nicht zulassen, da eine solche die Neutralisierung Westeuropas nach sich ziehen würde, und das wäre ein bedeutender Sieg der Sowjetunion. Diese Haltung Präsident Kennedys dürfte sich auch in der Zukunft nicht ändern.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß 1. das Deutschlandbild des heutigen Amerikaners nicht immer so positiv ist, wie man es sich in Westdeutschland allgemein vorstellt oder vorgestellt hat, 2. daß man über die Oder-Neiße-Linie in Amerika nichts oder nur sehr wenig weiß und 3. daß man zwar grundsätzlich für die Wiedervereinigung Deutschlands ist, diese aber nur in weiter

Ferne sieht. In Sachen des Berlin-Problems wird es trotz oder auch hier wegen der Erinnerung an den Ersten und besonders Zweiten Weltkrieg existierenden Skepsis gegenüber Deutschland, der Kennedy-Regierung zweifellos gelingen, eine starke und eindeutige Stellung gegenüber dem Druck der Sowjetunion zu vertreten. Um die Freiheit West-Berlins als Sache des Prinzips aufrechtzuerhalten, wird man auf der anderen Seite möglicherweise zu Kompromissen oder auch Konzessionen in bestimmten Bereichen bereit sein.

Die sogenannte „unbewältigte Vergangenheit“ ist nicht etwas, das man leicht abtun kann, sondern ein sehr wichtiges und reales Element im deutsch-amerikanischen Verhältnis, welches zu überwinden in der nächsten Zukunft Deutschland und den USA so manche Aufgabe stellen wird. Eine starke Betonung des Nationalen und Militärischen in Westdeutschland, sowie eine unhistorische und anklagende Interpretation der Konferenzen und Absprachen während des Zweiten Weltkrieges dürften dabei kaum dienlich sein. Heute mehr denn je kam es sich Westdeutschland nicht leisten, nur an seine spezifischen Belange zu denken. Eher muß man versuchen, die anderen Seiten und Blickpunkte besser zu kennen und damit zu verstehen. Darüber hinaus können Westdeutschland, und unter den Westdeutschen gerade die ehemaligen Vertriebenen, einen positiven Beitrag für die Zukunft leisten. Dieser positive Beitrag wäre in einer Ausnutzung der geographischen Mittellage Deutschlands zu sehen. Sicherlich würden Präsident Kennedy und ein wesentlicher Teil der amerikanischen Bevölkerung es begrüßen, wenn von Westdeutschland her konstruktive Vorschläge für eine Annäherung an Polen und andere osteuropäische Länder bei gleichzeitiger Betonung europäischer und atlantischer Gemeinschaft und Belange gemacht werden würden.

Armin Mruck

Für deutsch-polnische Aussöhnung¹

Vierzehn Monate verbrachte ich mit meiner Familie in Europa und hauptsächlich in Deutschland. Viele Eindrücke stürmten nach beinahe sechsjähriger Abwesenheit von der ehemaligen Heimat auf uns ein. Von den vielen Eindrücken lohnt es sich, über einen besonders zu berichten. Hierzulande hört und liest man zuweilen von den „revisionistischen Flüchtlingsverbänden“, die womöglich mit Gewalt in ihre alte Heimat zurückwollten. Tatsächlich haben die vereinigten Flüchtlingsverbände in ihrer „Charta der Heimatvertriebenen“ eine Lösung der osteuropäischen Territorialfrage durch Gewalt grundsätzlich abgelehnt. Andere drücken ihre Meinung dahin aus, als dächten viele – ihre wirkliche Zahl dürfte schwer zu bestimmen sein – der ehemaligen Flüchtlinge aus Ostdeutschland gar nicht daran, in die frühere Heimat zurückzukehren, da es ihnen heute in Westdeutschland viel besser ginge als jemals zuvor in Ostdeutschland. Noch nie jedoch habe ich in diesem Land von einer Gruppe ehemaliger Ostdeutscher gelesen oder gehört, die aus der Not der Flüchtlinge oder Vertriebenen eine Tugend machen wollten. Inwiefern ist dies aber möglich? Wir denken nicht so sehr an das Materielle, das im Westen Deutschlands zur Genüge bewiesen worden ist. Es ist eine hinreichend bekannte Tatsache, daß die Flüchtlinge und Vertriebenen wesentlich zum wirtschaftlichen Aufstieg Westdeutschlands beigetragen haben. Die Gruppe, von der an diesem Ort berichtet werden soll, glaubt, daß gerade die Flüchtlinge und Vertriebenen in der Lage sind, ihren Teil zur Verbrüderung und Vereinigung Gesamteuropas beizutragen. Sie meinen, daß dies geradezu

1 Mruck, Armin: Das Deutschlandbild des Amerikaners, in: Der Niedersächsische Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte (Hrsg.): Die Barsinghausener Gespräche (11–14), Das zwölfte Gespräch (Die Deutschlandfrage nach dem 13. August 1961), Leer (Ostfriesl.) 1963, S. 179–181.

ihre Verpflichtung ist. Der Gedanke an das zu vereinigende Europa schließt heute nur einen Teil dieses sogenannten Kontinents ein. Wenige denken an Zentral- und noch weniger an Osteuropa, und dennoch ist auch hier Europa genauso wie im Westen. Niemand ist so gut geeignet wie der Ostdeutsche, den osteuropäischen Menschen: den Polen, den Litauer, den Tschechen, den Slowaken, Ukrainer, Letten, Esten, Russen usw. zu verstehen. Das Land, das der Ostdeutsche einmal bewohnte, war und ist ähnlich dem seiner östlichen, südlichen oder nördlichen Nachbarn. Die Geschichte dieser Völker und Menschen war und ist, zum Guten und zum Schlechten, eng miteinander verbunden. Die Probleme, mit denen sie sich auseinandersetzen mußten, waren denen ihrer Nachbarn gleich oder zumindest ähnlich.

Deutsche Kultur drückte ihren Stempel auf viele Städte des osteuropäischen Gebietes auf. Aber auch östlich-slawische Kultur beeinflusste die westlich-deutsche. Aus dem Bewußtsein, daß das gesamtdeutsche Problem nur im gesamteuropäischen Rahmen verstanden und eines Tages vielleicht gelöst werden kann, haben sich in den Jahren 1957/58 der „Konvent der zerstreuten evangelischen Ostkirchen“, der „Katholische Flüchtlingsrat in Deutschland“, der „Bund der Vertriebenen“, der „Verband mitteldeutscher Landmannschaften“, die „Deutsche Jugend des Ostens“ und der Verband heimatvertriebener und geflüchteter Studenten im „Arbeitskreis für Ostfragen Hannover“ verbunden. Ein anderer Grund für diesen Zusammenschluß war sicherlich auch die Erkenntnis, daß viele Flüchtlingsverbände früher oder später ihre Existenzberechtigung verlieren würden, falls sie es als ihr einziges Ziel betrachteten, die sentimentale Sehnsucht nach der ehemaligen Heimat aufrechtzuerhalten. Für die älteren Flüchtlinge ist Ostdeutschland wohl auch heute noch Heimat; ob man das für die jüngeren oder gar die in Westdeutschland oder in der Sowjetzone geborenen behaupten kann, bleibt zumindest dahingestellt.

Auf welche Weise nun wirkt der „Arbeitskreis für Ostfragen“? Zunächst einmal wären die „Barsinghausener Gespräche“ zu erwähnen. Im Barsinghausener Sportheim finden seit 1958 jährlich viermal Gespräche des Arbeitskreises für Ostfragen statt. Der Verfasser hat verschiedene Male an diesen Gesprächen teilgenommen und war von ihrem Niveau und vom demokratischen „give and take“ beeindruckt. Eine Beobachtung, die man in Westdeutschland auch heute noch machen kann, ist, daß die Kunst des Sprechens besser beherrscht wird als die Kunst des Zuhörens. Diese Beobachtung trifft jedoch nicht für die Barsinghausener Gespräche zu, was umso erstaunlicher

ist, als sich hier die Gegensätze im Raume oft sehr hart stoßen. Jedes „Gespräch“ steht unter einem bestimmten Thema. Das erste „Gespräch“ behandelt den „geistigen und politischen Standpunkt der Heimatvertriebenen“, das zweite handelt von „Reichsgedanke und Völkern“, das dritte über „deutsch-polnische Nachbarschaft“, das vierte über „Deutsch-russische Nachbarschaft“, das fünfte hatte das Thema „Friedenspläne für Deutschland“, das sechste beschäftigt sich mit dem Problem der „diplomatischen Beziehungen Westdeutschlands mit anderen Staaten“, das siebente hatte das Thema „Vertreibung, Annexion und Teilung als politische Weltprobleme“. Bisher dürften fast zwanzig Gespräche stattgefunden haben. Referenten und Teilnehmer kommen aus den intellektuell und politisch führenden Schichten Deutschlands, Europas und der USA. Unter den bekannteren Namen wären zu erwähnen Wenzel Jaksch, Heinz Gollwitzer, Silvio van Rooy, Walter Görlitz, Georg von Rauch, Peter Paul Nahm, Prinz Hubertus zu Löwenstein, Walter Hubatsch, Hanns Werner Schwarze und Sebastian Haffner. Diese Barsinghausener Gespräche fanden in Deutschland einen solchen Anklang, daß sie zunächst als Einzelbände und später als Sammelbände vom Niedersächsischen Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte herausgegeben und der weiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden.

Ähnlich geschmackvoll gestaltet sind die ebenfalls vom Niedersächsischen Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte herausgegebenen „Schriften zur deutschen Frage“. Auch sie bemühen sich nicht nur um eine zumindest geistige und kulturelle Annäherung deutscher und slawischer Menschen. Man versucht, Haß und Mißverstehen durch Menschlichkeit und Verstehen zu ersetzen. In dieser Hinsicht mögen sie eine Tradition der „Dokumente der Menschlichkeit“, die vom Göttinger Arbeitskreis gesammelt und herausgegeben, durch ein Vorwort von Albert Schweitzer bereichert, und schließlich auch in den USA in englischer Übersetzung erschienen sind, fortsetzen. Schließlich sei auch etwas über die Schwierigkeiten der Menschen in Westdeutschland gesagt, die sich um die oben beschriebenen Ziele bemühen. Nationalistisch gesinnte Westdeutsche machen den Barsinghausenern den Vorwurf, die früheren deutschen Ostgebiete aufgeben zu wollen, lediglich um der Aussöhnung mit Polen wegen. Osteuropäer begegnen der Gruppe mit Mißtrauen, weil sie meinen, daß hinter dem Getue doch der alte deutsche Plan des „Drang nach Osten“ stehe...

Um der Kritik von innen und außen, von Westen und von Osten zu begegnen, hat der Arbeitskreis für Ostfragen 12 Thesen als Richtlinien für seine Arbeit

beschlossen. Es lohnt sich diese zwölf Thesen wiederzugeben. Dabei sei jedoch bemerkt, daß es der Eindruck des Verfassers dieses Artikels war, daß unter den Mitarbeitern nicht unbedingt eine völlige Übereinstimmung zu diesen Richtlinien besteht... (im Original folgt der Abdruck der 12 Thesen im Wortlaut.)

Der „Barsinghausener Kreis“ verdient es, innerhalb und außerhalb Europas und besonders in den USA gehört zu werden. Vielleicht sollten die verschiedenen kulturellen Gruppen dieses Landes zur Einsicht kommen, daß sie durch ihre Zusammenarbeit in den USA zu einem besseren Verstehen auch der Menschen ihrer mittel- und ost-europäischen Heimaltländer beitragen könnten. Vor allen Dingen ist da an eine Zusammenarbeit der deutschen und polnischen Vereine in den USA gedacht. Es ist kein Geheimnis, daß Präsident Kennedy und seine Administration an einem besseren Verhältnis der Vereinigten Staaten zu Polen interessiert sind. Hier wäre auch eine neue und dankbare, wenn auch schwere Aufgabe für deutsche Gruppen in den USA. Es ist zu wünschen und zu hoffen, daß das von den Barsinghausenern begonnene Gespräch weiter fortgeführt wird und vielleicht eines Tages eine deutsch-polnische Aussöhnung stattfinden kann zum Wohle der beiden Völker und zum Wohle eines vereinigten Europa, dessen Grenzen nicht an der Elbe und der Werra liegen.

(In: Staatszeitung und Herold, New York, vom 30. 6. 1963)

Armin Mruck

In Search of Oneself, in the lost German Provinces¹

In 27 years, I had lost a home, lost a war, lost friends and relatives. I also had gained an education, a new home, a family, a position; but there remained a 27 year-old dream and a strong desire. It was to reclaim my past, what there was of it, and a few weeks ago I managed it. I returned to the town of my birth and my youth, to the land in which my family, my friends, my relatives, and acquaintances were at home until 1945. That had been a fateful year for thousands of Germans like me. We fled East Prussia, West Prussia, Pomerania and Silesia, the 'lost provinces'. Soviet troops were advancing. Most of us who had survived the horrors of the last months of World War II were expelled. The area was emptied of Germans to make way for Poles, many of whom had been themselves expelled from Eastern Poland, since 1939 a part of the Soviet Union.

My own homecoming certainly felt peculiar. What would I find in Osterode, now Ostroda, my hometown in what had been East Prussia? Would I still find some of the Germans I had known as a youngster? Would the old German streets and landmarks still be there? What about the schools I went to, the house I grew up in, the church where I prayed? And the city hall, the stores, the places of courtship, the boats I traveled on, the outing sites I pedaled my bicycle to, the post office from which I mailed my letters and where I made my few telephone calls? How had the Poles treated the land that was once my home?

Two days it took to travel by car from West Germany via the autobahn, East Berlin, Poznan (Posen), Torun (Thorn) to reach Ostroda. My heart started beating faster as I rediscovered old familiar landmarks. The rolling hills had

1 Erschienen in: Baltimore Sun, 28. September 1972.

not changed, not the dark woods or silvery lakes. Lonesome farmsteads were as they had been, also ancient villages with onestory red brick houses. There on the right side of the road entering the town I discovered the first evidence of the new inhabitants: a sign that read not 'Osterode' but 'Ostroda'. The colors, however, were still the same, black letters on a yellow background. In the outer rim of town little seemed to have changed, big buildings with small working class apartments, the railroad station and the railroad repair shops. Instinctively I drove the car to the street in which I had lived, passing the twosteepled, red brick, aluminum roofed Lutheran church in which I had been baptized and confirmed.

It was in the late afternoon that I was home again, yet the house itself was no longer there. In its place there was a kindergarten and play-yard now; memories raced through my head. The last time I had been here was in January of 1945, coming home from the war on recuperation leave. I had hoped to find my parents, yet instead found strangers who had been evacuated from their own home and were waiting for orders and the opportunity to leave for a safer place. Did they? In the early morning hours of the following day Soviet troops had occupied the town. As it happened, my parents had left town a few hours before I arrived. Dishes and some food were still on the dining room table. It took almost an entire year to be re-united with my parents, finally discovered in a small village in Hesse. Friends of ours were less lucky. They had sent their little son to a farm so that he would have a few weeks of nourishing food. In the course of the helter-skelter evacuation he could not be re-united with his parents. A Polish family eventually took him in and raised him. Through Red Cross efforts his parents succeeded after ten years in locating their son who was promptly returned to them, yet parents and son no longer spoke the same language. He spoke Polish and no German, his parents spoke German and no Polish.

Continuing my sentimental journey I found many of the old landmarks still the way they used to be, my elementary school, the gymnasium or (high school), the new city hall, the post office, the lake front promenade, the sandy beaches. What had dramatically changed was the old center of the town, some restaurants, the old castle and the cemeteries. Once there had been the Rathaus cafe with the Three Emperors Monument in front of it; there now were trees and toppled masonry. Once there had been small, neighborly stores; there now were severe, functional apartment dwellings. Once there had been the well preserved castle of the Teutonic Order which had founded

the town during the Fourteenth Century; there now were ruins and weeds. Cemeteries had become sites of devastation and looking for old Lutheran names on tumbled-over tombstones, we found one which read “Die Liebe hoeret nimmer auf,” – “Love never ends ...”

Much more difficult than finding familiar landmarks was the locating of familiar citizens. I heard of one, the watch repair man. A friend of mine had been to his store, asking for her repaired watch. Apologizing, the watchmaker said he did not remember her; he wondered when she had brought the watch to him. When she answered that it had been in January 1945, he continued apologizing. Good, old, reliable watchmaker. One meeting of acquaintances did come about, entirely unscheduled and unplanned. It was a Sunday. My wife and I were loafing on the lake and admiring the undisturbed beauty of this peaceful small town, when I heard the familiar clanging of the Lutheran church bells. Their clanging sounded like a personal invitation, so we drove to the church. The doors were wide open. A Y black frocked minister stood chatting with some people. I introduced myself in German, hoping that he would understand me. He responded by introducing me to some other former Osterodians who, like me had been baptized and confirmed in this church. Our ensuing conversation very soon re-knit old ties severed in 1945. One of the former Osterodians' husbands had been a clerk to my father, another one had been the girl friend of a friend of mine, the third one had been one class under me in the gymnasium. All could probably write books about their individual fates. My father's clerk had been paymaster in the German Sixth Army and was captured at Stalingrad in 1943. His wife had received no news but, after many years in Soviet P.O.W. camps, he was finally released. But my friend, reported missing in action in 1944, has never been heard from since. While our common past was very much the heart of our conversation, we could not help but relate to the present. Our feeling was one of a deep emotional satisfaction that we had returned, even if only for a short time. Most of us also felt gratitude that so much of the old familiar environment was still there, that we could feel somewhat at home even in a town that now was home for Polish people. This much is certain: we all hoped that the long-festered sore in Polish-German relations would be soon healed. Perhaps it helped, if only in a small way, for the former inhabitants of the so-called lost territories across the Oder- Neisse line to visit what had been their homeland and to become acquainted with its new residents

Armin Mruck

Frühboten der Brandtschen Neuen Ostpolitik

Der niedersächsische Arbeitskreis für Ostfragen. Die Barsinghausener Gespräche. Schriften zur Deutschen Frage. Text eines Vortrags vom Januar 2011.

Die deutsch-osteuropäischen Beziehungen standen unter der schweren Last des 2. Weltkrieges und der Nachkriegszeit. Millionen von Osteuropäern und Deutschen hatten ihr Leben eingebüßt. Millionen von Osteuropäern und Deutschen hatten ihre Heimat verloren. Deutsche Nationalsozialisten hatten Russen/Bolschewisten als Untermenschen bezeichnet. Millionen von Polen sollten Sklaven deutscher Nationalsozialisten werden. Beschlüsse der Siegermächte und provoziertes Hass führten zu Flucht, Vergewaltigungen und Vertreibung von Millionen von Deutschen aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien. So standen Deutsche, Russen, Ukrainer, Polen, Litauer, Jugoslawen vor einer Mauer, die kaum zu durchbrechen war. Der „Eiserne Vorhang“ schien die politische Realisierung der menschlichen Trennung zwischen West und Ost zu sein. Trotz dieser mehr als negativen Vorbedingungen erwachsen langsam aber sicher unter Deutschen und Osteuropäern, Individuen und Gruppen, die sich vornahmen Brücken zwischen Ost und West zu bauen.

Der Barsinghausener Kreis wurde zu einem dieser west-östlichen Brückenbauer. Auch führende Politiker, eher deutsche als osteuropäische, wurden Teil dieser Entwicklung, die letztendlich über „Wandel durch Annäherung“ zur Brandtschen neuen Ostpolitik führte und zum symbolischen Kniefall in Warschau im Dezember 1970. Frühe Schritte in diese Richtung wurden während der Kanzlerzeiten von Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger unternommen. Ein erster politischer Schritt in diese Richtung war die Zur-Seite-Stellung der sogenannten Hallstein Doktrin. Diese Doktrin hatte diplomatische Anerkennung solchen Staaten untersagt, die die Deutsche Demokratische Republik diplomatisch anerkannten. Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger

öffnete erste Türen zur DDR. Er korrespondierte mit dem DDR Ministerpräsidenten Stoph. Diplomatische Beziehungen zu Rumänien wurden aufgenommen. Das Verhältnis zu Jugoslawien wurde normalisiert.¹

Es ist die These dieses Beitrags, dass politisch-diplomatische Schritte der deutschen Bundeskanzler, die eventuell zur neuen Ostpolitik Willy Brandts führten, möglich wurden durch die Basisarbeit sogenannter Heimatverbände sowie auch der evangelischen und katholischen Kirchen in der Bundesrepublik und in Polen. Zu erwähnen an dieser Stelle ist die frühe Erklärung der deutschen Vertriebenen die „Charta der Heimatvertriebenen“ (1950) in ihrem Bekenntnis zu Europa zur friedlichen Lösung von Problemen, ebenso die „Ostdenkschrift der EKD“ und der Briefwechsel der deutschen und katholischen Bischöfe.

Gleichfalls als Frühboten der Brandtschen Neuen Ostpolitik verdienen die Gespräche polnischer und deutscher Historiker erwähnt zu werden. Im Oktober 1956 fand im Tübinger Institut für osteuropäische Geschichte eine erste Tagung deutscher und polnischer Historiker statt. Diese Tagung führte allen Teilnehmern vor Augen, wie schwer aber auch notwendig eine solche offene klärende Aussprache ist, um Ressentiments zu überwinden und Vorstellungen der Partner kennen zu lernen, um eine gemeinsame europäische Grundlage zu gewinnen. Teilnehmer dieser Tagung waren neben deutschen Wissenschaftlern vor allem exilpolnische Historiker unter der Leitung von Prof. Dr. Tytus Komarnicki und dem Tübinger Professor Werner Markert. Durch Vorträge von Experten, die sich mit Aspekten deutsch-polnischer Geschichte befassten und die sich gleichzeitig bemühten, Gegenwartsgeschichte und Politik zu vermeiden, trugen dazu bei, „das Eis jahrelanger Entfremdung zu brechen“. Ein zweites deutsch-polnisches Historiker-Gespräch fand im März 1964 im Londoner Historischen General-Sikorski-Institut statt. In diesem Treffen, das von Professor Markert und Professor Komarnicki initiiert worden war, „konnten ... präzise Themenkreise aus der mittelalterlichen Geschichte, der frühen Neuzeit, dem 19. Jahrhundert und der Zeitgeschichte behandelt werden.“ Diese positiven wissenschaftlichen Begegnungen erzeugten persönliche Kontakte, die in den folgenden Jahren fortgesetzt und gepflegt wurden.² Nicht alle Reaktionen, vor allem auf polnischer Seite, waren posi-

1 Vgl. Wilhelm von Sternberg (Hrsg.): Die deutschen Kanzler von Bismarck bis Schmidt, Koenigstein/Tns 1985, S. 402 u. 412.

2 Richard Breyer: Das Gespräch der Historiker und sein Echo in Ost und West, in: „Nachbarn im Osten 1945–1966 – Erkenntnisse und Wandlungen in zwei Jahrzehnten“, Schriften zur

tiv. Die ablehnende Haltung kam aus dem nationalpolnischen Milieu; exilpolnische Historiker wurden als pro-deutsch angegriffen. Die Tagungen würden darin resultieren, dass die ehemaligen deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie wieder deutsch werden würden, was das eigentliche Ziel der Deutschen sei.³ Im Gegensatz dazu stand das allgemein als konservativ eingeschätzte „Ostpreußenblatt“, welches das Londoner Treffen als durchaus positiv betrachtete.⁴

In dieser zeitlichen Umgebung fanden die Barsinghausener Gespräche statt. Auch sie, so die Meinung des Autors, halfen mit, die Grundlage für die Brandtsche Neue Ostpolitik zu legen. Da Politiker wie Brandt und sein enger Mitarbeiter Egon Bahr über das intellektuelle Klima und die allgemeine Meinung informiert waren, und zumal wenn Politik als Kunst des Möglichen interpretiert wird, steht die Vermutung nahe, dass ihm, Bundeskanzler Brandt, die Historiker-Gespräche zwischen Polen und Deutschen und die Grundrichtung der Barsinghausener Gespräche bekannt waren und die Vermutung, dass damit die Neue Ostpolitik einschließlich des historischen und symbolischen Warschauer Kniefalls im Dezember 1970 von der Allgemeinheit und letztendlich vom Bonner Bundestag akzeptiert werden würden.

Richard Breyer (in dem oben angegebenen Beitrag) spricht das Problem der Wirksamkeit solcher Gespräche und Begegnungen an. Er zitiert den polnischen Wissenschaftler Prof. Komarnicki: „Wenn solchen Kontakten auch kein unmittelbarer Einfluss auf die Politik eingeräumt worden ist, in London ebenso wenig wie in Tübingen, Prag oder Münster (alles Orte, in denen Gespräche von Historikern stattgefunden haben – A.M.), weil die Politik – etwa zwischen Polen und Deutschen – sich auf völlig anderer Ebene bewegt, so war doch das klar herausgestellte Ziel der Gespräche, eine Atmosphäre zu schaffen, die einer möglichst objektiven Arbeit zugutekommt, welche ihrerseits die Einstellung der Völker beeinflusst.“⁵

Sicherlich trifft dies auch auf die Barsinghausener Gespräche zu. Die Anfänge dieser Gespräche gehen auf einen Zusammenschluss der in Niedersachsen tätigen Verbände, die sich mit Vertriebenen- und Ostfragen beschäf-

deutschen Frage Bd. 14, bearbeitet von Peter Nasarski, hrsg. v. Niedersächsischen Ministerium für Bundesangelegenheiten, für Vertriebene und Flüchtlinge, Leer 1965., S. 77–99.

3 ibid. S. 90 seq.

4 ibid. S. 90.

5 ibid. S. 98.

tigten, zurück. Dies geschah in den Jahren 1957/58. Die Gruppe nannte sich „Arbeitskreis für Ostfragen“. Der Arbeitskreis machte es sich zur Aufgabe, „den nachkriegsdeutschen Standort aus Geschichte und Gegenwart festzustellen und über den künftigen Weg gemeinsam nachzudenken.“⁶ Auf einer Grundsatztagung beschloss der Arbeitskreis für Ostfragen zwölf Thesen, die als Richtlinien dienen sollten. Unter diesen Thesen finden wir die Gedanken, dass eine Wiedervereinigung Deutschlands und eine Regelung der Grenzfragen nur im europäischen Rahmen einschließlich der osteuropäischen Nachbarvölker denkbar sei; die Annahme einer Kollektivschuld des deutschen Volkes sei nicht gerechtfertigt; ein Diktatfrieden für Deutschland sei abzulehnen; auch wenn die Bundesrepublik ein fester Teil der westlichen Bündnisgemeinschaft sei, habe sie dennoch die Verpflichtung, ihren Beitrag zur Lösung des Ost-West-Konfliktes zu leisten, um die Wiedervereinigung zu erreichen; für eine Regelung der Ostfragen sei eine gründliche Kenntnis des Deutschlandbildes der Nachbarn und anderer Länder erforderlich: die Völker des „Ostblocks“ seien nicht mit deren Staatsführungen zu identifizieren; dringend erforderlich sei eine gründliche Kenntnis der Geschichte, der Wirtschaft, der Kultur und der politischen Entwicklung der östlichen und südöstlichen Nachbarvölker.

Eine These ist besonders zu betonen. Sie drückt den Grundgedanken und die Ziele des Arbeitskreises für Ostfragen aus. „Aussöhnung ist die Grundlage einer gerechten Ordnung in Ost-Mittel-Europa. Der Notwendigkeit einer solchen Ordnung sollten sich alle beteiligten Völker bewusst sein. Die Bereitschaft zu dieser neuen Ordnung und das Vertrauen in ihr Gelingen erfordern die Pflege und Vertiefung des Gemeinsamen und Verbindenden vor einer Auseinandersetzung über das Trennende.“⁷ Besonders herausgestellt wird die Rolle, die Deutsche in dieser Entwicklung übernehmen sollten: „Es ist die deutsche Sache, den Schritt zur Aussöhnung mit den Nachbarvölkern so oft zu tun, bis er uns abgenommen wird. – Die Aussöhnung des deutschen Volkes mit seinen Nachbarn ist der Gradmesser unserer gesamteuropäischen Glaubwürdigkeit. Die Aussöhnung mit der Welt kann die entscheidende Niederlage des Bolschewismus und der große Sieg unseres Volkes über sich

6 Der Niedersächsische Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte (Hrsg.): Die Barsinghausener Gespräche. Schriften zur deutschen Frage 1–4, Leer 1961, S. 7.

7 Der Nieders. Minister...: Die Barsinghausener Gespräche 8-10 Leer, 1962. S. 255.f.

selbst und über seine tatsächlichen Feinde sein. Sie würde den Sieg des Europäers über den Nationalismus in uns bedeuten.“⁸

Dass diese Thesen konsequent befolgt wurden, ist das Verdienst der Veranstalter, darunter Regierungsrat Hans Beske vom Niedersächsischen Ministerium für Flüchtlinge, Vertriebene und Kriegsgeschädigte; Werner Petersmann, Gerhard Rauhut, Peter Nasarski, Redakteur der „Schriften zur deutschen Frage“ sowie der zahlreichen Referenten und Diskutierenden aller Generationen des In- und Auslandes. Die Gespräche wurden mit viel Toleranz und großer Offenheit geführt. Als wie wertvoll diese Gespräche betrachtet wurden, zeigt sich in deren Veröffentlichung unter dem Titel „Die Barsinghausener Gespräche“. Einige der behandelten Themen seien hier als Beispiele genannt: „Der geistige Standort der Heimatvertriebenen“; „Das östliche Ausland und die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge“; „Die politische Lage des heutigen Polen“; „Die Lage der katholischen Kirche in Polen“; „Möglichkeiten deutsch-russischer Nachbarschaft“; „Für deutsch-polnische Aussöhnung“; „Europa im Spiegel russischer Geschichtsdarstellung“ etc.

Ein Rückblick auf die Arbeit des Arbeitskreises für Ostfragen, verbunden mit den Barsinghausener Gesprächen, verbunden mit deren Publikationen sowie auch die „Schriften zur deutschen Frage“, herausgegeben vom Niedersächsischen Ministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, zeigt, wie vorausschauend, man könnte behaupten, prophetisch, deren Mitarbeiter waren. Die Ziele, die sie sich setzten, sind in Erfüllung gegangen: die deutsche Wiedervereinigung im europäischen Rahmen als Ergebnis von Verhandlungen der Siegermächte mit Vertretern der beiden deutschen Staaten (2+4 Gespräche), die Aussöhnung mit den Völkern Ost- und Südosteuropas, das Ende der Sowjet-Union und ein vereintes, freiheitliches, demokratisches Europa. Diese positive Entwicklung deutsch-osteuropäischen Verhältnisses erstreckte sich über beinahe ein halbes Jahrhundert. Sie kann als logische Konsequenz der Mittellage und der Mittlerrolle Deutschlands betrachtet werden. Nach der belastenden Zeit des 2. Weltkriegs und den Jahren vorher und nachher machten sich in den 1950er Jahren Stimmen zu einem Neuanfang deutsch-osteuropäischer Kontakte hörbar: die erwähnten Historikertreffen in Tübingen und in London; die Erklärungen deutscher und polnischer evangelischer und katholischer Kirchenkreise; die Veröffentlichungen von heilenden und verbindenden Schriften wie z.B. „Die Dokumente der Menschlichkeit“

8 ibid. S. 131–136.

mit einem Vorwort von Albert Schweitzer, herausgegeben vom Göttinger Arbeitskreis, oder „Die Stimme des Menschen“. erschienen im Piper Verlag in München 1961, oder „Und bringen ihre Garben aus russischer Kriegsgefangenschaft...“, eingeleitet von Helmut Gollwitzer u.a.. veröffentlicht vom Kreuz-Verlag in Stuttgart 1956. Die Barsinghausener Gespräche fallen in diese Atmosphäre. Ebenso vorsichtige Schritte zur Verständigung mit Osteuropa fanden statt unter den Bundeskanzlern Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger und nicht zu vergessen dem sicherlich einflussreichen prominenten Politiker der SPD – Carlo Schmid, der bereits im Jahre 1958 als erster deutscher Staatsmann Verhandlungen mit Polen über die Oder-Neiße-Linie forderte.⁹ Es sind diese Entwicklungen, die letztendlich die Brandtsche Neue Ostpolitik einschließlich des Kniefalls in Warschau und der zwei Jahre später erfolgten Ratifizierung der Warschauer Verträge mit Polen durch den Bundestag möglich machten. Dass die Anstöße zum besseren Verhältnis Deutscher zu Osteuropa vom Wesen her kamen, ist durch die politische Lage der osteuropäischen Länder verständlich: Die Sowjet-Union beherrschte ihre politische Ausrichtung.

So sind die Barsinghausener Gespräche Ausdruck einer allgemeinen Entwicklung, die auf vielen Ebenen, wenn auch nicht immer ohne Widerstand – inoffiziell und offiziell – zu Annäherung durch gegenseitiges Verständnis und letztendlich zur Versöhnung mit den Osteuropäischen Völkern führte. Ein Beispiel (von sicherlich vielen) ist die enge Verbindung der ostpreußischen Heimatstadt des Autors – Osterode – mit der polnischen Stadt Ostroda.

Die Stadt Osterode im Harz ist Partnerschaft des polnischen Ostroda. Regelmässig finden Begegnungen von ehemaligen Osterodern mit den polnischen Bürgern von Ostroda statt. Das ehemalige Kaiser Wilhelm Gymnasium feierte gemeinsam mit polnischen Absolventen dieses früher deutschen Gymnasiums im Jahre 2007 das Einhundertjährige Jubiläum. Deutsche und polnische Fahnen und die Flagge des vereinigten Europas schmückten den Eingang der Schule; Polnische Schüler auf einem Festumzug führten eine zahlenmäßig kleine Delegation ehemaliger Schüler des Gymnasiums unter einem Plakat mit der Inschrift „Kaiser Wilhelm Gymnasium“.

Und: Ein prominenter Deutsch-Pole ist geachtetes Mitglied des Stadtrats von Ostroda.

9 Hans Adolf Jacobsen und Mieczylaw Tornala (Hrsg.): Wie Polen und Deutsche einander sehen, Droste Verlag Düsseldorf 1973, S. 233.

Interview mit Dr. Armin E. Mruck

Professor of History emeritus. Towson University, Towson, Maryland (USA)

Das Gespräch führten Prof. Dr. Helmut Freiwald, AOR Gebhard Moldenhauer und Dr. Klaus Finke im Januar 2016.

Frage: Herr Mruck, Sie sind Professor em.; Sie haben mehrere Jahrzehnte lang Geschichte an der Towson University in Maryland gelehrt. Sie stammen aber aus Osterode in Ostpreußen; Sie waren noch Soldat der Wehrmacht im 2. Weltkrieg. Können Sie bitte skizzieren, auf welchem Weg und über welche Stationen Sie in die USA gekommen sind?

Antwort: Nach dem Ende des Kriegs, an dem ich als junger Soldat noch teilnehmen musste, und nach überstandener schwerer Verwundung, nahm ich ein Studium auf. Meine ersten Studentenjahre (1946/ 1947) verbrachte ich an der Phillips Universität in Marburg/Lahn. Marburg lag in der „US Zone of Occupation“; daher hatte die Universität eine U.S. amerikanische Aufsichtsperson mit Namen Dr. Hartshorne von der Harvard University. Obwohl die Besatzungsmacht der offiziellen „General Order 1067“ unterstand, die dem U.S.-Personal nur erlaubte, in offiziellen Funktionen mit Deutschen Beziehungen zu unterhalten, schien sich Dr. Hartshorne nicht daran gebunden zu fühlen. Bereits in Jahr 1945 pflegte er gute Beziehungen zum amtierenden Leiter der Universität, zu Prof. Dr. Julius Ebbinghaus, dem großen Philosophen und bedeutenden Kant-Kenner.

Die Universität war nach Kriegsende nur ein Semester geschlossen; der Vorlesungsbetrieb lief bereits wieder im Wintersemester 1945/46. Nach persönlicher Vorstellung beim amtierenden Leiter wurde ich als akademischer Bürger der philosophischen Fakultät immatrikuliert. Dr. Hartshorne bemühte sich sehr darum, auch die studentische Selbstverwaltung wieder aufzubauen. In einer Allgemeinwahl wurde ich in den ersten ASTA gewählt und übernahm das Referat „Auslandsbeziehungen“. In Marburg, also in der U.S. Zone of

Occupation, lag es nahe, sich besonders mit Geschichte, Verfassung und Politik der USA zu beschäftigen. Ein erster in Marburg stattfindender International Summer Course bot die Möglichkeit, U.S.-Studierende persönlich kennenzulernen, darunter befanden sich auch zwei Kinder des Dr. Hartshorne nachfolgenden nächsten „U.S. Officer of Higher Education“ in Hessen, Dr. Becker von der University of Wisconsin. Gleichzeitig wurde an der Uni ein Deutsch-U.S. Discussion Club gegründet, an dem ich aktiv teilnahm. Ich hielt ein Referat über „Prussianism“, das zunächst kritisch, doch dann positiv angekommen war. Erwähnenswert für meine Marburger Zeit ist die konstruktive Rolle des US Military Captain Charles P. Carson. Trotz der GSC Order 1067 hieß er deutsche Studenten und andere Bürger in seinem US-Gottesdienst willkommen; für ihn als Christen war das selbstverständlich.

Zum Sommersemester wechselte ich zur Georg August Universität in Göttingen. Schon nach kurzer Zeit wurde ich ein Schüler von Prof. Wilhelm Treue. Unter seiner Leitung schrieb ich meine Dissertation zum Thema „Bedeutung der Eisenbahnen in der Kriegsgeschichte bis einschließlich dem U.S. Amerikanischen Sezessionskrieg“. Im Juni 1951 wurde ich zum Dr. phil. Promoviert. Zu dieser Zeit gab es die Möglichkeit, sich für ein einjähriges Stipendium zum Studium in den USA zu bewerben. Die Kosten für diesen Aufenthalt wurden von der U.S.-Regierung getragen. Ich hatte das für damalige Zeiten besonders große Glück, eines dieser Stipendien zu erhalten. So konnte ich ein Jahr lang vor allem U.S. Geschichte an der University of Kentucky in Lexington studieren. Bei einem Ferientaufenthalt in Miami, Florida, lernte ich meine jetzige Frau Marlene Stocker kennen. U.S. Kollegen ermunterten mich, in den USA zu bleiben. Das German Department of New York University bot mir bereits für das Wintersemester eine Stelle als Instructor/Dozent an. Nach einem fünf monatigen Honeymoon in der Bundesrepublik hielt ich Anfang Februar 1953 meine erste Veranstaltung für U.S. Studierende, die zum guten Teil jüdischer Religion waren. Niemals hatte ich das Gefühl, dass man mir meine N.S.-Vergangenheit vorhielt. Ganz im Gegenteil, die Eltern dieser Studierenden hatten Verständnis für die Probleme eines Einwanderers und halfen, wo sie konnten.

Ich lehrte nun deutsche Sprache und Literatur, das war nicht mein Fach; und daher sah ich mich nach einer Dozentenstelle in meinem Gebiet um. Diese bot sich für das Herbstsemester 1955 an einer vorwiegend afro-amerikanischen Universität in Baltimore, MD. an. Hier lehrte ich vorwiegend European History, Ancient History, Renaissance und Reformation History bis zum Jahr

1967. Auch an dieser Universität, Morgan State College, hatte ich nie das Gefühl, unfair oder ungerecht behandelt zu werden. Ganz im Gegenteil, die Fakultät der Social Sciences wählte mich zu ihrem Vorsitzenden/Chairman. Als mich der Präsident der Universität, Dr. Martin D. Jenkins, der Fakultät offiziell vorstellte, sagte er, dass Dr. Mruck, Soldat im zweiten Weltkrieg gewesen sei, doch hätte er an der falschen, der verlierenden Seite gekämpft. Die Fakultät lachte laut auf. Damit war diese Sache abgetan.

An dieser Universität wurde ich als Assistant Professor eingestellt und nach einigen Jahren zum Associate Professor befördert. Andere lokale Universitäten luden mich zu Vorträgen und ganzen Semesterveranstaltungen ein, darunter waren Johns Hopkins University Evening College und Towson State College. Im Jahre 1967 bot mir Towson State College eine „full professorship with tenure“, d. h. Ordinariat mit Anstellung auf Lebenszeit an. Seit diesem Jahr wurde Towson State College, später Towson University zu meiner akademischen Heimat. Mein spezielles Forschungsgebiet war der deutsche Anti-Hitler-Widerstand. Ich hielt das für eine notwendige Verpflichtung, da in diesen Jahren wenig Kenntnis auf diesem Gebiet bestand. Der Deutsche Akademische Auslandsdienst und Internationales Bonn/Bad Godesberg gewährten mir für meine Forschungen willkommene Unterstützung finanzieller und persönlicher Art.

Frage: Herr Mruck, Sie haben also einmal Ihre Heimat verloren durch die Folgen des Krieges. Sie haben dann in Marburg und Göttingen studiert, also quasi eine neue Heimat gefunden. Dann sind Sie in die USA gegangen, Sie sind US-Bürger geworden; die USA wurden also Ihre zweite neue Heimat. Hatten Sie als junger Student Verständnis für das Anliegen der Verbände der Heimatvertriebenen; und hatten Sie Verbindung zu ihnen. Haben Sie jemals an Rückkehr gedacht in die „alte“ Heimat? Was heißt eigentlich für Sie „Heimat“?

Antwort: In den späten 1950er Jahren wurde ich US-Bürger. Seit dieser Zeit bin ich meinen Pflichten als U.S.-Bürger stets nachgekommen: Ich habe regelmäßig gewählt, habe der Gemeinschaft so gut wie möglich gedient, habe Brücken gebaut zwischen Deutschen, Polen, Franzosen, Japanern, Kroaten, Mazedoniern, Chinesen und vor allen Dingen zu der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Meiner Ostpreußischen Heimat bin ich weiterhin verbunden geblieben. Ernsthaft habe ich aber nie an eine Rückkehr in die alte Heimat gedacht. Andererseits denke ich noch gern an Osterode zurück und unterhalte Verbindungen zu meiner Heimatstadt, seit 1945 Ostroda/Polen.

Heimat heißt für mich Familie, meine kleine Stadt Reisterstown, Towson University, Maryland, Oldenburg/Niedersachsen, Han.-Münden/Niedersachsen. Eigentlich bin ich atlantischer Brückenbauer mit vielen Gleichgesinnten auf beiden Seien des Atlantiks.

Frage: Herr Mruck, Ihre Eltern wohnten damals in Han.-Münden, einer kleinen Stadt in der Nähe von Göttingen. Sie hatten im Jahr 1961 eine Einladung für ein „sabbatical“-Jahr und hielten sich dort auf. Wie ist es zu dem Kontakt mit den Veranstaltern der Barsinghausener Gesprächen bekommen? Wer hat die Einladung ausgesprochen?

Antwort: Ein Vorteil, den man an vielen Universitäten in den USA genießt, ist das sogenannte Sabatical, das gewährt werden kann, doch nicht muss. Ich hatte das große Glück, dass Morgan State College mir für das ganze akademische Jahr 1961/62 mit halbem Gehalt ein Sabatical gewährte. Da meine Eltern in Han.-Münden eine neue Heimat gefunden hatten, bot sich die Gelegenheit an für ein volles Jahr am dortigen Gymnasium und Lyzeum zu unterrichten. Ich unterrichtete U.S-Geschichte und Englisch auf verschiedenen Stufen einschließlich der Abiturklassen in beiden Schulen. Ich etablierte mich bald als populärer Lehrer, entwickelte gute Kontakte und Freundschaften mit den Kollegen/Innen und Schülern/Innen. Dies war für mich eine Selbstverständlichkeit, da ich an ein gutes Arbeitsklima von den USA her gewohnt war. Mein Vater als pensionierter Lehrer und ehemaliger Ostpreuße hatte Verbindungen zu Flüchtlings/Vertriebenen-Verbänden. Der sogenannte Barsinghausener Kreis war ein wichtiger Teil dieser Verbände, wurde vom Niedersächsischen Ministerium für Flüchtlinge und Vertriebene finanziell unterstützt.

Das Haus der Heimat in Hedemünden wurde für den Herbst 1961 vom Barsinghausener Kreis als Tagungsort bestimmt. Ich wurde zu dieser Tagung eingeladen und lernte dabei u.a. Hans Beske und Peter Nasarski kennen. Wir waren uns gleich sympathisch. Das war dann der Anfang einer positiven Verbindung und Zusammenarbeit mit dem Barsinghausener Kreis. Das Treffen fand am 2. August 1961, also wenige Tage vor dem Mauerbau statt. Niemand schien eine Ahnung zu haben, was geschehen sollte. Man sprach von der Wichtigkeit eines gesamtdeutschen Bewusstseins, von der Notwendigkeit der deutschen Selbstkenntnis, von der deutschen Grenzlandposition, von der Notwendigkeit der Tuchfühlung zu Deutschlands Nachbarn, Regierungsrat Gossing betonte, dass es der Deutschen Pflicht sei, auf dem Recht zur Freiheit und Einheit zu bestehen. Hans Beske sprach über Deutschlands Brü-

ckenposition in Europa, über die ehemaligen Ostgebiete, über die Pflege mitteleuropäischer und ostdeutscher Kulturarbeit. Ein Sprecher berichtete über die wachsenden Zahlen von Flüchtlingen aus der sog. DDR. Im Juli seien 30.000 Flüchtlinge nach Westberlin und in die Bundesrepublik gekommen, viele nach Gießen, Uelzen und vor allem Friedland, das große Flüchtlingslager bei Göttingen, sei schon voll besetzt. Regierungsrat Gossing warnte vor den „Radikalinskis“. Mein Urteil: das Wort Europa wurde selten gebraucht außer von Hans Beske, etwas, was sich bei späteren Tagungen der Barsinghausener wesentlich änderte.

Frage: Die Barsinghausener Gespräche fanden statt im Gebäude der Sport- schule des Niedersächsischen Fußballverbandes, d. h. der Charakter war doch wohl eher so wie in einer Jugendherberge mit Mehrbettzimmern etc. Wie hat man sich das vorzustellen? Wohten die Teilnehmer in Gemeinschaftszim- mern oder hatten sie Einzelzimmer?

Antwort: Barsinghausen war ein schön gelegenes Sportlerheim. Ein Problem bestand für Teilnehmer, die kein Auto besaßen darin, dorthin zu kommen. Die Unterbringung für Gäste und Referenten war hotelmäßig. Man wurde in bequemen Einzelzimmern untergebracht. Die Verpflegung war durchaus gut. Aus meiner Sicht war Barsinghausen ein für die Gespräche passender Tagungsort.

Frage: Wie viele Teilnehmer hatten die Gespräche, an denen Sie teilgenom- men haben?

Antwort: Soweit ich mich erinnere, waren alle Gespräche immer gut besucht. Es gab keine leeren Sitze; zahlenmäßig, denke ich, waren so um die 100 Teilnehmer anwesend. Begrüßenswert war, dass alle Generationen vertreten waren. Besonders hoch – so schien es mir – war die Beteiligung von Studie- renden, einschließlich von Studierenden verschiedener Länder.

Frage: Wie verlief der Tag, wann wurden die Referate gehalten, wann endete der Tag?

Antwort: Die Tagung begann allgemein am Abend. Man fand sich zusammen beim Abendessen. Danach ging man entweder schlafen oder setzte sich in kleineren Kreisen zu einem gemütlichen Plausch oder auch bereits zur ernst- haften Diskussion. Man lernte sich persönlich kennen. Die Atmosphäre war „relaxed“. Die Referate wurden nach dem Frühstück und dann wieder nach dem Mittagessen gehalten. Die Referenten waren durchaus gut vorbereitet. Ich habe unter den Zuhörern niemals jemand beim Einschlafen oder gar Schla- fen entdeckt. Der lange Tag endete oft so um Mitternacht.

Frage: Erhielten die Referenten ein Honorar? Falls ja, wie hoch war es und wer zahlte es? Wurden Sie über eine Veröffentlichung der Referate unterrichtet?

Antwort: Soweit ich mich erinnere, erhielt ich kein Honorar. Ich weiß nicht, ob das für alle Referenten galt. Die Tagungsleitung kam für alle Kosten auf, die durch den Aufenthalt entstanden, d. h. Unterbringung und Verpflegung. Ich kann mich nicht erinnern, ob auch Reisekosten erstattet wurden. Ich nehme an, dass die Kosten vom Niedersächsischen Ministerium für Flüchtlinge und Vertriebene getragen wurden. Als Referent nahm man an, dass sein/ihr Beitrag früher oder später in den „Barsinghausener Gesprächen“ veröffentlicht werden würden.

Frage: Wer leitete die Diskussionen nach den Vorträgen? Gab es diese Diskussionen in offener Runde oder eher später in kleinen Gruppen? Wie war die Atmosphäre?

Antwort: Die Diskussionen nach den Vorträgen wurden von Hans Beske geleitet. Ich kann mir kaum einen besseren Diskussionsleiter als ihn vorstellen. Er schien keinerlei Probleme zu haben, den Referenten zu folgen. Niemals hatte ich den Eindruck, dass er die Kontrolle über Vortragende und/oder Diskutierende verlor. Er war ein „Meister seines Faches“. Es machte einfach großes intellektuelles Vergnügen, die Referate anzuhören und mit zu diskutieren. Alles schien Hand und Fuß zu haben. Jeder kam zu Wort. Wie ich bereits erwähnte, kam man oft nach dem Abendessen in kleinerem Kreis zusammen, um die Diskussion weiter zu führen; dabei lösten gute Weine die Zungen.

Frage: Wie war die herrschende Stimmung: eher Revanchismus oder Versöhnung?

Antwort: Während meiner Teilnahme an den Gesprächen hörte ich das Wort „Revanchismus“ o. ä., so viel ich mich erinnere, niemals. Das Grundprinzip, das Ziel war „durch gegenseitiges ehrliches und offenes Verstehen zur Versöhnung zu gelangen.“

Frage: Welche Teilnehmer sind Ihnen in besonderer Erinnerung geblieben?

Antwort: Hans Beske war die führende Persönlichkeit. Er war persönlich zugänglich, stets gut informiert, gastfreundlich, ließ alle Teilnehmer, die etwas zu sagen hatten, zu Wort kommen, beherrschte die Diskussionen, hatte eine eigene Meinung, ohne diese anderen aufzudrängen. Er schätzte gutes Essen und einen guten Wein. In guter Erinnerung ist mir auch Peter Nasarski, Her-

ausgeber der „Europäischen Begegnung“ mit gründlichen Kenntnissen europäischer Geschichte, besonders osteuropäischer Geschichte. Auch Peter Nasarski war stets zugänglich. Er war vorurteilslos. Er wurde allgemein geschätzt als fairer Journalist. Wie ich es sehe, war er so etwas wie die rechte Hand für Beske. Nasarski war ein guter Europäer.

Sebastian Haffner lernte ich auf dem Treffen nach dem Mauerbau kennen. Haffner war gewandt, ein renommierter englisch/deutscher Journalist, schrieb für die renommierte englische Zeitung „Manchester Guardian“. Haffner war ein hervorragender Sprecher. Seine Ausführungen waren gut durchdacht, hatten Hand und Fuß. Es war ein Gewinn, Haffner für ein Barsinghausener Gespräch zu engagieren. Seine Teilnahme hob das Prestige der Barsinghausener.

Unter den Teilnehmern lerne ich auch den deutsch-baltischen Freiherrn von Fircks kennen. Fircks, ein ehemaliger SS-Offizier, war ein „kalter Krieger“. Er bestand darauf, dass der Potsdamer Beschluss über das Schicksal der deutschen Ostprovinzen eingehalten werden müsse. Die Sowjetzone war für ihn weiterhin Mitteldeutschland, Schlesien, Pommern, Bandenburg waren weiterhin deutsche Ostgebiete unter sowjetischer und polnischer Verwaltung. Fircks und ich stritten uns bei gutem Wein auf friedlicher Ebene. Beske war mehr auf meiner Seite.

Frage: Sie waren auch einmal bei einem Treffen in Berlin/West dabei; es fand statt bei Nasarski. Wann hat es stattgefunden; was war der Grund für dieses Treffen, wer hat teilgenommen? Gab es Ergebnisse?

Antwort: Wichtig im Barsinghausener Kreis war unbedingt Peter Nasarski, der Herausgeber der Barsinghausener Gespräche. Ich denke heute, dass er Beske am nächsten stand. Peter hatte gute Kenntnisse über Polen. Ähnlich wie Beske war er immer freundlich, immer auf einen zugehend. Peter schrieb nicht nur gut, er sprach auch gut. Nachdem die Mauer in Berlin gebaut worden war, fand ein kleineres Treffen in Berlin in Peters Privatwohnung statt. Ich war auch dabei. Zu dieser Zeit nach Berlin Tempelhof zu fliegen, war eine Sache, die vom Bund unterstützt wurde. Ich erinnere mich noch, wie wir in einer Vickers Viscount Maschine durch den Luftkorridor flogen und dabei von einer sowjetischen MIG-Maschine beschattet wurden. Ankunft in Tempelhof. Wenn man aus der Maschine stieg, standen hübsche Berliner Mädchen vor einem mit Blumensträußen. Sie hießen die Gäste in Berlin willkommen.

In der Wohnung von Peter Nasarski hatten sich ca. 20 Leute versammelt; es ging nicht nur um eher theoretische Probleme, sondern auch um praktische, etwa wie man am besten den Deutschen hinter der Mauer helfen könnte, z. B. welche Fluchtwege offen wären und wie man die Flüchtlinge dann im Westen Deutschlands unterbringen könnte. Die Kosten für den Berlinaufenthalt wurden vom Bund getragen.

Frage: Hatten Sie auch nach dem Treffen in Barsinghausen im Jahr 1961 noch Verbindung zu den Veranstaltern? Erhielten Sie die Protokolle der „Gespräche“? Haben Sie vom „Schicksal“ Beskes etwas mitbekommen, von der Intrige gegen ihn, von den Disziplinarverfahren?

Antwort: Vom Schicksal Beskes habe ich einiges mitbekommen, Ich erfuhr, dass man ihm ein Disziplinarverfahren angehängt hatte. Ich las auch im Spiegel über die Beske-Affäre. Ich persönlich hatte keinerlei Grund an Beskes Integrität zu zweifeln. Möglich ist es, dass seine progressive Arbeit in Sachen Ostpolitik konservativen Politikern nicht gefiel. Doch das sind nur Vermutungen meinerseits. Für einige Jahre nach 1962 blieb ich in Verbindung vor allem mit Peter Nasarski.

Frage: Herr Mruck, wie würden Sie rückblickend die Bedeutung der „Gespräche“ in der damaligen Zeit beschreiben? Was bleibt von ihnen?

Antwort: Ich denke, dass die Bedeutung der Barsinghausener Gespräche im Zusammenhang mit den geschichtsträchtigen Ereignissen der 1960 Jahre zu sehen ist. Deutschland als Ganzes gesehen fand sich in der Mitte des Kalten Krieges. Die Gegensätze zwischen Ost und West spitzten sich zu. Zur Zeit des Mauerbaues fürchtete man den Ausbruch eines neuen heißen Krieges. Sowjetische Panzer standen an der Friedrichstrasse in Berlin auf der einen Seite, ihnen gegenüber standen U.S.-Panzer. In den Gesprächen der Barsinghausener zeigte sich, dass eher kühle Köpfe vorherrschten. Man wollte eher Brücken bauen zwischen Ost und West als Mauern bauen. All dies motivierte mich, nach Wegen zu schauen, wie ich eventuell persönlich etwas zur Verständigung, zum Brückenbauen zwischen West und Ost beitragen konnte.

Als U.S.-Bürger durfte ich mit einem vom Washingtoner polnischen Konsulat ausgestellten Visum in meine alte Heimat, dem jetzigen polnischen Ostroda reisen. Das geschah im Sommer 1972. Ich stellte Verbindungen zu Osteroder/Ostrodaer Bürgern einschließlich den Lehrern und Lehrerinnen des Lycees/Gymnasium her. Ich fand keinerlei Hass, ganz im Gegenteil. Wir, d. h. meine Frau und ich, wurden freundlich aufgenommen. Auf einem späte-

ren Besuch, während welchem ich meinen 50ten Geburtstag feierte, besuchte ich das Tanzlokal am Bismarckturm. Um 12 Uhr mitternachts gab die Kapelle einen Tusch. Der Kapellmeister sagte: „Wir gratulieren Dr. Armin Mruck zu seinem 50ten Geburtstag in seiner alten Heimat, unserer neuen Heimat.“

Im Jahre 2007 durfte ich als Gast und Sprecher am 100 jährigen Jubiläum des Lycees/Gymnasiums teilnehmen. Es war ein deutsch/polnisch/europäisches Fest. Über dem Eingang der Schule hingen die deutsche, die polnische und die europäische Fahne. Der alte Drei-Kaiser-Brunnen auf dem Marktplatz war jetzt der Europabrunnen. So sehe ich die Bedeutung der Barsinghausener als eines Bausteins zur west-osteuropäischem, d. h. gesamteuropäischen Brücke. Bis in die Gegenwart baue ich weiterhin Brücken in die alte deutsche Heimat und neue polnischen Heimat durch Beiträge in der „Osteroder Zeitung“.

Frage: Herr Mruck, Sie haben Ihr Selbstverständnis als Brückenbauer beschrieben; Sie haben vorhin auch Oldenburg als einen jener Orte genannt, der für Sie unter den Begriff Heimat fällt. Sie haben auch nach Oldenburg eine transatlantische Brücke gebaut. Können Sie abschließend einmal skizzieren, wie diese Verbindung zu Oldenburg und zur Carl-von-Ossietzky Universität entstanden ist und was sie beinhaltet.

Antwort: Die Verbindung nach Oldenburg und zur Carl von Ossietzky-Universität wurde durch einen Zufall eingeleitet. Im Jahr 1986 kam eine Delegation deutscher Hochschullehrer zu uns nach Maryland an die Towson State University. Die deutschen Hochschullehrer waren hier, um mehr über das öffentliche Hochschulsystem in den USA kennenzulernen. Ein Mitglied dieser Gruppe war Prof. Dr. Michael Daxner.

Der Präsident meiner Uni, Dr. Hoke Smith, lud mich zu einem Essen mit der deutschen Hochschuldelegation ein. Der Zufall wollte es, dass Prof. Daxner neben mir seinen Platz bekam. Wir entwickelten schnell eine positive Affinität. Michael Daxner war zu dieser Zeit bereits zum Präsidenten der Carl von Ossietzky-Universität gewählt worden. Wir waren beide auch schnell der Meinung, dass unsere beiden Universitäten gut für eine Partnerschaft geeignet wären. Da ich die Oldenburger Universität nicht kannte, lud mich Daxner zu einem offiziellen Besuch als Vertreter der Towson State University ein. Kurz darauf trat ich die Dienstreise nach Oldenburg und die Carl von Ossietzky-Universität an; ich führte viele Gespräche mit Vertretern der Uni, und es bestätigte sich der erste Eindruck, dass unsere Unis und auch wir per-

sönlich tatsächlich gut zueinander passten. Es folgten intensive Beratungen über Ausgestaltung der Partnerschaft. Einige Monate später, Anfang 1987, sandte Uni-Präsident Daxner eine Mitarbeiterin des Präsidiums, Frau Dr. Rita Kurtz, als Bevollmächtigte der Oldenburger Uni nach Towson, um hier gemeinsam mit unserem Präsidenten Dr. Hoke Smith und in meinem Beisein den offiziellen Partnerschaftsvertrag zu unterzeichnen.

Die Partnerschaft unserer Unis ist breit angelegt mit Studierendenaustauschprogrammen, Austausch auf Fakultäts- und Verwaltungsebene, gemeinsamen Tagungen zu wichtigen Themen, gemeinsamen kulturellen Veranstaltungen, gemeinsame Exkursionen mit Beteiligung der Oldenburger und Towson Fakultäten und Studierenden. Ein high light im Kulturprogramm war eine Inszenierung von Bertold Brechts Dreipenny-Oper mit Beteiligung von Studierenden der Oldenburger und der Towson Universität. Die Oper wurde jeweils vor vollem Haus und mit großem Erfolg hier und dort aufgeführt. Auf dem Gebiet der Hochschulentwicklung wurde Pionierarbeit geleistet durch Rita Kurtz, die ihre ausgezeichnete Dissertation zum Thema Fernstudium schrieb, ein Gebiet, in dem Towson führend war/ist.

Im Rahmen des Austauschprogramms waren auch die jahrelang von meinen Oldenburgern Kollegen Freiwald und Moldenhauer und mir organisierten Exkursionen nach Bonn und Berlin zu „Orten der Demokratie“ von großer Bedeutung; vor allem auch deshalb, weil außer deutschen und amerikanischen auch Studierende anderer Nationen teilnahmen. In Anerkennung der erfolgreichen Partnerschaft wurde Prof. Dr. Michael Daxner mit dem Doctor of Humane Studies geehrt. Armin Mruck wurde durch die Verleihung der Carl von Ossietzky Universität Medaille geehrt. Schließlich gehört zu den Erfolgen auch die Veröffentlichung eines Erinnerungsbuches von Hannelore Grimm/ Armin Mruck mit dem Titel „Deutsche Lebenswege zwischen Diktatur und Demokratie“ im BIS-Verlag der Oldenburger Uni. Der jetzt vorliegende Band dokumentiert diese enge Verbindung zwischen unseren Universitäten aufs Neue.